

**THEORIE UND METHODEN DER
GESCHICHTSWISSENSCHAFT**

**Kompetenzverlust oder Befreiung: auf
dem Weg zu einer ‚Ethik des Sehens‘**

Falkenhausen, Susanne von: Jenseits des Spiegels. Das Sehen in Kunstgeschichte und Visual Culture Studies, 270 S., Fink, München/Paderborn 2015.

Visualität, visuelle Kultur, *visual culture studies* – die Begriffe sind auch in der deutschsprachigen Geschichts- und Kulturwissenschaften angekommen. Immer mehr Übersichtsdarstellungen und Einführungen zur Visuellen Kultur erscheinen, Tagungen zum Thema werden abgehalten, Studienschwerpunkte eingerichtet und Forschungsprojekte ausgeschrieben. Mit „Jenseits des Spiegels. Das Sehen in der Kunstgeschichte und den Visual Culture Studies“ hat Susanne von Falkenhausen nun eine neue Phase eingeläutet – die der Historisierung. Falkenhausen selbst sieht in ihrer Untersuchung der konfliktbehafteten Auseinandersetzungen zwischen Kunstgeschichte und *visual culture studies* die Chance, „Denk- und Dialogblockaden“ (S. 16) zwischen beiden aufzubrechen. Sie schreibt dabei dezidiert von der Position einer feministischen Kunsthistorikerin, die sich vom Dialog der beiden Disziplinen die Grundlegung einer ‚Ethik des Sehens‘ erwartet. Darunter versteht Falkenhausen einen professionellen Umgang mit den aktuellen und historischen Systemen der Bildproduktion und -präsentation, der sich des eigenen, auch individuellen Verwickeltseins in diese Systeme bewusst ist.

Falkenhausen entscheidet sich für das ‚Sehen‘ als Leitbegriff ihrer Untersuchung, weil sie darin ein geeignetes, neutrales Tertium Comparationis für Kunstgeschichte und *visual culture studies* sieht: „Es strukturiert die Visualität der Visual Culture Studies ebenso grundsätzlich wie den Modus Operandi der Kunstgeschichte“ (S. 15). Mit der Konzentration auf das Sehen definiert Falkenhausen ex negativo und eher implizit auch den Raum dessen, was sie selbst unter *visual culture studies* versteht. Die deutsche, von Horst Bredekamp und Hans Belting ausgerufene, Bildwissenschaft gehört explizit nicht dazu – auch wenn sich einige deren Protagonist_innen selbst als Teil der *visual culture studies* sehen. Was dazu gehört, ist positiv sehr viel schwerer zu bestimmen – eine Schwierigkeit, die auch die

unterschiedlichen Vorgehensweisen begründet, mit denen die Autorin den Diskurs über das Sehen in beiden Disziplinen rekonstruiert.

Für die Kunstgeschichte konzentriert sich Falkenhausen auf sechs für die Methodenreflexion des Faches bereits kanonische Texte von Erwin Panofsky, Ernst Gombrich, Otto Pächt, Michael Baxandall, Svetlana Alpers und Wolfgang Kemp. Falkenhausen sieht das Gemeinsame dieser Ansätze im Festhalten an der ästhetischen Autonomie der Objekte, mit denen die Kunsthistoriker_innen umgehen, auch und gerade wenn sie ihre Untersuchungsobjekte in ihre historische Konstellationen und Kontexte einordnen und so dem Wunsch nach einer Aktualisierung im Hier und Jetzt entziehen.

Neben der fokussierten Lektüre der kunsthistorischen Klassiker_innen nimmt Falkenhausens Rekonstruktion der *visual culture studies* erheblich mehr Raum ein. Einen Schwerpunkt bildet der politisch-kulturelle Kontext der US-amerikanischen *culture wars*, in denen die *visual culture studies* auch als Gegenmodell zur als elitär abgelehnten Kunstgeschichte entstanden sind. Bildliche Darstellung wird als Ressource im Kampf um politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung von und durch Minderheiten entdeckt. In Abgrenzung zur theoriefeindlichen Kunstgeschichte nutzen die ersten Theoretiker_innen der *visual culture studies* Konzepte des französischen Post-Strukturalismus, um dem eigenen Ansatz eine theoretische Grundlage zu geben. Zentral sind nach Falkenhausen hier der ‚Gaze‘, wörtlich der Blick, sowie die Visualität selbst beziehungsweise das Feld des Visuellen. Beide Konzepte basieren auf Texten Jacques Lacans – und Falkenhausen zeigt, wie die Theoretiker_innen der *visual culture studies* aus einem extrem komplexen und hochmetaphorischen Modell der psychoanalytischen Subjekt-Konstituierung ein simples Modell des bedrohlichen, stigmatisierenden, männlich-hegemonialen Blickes auf der einen Seite und der befreienden, an sich bereits emanzipatorischen und revolutionären Visualität der sich selbstbestimmt präsentierenden Minderheiten auf der anderen Seite machen. Im nächsten Schritt präsentiert Falkenhausen einige beispielhafte Anwendungsfälle dieses Dualismus – darunter sind sowohl Stars des Feldes wie Norman Bryson, Mieke Bal und Nicholas Mirzoeff, die eigene Theorien der *visual culture* vorgelegt haben, wie konkrete interpretatorische Fallbeispiele. Das Ergebnis ist ernüchternd: Über Erkenntnisse jenseits einfachster politischer

Ikonographie kommen die Protagonist_innen der *visual culture studies* in Falkenhausens Darstellung selten hinaus. Visuelle Objekte oder visuelle Systeme vergangener Epochen werden distanzlos für die (identitäts-)politischen Bedürfnisse der Gegenwart angeeignet oder instrumentalisiert. Damit scheint sich der Verdacht zu bestätigen, bei den *visual culture studies* handle es sich um einen Abbau kunstwissenschaftlicher Kompetenzen und Könnens, den Falkenhausen auf Seite 14 von Rosalind Kraus aussprechen lässt.

Dass der historische Moment der *visual culture studies*, Visualität und (Selbst-)Repräsentation als politische, emanzipatorische Ressource zu verstehen und einzusetzen, im Zeitalter der ubiquitären Bildprodukten und -dissemination in den digitalen Medien bereits vorbei sein könnte, wird aktuell vor allem von politisch aktiven Künstler_innen wie Hito Steyerl diskutiert. Falkenhausen knüpft zum Abschluss ihrer Untersuchung an diese Position und ferner an die schon 1988 von Donna Haraway geäußerte Kritik am Kompetenz- und Realitätsverlust bestimmter Formen feministischer Wissenschaftskritik an. Warum sich Falkenhausen nicht stärker auf diese Stimmen sowie die von ihr selbst als Alternative zum Mainstream der *visual culture studies* in Stellung gebrachten Positionen von bell hooks, Margaret Olin, Eve Sedgwick und Jacqueline Rose konzentriert, um ihr Projekt einer Ethik des (wissenschaftlichen) Sehens voranzutreiben, bleibt der Rezensentin letztendlich unverständlich. Auf den nächsten Schritt Falkenhausens hin zu einer ‚Ethik des Sehens‘ bleibt sie gespannt.

Stuttgart

Christina Dongowski

Neoliberales Wien

Suitner, Johannes: *Imagineering Cultural Vienna. On the Semiotic Regulation of Vienna's Culture-led Urban Transformation*, 267 S., transcript, Bielefeld 2015.

Dieser vergleichende theoriegeleitete Forschungsüberblick auf drei gegenwärtige Stadterweiterungsquartiere in Wien analysiert planungsrelevante Branding-Konzepte unter dem Leitbegriff des „cultural Imagineering“. Darunter versteht der Autor Johannes Suitner eine Verknüpfung von „Materialität“ und „Bedeutungskonstruktion“ in der Stadtplanung, indem

die diskursive Konstruktion von Quartiersentwicklungskonzepten als politikmächtige Aneignungsstrategie ins Werk gesetzt wird. Kulturelle Entwicklungsfelder werden von Planungseliten gegen den *common sense* implementiert, um hegemoniale Repräsentation auf Kosten existenter Ortsbezüge durchzusetzen (S. 28f.). Dieser Nebenstrang der Gentrifizierung gerät zum tragenden Konzept urbaner Transformation von Metropolen, nicht zuletzt um den Touristen zu gefallen, nicht aber den Ortsansässigen.

Anhand von drei Beispielen wird Wien als Experiment der neoliberalen Stadtplanungsdebattenkultur analysiert. Suitner beginnt mit dem innerstädtischen Wiener Karlsplatz und zeigt hier die lediglich an der Flaggschiff-Kultur orientierte Umgestaltung des verkehrsreichsten Stadtplatzes zum Repräsentationsort für den globalen Tourismus auf (S. 145–161). Das Brunnenviertel am nordwestlichen äußeren Wiener Ring gelegen, dem „Gürtel“, verfügt über eine intakte Gründerzeitarchitektur und über eine entsprechende urbane Multifunktionalität. Der hier überdurchschnittlich hohe Migrantanteil noch weit vor der Flüchtlingswelle von 2015/16 konfligiert mit trendigen Kunst-Szene-Initiativen im Quartiersmaßstab unter dem Label „Soho in Ottakring“ (= der 16. Wiener Gemeindebezirk). Unter dem Druck von urbanen Entwicklungsstrategien zugunsten der neuen Mittelklasse und eigenständig in vielfältigen lokalen Initiativen auf den Weg gebrachten Entwicklungskonzepten definiert das Quartier ein weichendes Orientierungsschema bewohnerorientierter Mitbestimmung. Schließlich wird als drittes Planungskonzept die doch recht investorenhegemonial konstruierte Trabantenstadt „Seestadt Aspern“ im äußeren Wiener Osten jenseits der Donau als urban kapitalisierte Wohninsel für die Reichen der neuen Mittelklasse damit verglichen. Der Schwerpunkt dieser stadtsoziologischen Studie liegt damit weniger auf der Stadtwahrnehmung als eines empirischen Bedeutungsfeldes, sondern mehr auf der kommerziell initiierten Verschiebung von Politikmustern aus dem lokalen Planungshandeln in neoliberale Markttransparenz hinein.

Es ist diese in politikgeschichtlicher Hinsicht durchaus bemerkenswerte Machtmanipulation auf der kommunalen Ebene, die Suitner umfassend beschreiben kann, wenn er aus der Mitte kritischer Verfügungsdiskussionen heraus, die in der amerikanischen Stadtsoziologie seit der Reagan-Ära tief verwurzelt sind, die diskursive Konstruktion von Planungsrhetorik als regulierenden und legitimierenden Strategiefaktor in einer

hegemonial präfigurierten lokalen Debattenkultur bestimmen kann. Seine Fragestellung nach der jeweiligen Diskurslagerung kann lehrbuchhaft an diese ältere, in Deutschland kaum verankerte Theoriedebatte aus dem angelsächsischen Raum angedockt werden – auch wenn, wie der Rezensent kritisch anmerken muss, dies in weit mehr als befriedigendem Maße doch sehr ausführlich geschieht, nämlich auf mehr als 100 Seiten Text (S. 39–143), so dass darüber die doch recht spannende Empirie der drei Fallbeispiele auch von der Dramaturgie des Geschilderten her in den Hintergrund gerückt wird.

Dieser Nachteil wird im Laufe der Lektüre nicht mehr ausgeglichen – allein schon von der dann fehlenden Textmenge her: Denn der Verfasser verwendet auf die Darlegung der Wiener Stadterweiterungsgebiete lediglich 60 Seiten (S. 145–206)! Für den Historiker ist das eine gravierende Einschränkung seines, des Autors, eigenen Ergebnisvolumens, die um so unnötiger erscheint, als er über ein beeindruckendes Reservoir an Literaturrecherche (S. 241–267), aber auch an Zeitzugbefragungen von acht maßgeblichen Akteurs-Experten der gegenwärtigen Wiener Stadtplanung verfügt (S. 267). Hier wird der disziplinspezifische Verengungsgrad seines hochaktuellen und packenden Insiderwissens eklatant offenbar, wenn Suitner lapidar als Fußnote 1 begründet, er habe keine Transskription dieser *oral history*-Interviews als archivalischen Vorrat für kommentierende und textstrukturierende Meinungsäußerungen der Protagonisten angelegt – „due to research-ethical considerations“ (ebd.). Tatsächlich geraten diese Akteure dann im Verlauf seiner Ergebnispräsentation auch vollständig aus dem Blickfeld. Und zwar vollzieht sich diese kaum nachvollziehbare Blickverengung vor dem Hintergrund eines ganz im Gegensatz dazu weit aufgefächerten Akteurshorizontes, den – wenn auch ziemlich knapp – für jedes Planungsgebiet gesondert darzulegen ein unbestrittenes Verdienst der vorliegenden Studie ist.

Suitner hat in aufwändiger Akteursrecherche alle beteiligten Diskursteilnehmer isolieren und thematisch, also nach ihrem jeweiligen Forderungsschwerpunkt, zuordnen sowie pfadabhängig als Larve (i. S. von Maske) eines selbstreferenziellen Systems von lokalem Politikmanagement anordnen können. Er präsentiert diese Tableaus jeweils als ein transparent miteinander vernetztes Mindmap mit zahlreichen Akteurs-Knotenpunkten (S. 151, 170, 193). Darüber hinaus kann er in weiteren, luzide

aufbereiteten Farbdigrammen alle vorfindlichen Diskursfelder zu den jeweiligen Stadtplanungsgebieten chronologisch zuordnen und hierbei Lücken und Mehrfachlagerungen von Akteurs-Input genau abmessen (S. 153, 172, 195). Ohne die daraus herrührenden detailgenau präsentierten Ergebnisse vorwegnehmen zu können, sei angemerkt, dass hierbei massive Bedeutungsunterschiede zwischen den drei Stadtgebieten in bemerkenswerter Deutlichkeit hervortreten.

Diese erheblichen Forschungsleistungen einer kulturwissenschaftlich basierten Stadtsoziologie im Bereich der Planungspolitik werden allerdings nicht umfassend ausgewertet. Es bleibt mehr oder weniger dem Leser selbst überlassen, seine Schlüsse zu ziehen und sich sehr intensiv mit den doch recht verzwickelt ausgestalteten Grafiken und Diagrammen auseinanderzusetzen, um deren Detailauskünfte auch mitnehmen zu können. Hier liegt eine gravierende Schwäche des Buches: Forschungsergebnisse müssen nicht nur summarisch ausgestellt, sie können auch narrativ ausgeschmückt erzählt werden, um den Leser zu bilden – das gilt als Lehrsatz nicht nur für die Geschichte. Denn auch Studierende können nur in der Narration nachvollziehen, wie der Erkenntnisprozess des Autors zu verstehen ist. Eine bloße Ergebnispräsentation wie hier geschehen reicht dazu nicht aus. Letztlich hat ja schon David Hume festgestellt, dass zum Erkennen das Gefühl des Erkennens dazu gehört, das allein durch wiederholendes Einüben des Erkenntnisprozesses entstehen kann. Dieses stellt sich nach Lektüre der beträchtlichen Politikunterschiede je nach Investorenprojekt und Bürgermitbeteiligungsszenarien in Wien aber noch nicht ein, sondern es verlangt nach mehr: möglicherweise sogar nach einem zweiten Band über die doch recht beispielhaften Interna wienerischer Stadtbaudiskussionen des sozialdemokratischen Neoliberalismus.

Hannover/Berlin

Georg Wagner-Kyora

Verpasste Gelegenheit

Gamper, Michael: Der große Mann. Geschichte eines politischen Phantasmas, 432 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Der in Hannover lehrende Germanist Michael Gamper hat eine Pionierarbeit veröffentlicht. Seine als Tour d'Horizon angelegte „Geschichte“ des

„großen Mannes“ als „politisches Phantasma“ (so der Untertitel) stellt ausgewählte, gleichwohl von der Antike bis in unsere Gegenwart reichende Positionen dieser zeitweisen populären, dann destruierten Konfiguration vor. Gemäß den Interessen Gampers, dessen Schwerpunkte Wissens- und Kulturgeschichte sind, liegen sie in der Literatur und jenen Feldern, die analytisch-methodisch über den Begriff der „Medialität“ erschlossen werden. Das sehr gut redigierte, zugleich mit Jargon schwerbeladene Buch bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für an Fragen des Historismus Interessierte, dürfte aber auch jene anregen, die sich mit der Darstellungsform der Biographie beschäftigen. Gleichwohl ist Gampers Arbeit leider missglückt, was einer Begründung bedarf.

Bücher ohne „Schluss“, „Bilanz“ oder „Ausblick“ offerieren zwei Lesarten: Die eine suggeriert die grundsätzliche Offenheit des Gesagten, die andere deutet zumindest an, dass der Arbeit keine analytische Stringenz zugrunde liegt, die in solchen finalen Seiten überhaupt kurz zusammengefasst werden könnte.

Gampers Studie gehört leider in die zweite Kategorie. Mit Mühe und Not erreicht der Autor die Gegenwart, damit ist offensichtlich jedwede Kraft für Mehr erschöpft. Was er im Abschnitt „Nachleben“ bietet (S. 345–405), ist kaum mehr als eine auf Vollständigkeit abzielende Zusammenfassung von Altbekanntem. Das wird insbesondere in den Abschnitten zu Webers „Charisma“-Begriff (S. 380–389) und in „Der Führer als Diktator“ (S. 397–401) überdeutlich.

Dabei enthält die Figur des „großen Mannes“ immense ideengeschichtliche und politiktheoretische Reize, die Gamper nicht zuletzt durch die Zwänge und Limitationen, die das Genre der Gesamtdarstellung mit sich bringt, den Lesern vorenthält. So könnte der „große Mann“ als Säkularisierungs- wie Resakralisierungsphänomen gefasst werden, wie sich das seit Plutarch in den verschlungenen Pfaden der Biographien- beziehungsweise Hagiographien-geschichte zeigt. Der „große Mann“ könnte aber auch die Gegenfigur in einer Demokratiegeschichte werden, die sich um die Frage gruppiert, wie Exklusionen und Inklusionen von Ausnahmen und Entscheidungen gesteuert werden.

Gamper möchte, das ist sein gutes Recht, auf etwas anderes hinaus. Er eröffnet seine Argumentation überzeugend: Die sehr selten zu lesenden Hinweise über den „großen Mann“ bei Friedrich Schlegel wecken den Appetit, weil hier hermeneutische und historische Fragen

ganz eng beieinanderliegen. Doch statt diesen Gedankengang weiterzuerfolgen, wendet sich Gamper wenig überzeugend anderen Aspekten der Geschichte des „großen Mannes“ zu: der Rekonstruktion des äußerst schwierigen Konzept der Aristotelischen „megalopsychia“ (was mit „Großgesinntheit“ zu übersetzen wäre) greift sodann entsprechende Gedanken bei Niccolò Machiavelli und Thomas Hobbes auf, ohne sich für den Gehalt des Aristotelischen Gedankens in ihren Werken zu interessieren, um schließlich in den sicheren Gewässern der Literatur sein stupendes Wissen ausbreiten zu können. Dass hier dann ein kluges Kapitel über Napoleon folgt, auch eine womöglich als Gegengeschichte gedachte, wenig stimmige Analyse „weiblicher Größe“ (darunter Heinrich von Kleists „Penthesilea“) sich findet, soll andeuten, dass das gewählte Prokrustesbett der Vollständigkeit dem Buch zu viel abverlangt.

Manchmal ist aber auch schlicht verwunderlich, warum sich Gamper so wenig um Verknüpfungen kümmert, die ihm doch in die Hände spielen würden: Warum nicht die Carlyle-Analysen erwähnen, die das ‚Dritte Reich‘ erklären wollten – so in Ernst Cassirers „Myth of the State“ (1946) – wenn es doch um den „großen Mann“ geht, der von der „großen Volksgemeinschaft“ abgelöst wird, die sich daher so leicht im ‚Führer‘ wiedererkennen soll und auch kann? Würde das nicht die stimmigen Seiten über die Analysen von Gustav Le Bon ergänzen (S. 335–339), wenn Elias Canetti und Hermann Broch ins Spiel kämen? Substanzielle Beispiele, die für das Verlassen der in diesem Fall trögen Chronologie zugunsten einer Systematisierung, zumindest aber einer konsistenten Motivgeschichte sprächen, ließen sich zahlreiche anführen. So ließe sich denken, dass Friedrich Gundolfs „Goethe“ (1916), dem Napoleon Goethes entgegengestellt werden könnte. Oder die Klage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, dass es sie keinen Größe- und Heldenkult mehr kenne im Kontrast zu den Tendenzen im Historismus, die eine allgemeine Größe-Trunkenheit dokumentieren.

Das aber ist nur ein, wenn auch gewichtiger Grund, warum das Buch in der Tat eine verpasste Gelegenheit ist. Der andere hat mit den angewandten Analysenkategorien zu tun. „Medialität“ kann eine theoretische Zugriffsmöglichkeit sein, die erkenntniserhellende Funktionen hat, doch ist dem Rezensenten auch in diesem Buch nicht klar geworden, was sie genau erschließt, wenn es um eine realgeschichtliche

und theoretische Konfiguration wie den „großen Mann“ geht. Zumal dann, wenn „Medialität“ mit Begriffen umstellt wird, die alles andere als „natürlicherweise“ um sie herum geordnet werden können. „Dekonstruktion“ jedenfalls ist bei Gamper ebenso mit Blick auf ein Vorverständnis verwendet, wie die anderen Methodenbegriffe auch. All das ist schade, denn Gamper hat in seinem Buch manche Perle versteckt.

München

Thomas Meyer

Nach dem Genetik-Boom

Richardson, Sarah S./Stevens, Hallam (Hrsg.): Postgenomics. Perspectives on Biology After the Genome, 304 S., Duke UP, Durham, NC/London 2015.

Das internationale Humangenomprojekt (*Human Genome Project*) stellte sich bei seiner Gründung im Jahr 1990 die Aufgabe, das gesamte Genom des Menschen zu sequenzieren. 2003 galt es offiziell als beendet. Während seiner Laufzeit hatte sich die Sequenzierungstechnik derart beschleunigt und verbilligt, dass sich nunmehr massenweise Individuen erfassen ließen und deren Genotypen weltweite Datenbanken von ungekannter Größe füllten. Genetik wurde zugleich zu einer datenbasierten (*data-driven*) Wissenschaft als auch zu einer sogenannten *big science*. An das Humangenomprojekt schlossen sich zahlreiche Korrelationsstudien an, die auf dem Versprechen basierten, im Grunde jede physische und psychische Eigenschaften mit genetischen Variationen in Verbindung zu setzen (*genome-wide association studies*). Dennoch gilt das Ende des Humangenomprojekts nicht allein als Höhepunkt des „Jahrhunderts des Gens“ (Evelyn Fox Keller), sondern gleichsam als dessen Peripetie: als Endpunkt einer Ära, die die Gene als entscheidenden „Bauplan des Lebens“ aufgefasst hatte und die dementsprechend von „genetischen Determinismus“ und „Reduktionismus“ geprägt gewesen war. Die „Entschlüsselung“ des menschlichen Genoms brachte statt Enthusiasmus eher Ernüchterung mit sich sowie die Einsicht, dass das Verhältnis von Genotyp und Phänotyp eine unerwartete Komplexität aufweist. Einige ältere Forschungsrichtungen lebten auf: Neben der Entwicklungsbiologie ist hier vor allem an die Epigenetik zu denken, da sich der Zusammenhang

von Genen und Umwelt (von der molekularen bis zur sozialen Ebene) keinesfalls als die „Einbahnstraße“ erwies, als die er im 20. Jahrhundert galt. Ein neues Paradigma, das auf Systeme, Netzwerke und Wechselseitigkeit – und weniger auf Linearität und Hierarchie – abstellte, setzte sich in den letzten circa anderthalb Jahrzehnten in der Genetik durch.

Der Sammelband „Postgenomics“ stellt verschiedene aktuelle Ansätze vor, diesen noch jungen Übergang historisch einzuordnen. Der Tenor der insgesamt dreizehn Beiträge ist dabei, dass die postgenomische Kritik am Determinismus der Genomik selbst bereits historisch geworden ist. Zum einen ist die ursprünglich von Sozial- und Geisteswissenschaftlern vorgetragene Kritik mittlerweile ins Selbstverständnis der Biologie beziehungsweise Genetik übergegangen. Zum anderen hat sich die eindeutige Frontstellung eines (abgeschlossenen) genomischen und eines (neuen) postgenomischen Zeitalters, die ihre Hochzeit in den 2000er Jahren hatte, überlebt. Bei genauerem Hinsehen handelte es sich weder um eine fachliche Revolution noch um einen klar eingrenzenden Einschnitt, sondern um eine vielfältige Gemengelage von Kontinuitäten und Brüchen. Es lässt sich eher von einer Schwerpunktverschiebung sprechen, zumal viele der zentralen Theorien, Methoden und Paradigmen der Postgenomik nicht neu sind, sondern eine längere Tradition aufweisen.

Die interdisziplinäre Zusammenstellung der Beiträge spiegelt die Interdisziplinarität des zu untersuchenden Feldes selbst wider. Zwar handelt es sich bis auf wenige Ausnahmen um nordamerikanische Autoren, auch steht in den Beiträgen meist stillschweigend die US-amerikanische Forschung im Mittelpunkt, doch weisen die Beiträge unterschiedliche fachliche Hintergründe auf: von der Genetik und Bioinformatik selbst über die Wissenschaftsgeschichte und -soziologie bis hin zur Anthropologie. Alle Beiträge zeichnen der begrüßenswerte Impetus aus, über eine bloße Bestandsaufnahme von Selbstbeschreibung und Rhetorik der Genetik hinauszugehen und den Wandel in impliziten Ordnungsmustern und Praktiken (der Forschung, der Anwendung, der Publikation, der Wissenschaftspolitik, der Finanzierung u. a.) zu suchen.

Aus dem wissenschaftsgeschichtlich sehr reichhaltigen Band sollen an dieser Stelle einige wenige Themenfelder herausgehoben sein, die für die Diskussion um die Biopolitik im 21. Jahrhundert von besonderem Interesse sind. Da wäre

erstens die Verflechtung wissenschaftlicher und ökonomischer Interessen angesichts der Entwicklung der Genetik zur datenbankbasierten *big science* zu nennen. Adrian Mackenzie zeigt dies am Beispiel des Einsatzes der Google Compute Engine zur Erforschung genetischer Grundlagen von Krebserkrankungen im Jahr 2012 anschaulich. Doch auch in vielen anderen Beiträgen kommt die zunehmende, meist nicht reflektierte Verflechtung vom Handel, Industrie, Medizin und Wissenschaft deutlich zum Ausdruck. Kommerzielle Interessen sind, wie mehrere Beiträge aufzeigen, vor allem auch im Hinblick auf das privatwirtschaftliche Potenzial genetischer Datenbanken virulent (d. h. das Angebot individueller, kostenpflichtiger Gentests).

Ein äußerst anregendes Kapitel zur Finanzierung der postgenomischen Forschung hat darüber hinaus Catherine Bliss beigesteuert. Angesichts des weitgehenden Ausbleibens klinisch nutzbarer Resultate und der zunehmenden Kritik an der fachlichen Sinnhaftigkeit und sozialen Ausgewogenheit genetischer Datenproduktion sah sich die Genetik Anfang des neuen Jahrhunderts einem zunehmenden Wettbewerbsdruck um Investitionen und Fördermittel ausgesetzt. In dieser Situation habe die Genetik ein Hauptmoment der sozialpolitischen Kritik an ihr – die vermeintliche Ausblendung sozialer und ethnischer Differenzen – zu ihrem neuen Leitmotiv gemacht. Es sei gerade die zukünftige Ausweitung genetischer Datenbanken – ihre Erweiterung um (soziale) Umweltdaten und die spezielle Berücksichtigung gesellschaftlicher Randgruppen – die Gesundheitsgerechtigkeit (*health justice*) am nachhaltigsten ermöglichen könne. Der postgenomischen Forschung sei es auf diesem Weg gelungen, sich vom Prügelknaben zum eigentlichen Sachwalter sozialer Gerechtigkeit in Forschung und Medizin zu entwickeln (S. 188).

Schließlich weist insbesondere der Beitrag der Herausgeberin Sarah S. Richardson auf die Kontinuität und den Wandel eugenischer Muster in der postgenomischen Forschung hin. Die Epigenetik beispielsweise hat das Spektrum potenziell schädigender Umwelteinflüsse bei der Kindesentwicklung enorm erweitert und dabei insbesondere die Zeit der Schwangerschaft intensiv in den Blick genommen. Der bereits bestehende ‚Optimierungsdruck‘ auf die Mutter sei dadurch weiter erhöht worden – „to ensure developmentally optimum outcomes for the fetus“ (S. 223). Die vorgeschlagenen Präventionsmaßnahmen nehmen dabei meist den ‚Weg des geringsten

Widerstands‘ in den Blick: die Verbreitung einer wachsenden Menge individueller Verhaltensnormen. Die Veränderung sozialer Verhältnisse, insbesondere wenn sie weitgehende politische Eingriffe erfordern, stehe demgegenüber immer stärker im Hintergrund (S. 192–209).

Alles in allem bietet der Sammelband eine selbstreflektierte, methodisch auf hohem Niveau agierende Übersicht über verschiedene Forschungsansätze zur jüngsten Geschichte der Genetik. Die überwiegend wissenschaftsgeschichtlichen Beiträge gehen mit einem sehr unterschiedlichen Auflösungslevel (von der Mikro- zur Makroebene) vor; sie bieten jedoch in jedem Fall wertvolle Ansätze, um die vielfach beschworene gegenseitige Öffnung von Wissenschafts- und Gesellschaftsforschung voranzutreiben.

Oldenburg

Dirk Thomaschke

„Was ist hier los?“

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, 260 S., transcript, Bielefeld 2015.

Die Herausgeberinnen, Sabine Hark und Paula-Irene Villa, haben in ihrem Sammelband erstmals sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen zum sogenannten „Anti-Genderismus“ im deutschsprachigen und europäischen Zusammenhang zusammengetragen. Zu Beginn erläutern sie ihr Motiv für das Buch mit einleitenden Fragen zum kontrovers diskutierten Begriff „Gender“. „Der Begriff ‚Anti-Genderismus‘ ist unglücklich“ (S. 7), dennoch bildet er die Kernaussage: eine „Anti-Haltung“. Diese begleitet zwar den Feminismus seit seiner Entstehungsgeschichte, gleichwohl scheint sich ein ganz neuer Gegenwind zu formieren. Eine leidenschaftliche Diskussion gegen Gender wird von sogenannten Maskulinisten (Männerrechtlern) und vom rechten Spektrum der Gesellschaft (NPD, AfD u. ä.), von christlich-fundamentalistischen Strömungen und selbsternannten „besorgten Bürger_innen“ sowie von einem bürgerlich-konservativ geprägten Journalismus geführt, und bisweilen scheint diese Anti-Haltung auch die Mitte der Gesellschaft zu erreichen.

Ihre Kritik richtet sich auf die Verunsicherung der natürlichen oder göttlichen Ordnung der

Zweigeschlechtlichkeit, Zerstörung der Familie oder Vereinnahmung der Wissenschaft und Wissenschaftsinstitutionen durch „Gender“, *gender studies* oder Gleichstellungspolitik. Die Anti-Haltung reicht von einfacher Ablehnung bis hin zu aggressiver Gewaltandrohung. In jedem Fall sind Diskriminierungen, Diffamierungen und Diskreditierungen gegenüber Gender und sexuelle Vielfalt im Spiel.

Nun gibt es zwei Möglichkeiten des Umgangs, sich mit diesem an Schärfe zunehmenden Phänomen zu beschäftigen: *Erstens*, man ignoriert die zum Teil heftigen Anti-Haltungen. *Zweitens*, man setzt sich mit den Anti-Haltungen auseinander und sucht die dahinter liegenden Begründungszusammenhänge, Ängste und Herausforderungen. Die Herausgeberinnen haben sich für den zweiten Weg entschieden, wie auch in den meisten Beiträgen noch einmal bekräftigt wird.

Auch wenn in allen Beiträgen bestimmte wiederkehrende thematische Argumentationsmuster durchscheinen, lassen sich doch vor allem vier Überschriften herausdestillieren: Kulturkampf um die Deutungshoheit (und Sprache), christlich-fundamentalistische Überzeugungen, die Bedrohung der heteronormativen Familie und des Kindeswohls und schließlich die Parolen der Neuen Rechten.

Sabine Hark und Paula-Irene Villa nehmen in ihrem Eingangsbeitrag *gender studies* unter die kritische Lupe, die von Anti-Genderisten als „Pseudowissenschaft“ und Ideologie diffamiert und als eine „Genderisierung der Universitäten“ ausgemacht werden (S. 21). Hier steht nicht weniger als die Wissenschaftskultur auf dem Spiel. Auch Andrea Maihofer und Franziska Schutzbach sorgen sich um diese und zeigen am Beispiel der Schweiz, wie weniger die Frauenbewegung und ihre Errungenschaften als vielmehr die Geschlechterforschung im Fokus anti-genderistischer Diskurse stehen als neuartiger Kulturkampf, dem auch die sogenannte Mitte der Gesellschaft zunehmend Aufmerksamkeit schenkt. Anders diskutieren Christine Wimbauer, Mona Motakef und Julia Teschlade Diffamierungen im Kontext von Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung aus der Perspektive einer Ausblendung des gesellschaftlichen Wandels: Bedeutungsverlust des Ernährer-Modells, Pluralisierung von Familienformen jenseits der heteronormativen Kleinfamilie und die aktivierende Sozialstaatswende, die seit den 2000er Jahren die einzelnen Gesellschaftsmitglieder zu

mehr Eigenverantwortung zwingt. All dies führe zu einer erheblichen Verunsicherung und Ängsten unter Traditionalisten, die einen Verlust an Sicherheit unreflektiert in der Gleichstellungspolitik suchen. Kathrin Ganz und Anna-Katharina Meßmer spüren dem Anti-Genderismus in der digitalen Öffentlichkeit nach. Sie bezeichnen das Internet „als Labor eines Kampfes um kulturelle Deutungsmacht“ (S. 60). Steffen K. Herrmann stellt die sprachliche Gewalt in den Mittelpunkt und zeigt unter anderem, dass es in dem Kampf nicht um die besseren Argumente geht.

David Paternotte geht es um die Anti-Genderhaltung in der katholischen Kirche, ihre Institutionen und Netzwerke. Er zeigt Mobilisierungsstrategien auf und nimmt dabei auch die Rolle des Vatikans ins Visier, wo vor allem der ehemalige Papst Joseph Ratzinger seit Jahren gegen den Gender-Begriff anschreibt. Bozena Choluj geht dem polnischen Anti-Genderismus nach und weist hier der katholischen Kirche eine prominente Rolle zu, die eine starke Präsenz im politischen Raum einnimmt. Das Besondere in Polen ist die Initiierung einer „neuen Frauenbewegung“ durch die katholische Kirche gegen Gender. Barbara Theissen nimmt in ihrer Analyse den Faden aus der evangelischen Kirche auf. Besonders hartnäckig verteidigt der ultrakonservative Flügel die traditionelle Geschlechterordnung, ohne den gesellschaftlichen Wandel zu berücksichtigen.

Die Beiträge von Imke Schmincke und Katrin M. Kämpf setzen sich mit der rhetorisch wirksamen Figur des „bedrohten Kindes“ auseinander und wie Anti-Genderisten in diffamierender Weise „Missbrauch am Kinde“ in den Zusammenhang von post-essentialistischer Pluralisierung von Geschlecht stellen. Kathleen Heft beleuchtet das „Bedrohungsszenario“ von der Neuerschaffung des Menschen vor dem Hintergrund einer Ost-West-Semantik, wo etwa das traditionelle Familienbild gegenüber einer kommunistischen Entfamilialisierung von Kindern verteidigt wird, oder wo sich umgekehrt die Osttradition als der fortschrittlichere Feminismus feiert.

Juliane Lang untersucht einschlägige Publikationen der extrem Rechten (z. B. der NPD) seit Mitte der 2000er Jahre und entlarvt das völkische Gedankengut. Verfolgtes Ziel ist neben der Diffamierung von Gender, zugleich auf gesellschaftlich relevante Diskurse politisch Einfluss zu nehmen. Jasmin Siri analysiert einen neuen Rechtskonservatismus, der als komplexreduzierendes Narrativ zu verstehen ist.

Der Gewinn des Buches liegt in seiner wissenschaftlichen Aufbereitung, die erstmals das Phänomen des „Anti-Genderismus“ aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert. Die Autor_innen weisen nach, wieviel Anti-Haltung subtil wie offen bereits unterwegs ist und auch – erschreckend – aus welchen Reihen und Richtungen die Kritiker_innen Front gegen Gender machen. Dabei sind die meisten Beiträge gut und nachvollziehbar recherchiert und analysiert. Wünschenswert wäre ein inhaltlich systematischerer Aufbau der Beiträge, was die Herausgeberinnen durchaus in ihrer Einführung bereits berücksichtigen. Alles in allem bietet das Buch eine gut aufbereitete Vorlage für weitere notwendige politische Diskurse und Forschungen, um der eingangs gestellten Frage näher zu kommen: „Was ist hier los?“ (S. 7).

Hagen

Elke Wiechmann

Ecocriticism: Ein neues Forschungsfeld im deutschsprachigen Raum

Dürbeck, Gabriele/Stobbe, Urte (Hrsg.): *Ecocriticism. Eine Einführung*, 315 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

Die Anfänge des *ecocriticism* liegen in den 1970er Jahren, aber erst seit circa 1990 ist er zu einer wichtigen literaturwissenschaftlichen Strömung geworden – zuerst in den USA unter der Bezeichnung *ecocriticism*, dann in England mit dem Begriff *green studies*. Seither hat der *ecocriticism* mehrere theoretische Wenden erfahren und sich in verschiedene Forschungsfelder ausdifferenziert. Inzwischen findet sich dieser Ansatz auch in den Kultur-, Medien-, Film- und Kunstwissenschaften wieder. Überblicksdarstellungen und Einführungen lagen bislang nahezu ausschließlich auf Englisch vor. Dem hilft der hier zu besprechende Band ab, der die erste deutschsprachige Einführung in den *ecocriticism* bietet. Auch die demnächst von dem Verfasser dieser Rezension erscheinende Einführung in den *ecocriticism* möchte dieses Desiderat erfüllen.

Die Einleitung der Herausgeberinnen gibt einen Aufriss des aktuellen Forschungsstandes. Dabei gehen sie sowohl auf die zurückhaltende Rezeption dieses Ansatzes in den Literatur- und Kulturwissenschaften in Deutschland ein, die

sie auf unterschiedliche „geistes- und kulturgeschichtlichen Traditionen“ (S. 11) zurückführen, als auch auf andere Formen der Verbindung von Philosophie, Kunst und Literatur zur Ökologie wie die Kritische Theorie, Phänomenologie oder Naturästhetik. Erklärtes Ziel der Herausgeberinnen ist es dabei, einen Überblick über das heterogene Theoriefeld *ecocriticism* anzubieten, mit dem sie eine „Handreichung zum Einsatz in der Lehre“ sowie Impulse für die „künftige Forschung“ geben möchten (S. 15). Diesem Vorhaben entspricht auch die Gliederung des Bandes in drei Teile: „Theoretischen Perspektiven“, „Ansätze im deutschen Kontext“, „Zum ökologischen Potenzial von Literatur, Film und Kunst“.

Der Band steigt direkt in aktuelle Begriffsbildungen und Diskussionen ein, was verdeutlicht, dass der *ecocriticism* kein abgeschlossenes System, sondern ein dynamisches Forschungsfeld darstellt. Allerdings wäre eine etwas ausführlichere und systematische Darstellung der Theoriegeschichte – auch hinsichtlich der Adressierung des Buches an Studierende – sinnvoll gewesen. Denn erst durch die Rezeption von Semiotik, Rhetorik und Narratologie begann der *ecocriticism* Konzepte wie ‚Wildnis‘ zu historisieren und vom Begriff der ‚Natur‘ auf den der Umwelt umzustellen, so dass auch technische oder städtische Umwelten in seinen Gegenstandsbereich rücken konnten. Dafür ordnen die meisten Artikel ihren Gegenstand in die Forschungsgeschichte ein. So geht der erste Artikel dieses Teils der Entwicklung des Begriffs „Ökokosmopolitismus“ nach, indem er auf die anfängliche Beschränkung des *ecocriticism* auf die nordamerikanische Literatur und die Vernachlässigung von Umweltaspekten im *postcolonialism* eingeht. Ursula K. Heise zeigt weiterhin auf, wie der Begriff ‚Ökokosmopolitismus‘ aus den unterschiedlichen Raumvorstellungen umweltorientierter und postkolonialer Theorie entstand. Auch andere Artikel wie „Ökofeminismus und Material Turn“, „New Materialism“, „Postkolonialer Ecocriticism“ oder „Environmental Studies“ geben Einblicke in die Theoriegeschichte und gegenwärtigen Diskussionen, während die Artikel „Biosemiotik“, „Cultural Animal Studies“ und „Das Anthropozän in geistes- und kulturwissenschaftlicher Perspektive“ Theoriefelder vorstellen, die für den *ecocriticism* produktiv sein könnten.

Der zweite Teil behandelt deutsche Traditionen des *ecocriticism*. Wie Axel Goodbody in seinem Beitrag feststellt, gab es lange Vorbehalte

gegen eine ökologisch orientierte Literaturwissenschaft, während sich andere Disziplinen wie die Geschichte, Soziologie oder Philosophie ökologischen Themen zuwandte. Goodbody sieht hier aber vor allem eine Chance für die Germanistik, denn sie werde nicht nur an die englischsprachigen Forschungen anknüpfen, sondern sie vielmehr durch ihre eigenen Diskurse, Themen und Begriffe ergänzen, wie er in einem Forschungsüberblick anschaulich zeigt. Die weiteren Artikel dieses Teils widmen sich ebenfalls deutschen Kontexten: der Natur- und Umweltschutzbewegung, dem Aussagewert der Literatur für umwelthistorische Fragestellungen, der Bedeutung von Walter Benjamins Überlegungen zur Natursprache und Theodor W. Adornos Naturästhetik für den *ecocriticism* sowie dem Ansatz einer Kulturökologie.

Im Zentrum des dritten Teils stehen exemplarische Analysen zur Literatur. Gegenstand sind Bukolik, Idylle und Utopie, die Umweltthematik in der Lyrik, im Drama und Theater, die Genres Klimawandelroman, Ökothriller sowie Kinder- und Jugendliteratur. Film und Kunst sind dagegen nur mit je einem Artikel vertreten. Auch wenn der *ecocriticism* vor allem eine literaturwissenschaftliche Arbeitsrichtung darstellt, hätte man angesichts seiner in der Einleitung angesprochenen Interdisziplinarität gerne mehr von diesen Ausrichtungen gehört. Auch eine ausführlichere Auseinandersetzung zum Verhältnis von *ecocriticism* und Kulturwissenschaft vermisst man, zumal keineswegs für weite Teile der Kulturwissenschaft die ‚Natur‘ immer noch das ‚Andere‘ der ‚Kultur‘ ist, wie die Herausgeberinnen behaupten (S. 12).

Dennoch bietet das Buch einen sehr guten Einblick in die Vielfalt des *ecocriticism*; die Artikel geben fundierte Überblicke über die einschlägige Literatur und eröffnen Perspektiven auf weitere Forschungen in diesem Arbeitsfeld. Auch Studierenden kann der Band empfohlen werden: Die Artikel sind verständlich geschrieben, umfassen jeweils circa 14 Seiten und einige erläutern die vorgestellten Konzepte anhand exemplarischer Lektüren. Ein Personen- und Sachregister erlaubt schließlich auch eine Lektüre quer zur Artikeleinteilung.

Konstanz

Benjamin Bühler

Viel Feind – viel Ehr

Wirth, Sven u. a. (Hrsg.): Das Handeln der Tiere. Tierliche Agency im Fokus der Human-Animal Studies, 272 S., transcript, Bielefeld 2015.

Wie geht es eigentlich den *human animal studies*? Wenn man beginnt, den Überblick über die internationalen Neuerscheinungen zu verlieren und zudem die ersten Schmähartikel im Feuilleton erscheinen, dann darf sich ein wissenschaftliches Feld wohl als etabliert betrachten. Die *human animal studies* (HAS), verstanden als Oberbegriff für die vielfältigen Auseinandersetzungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften mit Tieren in Geschichte und Gegenwart, im Denken und in der sozialen Praxis von Menschen, sind auch bereits zum Angriffsziel eines eher lahmen Wissenschafts-Hoax geworden, bei dem es allerdings nicht so sehr um Tierstudien als vielmehr um vergleichende Diktaturforschung ging. Besonders erobert allerdings war das Hoax-Kollektiv darüber, dass sich die HAS des *agency*-Begriffs bemächtigt hätten, wobei das Postulat tierlicher *agency* nichts als ein Zerfallsprodukt linker Utopien sei, Resultat einer mangelnden Trennung zwischen menschlicher Kultur und tierischer Natur. Nun ist die Kritik der Natur-Kultur-Dichotomie schon sehr viel älter als die HAS und über den Zusammenhang zwischen der Grausamkeit gegenüber Tieren und Menschen hat bereits Theodor W. Adorno – neben vielen anderen illustren Geistern – nachgedacht, so in der „Minima Moralia“ (1951). Über die Möglichkeit des Pogroms, so heißt es dort, „wird entschieden in dem Augenblick, in dem das Auge eines tödlich verwundeten Tiers den Menschen trifft. Der Trotz, mit dem er diesen Blick von sich schiebt – ‚es ist ja bloß ein Tier‘ – wiederholt sich unaufhaltsam in den Grausamkeiten an Menschen, in denen die Täter das ‚nur ein Tier‘ immer wieder sich bestätigen müssen, weil sie es schon am Tier nie glauben konnten“ (S. 133f.).

Agency also ist das zentrale Konzept der HAS und dem trägt auch der vorliegende Band Rechnung, ein Projekt des „Chimaira-Arbeitskreises für Human-Animal Studies“, dessen Anliegen es ist, das sich wandelnde Verhältnis von Menschen

und Tieren „wissenschaftlich zu begleiten und die gesellschaftlichen Mensch-Tier-Verhältnisse kritisch zu erforschen“, wie es auf der Homepage des Arbeitskreises heißt. In einem einführenden Kapitel liefern die Herausgeber_innen Sven Wirth, Katharina Dornenzweig und Markus Kurth einen fundierten Abriss der Forschung zum Thema, wobei der Anspruch, hier pionierhaft zu einem unterrepräsentierten Thema beizutragen ein wenig ignoriert, wie virulent Diskussionen zur *agency* bei nahezu jeder Tierkonferenz und in zahlreichen Publikationen sind. Auch ist die Trennung zwischen der deutschsprachigen und der internationalen Forschungsdiskussion überflüssig, weil sich diese unentwirrbar verschränken. Letztlich zeigt der Sammelband auch, wie sehr Konzeptionen von *agency* von jeweiligen eigenen Disziplinen abhängig sind – eine wirklich inter- oder transdisziplinäre Debatte gelingt hier nicht, es ist den Texten des vorliegenden Bandes sehr wohl anzumerken, ob sie einen literaturwissenschaftlichen, historischen oder philosophischen Zugang wählen. Doch alle *studies*, so auch die HAS, speisen sich aus Disziplinen – daher beziehen sie ihre Konzepte, Begriffe und analytischen Zugänge. Das ist kein Nachteil, weil eben gerade die disziplinär unterschiedlichen Zugänge zur *agency* dieses Konzept so vielfach anwendbar machen – es lässt sich damit ein tierliches Verhalten, oder eben Handeln, beschreiben, das nicht anders als „moralisch“ (ethisch, altruistisch) interpretiert werden kann bis hin zu Aktionen, die sich menschlichen Zuschreibungen und Interpretationszusammenhängen völlig entziehen.

Wie schnell die Übertragung menschlicher Konzepte bereits im Ansatz an Grenzen stoßen kann, zeigt etwa das Postulat von speziestypischer Moral, zum Beispiel einer Wolfmoral, wie Leonie Bossert in ihrem Beitrag zu den Argumenten von Marc Bekoff, Jessica Pierce und Mark Rowland darlegt. Wenn es für Wölfe nicht unmoralisch sei, andere Tiere für ihre Ernährung zu töten und zu verspeisen, weil sie ja nicht innerhalb der eigenen Spezies töten, warum sollte dies dann für Menschen verboten sein? Tierrechte und ein gleichberechtigtes miteinander Leben lassen sich so jedenfalls nicht begründen. Versucht man hingegen, Tiere ausschließlich in ihren eigenen Umwelten jenseits von Interaktionen mit Menschen zu begreifen und dabei jegliche „Anthropomorphisierung“ zu vermeiden, würde man zugleich die bahnbrechenden und faszinierenden Erkenntnisse der Ethologie außer Acht lassen, die nahezu im Wochentakt nachweisen kann, wie

klug, raffiniert, reflektiert und selbstbewusst Tiere handeln – wobei sie schon längst nicht mehr nur Primaten oder Wale und Delfine erforscht. Raben und Oktopusse sind zu Leistungen fähig, die noch vor kurzer Zeit nur Menschen zugeschrieben worden sind. Interessanterweise halten nun gerade viele Anhänger der objektiv forschenden Naturwissenschaften Diskussionen im Feld der HAS für esoterischen Quatsch, obwohl Wissenschaften wie die Neurobiologie mit ihren Erkenntnissen zunehmend die Grenzen zwischen Menschen und (ganz vielen) Tieren einreißen.

Der Band nähert sich der Frage nach *agency* in zwei Teilen. Nach dem einführenden Kapitel zu aktuellen Forschungen folgt mit dem ersten Teil eine „transdisziplinäre Konzeptualisierung tierlicher Agency“ mit fünf Aufsätzen aus Perspektiven der Geschichtswissenschaft, Philosophie, Soziologie und Ethik sowie den *gender studies*. Im zweiten Teil zu „konkreten nichtmenschlichen Tieren und ihrer Agency“ geht es in wiederum fünf Aufsätzen um Subjektivität, Kooperation und Widerstand, wobei Tiere aus den Nahräumen von Menschen im Mittelpunkt stehen, etwa *companion animals* wie Pferde und Hunde, Tiere in Schlachthöfen oder im Zoo. Es handelt sich insgesamt um eine lesenswerte Zusammenstellung von sehr interessanten und kenntnisreichen Aufsätzen von jüngeren und etablierten Autorinnen und Autoren, die in jede gut sortierte Bibliothek zu Mensch-Tierbeziehungen gehört.

Zürich

Gesine Krüger

Standardwerk zu Italien

Brütting, Richard/Rauen, Birgid (Hrsg.): Italien-Lexikon. Schlüsselbegriffe zu Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Justiz, Gesundheitswesen, Verkehr, Presse, Rundfunk, Kultur und Bildungseinrichtungen, 1.256 S., ESV, Berlin 2016, 2. völlig neu bearb. und wesentlich erweitert. Auflage.

„Italy sells“, könnte man sagen, wenn das Englische in diesem Falle nicht gänzlich unangebracht wäre. Jedenfalls verkauft sich das Italien-Lexikon trotz seines nicht eben geringen Preises offenbar so gut, dass nach einer ersten (1995) und einer Studienausgabe (1997) nun eine zweite, stark überarbeitete, erweiterte und natürlich aktualisierte Auflage erschien – und das alles von

Herausgebern, hinter denen keine potente wissenschaftliche Institution steht, sondern die das gleichsam als Privatpersonen mit gut drei Dutzend Mitautorinnen und -autoren, von denen nur circa ein Drittel schon bei der Erstauflage dabei war, betrieben haben. Von Geldgebern ist nirgends die Rede, so dass der Verlag das Unternehmen aus der eigenen Tasche finanziert zu haben scheint, und das in Zeiten, in denen Nachschlagewerke nur noch selten im Druck erscheinen. Man darf das alles als Qualitätsausweis werten und so greift man gespannt zur Neuauflage, um zu sehen, ob sie das Niveau hat halten können. Wir wollen das in vier Schritten prüfen.

Erstens die Themenvielfalt: Die Erstauflage enthielt neben geschichtlichen Inhalten Artikel über Staat und Politik, Wirtschaft, Kulturinstitutionen und Massenmedien, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Finanz-, Gesundheits- und Bildungswesen und, im Interesse eines wahrheitsgemäßen Bildes von Italien, auch zu Skandalen, Attentaten und anderen unschönen Erscheinungsformen der italienischen Moderne. Die Neuauflage hält nicht nur an diesem breiten Spektrum fest, sondern erweitert es um die Themen Großstädte, Oper, Sport und Zweite Republik.

Zweitens Aktualität: Laut Vorwort war Redaktionsschluss am 31. Dezember 2015, einzelne Informationen seien noch bis März 2016 nachgetragen worden. Wichtiger ist, dass nicht nur Politisches von dieser Aktualität profitiert hat. Man findet neben einem biographisch-politischen Abriss zu Matteo Renzi auch einen über dessen Arbeitsrechtsreform (*Jobs Act*), über die Zunahme prekärer Lebensverhältnisse (*precarietà*; mit Zahlenangaben), über die derzeit gesetzgeberisch höchst umstrittenen nichtehelichen Lebensgemeinschaften (*unione libera*; ebenfalls mit Zahlenangaben), über die sogenannten *Viados*, wie in Italien die Homosexuellen verächtlich genannt werden, und das damit eng zusammenhängende Problem der Transgender-Prostitution, aber auch über den seit 2012 zwischen Mailand und Neapel verkehrenden privaten Expresszug NTV, der der Staatsbahn mächtig Beine macht, wenn man so sagen darf, obwohl diese ihm nach Möglichkeit Prügel zwischen dieselben wirft, um nochmals das gewagte Bild zu bemühen (Einzelheiten im wunderbaren Buch des Eisenbahnfanatikers Tim Parks mit dem schönen Titel „Italien in vollen Zügen“, 2014).

Drittens Benutzerfreundlichkeit: Alle Stichwörter sind italienisch, oft nur in Form der gängigen Abkürzungen, und enthalten lediglich in

Klammern eine deutsche Übersetzung. Das hat in der Erstauflage selbst Italienkennern manche Schwierigkeiten bereitet, über die man den Lesern am besten durch ein zweisprachiges Stichwortverzeichnis hinweggeholfen hätte, am besten samt Abkürzungsschlüssel. Hilfreich ist daher die jetzt neue fünfzehnteilige „Thematische Gliederung nach Schlüsselbegriffen“, die unter deutschen Oberbegriffen die einschlägigen italienischen Einträge nennt (z. B. unter „Film“ die Oberbegriffe Filmfestival, Filmgesetze, Filmzentren, Genres, Geschichte und Produktionsfirmen samt den dazugehörigen Lemmata). Ob sämtliche Stichwörter – die Personen sind ohnedies gesondert aufgeführt – hier verzeichnet sind, wird nicht verraten.

Viertens Inhalte beziehungsweise Qualität des Mitgeteilten: Je spezifischer man fragt, desto größer ist die Chance auf Antwort. Kein Oberbegriff „Katastrophen“, aber ein Artikel zur Havarie der *Costa Concordia*, keiner zum „Katholizismus“, aber Einträge zu *Chiesa Cattolica Italiana* (was etwas anderes ist), zu Arbeiterpriestern, zur einflussreichen *Opera dei Congressi* sowie, etwas unvermutet hier notiert und nicht unter „Vatikan“, ein Artikel zur Kurienkongregation *Propaganda Fide*. Wer sich über das Gesundheitssystem als solches informieren möchte, findet leider nichts, während es über das Sozialwesen einen kurzen, aber vorzüglichen Artikel gibt, der die Besonderheiten deutlich macht und die Schwächen anspricht, ohne sich lang an Formalem aufzuhalten (*previdenza sociale*). Viele andere Artikel erschöpfen sich weitgehend im Referieren gesetzlicher Regelungen und enthalten sich wertender Aussagen. Das gilt etwa für das Rechtswesen (*giustizia*) und ist besonders bedauerlich, weil auch die gängigen Geschichtswerke und Landeskunden zu diesem Thema in aller Regel schweigen, obwohl gerade die italienische Justiz wegen Politisierung, Selbstbezüglichkeit und Verfahrensverschleppung einen üblen Ruf hat. Gleiches gilt für die Parteien (*partiti*), wo der Eindruck erweckt wird, man habe es in Italien mit demselben Gegenstand zu tun wie im nordalpinen Europa, und folgerichtig weder vom Fehlen eines Parteiengesetzes die Rede ist noch von oligarchischen Strukturen, dubioser Finanzierung und dergleichen. Bei den einzelnen Parteiartikeln, insbesondere beim *Movimento Cinque Stelle* wird dann aber kein Blatt vor den Mund genommen. Vielleicht liegt der Grund dafür in der Binnen- beziehungsweise Außensicht; den Parteiartikel schrieb eine Italienerin, Grillos „totalitär“

(S. 598) geführter *M5S* ein Deutscher. Aber dieselbe Autorin verfasste auch einen gelungenen Artikel zur politischen Kultur (*cultura politica*), wengleich die zugeordneten Fachbegriffe, aber auch ein Beitrag wie *appalto* (Vergabewesen), diese ungute Seite an Italien erst so richtig anschaulich machen.

So könnte man endlos weitermachen; Gutes, weniger Gutes und Misslungenes aufzählen, aber das überstiege Kompetenz und zugestandenen Platz bei weitem. Lediglich der Artikel „Zweite Republik“ (*Seconda Repubblica*) verdient wegen seiner abgewogenen Erörterung und immanenten Skepsis gegenüber dieser selbstentlastenden Redeweise besonderes Lob. Systemwechsel sind nun einmal unangenehm und die Italiener suchen sie noch mehr zu vermeiden als andere Gesellschaften. Man lese nur die Artikel zum Thema Journalismus; ausgerechnet dieser Beruf ist trotz vieler gesetzgeberischer Retuschen heute noch so ständestaatlich verfasst, wie das 1925 Mussolini verfügt hat. Wem fiel da nicht der klassisch gewordene Satz Tommaso di Lampedusa ein, den er Tancredi in den Mund legt? – „Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, muss sich alles ändern“.

Darmstadt

Christof Dipper

Französisch-deutsche Historiographiegeschichte

Schöttler, Peter: Die „Annales“-Historiker und die deutsche Geschichtswissenschaft, 412 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2015.

Mentalität, lange Dauer, *histoire totale* – diese französischen Fachbegriffe sind den deutschen Historikern ebenso vertraut wie der wissenschaftliche Zusammenhang, aus dem sie stammen: die „Annales“. Gemeint ist zunächst die etwas andere historische Zeitschrift, die Marc Bloch und Lucien Febvre 1929 an der Universität Straßburg mit dem Namen „Annales d'histoire économique et sociale“ (AHES) ins Leben gerufen haben; sodann die Gruppe von französischsprachigen Historikern im Umfeld der AHES, schließlich in einem weiteren Sinn seit 1945 eine bestimmte geschichtswissenschaftliche Richtung. Die „Annales“ waren innovativ, weil sie das historische Untersuchungsfeld weit über die seinerzeit üblichen akademischen Grenzen hinaus öffneten,

auch im Vergleich mit der deutschen Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die durch ihren nationalistischen Kammerton diskreditiert war. Anders als heute stand die Zeitschrift zur Zeit von Bloch und Febvre, aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Leitung von Fernand Braudel für die Innovationskraft einer Historiographie, welche die Selbstbeschränkung auf Ereignis-, Diplomatie- und Ideengeschichte mit interdisziplinären und problemorientierten Ansätzen durchbrach. Während sich Bloch und Febvre, aber auch der Agrarhistoriker Georges Lefebvre und der Sozialwissenschaftler Maurice Halbwachs, auf die Wirtschafts-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte kaprizierten, setzte Braudel in den 1950er Jahren mit quantifizierenden „seriellen“ Studien einen neuen Akzent. Doch erst seit den 1970er Jahren wurden die „Annales“ von deutschen Historikern, dem akademischen Nachwuchs vor allem, peu à peu zur Kenntnis genommen. Jetzt erst machten deutsche Übersetzungen die eingangs genannten „Annales“-Vokabeln zu Schlüsselbegriffen auch diesseits des Rheins.

Warum dieser Rezeptionsprozess so schleppend verlief – selbst in der eher transatlantisch orientierten sogenannten Bielefelder Schule –, ist nur eine der spannenden Fragen der französisch-deutschen Wissenschaftsgeschichte, die Peter Schöttler (bis 2015 CNRS; FU Berlin) untersucht hat. Die verstreuten Studien eines der besten Kenner französischen Geschichtswissenschaft, namentlich ihrer sozialgeschichtlichen Spielart, liegen, endlich, in einer Blütenlese seiner Beiträge vor. Die Aufsätze, die mit Ausnahme eines Prologs und der Einleitung in den vergangenen 25 Jahren erschienen sind, wurden teilweise aus dem Französischen übersetzt und sämtlich überarbeitet.

Zwar stehen die beiden Protagonisten Marc Bloch und Lucien Febvre im Mittelpunkt – wie könnte es auch anders sein? Doch Schöttler widmet eigene Kapitel auch dem Philosophen Henri Berr und dem belgischen Historiker Henri Pirenne, die er als „Paten“ der „Annales“ einführt, sowie der österreichischen Historikerin Lucie Varga aus dem Umfeld der „Annales“. Zudem geht der Band über die bloße Zusammenstellung insofern hinaus, als Schöttler durch das Arrangement der Texte Zusammenhänge verdeutlicht. So erklärt er die deutsche Zurückhaltung gegenüber Antifaschisten wie Bloch und Halbwachs – beide wurden während des NS-Regimes ermordet – mit der nicht aufgearbeiteten Vergangenheit,

an die deutsche Historiker ungenügend erinnert werden wollten: den Lamprecht-Streit, die Auseinandersetzung mit dem Marxismus und die Verdrängung des Nationalsozialismus (S. 42f.). Umgekehrt nimmt er die dauerhafte, aber ambivalente Wahrnehmung der Entwicklung in Deutschland unter die Lupe. Neben den Rezeptionsprozessen untersucht Schöttler auch Netzwerke, wie sie etwa um das Projekt der „Encyclopédie Française“ entstanden.

Die Suche nach „Vorläufern“, die Analogien und Parallelen behauptet, ohne dass sie empirisch nachgewiesen würden, ist ihm zu Recht verdächtig (S. 372). Die Anthologie überzeugt vielmehr dadurch, dass Schöttler wiederholt konkrete Rezeptions- und Austauschprozesse systematisch freilegt und statt vermeintlich eindeutiger Weiterentwicklungen Diskontinuitäten und Differenzen herausstreicht. Das zeigt sich beispielsweise dort, wo Schöttler gleichsam auf der Metaebene jüngerer geschichtswissenschaftlicher Kontroversen die Interpretation der „Annales“ in Debatten über die deutsche Historiographie einordnet. Was ist von der These zu halten, fragt er etwa, dass die ‚Volksgeschichte des Dritten Reiches‘ in den „Annales“ ein Pendant besaß, mithin keine eigentümliche deutsche Erscheinung war? Deutsche Volkshistoriker hätten die Arbeiten eines Febvre zwar im Detail zur Kenntnis genommen, sie aber zugleich attackiert. Die scheinbar moderne Interdisziplinarität, die Konzentration auf Räume als Ganzes und das Adaptieren fachfremder Methoden: Für die NS-Volksgeschichte war all das ‚völkisch‘, sprich: hochgradig ideologisch motiviert, argumentiert Schöttler gegen anderslautende Thesen, die der Volksgeschichte eine gewisse Modernität bescheinigen. Wo es in Frankreich darum ging, den Horizont der Wissenschaftlichkeit weiter zu ziehen, habe man im nationalsozialistischen Deutschland durch Interdisziplinarität „einen anderen, nämlich völkischen Typus von Objektivität“ (S. 378) schaffen wollen, so dass von einer gemeinsamen Sprache beider Strömungen keine Rede sein könne.

Die Aufsatzsammlung lässt sich nicht nur als Teil einer Geschichte der Historiographie, in Sonderheit der Wissenschaftsgeschichte lesen, die dem französischen Abenteuer „Sozialgeschichte“ nachspürt. Sie kann auch als ein Beitrag zur deutsch-französischen Beziehungsgeschichte nicht zuletzt in der Zwischenkriegszeit verstanden werden. Da macht es wenig, wenn manche Debatten, denen die „Annales“ zugeordnet werden, mittlerweile ihrerseits Vergangenheit sind. Der historiographiegeschichtlich

interessierte Leser ist allemal bereit, diesen Preis zu zahlen. Schöttler ist zuzustimmen, wenn er jedem jungen Historiker, nicht nur dem frankophilen, das Studium des „historischen Erbes“ der „Annales“ ans Herz legt (S. 27). Seine Sammlung der zumeist diskursiv angelegten, immer gut lesbaren Aufsätze inklusive einer Auswahlbibliographie ist dazu als Einstieg bestens geeignet.

Potsdam/Halle (Saale) Jörg Echternkamp

Beiträge zur Gegenwartsgeschichte

Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, 502 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016.

Erstmals 2008 veröffentlichten Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael einen programmatischen Essay in Buchform, dessen Obertitel „Nach dem Boom“ schnell zu einem zentralen Topos der deutschen Zeitgeschichtsschreibung avanciert ist. Der vorliegende Sammelband präsentiert zum Teil Ergebnisse des in diesem Kontext entstandenen Forschungsverbundes, aber auch andere Beiträge zu Wandlungsprozessen seit den 1960er Jahren. Die 20 Aufsätze, die hier nicht im Einzelnen gewürdigt werden können, demonstrieren beispielhaft, dass sich die Forschung auf breiter Front in die „Vorgeschichte der Gegenwart“ vorgearbeitet hat. Viele deuten auch zumindest an, dass der Bandtitel nicht nur im chronologischen Sinne zu verstehen ist, denn die hier behandelten Umbrüche wirken oft unmittelbar in unser politisch-gesellschaftliches Selbstverständnis hinein.

Der Band gliedert sich in vier Hauptteile. Der umfangreichste behandelt „Formwandel und Strukturbrüche der Arbeit“. Neben Veränderungen in den Unternehmen durch Vermarktlichung und Informatisierung werden Frauenarbeit, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Zumutbarkeit von Arbeitsangeboten für Arbeitslose sowie der Wandel der Arbeitswelt in der einstigen Industriemetropole Glasgow behandelt. Ein weiterer Teil zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik spannt den Bogen von der Inflationsbekämpfung und der Entstehung multinationaler Konzerne über die Herausforderungen, die das Ende des

„Wirtschaftswunders“ für den Sozialstaat und die Gewerkschaften bedeutete, bis zur Bevölkerungspolitik im dekolonisierten Kenia. Sozusagen einen gleitenden Übergang zur Kulturgeschichte bilden Aufsätze, die sich anhand übergreifender Trends sowie der Ernährung, des Fußballkonsums und des Laufsports mit dem Verhältnis von Konsum- und Konsumentengeschichte befassen. Als „Zeithorizonte und Zeitdiagnosen“ werden abschließend Poststrukturalismus, Posthistoire und Zukunftsforschung, generationelle Erwartungshorizonte und Elitesemantiken in den Blick genommen.

Wie Doering-Manteuffel und Raphael in ihrer ausführlichen Einleitung darlegen, markiert der Band einen Zwischenstand der einschlägigen Forschung und beansprucht insgesamt nicht, abschließende Ergebnisse zu bieten. Die Einleitung und viele Aufsätze weisen vielmehr auf zahlreiche neue Fragen hin, die durch die Auseinandersetzung mit den Thesen zum Epochencharakter der Jahrzehnte „nach dem Boom“ erst aufgeworfen werden. Aufgabe der weiteren historischen Forschung wird nicht zuletzt die Dekonstruktion geläufiger, durch die Akteure geprägter Erzählungen sein, wie das musterhaft Stefan Eich und Adam Tooze für die monetaristische „Great Moderation“ vorführen. Eine weitere Herausforderung wird – neben der vielfach angesprochenen übergreifenden Periodisierung heterogener und doch verflochtener Themenfelder – die Unterscheidung zwischen grundlegenden Zäsuren und vorübergehenden Konjunkturen bleiben, auf die prägnant Maren Möhring am Beispiel der Esskultur hinweist. Schließlich stellt sich die Frage nach den angemessenen räumlichen Bezugsgrößen, nach internationalen Konvergenzen oder Divergenzen allgemeiner Trends. Geografisch fokussieren die Aufsätze ganz überwiegend die Bundesrepublik, öfter Großbritannien und manchmal andere westeuropäische Länder, doch Osteuropa bleibt außer Betracht. Das ist zunächst einmal legitim, wenn man von einem westlichen Typ der Industriegesellschaft ausgeht und nach dessen Modifikationen fragt, doch wird die Agenda auf Dauer die osteuropäischen Transformationen der 1990er Jahre und ihre Vorgeschichte nicht ausklammern können.

Eine erstaunliche geringe Rolle spielen außerdem Begriff und Praxis der Globalisierung. Auch in dieser Hinsicht dürfte eine zentrale Aufgabe der künftigen Forschung in der Untersuchung internationaler Transfers liegen. Raphael und Doering-Manteuffel plädieren selbst dafür,

in Zukunft „über die nationalzentrierte Problemgeschichte der Gegenwart hinauszugelangen“ (S. 29). Das gilt nicht zuletzt für jenen Finanzmarktkapitalismus, dem sie eine „Schlüsselrolle“ in den übergreifenden Wandlungen der letzten Jahrzehnte zuweisen (S. 18), dessen konkrete Entstehung und Reichweite indes der historischen Analyse harren. Das wiedererwachte Interesse von Zeithistoriker_innen an der Wirtschafts- und Sozialgeschichte spiegelt sich auch darin, dass gleich fünf Aufsätze des Bandes von Sozialwissenschaftlern verfasst wurden, sodass bei aller thematischen Überschneidung doch auch die bisweilen sehr unterschiedlichen Herangehensweisen und Prämissen in den Blick geraten. Dazu gehört die offenkundig recht begrenzte Kenntnisnahme historischer Literatur seitens der Nachbarfächer; in diesem Sinne kann man den Band auch als Aufforderung zum Dialog lesen. Die Lektüre lohnt also nicht nur für Historiker_innen – für diese jedoch, gerade wegen der thematischen Bandbreite, unbedingt.

Potsdam

Ralf Ahrens

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Französische Revolution in der englischsprachigen Historiographie

Andress, David (Hrsg.): The Oxford Handbook of the French Revolution, 704 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Nachdem in den 1980er Jahren die beiden großen Kontrahenten der damals ablaufenden Kontroversen um die Französische Revolution sowohl ein „Dictionnaire Historique de la Révolution Française“ (Albert Soboul) als auch ein „Dictionnaire Critique de la Révolution Française“ (François Furet) vorgelegt hatten, war es auf dem Handbuchmarkt still geworden, denn beide umfänglichen Zusammenfassungen waren nicht nur geprägt von den Polemiken der beiden vorangegangenen Jahrzehnte, sondern hatten auch auf sehr zuverlässige Weise den empirischen Forschungsstand reflektiert, der im Vorfeld des *bicentenaire* erreicht worden war. Für mehr als zwei Jahrzehnte dienten diese Handbücher als Referenzwerke.

Die Tatsache, dass nun in kürzester Zeit drei neue Überblickdarstellungen in kollektiver

Verantwortung erschienen sind, signalisiert wohl den Bedarf einer neuen Generation von Historikern und Historikerinnen, sich der erreichten Erkenntnisfortschritte zu versichern und auch neue Schwerpunkte bei der Darstellung zu setzen. Während der „Companion to the French Revolution“ herausgegeben unter Verantwortung von Peter McPhee aus Melbourne bereits 2012 erschienen ist, folgten 2015 der vom Rezensenten und Alan Forrest herausgegebene „Routledge Companion to the French Revolution in World History“ und eben das hier zu besprechende Werk in der renommierten Reihe der Oxford University Press Handbücher.

David Andress, der in Portsmouth lehrt und selbst neben zahlreichen Einzelstudien eine Gesamtdarstellung zur Geschichte der Revolution vorgelegt hat („French Society in Revolution, 1789–1799“, 1999), konzentriert, im Unterschied zu den anderen beiden Handbüchern, seine Darstellung sehr weitgehend auf die Geschichte Frankreichs und auf die revolutionären Vorgänge im Rahmen des Hexagon. Er vernachlässigt damit zwar die in den letzten Jahren immer prominenter gewordenen globalen Echos und Wirkungen der Französischen Revolution von Haiti bis in den Pazifik, vom arabischen Raum bis nach Südeuropa, aber sie sind in den einzelnen Artikeln des Handbuches durchaus präsent und werden auf diese Weise in die Darstellung integriert.

Das Handbuch ist eine überzeugende Schau der in den letzten Jahren neu unternommenen Bemühungen, die Revolution zu verstehen und zu analysieren. Dabei wird sehr deutlich bemerkbar, dass sich der Schwerpunkt der Forschung zur Französischen Revolution in den letzten zwei Jahrzehnten ganz merklich geographisch verschoben hat – in Richtung Großbritannien und USA. Das hat zum Teil mit der neuen Aufmerksamkeit für die globalen Zusammenhänge der Revolution zu tun, auch mit dem nun wieder positiver bewerteten Paradigma der atlantischen Revolution, dass in den 1950er Jahren noch dem Verdikt engagierter NATO-Gegner verfiel, aber jetzt als geeigneter Interpretationsrahmen für den Durchbruch zu modernen Verhältnissen sowohl in Nordamerika als auch in West- und Nordwesteuropa gilt.

Dieser Wandel hat aber auch damit zu tun, dass die französische Historiographie, soweit sie nicht selbst in englischer Sprache publiziert, viel stärker marginalisiert wird, als dies noch am Ende des vergangenen Jahrhunderts der Fall war. Die beiden Handbücher von Albert Soboul

und François Furet/Mona Ozouf erschienen noch ganz selbstverständlich auf Französisch und entstammten ganz überwiegend der Feder französischer Autoren. Dies hat sich nun geändert. Die übergroße Mehrheit der Autoren und Autorinnen in Andress' Handbuch sind englischsprachig und lehren an Einrichtungen in eben dieser englischsprachigen Welt. Nur einige wenige französische Autoren sind an diesem Handbuch noch beteiligt. Dies geht selbstverständlich nicht ohne einige groteske Begleiterscheinungen ab, wenn selbst französische Werke, die ausgesprochene einflussreich gewesen sind, in den Bibliographien zu den einzelnen Artikeln in ihrer englischen Erstausgabe angeführt werden. Das hat zur Folge, dass die zum Teil deutlich verspätete Publikation der englischen Übersetzung überhaupt nicht mehr erkennen lässt, wann der originale Titel seine Wirkung entfalten konnte. Andererseits ist damit das Handbuch ein wirklich überzeugender Beweis dafür, wieviel von der qualitativ hochwertigen französischen Forschung inzwischen in englischer Sprache vorliegt und welche enorme Übersetzungsleistung die englischen und amerikanischen Verlage erbracht haben.

Abgesehen von seiner Indikatorfunktion für einen Umbruch in der Schwerpunktsetzung der Forschungslandschaft gliedert sich das „Oxford Handbook of the French Revolution“ nach einem sehr klassischen chronologischen Muster. In sechs Teilen sind jeweils zwischen vier und sieben Einzeltexte von rund 15 Druckseiten präsentiert. Dies erlaubt den Verfassern jeweils einen gewissen Freiraum für persönliche Fokussierungen, aber die oberste Anforderung bleibt doch der Überblick zum Thema für ein breiteres Publikum – und dies leisten die Aufsätze auf hervorragende Weise.

Der erste Teil geht dem traditionellen Verhältnis von Revolution und Vorgeschichte unter der Überschrift „Origins“ nach und beschäftigt sich mit wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Entwicklungen, ebenso wie mit dem Verhältnis zur Aufklärung und deren Radikalisierung. Schließlich gehört in diesen Bereich auch ein Kapitel über die internationalen Beziehungen und den Ausbruch der Revolution. Dies alles ist seit Längerem gut untersucht und eignet sich für ein Narrativ, das die vielen Elemente eines ganzen Ursachenbündels unterstreicht und sich nicht auf ein Grundnarrativ festlegen lässt. Mehrere Aufsätze führen eine implizite Polemik gegen allzu naive Vorstellungen von einer „bürgerlichen Revolution“ oder dem Aufstand eines

komplett verelendeten Volkes gegen den Feudalismus. Dies wurzelt in einer sympathischen Skepsis gegen ideologische Vorannahmen, hat aber inzwischen auch einen Punkt erreicht, an dem der proklamierte Revisionismus schlicht des attackierten Gegenübers verlustig gegangen ist. Bei den empirischen Fragen, wie sie seit den späten 1960er Jahren etwa zum regional extrem unterschiedlichen Anteil der Feudalabgaben an den bäuerlichen Lasten gestellt wurden oder zum Gebrauch steigender Einnahmen aus den Grundherrschaften für eine kapitalistische Reproduktion, gibt es erkennbar nicht allzu viele Fortschritte zu vermelden.

Teil 2 ist dann der Heraufkunft der Revolution gewidmet und kombiniert Blicke von oben und unten auf die Krise des Ancien Régime und den Bastille-Sturm sowie die Entfaltung der Aktivitäten in der Nationalversammlung. Teil 3 wendet sich Revolution und Verfassung zu und behandelt wiederum in kurz- wie mittelfristiger Perspektive Fragen der politischen Ordnung, der politischen Institutionen, des Verhältnisses zur Religion, der Rolle städtischer Gewalt und schließlich dem Thema der Sklaverei und des Umgangs mit den Kolonien während der Revolution.

Teil 4 ist mit fünf Kapiteln der Gegenrevolution und ihrem Zusammenbruch gewidmet, wobei hier neben einem Text zum Königspaar und einem zur Emigration auch die Unzufriedenheit auf dem Land und die Bildung von Klubs und Parlamentsfraktion behandelt werden und schließlich ein Kapitel der Rolle des militärischen Konfliktes gewidmet ist. Die Konterrevolution bleibt auch in diesem Band eher stiefmütterlich behandelt, obwohl Autoren, die an diesem Handbuch beteiligt sind, wichtige Beiträge zu ihrer empirischen Untersuchung geleistet haben.

Teil 5 beschreibt die neue Republik und wird eingeleitet von einem Artikel des Herausgebers zu den Sansculotten und zur Volksbewegung in Paris. Er wird dann fortgesetzt mit drei Artikeln, die der „Terreur“ gewidmet sind, und beschäftigt sich schließlich auch mit der Ausbreitung des Jakobinismus jenseits der Grenzen Frankreichs. Teil 6 schließlich liefert gewissermaßen die Nachgeschichte beginnend mit dem Thermidor und endend mit Napoleon und der revolutionären Erbschaft ins 19. und 20. Jahrhundert hinein.

Den Schlussakkord setzt David Bell, der zwar einerseits das Ende der Revolution proklamiert und damit an eine berühmte Formulierung von Furet anschließt, dann aber unterscheidet zwischen der Anerkennung der Möglichkeit von

revolutionären Erhebungen in Zukunft, um Despoten- und Gewaltherrscher zu stürzen oder neue sozial-ökonomische Verhältnisse zu etablieren, und der mittlerweile verblassten Wirkkraft einer eschatologischen Erwartung an die Revolution an sich. Letztere hält er für definitiv beendet und kommt damit zu dem Schluss, dass sich gewissermaßen der Kreis der Französischen Revolution geschlossen hat. Es geht ihm nicht um das Ende aller revolutionären Erhebungen, aber er sieht keine Chance mehr für zügellose Hoffnung auf Erlösung durch Revolution.

Man kann dem Herausgeber nur Respekt zollen für die umfangreiche Koordinierungstätigkeit, ein solch zuverlässiges Handbuch in der Autorenschaft bewährter Forscher, die ihr Feld bestens kennen, zusammengebracht zu haben. Gerade für diejenigen, die mit der jüngeren Konjunktur von Revolutionsstudien in der englischen und amerikanischen Historiographie nicht vertraut sind, bietet der Band einen exzellenten Überblick. Selbstverständlich lassen sich in solch kurzen Artikeln nur in begrenztem Maße die Ergebnisse ganzer Monographien unterbringen. Aber der Leser kann leicht den Hauptthesen folgen.

Vergleicht man die Handbücher der 1980er Jahren mit den neu vorgelegten, dann fallen große Fortschritte in einzelnen Bereichen auf, denken wir nur an die Geschichte von Sklaverei, Kolonialgeschichte und internationalen Beziehungen, in anderen Bereichen ist der Fortschritt allerdings nicht ganz so gewaltig. Aber auch jene Themen müssen in einem Handbuch, das für die akademische Lehre als Leitmedium dienen möchte, abgebildet werden.

Leipzig

Matthias Middell

Zeitdisziplin vor der Moderne

Schiersner, Dietmar (Hrsg.): Zeiten und Räume – Rhythmus und Region, 380 S., UVK, Konstanz/München 2015.

Das Thema „Zeit“ erlebte im letzten Vierteljahrhundert quer durch die europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften eine Konjunktur. Begriffe wie Zeitkulturen, Zeitstrukturen oder Zeitregime benennen historisch variierende gesellschaftliche Ordnungen von Zeit, Zeitwahrnehmungen, Zeiterfahrungen oder Zeitgefühle stehen für deren individuelle oder gruppenspezifische Bedeutung

und Gestaltung. Der Herausgeber des vorliegenden Bandes, Dietmar Schiersner, bietet einleitend einen instruktiven Überblick über diese noch andauernde „Zeit“-Konjunktur. Sicherlich hat er recht, einen wesentlichen Auslöser im verbreiteten Unbehagen mit aktuellen Formen von Beschleunigung zu sehen. Auffallend an der wissenschaftlichen Konjunktur der Zeit ist allerdings das weit in die Vormoderne zurückreichende historische Interesse. Gerade dazu leistet der Band mit seiner langen Perspektive vom ausgehenden Mittelalter bis in das 19. Jahrhundert und seinem Schwerpunkt auf der Frühen Neuzeit einen wichtigen Beitrag.

Die meisten der hier versammelten 17 Aufsätze nehmen drei unterschiedliche Zeithorizonte in den Blick: Tagesablauf, Jahresrhythmus, und Lebenslauf. Einige beziehen auch die geschichtliche Zeit mit ein. In den Beiträgen wird sichtbar, dass in Mitteleuropa schon vor der Moderne die Bedeutung von Zeit, ihrer Einteilung und Synchronisierung, und nicht zuletzt der Art ihrer Verwendung, wie auch von Zeitdisziplin in Form von Pünktlichkeit, wesentlich höher war, als dies von Historikern lange Zeit angenommen wurde. Dies kommt nicht nur in gesellschaftlichen Diskursen oder obrigkeitlichen Ordnungsbestrebungen zum Ausdruck, sondern auch in der alltäglichen Praxis von Angehörigen ganz unterschiedlicher sozialer Gruppen. Besonders dichte Beschreibungen – überwiegend für die Periode vom 16. bis zum 18. Jahrhundert – behandeln hier etwa die ländliche Bevölkerung eines alpinen schweizerischen Hochtals (Nicolas Disch); ländliche Gewerbetreibende Oberschwabens in ihren Mischformen von agrarischer und handwerklicher Arbeit (Anke Sczesny); „Nichtsesshafte“ als mehr oder minder dauerhaft mobile Gruppen in den habsburgischen Ländern (Gerhard Amerer); aber auch städtische Oberschichten am Beispiel von Augsburger Kaufleuten (Barbara Rajkay); oder die Insassen von schwäbischen adeligen „Damenstiften“ (Dietmar Schiersner). Unterschiede der Zeitregime und Zeitwahrnehmungen zwischen diesen verschiedenen sozialen Gruppen – wie auch zwischen Land und Stadt – werden aufgezeigt, aber offensichtlich waren sie geringer, als vermutet.

Ein entscheidender Faktor dafür lag im Bereich der Arbeitsorganisation: dem auf der bäuerlichen Bevölkerung lastenden wirtschaftlichen Zwang, die Gunst der Witterung und des saisonalen Klimas „zeitgerecht“ zu nützen; den Arbeitszeitregelungen und -konflikten, wo verschiedene

Formen von Lohnarbeit auftraten; der Notwendigkeit, gemeinschaftliche Arbeit etwa auf Almen oder Allmenden zu koordinieren; und anderes mehr. Dazu kam der gesellschaftliche Druck, seine Zeit mit „nützlichen“ Aktivitäten und jedenfalls nicht mit „Müßiggang“ zu verbringen – ein altes Herkommen, das sich dann im Zeitalter der Aufklärung nochmals verstärkte.

Neben der Arbeit erforderten – und förderten – aber auch andere Vergesellschaftungsformen eine Synchronisierung der Zeit, wie etwa das gemeinsame Gebet im Klosterleben, die Teilnahme an Versammlungen von Zünften oder Gemeinden sowie Gerichtstage. Auch für die Wahrheitsfindung vor Gericht wurden präzise zeitliche Festlegungen relevant. Auch wenn die „Uhr-Zeit“ nicht den gesamten Alltag prägte und vieles situativ und flexibel geregelt wurde, so standen der Takt der Uhr und der Kalender doch zumindest vom 17. Jahrhundert an weithin als Instrumente zur Regelung des Zusammenlebens zur Verfügung und sie wurden – bei Bedarf – auch benützt. Die Aufsätze dieses Bandes zeigen ein Neben- und Miteinander von Situationen und Lebensbereichen, in denen zeitliche Präzision erwartet und praktiziert wurde, und solchen, in denen dies nicht der Fall war.

Weitere Beiträge behandeln – unter anderem – die unterschiedlichen zeitlichen Regelungen in christlichen und jüdischen Gemeinden Süddeutschlands, vor allem in Bezug auf religiöse Feiertage, Sonntag und Sabbat (Rolf Kießling); oder zwischen Katholiken und Protestanten, die nach der Einführung (bzw. Nicht-Einführung) des Gregorianischen Kalenders im späten 16. Jahrhundert für mehr als hundert Jahre, lokal auch wesentlich länger, unterschiedlichen Zeitrechnungen folgten (Wolfgang Scheffknecht, Wolfgang Petz). Derartige Diskrepanzen konnten durchaus zu Kooperationen führen, etwa in Form der Beschäftigung von christlichen Dienstboten in jüdischen Haushalten am Sabbat, aber auch zu heftigen Konflikten.

Der Titel des Bandes verknüpft die Dimension der „Zeit“ mit der Dimension des „Raums“. Die Einleitung des Herausgebers bietet dazu inspirierende Überlegungen, die aber in den Beiträgen selbst nicht eingelöst werden. Das Buch ist in einer regionalgeschichtlichen Reihe erschienen, den „Beiträgen zur Geschichte Ostschwabens und der benachbarten Regionen“, und in der Tat sind die meisten Aufsätze lokal- oder regionalgeschichtliche Fallstudien aus diesem Raum, die durch einige übergreifende Darstellungen

ergänzt werden. Raum als analytische Kategorie spielt dagegen kaum eine Rolle. Das schmälert allerdings den Wert dieses überaus anregenden Bandes in keiner Weise. Die hier versammelten Studien beruhen auf quellengesättigten Forschungen, die sich sehr produktiv an allgemeinen historiographischen Fragestellungen abarbeiten. Sie machen die Vielfalt und die wechselseitigen – mitunter konflikthafter – Beziehungen von Zeitkulturen schon in der Vormoderne sichtbar und zeigen damit nicht nur die historische Wandelbarkeit der Zeit, sondern auch erstaunlich weit zurückreichende Kontinuitäten.

Wien

Josef Ehmer

Zentraler Siedlermythos

Asche, Matthias/Niggemann, Ulrich (Hrsg.): Das leere Land. Historische Narrative von Einwanderergesellschaften, 286 S., Steiner, Stuttgart 2015.

Der Sammelband „Das leere Land“ bietet nach der Einleitung insgesamt 15 Fallstudien in chronologischer Folge. Deren Anliegen ist es, die in „Selbstzeugnissen, populären Texten und wissenschaftlichen Geschichtswerken“ vorzufindenden „Narrative“ von „Immigranten, Neusiedlern und Kolonisten“, nach denen das von ihnen besetzte Land jeweils „menschenleer und unwirtlich“ gewesen und erst nach erheblichen Landnahme- und Kolonisierungsanstrengungen hätte besiedelt werden können, hinsichtlich ihrer „Formen, Mechanismen, Funktionen und Intentionen“ für die jeweilige historische Erinnerung und Identitätsbildung kritisch zu rekonstruieren (S. 14f.). In den Blick genommen wird damit ein bisher unterbelichteter Forschungsbereich.

Christoph Ulfs Analyse der hellenischen Erzählungen über die Wanderungen der Dorer und Ioner kommt zu dem Schluss, dass diese Narrative „als Teil der Identitätsdiskurse anzusehen sind, mit denen die machtpolitischen Ambitionen der zu Feinden gewordenen Spartaner und Athener abgesichert werden sollten“ (S. 45). Konrad Clewing, der sich mit den auch auf Antike und Mittelalter zielenden, aber wesentlich neuzeitlichen albanischen und serbischen Narrativen befasst, die das Kosovo in schwierig zu entwirrenden Projektionen jeweils für sich reklamieren, argumentiert stark mythenkritisch und neigt der

Annahme einer vorwiegend albanischen Präsenz und Prägung zu. Thomas Keller führt mit seiner Studie zur Darstellung der deutschen Kolonisation der böhmisch-mährischen Region um Zittau in der deutschen Geschichtsschreibung den geradezu klassischen Fall bewusster Negation oder zumindest Ignoranz vorgängiger (hier: slawischer) Besiedlung vor. Deutlich komplexer fällt die Rekonstruktion der wechselnden Landnahme- und Zivilisierungsmythen Chiles durch Ludolf Pelizaeus aus. Ulrich Niggemann arbeitet in seiner Studie zur Auffassung von ‚Wildnis‘ in der puritanischen Geschichtsschreibung Neuenglands im 17. Jahrhundert heraus, dass dieses Konzept durchaus auch das Vorhandensein von ‚Wilden‘ einschließen konnte. Wolfgang Flügel vertieft diese Perspektive, indem er eine vor allem religiös-theologische Aufladung der Kategorie ‚Wüste‘ in der Begrifflichkeit der deutschen Lutheraner in Pennsylvania im 18. Jahrhundert nachweist: Wüste als christlicher Bewährungsraum. Für die Waldsaamen Schwedens muss Florian Siegl eine weitgehende Marginalisierung im aktuellen nationalen Geschichtsbild konstatieren. Dass die Buren ihren Mythos Südafrikas zentral auf das Narrativ vom ‚wilden und wüsten‘ Land stützten, bekräftigt Nigel Penn. Eine Geschichte narrativer Vielfalt, Mischung und Wandlung, in der der Topos vom wüsten Land insbesondere als Kriegs- und Gewaltherrschaftsfolge auftritt, rekonstruiert Márta Fata am Fall der Donauschwaben. Einblick in die politisch-juristischen Rechtfertigungen für die Indianerverdrängungen, welche die europäischen Einwanderer Nordamerikas zwischen dem Beginn des 17. Jahrhunderts und um 1900 entwickelten, bietet Georg Schild; dass „die Vorstellung eines leeren Raumes, über den sich die Europäer ausbreiten konnten, [...] auf Amerika nie“ (S. 198) zugetroffen habe, ist nur bedingt richtig: regional und lokal entstanden wegen der dünnen Besiedlungsdichte durchaus derartige Einschätzungen (vgl. Beitrag Flügel). Robert Kenny führt in die politisch-moralischen Dilemmata der mit Kultivierung leeren Landes verknüpften historischen Erinnerungs- und Identitätsbildung des ‚weißen‘ Australien ein. Dass auch polnische Autoren bei der Ostexpansion ihres Landes nicht auf den Topos leeren Raumes verzichten konnten, belegt Alexandra Schweiger. Anke Scherer steuert mit ihrer Studie zur japanischen Kolonisation der Mandschurei zwischen 1932 und 1945 einen außereuropäischen Fall bei. Der Schwerpunkt ihrer Darstellung liegt

aber auf der amtlichen Auswanderungspolitik und dem Ansiedelungsvorgang; den Siedlern fiel die Aufgabe zu, „die [angeblich, WEJW] rückständigen und unkultivierten ländlichen Gebiete“ in die „Großasiatische Wohlstandssphäre“ zu integrieren und dadurch zur „Harmonie der fünf Völker“ des Gebietes beizutragen (S. 247f.). Steffen Hagemann leuchtet die zionistische Eretz Israel-Ideologie und die tatsächlichen Bevölkerungs- und Zivilisationsverhältnisse im israelisch-palästinensischen Raum seit um 1900 aus; wichtiger als die Charakterisierung des Raumes als wüst und leer war danach der Heroismus des nationalen Aufbaus im Rahmen des religiös-mythischen Regresses. Georg Eckert beschließt den Band mit einem Seitenblick auf die analoge Wahrnehmung und Einschätzung des Meeres im Gefolge von Grotius: die Erfindung und Durchsetzung des Prinzips des *mare liberum* gegen den Herrschaftsanspruch von Papst und Großbritannien.

Die übergreifenden Ergebnisse der Einzelstudien fasst weitgehend die Einleitung zusammen: Die Wahrnehmung eines Siedlungszielgebietes hängt zentral von der Erwartung der Wahrnehmenden ab. Dabei spielen religiöse Auserwähltheits- und Sendungsvorstellungen die entscheidende, auch identitätsstiftende Rolle. Ebenfalls identitätsgenerierend wirken Ideen, Praktiken und Selbst- wie Fremdeinschätzungen des konkreten Landnahme- und Landerschließungs- beziehungsweise Landnutzungsprozesses. Die Konzeption des ‚leeren Landes‘ konnte sich auf Besitz- und Herrschaftsverhältnisse, damit auch auf Grenzen, auf natürliche und demographisch-soziale (relative) Präsenzverhältnisse und auf Imaginationen eigener Nutzung oder Füllung beziehen (vgl. die entsprechenden Orts- und Landschaftsbezeichnungen). Auch die neuzeitliche europäische, mehr oder weniger gewaltsame bis genozidale Kolonisation geht direkt oder indirekt auf das alttestamentarische Beispiel der Inbesitznahme des gelobten Landes zurück. Was noch hätte stärker betont werden können, sind die Stilisierung der Arbeit zur Legitimitätsgrundlage und die christliche Sexualfeindschaft als Element der Marginalisierung und Depravierung der Indigenen einerseits und Faktor der Disziplinierung und Militarisierung der (hauptsächlich protestantischen) Siedlergesellschaften andererseits.

Augsburg

Wolfgang E.J. Weber

Es geht um die ‚Deutschen‘!

Patrut, Iulia-Karin: Phantasma Nation. ‚Zigeuner‘ und Juden als Grenzfiguren des ‚Deutschen‘ (1770–1920), 559 S., Königshausen & Neumann, Würzburg 2014.

Die vorliegende Monographie „Phantasma Nation“ basiert auf der Habilitationsschrift der Autorin und ist im Rahmen des SFB600 in Trier entstanden, dessen Forschung zu literarischen ‚Zigeuner‘-Bildern in den letzten Jahren Maßstäbe gesetzt hat. So zeichnet sich auch diese Studie durch die Tiefe der Analyse, die vergleichende Herangehensweise und die Rezeption (kunst-)historischer und sozialtheoretischer Sekundärliteratur aus.

Gleich der erste Satz veranschaulicht das ambitionierte Projekt: „Ausgangspunkt der Arbeit ist die Frage nach der Bedeutung der Darstellung von ‚Zigeunern‘ – und, vergleichend, von Juden – für den Selbstentwurf des ‚Deutschen‘“ (S. 8). Beginnend bei den frühen Chroniken und Enzyklopädien des 15. und 16. Jahrhunderts und mit dem im Titel genannten Schwerpunkt im 18. und 19. Jahrhundert hinterfragt die Autorin den „deutschen Selbstentwurf im Modus der Triangulation Juden – ‚Deutsche‘ – ‚Zigeuner‘“ (S. 443). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung der ‚Zigeuner‘-Semantiken, während Semantiken des ‚Jüdischen‘ vorwiegend als Element jener Triangulation Beachtung finden. Dies kann kaum als Mangel verstanden werden, vielmehr muss der innovative Charakter der Arbeit betont werden, stehen qualitative empirisch vergleichende Analysen zum Verhältnis von antiziganistischen zu antisemitischen – sowie zu kolonialassistischen – Semantiken doch noch weitgehend aus. Kritisch muss lediglich angemerkt werden, dass einer solch grundlegenden Publikation ein gründlicheres Lektorat zu wünschen gewesen wäre: So finden sich beispielsweise gleich zwei der in je eigenen Kapiteln analysierten literarischen Werke nicht im Quellenverzeichnis.

Für den deutsch-christlichen Selbstentwurf der Frühen Neuzeit stellt Patrut in ihrer Untersuchung fest, „dass die Repräsentationen der ‚Zigeuner‘ während der ersten drei Jahrhunderte nach ihrer Ankunft auf dem Gebiet Deutschlands Züge einer phantasmatischen Verschiebung der Grundkonflikte aufweisen, die sich zwischen Christen und Juden herausgebildet hatten“ (S. 52).

In mehreren Texten des Barock kann sie nachweisen, inwiefern ‚Zigeunerinnen‘-Figuren die Rolle von Botinnen antiker Hochkultur einnehmen und so als „Gründungsfiguren deutscher Kunst [sic] und deutscher Nation“ (S. 92) fungieren. In Texten um 1800 weist Patrut verschiedene Semantisierungen des ‚Zigeunerischen‘ nach, die in einem genealogischen oder anderweitig produktiven Verhältnis zur ‚deutschen Nation‘ stehen. Damit weisen ihre Ergebnisse weit über bisherige Analysen von ‚Zigeuner‘-Semantiken als bloße Gegenbilder hinaus: „‚Zigeuner‘ wurden als ‚interne Fremde‘ wahrgenommen, die nicht schlicht Gegenfolie des ‚Eigenen‘ waren, sondern vielmehr alle Positionen der Trias ‚Eigenes‘ – ‚Fremdes‘ – ‚Drittes‘ innehatten“ (S. 441). Der Arbeit kommt dabei das Verdienst zu, die „bislang in ihrer Intensität und Reichweite weitgehend unterschätzte[n] Bezugnahme auf ‚Zigeuner‘ im Zuge ‚deutscher‘ Selbstbegründung“ (S. 424) herauszuarbeiten. Dabei legt Patrut Wert darauf, insbesondere „jene Semantisierungen zu analysieren, die auf Affinitäten zwischen ‚Deutschem‘ und ‚Zigeunerischem‘ zielen“ (S. 17), ohne dabei zu vergessen, dass der diskursiven Produktivmachung des ‚Zigeunerischen‘ der reale Ausschluss der als ‚Zigeuner‘ Stigmatisierten korrespondiert.

Eine Stärke der Arbeit besteht in der Beschreibung der durchgehend vergeschlechtlichten Semantiken von ‚ZigeunerInnen‘ – bis heute ein Desiderat der Forschung – und ihrer Beziehung zu den nationalen Selbstentwürfen: „Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen der Semantisierung der ‚Zigeuner‘ in der rumänischen und in den [sic] deutschsprachigen Literatur lässt sich unter Gender-Gesichtspunkten ausmachen: In rumänischen Texten stehen meist männliche ‚Zigeuner‘ im Mittelpunkt, die sich selbst als Subjekte der geltenden Ordnung oder Herrschaft zu etablieren versuchen – und meist daran scheitern. In den deutschsprachigen Texten sind die interessanten ‚Zigeuner‘-Figuren weiblich. Dies ist geeignet, die Unterscheidung zwischen den rumänischen ‚Zigeuner‘-Figuren als alter ego rumänischer Herrschaft und Anerkennung als Subjekt einerseits und deutschsprachiger Selbstorientalisierung durch ‚Zigeunerinnen‘ als Gründungsfiguren [sic] zu plausibilisieren“ (S. 375).

Die bestehende Antiziganismusforschung wird von der Autorin dafür kritisiert, häufig der „ästhetischen Eigenlogik einzelner Werke“ nicht „systematisch Rechnung zu tragen“ (S. 16). So kann Patruts präzise Analyse beispielsweise für

Miguel de Cervantes’ „La Gitanilla“ (1613) wie auch für weitere Werke nachweisen, dass sie eher als Kritik der nationalen Selbstentwürfe – hier der spanischen Homogenitätstheorie – denn als Bestärkung derselben verstanden werden müssen. Da Patrut erklärtermaßen die Funktion der Texte für die nationalen Selbstentwürfe untersuchen möchte und zudem feststellt, dass es richtig sei, „dass die Erzählung zum Referenztext ‚zigeunerischen Kindsraubs‘ in vielen europäischen Literaturen wurde“ (S. 62), offenbaren sich hier zwei Bedeutungsebenen, deren stärkere Unterscheidung möglicherweise hilfreich gewesen wäre: Die Wirkung der Texte auf die Diskurse nationaler Selbstvergewisserung einerseits und die subtil kritische Eigenlogik mancher Darstellungen andererseits. Aus der Perspektive der Antiziganismusforschung hieße das, Teile von Patruts Studie als Analyse von Antiziganismus zu begreifen, andere Teile als ebenso wichtige Analyse früherer Formen der Antiziganismuskritik – ebenfalls ein kaum bearbeitetes Forschungsdesiderat –; ohne hier eine Trennschärfe zu behaupten, die nicht gegeben ist.

Patruts Arbeit eröffnet zahlreiche bis dato nicht gestellte Forschungsfragen, analysiert bisher weitgehend ignorierte Quellen und kommt zu überzeugenden und zum Teil überraschenden Ergebnissen. Damit wird sie zu einem Referenztext kritischer Antiziganismusforschung.

Berlin

Markus End

‚Zigeuner‘ als behördlicher Ordnungsbegriff

Tatarinov, Juliane: Kriminalisierung des ambulanten Gewerbes. Zigeuner- und Wandergewerbepolitik im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik, 324 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2015.

Die Arbeit von Juliane Tatarinov entstand im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (SFB) 600 „Fremdheit und Armut. Wandel von Inklusions- und Exklusionsformen von der Antike bis zur Gegenwart“ an der Universität Trier als Dissertation. Aus diesem SFB sind mehrere Studien hervorgegangen, die mit ihrem theoretischen und methodischen Zugriff zu einem Paradigmenwechsel mit beigetragen haben, indem sie Form

und Funktion der Repräsentation von ‚Zigeuner‘ sowie Akteure und Praktiken der Exklusion/Inklusion in den Mittelpunkt rücken. Auch Tatarinov ist diesem Ansatz verpflichtet. Sie fragt, wie die behördliche Kategorie ‚Zigeuner‘ genutzt wurde, „um rechtliche, soziale, kulturelle oder wirtschaftliche Teilhabe von Personen zu verhandeln bzw. zu versagen“ (S. 11).

In vier Kapiteln untersucht die Autorin Wandergewerbe und ländliche Armut, ‚Zigeuner‘- und Wandergewerbepolitik zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Wandergewerbe im Zugriff lokaler ‚Zigeunerpolitik‘ und Lebenswelten ambulanter Familien. Eine Stärke des Bandes liegt darin, dass er sich auf einen engen Zeitraum und eine klar umrissene Region bezieht, nämlich die Regierungsbezirke Koblenz und Trier in der südlichen Rheinprovinz Preußens. Auf der Basis eines vergleichsweise breiten Quellenkorpus kann sie so empirische Fallstudien bis auf die Ebene der Praxis einzelner Beamter durchführen und dabei die lokalen und regionalen Unterschiede herausstellen.

Tatarinov zeigt, dass der Hausierhandel in der als „Armenhaus Preußens“ geltenden Region zur Versorgung der Bevölkerung und als Erwerbsmöglichkeit weit verbreitet war. Innerhalb der ländlichen Verwaltung nahmen die Ortsbürgermeister Anträge zur Vergabe von Wandergewerbescheinen entgegen und leiteten sie zur Entscheidung an die bei den Landkreisen eingerichteten Bezirksausschüsse weiter. Die Kontrolle der Gewerbetreibenden oblag der Ortspolizeibehörde und der Exekutive des Landrats, also der Gendarmerie (seit 1920 ‚Landjäger‘). Während die Bürgermeister das Wandergewerbe als eine Form der Armenfürsorge eher positiv betrachteten, waren Landjäger und Bezirksausschüsse bestrebt, dieses einzudämmen.

Aus den verschiedenen Interessenslagen entstanden Rivalitäten, die jedoch nur ein Grund dafür waren, dass sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine repressive ‚Zigeuner‘- und Wandergewerbepolitik herausbildete. Überzeugend arbeitet Tatarinov in ihrem zweiten Kapitel heraus, wie sich beide Politikfelder immer stärker miteinander verschränkten und das Verwaltungshandeln vor Ort mitprägten. Zum einen ist der an Bedeutung gewinnende anthropologische und kriminalbiologische Diskurs über ‚Zigeuner‘ zu nennen, der dieser als homogen gedachten Gruppe Kriminalität, Arbeitsscheu und Nichtsesshaftigkeit als angeborene Eigenschaften zuschrieb. Die Polizeien der Länder brachten, teils in Konkurrenz zu einander, teils kooperierend, eine Verordnungsflut

gegen ‚Zigeuner‘ und ‚nach Zigeunerart Umherziehende‘ hervor, womit sie Handlungsdruck erzeugten. Hinzu kamen die Folgen des mit der Reichsgründung geänderten Armenrechts (Einführung des Unterstützungswohnsitzes), womit in den Gemeinden die Abwehr mobiler Armer verschärft wurde. Bei der Bedürftigkeitsprüfung spielten, wie bei der Bekämpfung von ‚Zigeunern‘ und dem Wandergewerbe, vermeintlich moralische Kriterien (‚arbeitsscheu‘, ‚sittliche Vergehen‘ u. ä.) eine Rolle. Und schließlich zielte die Gewerbepolitik auf eine Einschränkung des Wandergewerbes insgesamt. Tatarinov betont hier die Bedeutung der in Forschung bislang wenig beachteten Reichsgewerbeordnung von 1904, die sie als „erstes staatlich forciertes Zigeunergesetz“ (S. 121) bezeichnet. Tatsächlich gab diese Stichworte für eine Fülle polizeilicher Verordnungen, so auch die preußische ‚Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens‘ aus dem Jahr 1906.

In ihrem dritten Kapitel untersucht die Autorin, wie die Entwicklungen auf der normativen Ebene sich lokal zu Handlungszwängen verdichteten und aufgrund unklarer Vorgaben sowie unterschiedlicher Vorgehensweisen zu Radikalisierungseffekten führten, die den „Bewegungs- und Rechtsraum für die als Zigeuner etikettierten Personen stetig einengt[en]“ und „auch andere mobile Gruppen wie Hausierer und Wandergewerbetreibende, die zunächst nicht unter den Zigeunerbegriff fielen, marginalisierten“ (S. 133). Seit 1918 wurde die Kontrolle und Erfassung von ‚Zigeunern‘ regelmäßig angemahnt, wobei Beamte bei der Feststellung, wen sie als solche ansahen, über einen großen Ermessensspielraum verfügten. Auch wird deutlich, dass einzelne Akteure mit unterschiedlich hohem Engagement Kontrollfunktionen ausübten, teils sogar unterliefen.

Schließlich veranschaulicht Tatarinov im vierten Kapitel, dass Rechte wie Freizügigkeit, freie Arbeitswahl oder der Bezug von Armenunterstützung „mit der Zuschreibung der Zigeunereigenschaft förmlich außer Kraft gesetzt“ (S. 205) waren. Dennoch fällt dieses Kapitel, in dem die Lebenswelten der Betroffenen im Zentrum stehen sollten, eher enttäuschend aus, weil nur in wenigen Beispielen ihre Selbstrepräsentation aufscheint.

Eine ethnisch-rassistische Kategorisierung spielte, so Tatarinov, in den von ihr ausgewerteten Quellen kaum eine Rolle, auch wenn sie immer wieder anklang. Stattdessen habe die soziographische Kategorie des ‚Umherziehens‘ dominiert. Sie kann zwar zeigen, dass die Kategorisierung

als ‚Zigeuner‘ vorrangig von einer mobilen Erwerbsweise abgeleitet und vordergründig auf einen ganzen Berufsstand zielte. Dennoch bleibt die Frage offen, ob Inklusionsmöglichkeiten für Angehörige der Minderheit der Sinti und Roma in gleichem Maße gegeben waren wie für diejenigen, die als ‚nach Zigeunerart umherziehend‘ rubriziert wurden. Die Folgen der Einführung des ‚Zigeunerausweises‘ von 1927, Abschiebungen, Verhaftungen und die Abdrängung in Wohnwagenlager seit Mitte der 1920er Jahre dürften Sinti und Roma überproportional häufig getroffen haben; in jedem Fall bereiteten sie der ab 1933 einsetzenden rassistischen Exklusion den Weg.

Tatarinov hat die bisherigen Untersuchungen zu Kaiserreich und Weimarer Republik um einen akteurszentrierten Ansatz und eine Nahsicht auf Verwaltungshandeln erweitert, bei dem der Zigeunerbegriff als ein Instrumentarium zur Verhandlung von Konflikten und zur Durchsetzung eigener Interessenslagen diente. In diesem Sinne plädiert sie für eine Ausweitung des Begriffs von einem polizeilichen auf einen behördlichen Ordnungsbegriff (S. 264). Den in der Sozial-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik herrschenden Zuschreibungs- und Ausgrenzungspraktiken weiter mit Regionalstudien auf den Grund zu gehen, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Debatten um ‚Roma‘ wünschenswert. Tatarinov hat hierzu wesentliche Forschungsansätze aufgezeigt.

Köln

Karola Fings

Ein britischer Kessel Buntes

Rüger, Jan/Wachsmann, Nikolaus (Hrsg.): *Rewriting German History. New Perspectives on Modern Germany*, 336 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2015.

Festschriften sind eigentlich eine deutsche Erfindung – und zwar so sehr, dass sich der deutsche Begriff unter Deutschlandhistorikern in Großbritannien weithin etabliert hat. In den letzten anderthalb Jahrzehnten haben sich allerdings so viele deutsche Historiker in Großbritannien etabliert, dass dort mittlerweile auch Festschriften üblich werden. Der vorliegende Band ist eine für Richard Evans, der nach langen fruchtbaren Jahren in Norwich, London und Cambridge in den Ruhestand verabschiedet wurde, ihm gewidmet von seinen Schülern. Nicht zufällig ist der Titel eine Fortschreibung

der Essaybände von Evans selbst, die 1987 als „Rethinking German History“ und 1997 als „Re-reading German History“ erschienen sind.

Evans hat ein ausgesprochen breites Werk vorgelegt. Nach ersten Arbeiten über die Frauenbewegung im späten deutschen Kaiserreich bewegte er sich dabei in der Chronologie lange rückwärts, nahm in „Death in Hamburg“ (1987) das gesamte 19. Jahrhundert, in „Rituals of Retribution“ (1996) sogar die ganze Neuzeit in den Blick. Mit David Blackbourn und Geoff Eley, der einen einleitenden Aufsatz zu dem Sammelband beige-steuert hat, gehörte er zu den britischen Historikern, die in den 1980er und 1990er Jahren der Geschichtsschreibung über Deutschland eine dringend nötige Perspektiverweiterung und Frischzellenkur beschert haben. Einem breiteren Publikum bekannt geworden ist er freilich erst durch seine voluminöse mehrbändige Geschichte des ‚Dritten Reiches‘.

Mittlerweile sei es schwieriger als damals, einen „distinctly British approach to the German past“ (S. XIV) auszumachen, meinen die Herausgeber in ihrem Vorwort. Darüber kann man vielleicht streiten. Sicher hat das Personal gewechselt: Mehr als die Hälfte der Beiträge zu dem Band stammen nicht von der Insel. Auch der Fokus ist ein anderer geworden: Von den 16 Beiträgen befassen sich mindestens 11 mit dem Nationalsozialismus, seiner Vor- oder seiner Nachgeschichte. Nicht nur die Massenmedien sind im Bann der NS-Vergangenheit, wie Bernhard Fulda in seinem Beitrag über Emil Nolde vor und nach 1945 vermerkt. Auch Historiker, die in Großbritannien über Deutschland arbeiten, sind es offenbar. In Deutschland selbst nimmt in Fachkreisen die Fixierung auf den Nationalsozialismus dagegen langsam ab.

Was die Studien aus Großbritannien freilich weiterhin auszeichnet, ist ein Interesse für international vergleichende Aspekte. Das geht vielen deutschen Historikern ab, die nach wie vor selbst dann noch um nationale Fragen kreisen, wenn sie der „transnationalen“ Mode huldigen. Mit bewundernswerter Leichtigkeit verbindet dagegen etwa Tom Neuhaus in einer Studie über Deutsche und Briten in Tibet zwischen der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und dem Ende des Zweiten Weltkrieges global-, national- und regionalhistorische Betrachtungen. Astrid Swenson identifiziert den Weiterbau des Kölner Doms im 19. Jahrhundert als gleichermaßen deutsches wie internationales Projekt. Bradley Hart untersucht Scheidewege deutscher und britischer

Eugeniker in der Zwischenkriegszeit, Bianca Gaudenzi vergleicht die Kommerzialisierung des ‚Duce‘ in Italien mit der des ‚Führers‘, und Rachel Hoffman beschreibt das 19. Jahrhundert als ein europäisches Attentatszeitalter.

In dem Kessel Buntes, das Festschriften nun einmal sind, findet sich natürlich auch manches, das weniger überzeugt. Das gilt hier vor allem für den Beitrag von Stefan Ihrig. Schon seine These, dass die Türkei Atatürks ein größeres Vorbild für Hitler und die Nationalsozialisten war als Mussolini Italiens, ist hochgradig umstritten. In dem Band wird sie von ihm noch einmal aufgegriffen und an einem plakativen Detail ohne Rücksicht auf den Verlust von Glaubwürdigkeit überdehnt. Die Behauptung, der Genozid an den Armeniern sei von der gesamten deutschen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit gerechtfertigt worden, ist zwar zur politischen Instrumentalisierung ausgesprochen geeignet. Belegen lässt sich das aber mit dem von ihm präsentierten Material beim besten Willen nicht. Vielleicht deshalb schließt der Sammelband mit einem besonders lesenswerten Aufsatz des Herausgebers Nikolaus Wachsmann, der gängige Annahmen über transnationale Einflüsse auf das nationalsozialistische Terrorregime kritisch auf den Prüfstand stellt.

Düsseldorf

Christoph Nonn

Warenhaus und Moderne

Lindemann, Uwe: Das Warenhaus. Schauplatz der Moderne, 377 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

Die vorliegende Studie widmet sich aus vornehmlich literaturwissenschaftlicher Perspektive einem viel diskutierten Phänomen der Moderne: dem Warenhaus. Mit seinem Untersuchungsobjekt betritt der Literaturwissenschaftler Uwe Lindemann weder aus geschichts- noch aus literaturwissenschaftlicher Sicht eine Terra incognita. Insbesondere die Konsumgeschichte hat sich dem Warenhaus bereits ausgiebig gewidmet. Das Interesse an ihm gründet sich vor allem darauf, dass es zeitgenössisch zwischen 1880 und 1940 eine sehr breite Aufmerksamkeit sowohl in der Literatur als auch in der Wissenschaft erfuhr. Diese übertraf, wie Lindemann in Anschluss an Uwe Spiekermann herausstellt, die wirtschaftliche Bedeutung bei Weitem. Daraus leitet Lindemann seine zentrale These ab: Das

Warenhaus fungierte als „Konzept der Moderne“. In ihm bündelten sich die disparaten „diskursiven Verhandlungen über die Modernisierungsprozesse des ausgehenden 19. Jahrhunderts“ (S. 36). „Moderne“ ist demnach das Schlagwort unter dem die Vielzahl unterschiedlicher Diskurse über das Warenhaus zusammengefasst werden können und die durch eine „Kollektivsymbolik“ geeint werden. Die Studie setzt sich zum Ziel die große Anzahl der Spezialdiskurse zu untersuchen und miteinander zu verbinden. Sie beschränkt sich darin nicht nur auf Deutschland, sondern bezieht Frankreich und die USA in die Analyse ein, um so transnationale Bezüge herzustellen.

Lindemann wählt eine „konfigurative Gliederung“, wodurch zwar „inhaltliche Schwerpunkte“ gesetzt werden, in der „Anordnung der Kapitel aber werden diese Schwerpunkte jenseits offensichtlicher inhaltlicher Beziehungen einander gegenübergestellt“ (S. 37). Die Studie gliedert sich so in zwei Hauptteile. Nach einer umfangreichen Einleitung folgt das erste Großkapitel „Figuren der Transgression“. Darin fasst Lindemann Diskurse zusammen, die „Entgrenzungs- und Überschreitungsfiguren“ behandeln. Das zweite Großkapitel befasst sich mit „Figuren der Limitation“. Darin untersucht er Konzepte, die „dem Warenhaus bzw. der modernen Konsumsphäre zugeschriebenen Transgressionsphänomene einzuschränken suchen“ (ebd.).

Die große Stärke der Arbeit liegt in der breiten Quellen- und Literaturbasis. Obwohl das Hauptaugenmerk auf literarischen Veröffentlichungen liegt, bezieht Lindemann eine Vielzahl weiterer Quellen in seine Untersuchung mit ein. Dazu gehören etwa Warenhauskataloge, zeitgenössische sozialwissenschaftliche Studien und Gesetzestexte. Die breite Quellenbasis nutzt der Autor zur differenzierten Ergebnisbildung, indem er das unterschiedliche Material gewinnbringend verbindet. Zudem rekurriert er informiert auf interdisziplinäre Forschungsliteratur, unter anderem aus dem literaturwissenschaftlichen, historischen und soziologischen Feld. So geht er etwa dem Mythos nach, das Warenhaus habe den Kleinhandel zerstört, der sich in einer Vielzahl der Quellen findet, und widerlegt ihn auf Basis von historischen Quellen und Forschungsliteratur.

Im ersten großen Teilkapitel behandelt Lindemann Phänomene wie Antifeminismus, Antiamerikanismus, Antisemitismus und Antikapitalismus. So untersucht er etwa die Stellung von Verkäuferinnen und Mannequins. Er geht zudem der Kritik am Massenkonsum durch den Vorwurf einer

zunehmenden Amerikanisierung nach. Dabei macht er Unterschiede in den nationalen Diskursen aus. Während das Warenhaus in den USA und in Frankreich mehrheitlich positiv gesehen wurde, überwog in Deutschland eine negative Sichtweise. Ebenso waren antisemitische Diskurse im Bezug zum Warenhaus vornehmlich ein deutsches Phänomen.

Im zweiten Großkapitel werden ebenfalls frauenbezogene Diskurse untersucht. In diesen fungierten Frauen als Konsumexpertinnen, die nicht wie im Kapitel zuvor als emotional und irrational handelnde Akteurinnen beschrieben wurden. Sie waren den männlichen Konsumenten, die als Kaufdilettanten charakterisiert wurden, sogar überlegen. Dieses Kapitel behandelt auch das Warenhaus als kulturelle Institution. Durch Kulturveranstaltungen und Kunstausstellungen versuchten sie sich als „zentrale Elemente einer modernen urbanen Hochkultur zu etablieren“ (S. 228). In diesem Zusammenhang untersucht Lindemann auch die Schaufensterdekorationen und den Beruf der Schaufensterdekorateure.

Einen weiteren zentralen Aspekt dieses Kapitels stellen die Verlusterzählungen einer überkommenen Wirtschaftsordnung dar. Das Warenhaus galt als Ausdruck einer modernen kapitalistischen, einzig nach rationalen ökonomischen Prinzipien organisierten Wirtschaft. Diese manifestierte sich etwa in einem zunehmenden Konkurrenzdruck unter den Mitarbeiter_innen und einer Überwachung und statistischen Erfassung der Arbeitsleitung.

Viele der Diskurse, die Lindemann untersucht, sind nicht neu. Gerade im ersten Kapitel, das Themen wie Kleptomanie, Amerikakritik und Antisemitismus aufgreift, kann er auf bereits bestehende Studien zurückgreifen. Dem Autor gelingt es jedoch diese Diskurse aufgrund der breiten Materialbasis innovativ nachzuzeichnen und miteinander zu verbinden. Daneben stellt er viele bislang weniger intensiv untersuchter Diskurse vor, etwa zur Ökonomisierung und Verwissenschaftlichung des Warenhausalltags. Die Vielzahl der untersuchten Diskurse erweist sich jedoch zugleich als Schwäche des Buches. Es lässt sich kein kohärentes Narrativ erkennen und die figurative Gliederung erschwert es, einem roten Faden beim Lesen zu folgen. Zudem sind einige der Unterkapitel, die jeweils eigene Diskurse untersuchen, teilweise nur ein bis zwei Seiten lang. Hier wären übergreifende Kapitel eventuell sinnvoller gewesen, auch im Hinblick auf das Narrativ und die Argumentation. Bei der transnationalen Perspektive handelt es sich zudem eher

um eine vergleichende, da transnationale Bezüge weitgehend ausbleiben.

Nichtsdestotrotz stellt die Studie ein wichtiges Werk zu Geschichte des Warenhauses und zur modernen Massenkonsumgesellschaft dar. Insbesondere der interdisziplinäre Zugang erweist sich als gewinnbringend.

Hannover

Sina Fabian

Arbeiterleben in Deutschland

Schmidt, Jürgen: Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, 283 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Jürgen Schmidt, ein ausgewiesener Spezialist für die Sozial- und Politikgeschichte der Arbeit, hat sich der anspruchsvollen Aufgabe gestellt, eine Geschichte der modernen Arbeiterschaft im knappen Handbuchformat zu schreiben. Seinen Gegenstand definiert Schmidt zunächst breit: Arbeiter_innen sind diejenigen, die „körperliche, abhängige (Lohn-)Arbeit zum Zweck der Lebenssicherung verrichten und gemeinsame soziokulturelle Merkmale teilen“ (S. 14). Schmidt ist gut über die transnationale Forschung informiert, konzentriert sich bei der Darstellung jedoch weitgehend auf die industrielle Lohnarbeit in Deutschland vom späten 19. bis ins mittlere 20. Jahrhundert. Die Untersuchung verspricht bereits im Untertitel, neben den sozialen Arbeitsbedingungen und den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung auch kulturelle Aspekte („Lebenswelten“) in den Blick zu nehmen. Das Ziel der Abhandlung ist ehrgeizig: Die Arbeitergeschichte könne einen „Einstieg in die Analyse moderner Gesellschaften“ (S. 11) ermöglichen.

In vier Hauptkapiteln behandelt der Autor zunächst unter sozialhistorischer Perspektive Lebenswelt und Milieus der Arbeiter_innen, geht im folgenden Kapitel auf Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen ein, bevor er sich in zwei umfangreicheren Kapiteln der Kultur der Arbeit und der politischen Organisationsgeschichte zuwendet. In zwei kurzen einleitenden Kapiteln verortet sich Schmidt in aktuellen Forschungsdiskussionen und begründet seine Verwendung des Klassenbegriffs. Dieser sei nicht unproblematisch, erfülle jedoch zwei wichtige Funktionen: Er betone soziale Ungleichheiten und verweise auf

ein Beziehungsgeflecht zwischen unterschiedlichen Klassen, ermögliche also eine gesamtgesellschaftliche Perspektivierung. Im ersten inhaltlichen Kapitel zu Lebenswelt und Milieus der Arbeiterschaft erörtert Schmidt diesen Gedankengang aufgreifend verschiedene Dimensionen der Ungleichheit neben der wirtschaftlichen Ungleichheit. Eine Stärke der Abhandlung zeigt sich bereits in diesen Passagen: Die Kategorie Geschlecht wird nicht – wie es allzu oft geschieht – in ein kurzes Unterkapitel zur Frauenarbeit abgeschoben, sondern durchzieht die analytischen Überlegungen der Studie.

Im folgenden Kapitel gibt Schmidt eine überzeugende Darstellung der Arbeitsverhältnisse der abhängig beschäftigten Bevölkerung, wobei insbesondere die gut ausgewählten beispielhaften Passagen zur Landwirtschaft, Druckbranche und Textilindustrie überzeugen. Recht kurz kommt der „Funktionszusammenhang von Disziplinierung, Anreizen und Regulierungen“ (S. 95), die den Kern der Arbeitsbeziehungen ausmachen. Ein weiteres zentrales Merkmal der Arbeitsbeziehungen im vergangenen Jahrhundert, die gleichzeitige Verrechtlichung der Beziehungen und die Verwissenschaftlichung der Arbeitsprozesse, wird in seiner Bedeutung zu Recht benannt, aber ebenfalls nicht ausgiebig thematisiert. Der Fokus der Darstellung liegt deutlich auf klassischen sozialgeschichtlichen Aspekten. Verdienstvoll ist, dass Schmidt in dieser allgemeinen Abhandlung kurz auf die verschiedenen Formen von Zwangsarbeiterlagern im 20. Jahrhundert eingeht. Seine viel zu breite Definition, dass in diesen Lagern Arbeit mit „Zwang, Disziplinierung, Gewalt, Macht und Herrschaftsausübung einherging“ (S. 76), ist jedoch sehr nachlässig. Die Omnipräsenz von Disziplinierung in der industriellen Arbeitswelt thematisiert er selbst explizit und überzeugend in verschiedenen Abschnitten des Buches, und kapitalistische Arbeitsverhältnisse frei von Macht und Herrschaftsausübung dürften schwer zu finden sein.

Das nächste Kapitel durchzieht eine Unterscheidung zwischen Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur, die sehr sinnvoll erscheint. Sie ermöglicht es, gleichermaßen Austauschbeziehungen zwischen der Kultur der Arbeiter_innen im Verhältnis zur Gesamtkultur und die partielle Abgeschlossenheit der Arbeiterbewegungskultur zu betrachten. Die relativ offene Arbeiterkultur wird als Subkultur konzipiert, während die Arbeiterbewegungskultur stärkere Zeichen einer Gegenkultur trug und eng mit den Organisationen der Arbeiterbewegung verbunden war. Schmidt folgt

auch in diesem Kultur-Kapitel den Leitlinien der Gesellschaftsgeschichte und grenzt sich gleichermaßen von (deterministischen) materialistischen Ansätzen einerseits und von kulturalistischen Studien andererseits ab. Er begriff Kultur in diesem Sinne als „Ausdruck, Repräsentation und Reaktion von Individuen und Gruppen auf gesellschaftliche und politische Herausforderungen“ (S. 106).

Im abschließenden und umfangreichsten Kapitel stehen Politik und Ideologien der Arbeiterschaft im Mittelpunkt der Darstellung. Der konsequente Abschluss einer als politische Sozialgeschichte konzipierten Abhandlung befasst sich nun mit sozialer Ungleichheit als „Ideologie-Motor“ (S. 222). Dabei geht Schmidt differenziert auf die zwei Pole der politischen Organisationen der Arbeiter_innen ein: Zum einen ging es darum als soziale Bewegung die Interessen der Arbeiterschaft zu artikulieren, zum anderen entwickelte sich durch politische, soziale und kulturellen Ausgrenzung sowie durch sich verschärfende Klassenkonflikte im 19. Jahrhundert das Selbstverständnis einer Klassenbewegung.

Jürgen Schmidt hat eine behutsam erweiterte Gesellschaftsgeschichte der Arbeit vorgelegt. Als politische Sozialgeschichte der (deutschen) Arbeiter_innen im 19. und 20. Jahrhundert kann „Arbeiter in der Moderne“ überzeugen; neuere kulturgeschichtliche Ansätze werden wahrgenommen, spielen aber für die grundsätzliche Ausrichtung der Argumentation keine entscheidende Rolle. Das sehr ambitionierte Ziel, den Weg zur Analyse moderner Gesellschaften mit dieser Abhandlung zu öffnen, kann – vermutlich auch aufgrund der Verlagsvorgabe eines begrenzten Umfangs – nur partiell gelingen. Gleichwohl bietet diese im besten Sinne solide Abhandlung einen guten Einstieg ins Thema.

Hamburg

Karsten Uhl

Betriebsdemokratie in Deutschland und Schweden

Neumann, Klaus: Freiheit am Arbeitsplatz. Betriebsdemokratie und Betriebsräte in Deutschland und Schweden (1880–1950), 592 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Klaus Neumann rückt den Begriff der Freiheit in das Zentrum seiner Betrachtungen. Das Problem der Freiheit sei zumal in der Sozialstaatsforschung,

die sich auf die Bedeutung von „Sicherheit“ fokussiert habe, aus dem Blickfeld geraten. Dies muss kein Widerspruch sein. Begreift man den Abbau sozialer Unsicherheit und Ungleichheit als Voraussetzung für demokratische Partizipation, so schließt sich der Kreis. Der Freiheitsgedanke sei ein „Kerngedanke der Demokratie“ (S. 501), so Neumann, Freiheit, verstanden als „Abwesenheit von Fremdbestimmung“, als Herrschaft des Volkes über sich selbst. Dass die politische Demokratie um eine wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden müsse, gehört spätestens seit dem Verlauf der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zum Diskurs der Arbeiterbewegung. Welche Bedeutung dabei der Betriebs Ebene zukommen sollte, war unter den diversen Flügeln der Arbeiterbewegung umstritten. Mitbestimmung durch Betriebsräte war eine Option, andere Vorstellungen gingen, angeregt durch die revolutionären Entwicklungen in Russland 1917, aber auch angesichts – in Deutschland immer stark minoritärer – syndikalistischer Tendenzen, erheblich weiter. Dies betraf die Funktion von Räten wie auch die Bedeutung des Betriebes als Aktionsfeld.

Klaus Neumann unterzieht die Prozesse und Diskurse zum Thema in einem zeitlichen umfassenden Maße. Er vergleicht die Entwicklungen in zwei Ländern, die auch als sozialstaatliche Modelle wahrgenommen wurden – Deutschland und Schweden. Dabei gliedert der Autor seine Studie in fünf Phasen, wobei er die erste, überschrieben mit „Freiheit im langen 19. Jahrhundert“ und die zweite, die die Jahre des Ersten Weltkrieges umfasst, in seinem Fazit als Periode 1 (1880–1918) zusammenfasst. Dies macht im Hinblick auf das neutrale Schweden Sinn, für Deutschland hingegen stellt der Erste Weltkrieg eine Zäsur dar: Mit dem „Vaterländischen Hilfsdienstgesetz“ 1916 erfolgte erstmals die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften und die Errichtung betrieblicher Ausschüsse – ein bei allen Beschränkungen erster Schritt zu betrieblicher Mitbestimmung. Auch die dritte und die vierte Phase verweisen auf Periodisierungsschwierigkeiten, die der Autor mit der Unterteilung des Zeitraumes 1918 bis 1924 („Klassenkampf oder Zusammenarbeit?“) und der folgenden Jahre bis 1945 („Betriebsgemeinschaft, Arbeitsfrieden und Krieg“) zu lösen versucht. Für den Zeitraum 1918 bis 1924 ist dies vertretbar. In diesen Jahren finden in beiden Ländern Debatten um die Frage konfliktorientierter Auseinandersetzung oder Kooperation statt, wenn auch mit unterschiedlichem Ausgang. Die

im November 1918 in Deutschland zwischen den Spitzen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften geschlossene „Zentralarbeitsgemeinschaft“ (ZAG), die unter anderem Arbeitersausschüsse in den Betrieben vereinbarte, zerbrach endgültig 1924; die Weimarer Reichsverfassung von 1919 schuf die Möglichkeit zu weitgehender, allerdings nicht umgesetzter wirtschaftlicher Mitbestimmung; im Januar 1920 wurde mit dem Betriebsrätegesetz eine gesetzliche Grundlage der Mitbestimmung in sozialen Belangen geschaffen. In Schweden scheiterte ein vergleichbares Gesetz 1924.

Problematischer ist die Periodisierung für die vierte Phase, 1924 bis 1945. Was für Schweden sinnvoll ist, da es von den Zäsuren 1933, 1939 und 1945 nicht oder kaum betroffen war, ist für Deutschland wenig nachvollziehbar. Auch wenn bereits in den Jahren der Weimarer Republik eine Entwicklung zu staatlichen Eingriffen („Zwangsschlichtung“) erkennbar ist, schießt Neumanns Einschätzung, die „Machthaber in Deutschland“ hätten schon ab Ende der 1920er Jahre den Weg „staatlicher Repression gegen Gewerkschaften und Betriebsräte“ gewählt (S. 309), über das Ziel hinaus. Nicht vergessen werden sollte, dass zu dieser Zeit im Reich noch eine sozialdemokratisch geführte Regierung an der Macht war und dass in den Gewerkschaften selbst ein Wandel hin zu staatlichen Lösungen an Attraktivität gewann. Grund dafür waren ökonomische Machtverhältnisse, die Frage von wirtschaftlicher beziehungsweise betrieblicher Demokratie war nicht nur eine Frage politischer Konstellationen. Dies gerät in Neumanns Studie zu stark aus dem Blick. Tatsächlich markierte das Jahr 1933 anders als in Schweden eine deutliche Zäsur – Ende der Gewerkschaften, Ende frei gewählter Betriebsräte, Ende der arbeitsrechtlichen und tariflichen Struktur, die bei aller Unvollkommenheit in der Republik geschaffen worden war. In Schweden wiederum konnten Debatten aufgenommen werden, die in den 1920er Jahren in den Hintergrund geraten waren, „industrielle Demokratie“, Kooperation, 1938 die Schaffung einer „Arbeitsgemeinschaft“ nach dem Vorbild der ZAG. Für die letzte untersuchte Phase der ersten Nachkriegsjahre bis 1950 werden wiederum die Unterschiede zwischen den Vergleichsländern deutlich. Am Beispiel der Entwicklung in Hessen zeigt Neumann, wie stark der Nationalsozialismus („Volksgemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“) nachwirkte – Betriebsdemokratie als Lehre aus der Vergangenheit. Die Hessische

Verfassung von 1946 gewährte weitreichende Rechte für Betriebsvertretungen und das hessische Betriebsrätegesetz von 1948 ging in seinen Kompetenzen über das Betriebsrätegesetz von 1920 weit hinaus. Dass diese Mitbestimmung am Veto der US-amerikanischen Besatzungsmacht scheiterte, verweist einmal mehr auf völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen. In Schweden war seit 1943 die Diskussion um die „industrielle Demokratie“ wieder aufgeflammt, 1945/46 einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in einem Vertrag auf die Errichtung von Betriebsausschüssen.

Dies steht beispielhaft für zwei unterschiedliche Wege. Während in der deutschen Entwicklung betrieblicher Demokratie staatliche Regelungen im positiven wie im negativen Sinne eine bestimmende Rolle spielten (Hilfsdienstgesetz, Betriebsrätegesetz, „Betriebsgemeinschaft“) und die Ansätze autonomer Konfliktlösung in der Gesamtschau weniger Bedeutung erlangten, lässt sich für Schweden ein anderer Schwerpunkt erkennen: Trotz diverser Anläufe gesetzlicher Regelungen entschieden sich Gewerkschaften und Arbeitgeber im Zweifel für vertragliche anstatt für staatliche Lösungen. Dabei waren, und dies gilt bereits für die Sozialpolitik der späten 1880er Jahre, deutsche Modelle und Debatten Auslöser für schwedische Initiativen. Naheliegender Weise lösten zu Zeiten des ‚Dritten Reiches‘ und des Zweiten Weltkrieges andere transnationale Einflüsse das deutsche Vorbild ab; die ab 1943 in Schweden geführte Debatte um betriebliche Mitbestimmung war vom englischen Modell der „Joint Production Committees“ (JPC) geprägt. Die deutsche Entwicklung war im untersuchten Zeitraum trotz aller transnationalen Kontakte auf Gewerkschaftsebene von der schwedischen Entwicklung kaum beeinflusst.

Eine kritische Bemerkung zur Quellenlage sei angefügt. Klaus Neumann hat eine immense Menge an zeitgenössischem gedruckten Material und insbesondere für Schweden auch archivalische Bestände ausgewertet, doch die Gewichtung mancher Quellen ist mitunter fragwürdig. Die „Sozialistischen Monatshefte“ etwa, aus denen der Autor ausgiebig zitiert, standen in der Sozialdemokratie am weit rechten Rand und geben mitnichten den Diskussionsstand, auch nicht in der Mehrheitssozialdemokratie seit der Spaltung 1917, wider. Die „Selbstgleichschaltung“ des „Gewerkschafts-Archivs“ im Jahr 1933 ist kaum ein brauchbarer Beleg für den tatsächlichen

Anpassungskurs der „Freien Gewerkschaften“ gegenüber der Regierung Hitler; diese Zeitschrift war kein offizielles Organ der Gewerkschaften. Dies sind Details, die dennoch stören. Den Gesamteindruck der beachtlichen Forschungsleistung schmälern sie nicht. Der Titel der Studie mag angesichts der großen Zeitphasen, in der ein Prozess zu mehr „Freiheit“ am Arbeitsplatz keineswegs erkennbar war, zu programmatisch gewählt sein. Der Schlussgedanke, dass der Zweck der Erwerbsarbeit auch „Freiheit im Sinne von Mitbestimmung über den Zweck der eigenen Arbeit sein“ (S. 516) solle, verweist jedoch auf ein weiterhin aktuelles gesellschaftliches Thema.

Leipzig

Detlev Brunner

Suizid und Männlichkeit

Schweig, Nicole: Suizid und Männlichkeit. Selbsttötungen von Männern auf See, in der Wehrmacht und im zivilen Bereich, 1893–ca. 1986, 125 S., Steiner, Stuttgart 2016.

Suizid ist in unserer Gesellschaft ein tabuisiertes Thema, obwohl sich in Deutschland jährlich etwa 10.000 Menschen das Leben nehmen. Davon sind circa 70 Prozent Männer. Die Historikerin Nicole Schweig widmet sich in ihrem neuen Buch diesem Phänomen, das kein Spezifikum des 21. Jahrhunderts ist. Lange Zeit wurde vor allem in den Sozialwissenschaften, der Theologie, der Philosophie und der Psychologie zu Selbsttötungen geforscht. Inzwischen hat sich die historische Suizidforschung als eigenständiges Feld innerhalb der historisch-kulturwissenschaftlichen Forschung etabliert; die zahlreichen Publikationen der letzten Jahre bezeugen dies. Nicole Schweig knüpft mit ihrer Studie, die im Rahmen eines Forschungsprojektes am Institut für Geschichte der Medizin der Robert Bosch Stiftung entstand, an diese Forschungen an.

Die Autorin betont zu Beginn ihres Buches, dass in den historischen Arbeiten zu Suiziden genderspezifische Aspekte weitgehend fehlen. Die Darstellung der Diskurse und der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Selbsttötungen habe bisher im Vordergrund gestanden und so seien individuelle, konkrete Fälle eher von nachrangiger Bedeutung gewesen. Schweig tritt an, diese Forschungslücke zu schließen. Sie untersucht Suizidhandlungen von Männern sowie den

zeitgenössischen Umgang mit diesen Selbsttötungen. Einen Schwerpunkt legt sie dabei auf die individuellen Handlungsweisen, weil jeder Suizid „trotz Übereinstimmung mit anderen Suiziden die Handlung einer individuellen Person [bleibt]“ (S. 11). Im Fokus ihrer Arbeit steht „die Analyse der Praktiken unter den Aspekten von Männlichkeit und der Wahrnehmung von Männlichkeit“ (S. 10).

Der Untersuchungszeitraum der Studie umfasst die Jahre 1893 bis 1986. Den Quellenkorpus bilden drei Aktenbestände: Akten von vor Seeämtern verhandelten Suiziden von Seeleuten von 1893 bis 1986, Akten zu sogenannten Todesermittlungsverfahren vor Wehrmichtsgerichten (Zeitraum 1939 bis ca. Juni 1944) sowie die Zentralkartei für Mordsachen aus dem Berliner Landesarchiv. Die Auswertung dieser drei Quellenbestände ermöglicht es Schweig „sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die jeweiligen Besonderheiten im Umgang mit Suiziden von Angehörigen der Seefahrt, der Wehrmacht und im zivilen Bereich herauszuarbeiten“ (S. 13). Das Buch beinhaltet über 80 Fallbeispiele; gemessen an den gut 120 Buchseiten, erscheint dieses Sample allerdings zu umfangreich. Teilweise reiht Schweig die Beispiele aneinander, ohne sie eingehender zu analysieren. Dies bietet dem Leser kaum Erkenntnisgewinn. Weniger Beispiele und mehr Generalisierungen hätten dem Buch gut getan.

Schweigs Studie gliedert sich in fünf unterschiedlich lange Kapitel. Im ersten Kapitel schildert sie eindrücklich die schweren Arbeitsbedingungen und den Alltag an Bord eines Schiffes zu Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 16–24). Das zweite Kapitel widmet sie Suiziden an Bord von Schiffen und deren zeitgenössischer Deutung (S. 25–59). Im dritten Kapitel untersucht die Autorin Selbsttötungen von Wehrmichtsangehörigen (S. 60–94) und vergleicht diese im vierten Kapitel mit den Suiziden der Seeleute (S. 95–102). Im fünften Kapitel analysiert Schweig die zeitgenössische Wahrnehmung und Bewertung von Suiziden durch die Wehrmichtsgerichte und Seeämter (S. 103–108). Abschließend zieht sie ein Fazit (S. 109–117).

Schweig betont, dass die ausgewerteten Seemannsakten lediglich die Perspektive des Teils der Gesellschaft wiedergeben, in den der Suizident eingebunden war. Denn Abschiedsbriefe hinterließen die Seeleute nur selten. In den Seeamtsverhandlungen wurden in der Regel zwei mögliche Auslöser für einen Suizid genannt: Misshandlungen durch einen

Vorgesetzten und „Geistesgestörtheit oder auch Verwirrtsein“ (S. 110).

In den Akten der Wehrmacht wurde dagegen häufig auf konkrete Ereignisse verwiesen, die den Selbsttötungen unmittelbar vorausgegangen waren. Diese waren sehr viel facettenreicher, als diejenigen in den Akten der Seeämter und dass obwohl auch das Militär die Soldaten zu einer sehr eingeschränkten Lebensweise zwang. Schweig stellt fest: „Dennoch sind die vermuteten auslösenden Momente so unterschiedlich wie bei den ‚zivilen‘ Suizidenten“ (S. 113). Sie sieht darin einen Hinweis darauf, dass sowohl das Interesse als auch die Möglichkeiten zur Klärung eines Suizids bei den seemannischen Akteuren weniger ausgeprägt gewesen waren. Die deutsche Wehrmacht hatte bis zu Beginn des Jahres 1945 Suizide von Wehrmichtsangehörigen genauestens untersucht. Der häufigste Grund für einen Suizid waren demnach Familien- und Beziehungsprobleme (28 von 110 Fällen) gefolgt von Furcht vor Strafe (27 von 110 Fällen), Geschlechtskrankheiten oder die Furcht davor (11 von 110 Fällen) sowie psychischen Erkrankungen (11 von 110 Fällen). Bei den Motiven der „zivilen“ Suizidenten überwogen hingegen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Allerdings betont die Autorin, dass hier aufgrund der geringen Anzahl der Fälle (16) keine belastbaren quantitativen Aussagen getroffen werden können.

Schweig konstatiert, die Untersuchungen durch die Seeämter und die Wehrmacht hatten das Ziel „den Grund für einen Suizid zu ermitteln, der vor allem in der Person des Suizidenten lag und somit außerhalb der Einflussmöglichkeit der Institution“ (S. 115). Auf diese Weise stellten die Akteure der Seeämter und der Wehrmacht sicher, keine Verantwortung übernehmen zu müssen. Die Autorin resümiert: „Jeder Suizid, der im Rahmen dieser Arbeit näher betrachtet wurde, war zwar eine individuelle Tat, aber es finden sich Übereinstimmungen, wie der Verlust der Arbeitsfähigkeit, Erkrankungen, schwierige Arbeitsbedingungen oder Beziehungsprobleme. [...] Die Männer hatten aus unterschiedlichen Gründen ihre Position innerhalb einer Gruppe oder eines Netzwerkes verloren oder diese war mindestens gefährdet“ (S. 116). Schweig schließt sich aktuellen Tendenzen der Forschung an, wenn sie betont, dass man lediglich verstehen könne, was über einen Suizid gesagt wurde und wie dieser bewertet und eingeordnet wurde.

Leider wird aus der Lektüre des Buches nicht erkenntlich, warum die Autorin einen solch

großen Untersuchungszeitraum für ihre Studie gewählt hat. Auf 120 Seiten Suizide aus fast 100 Jahren Geschichte abzuhandeln, ist ein schwieriges Unterfangen – auch für den Leser. Daher wäre es wünschenswert gewesen, die einzelnen Fallbeispiele mehr in den jeweiligen historischen Kontext einzubetten. Trotz der hier genannten Kritikpunkte bleibt festzuhalten: Nicole Schweig hat ein gut recherchiertes Buch geschrieben, das nicht nur einen Beitrag zur historischen Suizidforschung, sondern auch zur Geschlechtergeschichte leistet. Sie hat mit ihrer Arbeit Strukturen und Formen des Umgangs mit Suiziden von Männern zwischen 1893 und 1986 sichtbar gemacht. Ihre Studie bietet Anknüpfungspunkte für weitere historische Untersuchungen zu den genderspezifischen Aspekten von Suiziden.

Berlin

Anne Gnausch

19. JAHRHUNDERT

Die „vielen Italien“ im Spannungsfeld von Heimat und Nation

Blanco, Luigi (Hrsg.): Ai confini dell'Unità d'Italia. Territorio, amministrazione, opinione pubblica, 602 S., Fondazione Museo storico del Trentino, Trient 2015.

Ein geschichtswissenschaftliches Ergebnis der 150-Jahr-Feiern zur nationalen Einigung Italiens war 2011 zweifellos die historiografische Aufmerksamkeit für die Widersprüche im Nationsbildungsprozess Italiens im langen 19. Jahrhundert (*Risorgimento*). Auf dem Zenit des von Geschichtsignoranz und Staatsverdrossenheit getragenen *Berlusconismo* zielte eine solche Sichtweise wohlgerne nicht auf die Infragestellung, sondern historische Rehabilitierung und bürgerschaftliche Stärkung der nationalen Einheit. Der zu besprechende Band bereichert mit seinen Beiträgen zur gleichnamigen internationalen Tagung (Trient, 9.–11. November 2011) diesen Forschungszusammenhang aus einer bisher unterbelichteten Perspektive, die unter Anknüpfung an die Forschungsansätze der *border studies* und des *spatial turn* ihren Fokus auf „die Grenzen der Einheit Italiens“ richtet (so das treffende Wortspiel im Buchtitel) und sich in drei

Sektionen entfaltet. Vertreter der italienischen Institutionen-, Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte nähern sich zunächst dem komplexen Prozess der Nationalstaatsbildung von den Grenzregionen und Peripherien her, die als vormalige Einzelstaaten schrittweise in das sich zum zentralistischen Einheitsstaat auswachsende Königreich Italien inkorporiert wurden; sodann untersuchen sie den kompositorischen und pluralistischen Charakter der italienischen Nation, der im dialektischen Identitätszusammenhang einer Vielzahl von Heimatregionen (*patrie*) und der *nazione* zum Ausdruck kam. Im dritten Abschnitt beleuchten schließlich ausländische Kenner der Neueren Geschichte Italiens die öffentliche Risorgimento-Perzeption in Frankreich, der deutschen Staatenwelt und Österreich.

In seinem einführenden Beitrag arbeitet der Organisator der Tagung und Bandherausgeber – zum Teil unabhängig von den Tagungsergebnissen, zum Teil diese aufgreifend, in jedem Fall aber mit ergänzendem Quellenbezug – drei Forschungsprofile heraus, anhand derer die doppel-sinnige, territorial und qualitativ zu verstehende „Grenzperspektive“ (S. 13) in der Neubewertung des Risorgimento zur Anwendung gelangen könne: in Hinblick auf die physisch-geografische und politisch-rechtliche Grenze der italienischen Nation; unter dem Aspekt der inneren Grenzen des geeinten Italien als Ausdruck der Verwaltungs- und Rechtstradition der vormaligen Einzelstaaten und der von ihnen geerbten regionalen Identitäten; schließlich durch Analyse der (gescheiterten) Projekte zur Herbeiführung eines zwei- oder dreiteiligen italienischen Staatenbundes. Letzterer Ansatz erscheint im Lichte der hier von Luigi Blanco nur angerissenen aktuellen Forschungsdebatte zu (ebenfalls nicht eingelösten) föderalen, dezentralen und regionalistischen Optionen bei der Nationalstaatsbildung als durchaus originell (S. 34). Allerdings hat sich der Großteil der Tagungsbeiträge, von dem keiner die beiden großen Inselperipherien (Sardinien, Sizilien) behandelt, dem zweiten Profil verschrieben und somit die ausgetreteneren Pfade des letzten Forschungsjahrzehnts beschränkt.

Nichtsdestotrotz warten die 13 Beiträge der ersten und zweiten Sektion, die den italienischen Einigungsprozess vornehmlich aus der einzelstaatlichen Perspektive beleuchten, mit mancher überraschenden Deutung auf. Hier kann nur exemplarisch auf wenige Momente eingegangen werden. So macht Luca Mannori für das föderalistische Projekt plausibel verständlich, wie dessen

konzeptionelle Weiterentwicklung im Verlauf des Risorgimento seine unüberwindbare Grenze in der brüchigen Identität der Einzelstaaten fand, deren kampanilistisch orientierten Eliten sich in der entscheidenden Einigungsphase aus machtpolitischen Kalkül eher für die ferne Autorität des unitarischen Nationalstaats und nicht für das jeweils verhasste regionale Machtzentrum entschieden. Weiterhin betont Anna Gianna Manca anhand der rigiden und übereilten Ausdehnung des ursprünglich für Piemont-Sardinien erlassenen *Statuto Albertino* auf die im Rahmen des Einigungsprozesses schrittweise annektierten ehemaligen Einzelstaaten den undemokratischen, ja unmodernen Charakter der Nationalstaatsbildung: Denn die begleitenden Plebiszite, deren Zustimmung sich aus einer vorübergehenden parlamentarischen Interpretation der Verfassung im Piemont der 1850er Jahre motivierte, hätten den Verzicht auf Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung (die hingegen jenseits der Alpen die deutsche Reichsgründung stabilisierte) nicht kompensieren können. Renata De Lorenzo interpretiert wiederum am Beispiel des Königreichs beider Sizilien die administrative Neudefinition eines Staatsterritoriums nach bestimmten inneren Grenzen und einer konkreten Staatsgrenze auf individueller Handlungsebene als „cross cultural change“ (S. 229), indem sie die Erfahrung des territorialen Wandels in einen größeren kulturellen Zusammenhang (Reaktion, Perzeption, Identität) einbettet. Gerade die bourbonische Herrschaft über Süditalien (1734–1861) erscheint schließlich in der historiografischen Neubewertung Roberto Martuccis als nichtlinearer, mehrfach krisenhaft gebrochener, instabiler Geschichtsverlauf, der nicht nur den raschen Zusammenbruch des Königreichs beider Sizilien 1859/61 in anderem Licht erscheinen lässt, sondern auch einen überraschenden Beitrag zur inzwischen mehr als hundertjährigen Forschungsdebatte über die historischen Ursprünge des italienischen Nord-Süd-Gegensatzes beisteuert.

Insgesamt mangelt es dem Band an konzeptioneller Stringenz. So werden die Einzelbeiträge über das gemeinsame Thema der „Grenzperspektive“ hinaus durch keine argumentative Klammer verbunden. Dies gilt insbesondere für die hier nicht weiter zu vertiefende dritte Sektion über die Risorgimento-Perzeption jenseits der nationalen Grenze Italiens, die zumindest in die eingangs eröffnete engere Fragestellung einzuordnen wäre. Gegenüber diesen für Tagungsbände typischen Defiziten unternimmt die Einleitung

nicht einmal den Versuch einer analytischen Zusammenfassung der Tagungsergebnisse und systematischen Bezugnahme auf die Beiträge. Zugleich wirkt sie mit der Definition neuer Fragestellungen aber durchaus orientierend für die weitere Forschung, die an ein Verzeichnis der im Band zitierten Literatur und Rechtsquellen sowie ein Namensregister anknüpfen kann. Wer sich also für die vielfach vernachlässigte Vorgeschichte der italienischen Nationalstaatsbildung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts interessiert und die dabei zu entdeckenden und bis heute wirksamen „vielen Italien“ (S. 38) im Zeitalter der europäischen Integration und globalen Vernetzung als Gewinn und Vorteil zu deuten vermag, sei der vorliegende Band unbedingt zur Lektüre empfohlen.

Hagen/Berlin

Werner Daum

20. JAHRHUNDERT

Harlem: Mythos und Wirklichkeit des „Negro Mecca“

King, Shannon: Whose Harlem Is This, Anyway? Community Politics and Grassroots Activism During the New Negro Era, 272 S., NYU, New York 2015.

In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entwickelte sich der New Yorker Stadtteil Harlem im Norden Manhattans von einem vornehmlich von Weißen der Mittelklasse bewohnten Vorort zum „Mekka“ der schwarzen Amerikaner. Harlem war der größte Magnet in der „Great Migration“, die viele Hunderttausende Afroamerikaner aus dem ländlichen Süden in die urbanen Metropolen des Nordens zog, wo sie bessere Jobs und Freiheit vom rigiden Rassismus des Südens zu finden hofften. Zwischen 1900 und 1930 wuchs die afroamerikanische Bevölkerung New Yorks von rund 60.000 auf fast 330.000; knapp die Hälfte aller schwarzen New Yorker lebte in Harlem (S. 23). Während Afroamerikaner im Rest des Landes tagtäglich Diskriminierung, Rassentrennung und rassistische Gewalt erlebten, betrachteten seine afroamerikanischen Einwohner Harlem als ihr Viertel, das ihnen gehörte und wo sie sich von Weißen nichts vorschreiben ließen (S. 32). Hier versammelten sich die

bedeutendsten schwarzen Künstler, Schriftsteller und Entertainer Amerikas, in den 1920er Jahren wurden die „Harlem Renaissance“ und das „New Negro Movement“ zum Inbegriff des neuen kulturellen und politischen Selbstbewusstseins der schwarzen Minderheit. Viele seiner intellektuellen Lobredner, wie etwa der afroamerikanische Schriftsteller, Diplomat und Bürgerrechtler James Weldon Johnson, schilderten New York City und besonders Harlem als große Ausnahme unter den amerikanischen Großstädten, weil in der „kosmopolitischen Atmosphäre“ Rassenvorurteile und Diskriminierung weit seltener seien als anderswo (S. 13).

In ihrem Buch „Whose Harlem Is This, Anyway?“ setzt sich die aus Harlem stammende Historikerin Shannon King kritisch mit dem Mythos „Harlem“ auseinander. So zeigt die Autorin, dass schwarze Neuankömmlinge, nach einer kurzen Phase des Widerstands der weißen Einwohner, in Harlem zwar anfänglich bezahlbaren und vergleichsweise komfortablen Wohnraum fanden und dass schwarze Geschäftsleute es in Harlem leichter hatten als im Rest New Yorks. Doch letztlich kontrollierten Weiße weiterhin die ökonomischen Ressourcen und das kommerziell genutzte Eigentum des Stadtteils. King belegt, dass Alltagsrassismus und de facto-Segregation, wengleich weniger offenkundig als andernorts, auch in Harlem die Rassenbeziehungen prägten.

Im Zentrum des Buches steht der der lokale Kampf der schwarzen Einwohner Harlems gegen Rassendiskriminierung sowie für volle politische und wirtschaftliche Teilhabe. In fünf Kapiteln beschreibt die Autorin quellennah und anschaulich die Proteste gegen weiße Gewerkschaften, die keine schwarzen Mitglieder aufnahmen, und Boykotte gegen Geschäfte, die keine Afroamerikaner einstellten. Die Harlem Tenants Union wehrte sich gegen Ausbeutung durch weiße und schwarze „Slum Lords“, die gleichermaßen die zunehmende Wohnungsnot in Harlem schamlos ausnutzten. Graswurzelaktivisten versuchten mit Erfolg, schwarze Wähler an die Urnen zu bringen, ihre Mobilisierungskampagnen führten Ende der 1920er Jahre zu der Wahl afroamerikanischer Kandidaten in lokale politische Ämter.

In der Zeit der Prohibition (1919–1933) entwickelte sich Harlem zum Vergnügungsviertel, dessen unzählige illegale Kneipen, Spielsalons und Bordelle die weißen New Yorker in Scharen anzogen. Harlems glamouröses Nachtleben

verfestigte jedoch eher die ökonomischen Machtstrukturen zugunsten weißer Eigentümer und Betreiber, die oft enge Verbindungen zur Mafia hatten. In Etablissements wie dem legendären Cotton Club unterhielten schwarze Musiker und Tänzerinnen das weiße Publikum, Afroamerikaner waren als Gäste jedoch nicht zugelassen (S. 133). King beschreibt freilich auch, wie die schwarze Bevölkerung Harlems sich autonome Sphären der Kultur und Unterhaltung schuf.

Obwohl New York City, im Unterschied zu anderen Großstädten des Nordens, im frühen 20. Jahrhundert keine schweren „Rassenunruhen“ erlebte, waren die Rassenbeziehungen auch dort alles andere als harmonisch. Gewalttätige Zusammenstöße zwischen Weißen und Schwarzen, die immer wieder in Mobgewalt zu eskalieren drohten, waren ebenso an der Tagesordnung wie brutale Übergriffe der fast ausschließlich weißen Polizei. Immerhin bildeten, folgt man King, schwarze Proteste und spontane gewaltsame Gegenwehr ein bisweilen durchaus wirksames Gegengewicht zur Willkür von Polizei und Justiz.

„Whose Harlem Is This, Anyway?“ ist eine gelungene Lokalstudie, die einen notwendigen Kontrapunkt zum romantisierenden Bild von Harlem als kosmopolitischem „Negro Mecca“ setzt. Historiographisch gehört das Buch in das Paradigma des sogenannten „Long Civil Rights Movement“, das die Ursprünge der schwarzen Bürgerrechtsbewegung regional in den Großstädten des industriellen Nordens und zeitlich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verortet. Während jedoch viele einschlägige Arbeiten die Bürgerrechtsbewegung im Norden als rassenübergreifende Arbeiterbewegung unter Führung von Kommunisten und Sozialisten deuten, verzichtet Shannon King darauf, den alltäglichen Protest der Einwohner Harlems gegen Rassismus und Ausbeutung allzu sehr mit politisch-ideologischer Bedeutung zu befrachten. Es waren die lokalen ökonomischen und sozialen Probleme und Missstände, die den Aktivismus von unten anfachten. Und obwohl die Sympathien der Autorin unverkennbar der „working class“ gehören, zählt sie auch die schwarze Mittelklasse Harlems zu der Graswurzelbewegung, die nach ihrer Einschätzung die „früheste Welle des schwarzen Freiheitskampfes im urbanen Norden“ (S. 189) bildete.

Heidelberg

Manfred Berg

Erinnerungspolitisches Konfliktpotenzial

Köbler, Reinhart: Namibia and Germany. Negotiating the Past, 377 S., Westfälisches Dampfboot, Münster 2015.

Parallel zur Entstehung dieser Rezension dominiert der Konflikt zwischen Deutschland und der Türkei um die Anerkennung des Genozids an den Armeniern die tagespolitischen Debatten. Zurecht wurde nach der Anerkennung durch das deutsche Parlament am 2. Juni 2016 von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, dass eine vergleichbare Anerkennung des Genozids von 1903–1908 an Ovaherero und Nama in der ehemals deutschen Kolonie Südwestafrika, dem heutigen Namibia, weiterhin ausstehe. Ein Makel, der aus der Sicht vieler Kritiker vor allem auf den marginalen Status der Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Vergangenheit in Deutschland resultiert. Bezieht man beide Genozid-Debatten aufeinander, wird deutlich, auf welche komplexe Weise transnationale Geschichte, politische Agenden und postkoloniale Dynamiken miteinander verflochten sind und wieviel erinnerungspolitisches Konfliktpotenzial in derartigen Anerkennungsdebatten steckt. Für die Analyse des postkolonialen Verhältnisses zwischen Namibia und Deutschland und der Schwierigkeiten einer Aufarbeitung von Kolonialismus und Genozid hat Reinhart Köbler hiermit ein maßgebliches Buch vorgelegt.

„Namibia and Germany: Negotiating the Past“ fasst die langjährige sozialwissenschaftliche Beschäftigung Köblers mit dem titelgebenden Verhältnis zusammen. Köblers Forschungsperspektiven sind im Buch in drei Schwerpunkte gegliedert, die ihrerseits in 12 thematische Unterkapitel von teils sehr unterschiedlichem Umfang aufgeteilt sind. Zudem enthält das Buch ein Abkürzungsverzeichnis, Karten, ein Glossar, in dem vor allem deutsche Begriffe erläutert werden, eine Bibliographie (34 Seiten) und Index (9 Seiten), zahlreiche Schwarz-Weiß-Fotografien im Fließtext sowie einen Mittelteil mit 18 Farbfotos, die sinnvoll den Gegenstand des Buches illustrieren. Besonders positiv hervorzuheben ist die Tatsache, dass dieses Buch auf 380 Seiten fehlerfrei lektoriert worden ist.

Der erste Abschnitt, „The Burden of History“, thematisiert die deutsche Kolonialherrschaft in Südwestafrika und ihre genozidale Unterwerfungspolitik, verbunden mit einer postkolonialen

Analyse der stark divergierenden Aushandlungsprozesse kolonialer Vergangenheit in beiden Ländern. Besonders viel Raum nimmt hierbei die kritische Auseinandersetzung mit revisionistischen Positionen in Teilen der Wissenschaft und besonders der deutschsprachigen Minderheit Namibias ein.

Der zweite Abschnitt, „Community, Commemoration and Performance“, beleuchtet Strategien von Widerstand und sozialer Rekonstruktion der durch den Genozid betroffenen Gemeinschaften sowohl unter deutscher Fremdherrschaft als auch in der Folge unter dem südafrikanischen Apartheidregime. Zentral ist hierbei Köblers Fokus auf die Bedeutung von kommunalen Gedenkfeiern bei Ovaherero und Nama als Arenen der performativen Aushandlung von Vergangenheit und Gemeinschaft sowie zur Artikulation von Forderungen nach Anerkennung, Restitution und Entschädigung. Während Köbler auch an anderen Stellen im Buch immer wieder auf Daten aus eigenen Feldforschungen zurückgreift, basiert dieser Abschnitt zu einem Großteil auf dichten ethnographischen Beschreibungen von Gedenkfeiern in Okahandja, Omaruru, Gibeon, Vaalgras und Warmbad. Dies macht den Abschnitt zu einem der stärksten Teile des Buches, da sehr anschaulich die Verflochtenheit von Vergangenheit und Gegenwart, Erinnerung und Politik, kommunalen, nationalen und transnationalen Bezügen deutlich und in soziale Mikrostudien eingebunden wird.

Zuletzt liefert der dritte Abschnitt, „Apology, Restitution and Reparation“, eine detaillierte Historisierung der Anerkennungsdebatte für den Zeitraum seit 1990, wobei Positionen offizieller Politik jeweils den zivilgesellschaftlichen Interessen- und Akteursgruppen beider Länder (Genozid-Verbände und traditionale Autoritäten auf namibischer, Oppositionspolitiker, postkoloniale und antirassistische Initiativen auf deutscher Seite) gegenübergestellt werden. Schwerpunkte nehmen die Gedenkfeier zum 100. Jahrestag der Schlacht von Ohamakari (2004) und die bislang erfolgten Restitutionen namibischer menschlicher Gebeine (2011, 2014) ein. In diesem letzten Beispiel, dem Köbler rund 45 Seiten widmet, laufen die erinnerungspolitischen Konfliktlinien exemplarisch zusammen, bedingt durch die höchst ungleichen Verhandlungspositionen der beteiligten Akteure.

Der Großteil der enthaltenen Fallstudien wurde in der einen oder anderen Form bereits anderweitig publiziert und bietet wenig neue

Erkenntnisse für jene Leser, die mit den Arbeiten Köblers gut vertraut sind. Gleichzeitig führt das Buch in der Wahl seiner Schwerpunkte diese langjährige Forschungstätigkeit konzise und überzeugend zusammen, wobei auf ein theoretisches Grundlagenkapitel aus Gründen der Zugänglichkeit explizit verzichtet wurde (S. 6). Einzelne Fallstudien wurden erweitert und aktualisiert, was insbesondere die Historisierung der Debatten um die Rückgabe menschlicher Gebeine betrifft. Konsequenterweise macht Köbler gleich zu Beginn des Buches deutlich, dass sein Werk nicht nur als wissenschaftliche Bilanz verstanden werden sollte, sondern auch als die seines persönlichen Engagements für die Anerkennung des Genozids. Diese aktivistische Positionierung wird als solche in seinem Werk methodologisch allerdings kaum reflektiert; mit einer Ausnahme, indirekt, im Verweis auf Max Weber und die Schwierigkeit der Trennung von Wert-Urteilen und Wert-Ideen (S. 121, FN 13). Eine Analyse der eigenen Rolle als *memory broker* im Prozess der Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte hätte Möglichkeiten eröffnet, die beschriebenen Aushandlungsprozesse noch stärker zu konturieren sowie auf mögliche Konflikte um Loyalitäten hinzuweisen, die angesichts der heterogenen Positionen der involvierten Akteure unweigerlich auftreten.

Lobenswert ist die Tatsache, dass das rezensierte Werk zuerst in Namibia publiziert worden und damit für lokale Zielgruppen leichter zugänglich ist. Die ungleichen Beziehungen der postkolonialen Situation reproduzieren sich nicht zuletzt gerade auch im Bereich der Wissensproduktion, da ein großer Teil der relevanten Forschung zu Kolonialherrschaft und Genozid auch weiterhin auf Deutsch publiziert wird. Köblers Buch kann vor diesem Hintergrund als Versuch verstanden werden, die komplexe Arena der Namibisch-Deutschen Erinnerungspolitik mit ihrer Vielzahl an Akteuren und Interessengruppen für ein internationales und besonders namibisches Publikum anschaulich darzustellen, das zu Fachmagazinen und wissenschaftlichen Debatten üblicherweise keinen Zugang hat.

Köbler verdeutlicht nachvollziehbar und überzeugend die Komplexitäten, Schwierigkeiten und Widersprüche postkolonialer und transnationaler Erinnerungspolitiken, im Spannungsfeld der „continued presence of the past and the elusiveness of closure“ (S. 317) und im Kontext ungleicher Einflussmöglichkeiten und Machtverhältnisse. Das Buch schließt mit Blick auf aktuelle Entwicklungen im Jahr 2014 und einer eher skeptischen

Bewertung der Aussichten für eine Anerkennung des Genozids. Was zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu antizipieren war: Im Juni 2015 hat eine deutsche Regierung die Ereignisse von 1903–1908 zum ersten Mal als Genozid bezeichnet, während parallel offizielle Verhandlungen über die Vergangenheit mit der namibischen Seite stattfinden. Ein Ergebnis, an dem auch Reinhart Köbler sicherlich seinen Anteil hat.

Mainz

Godwin Kornes

Im Spannungsfeld von Vorstellung und Realität der Medien im Krieg

Götter, Christian: Die Macht der Wirkungsannahmen. Medienarbeit des britischen und deutschen Militärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, 365 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

Medien wurden im 20. Jahrhundert ein integraler Bestandteil von Kriegen. Gegenwärtig erkennt jede moderne Armee ihre Macht an. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war eine Lehrezeit für die Armeen und ihre Führung. Das vorliegende Buch „Die Macht der Wirkungsannahmen“ von Christian Götter vergleicht die englische und deutsche Medienarbeit des Militärs in dieser Epoche – in diesem Vergleich liegt auch die Stärke des Buches. Die Methodik des Autors ist bemerkenswert: Statt auf den medialen Produkten und deren Einfluss, liegt der Fokus auf den Wirkungsannahmen der Medienarbeit in der Militärspitze beider Länder. Damit umschifft Götter eine große Problematik: Aufgrund fehlender moderner Meinungsforschung ist es schwer, die Einwirkung der Medien in jener Epoche wissenschaftlich zu messen.

Der Marinerüstungswettbewerb regte die Militärmedienarbeit an, aber unterschiedliche Kulturen beeinflusste deren Institutionalisierungsprozess und Tempo. In Deutschland gründete die Marine ein Propagandabüro, um ihre Interesse zu fördern. Diesem Beispiel folgte das deutsche Heer nach einigen Jahren. Im Gegensatz dazu haben in Großbritannien die Marinespitze und das Heer direkt mit den Medien und geringer Institutionalisierung gearbeitet.

Mit einem konkreten Plan für den Medienkrieg war die deutsche Marine 1914 ein Bahnbrecher. Jedoch musste die Marine wie die

andere Teilstreitkräfte beider Nationen reorganisieren, improvisieren und expandieren, als der Anfang des Stellungkrieges andeutete, dass dieser Konflikt dauerhaft werden würde. Es ist bemerkenswert, dass gerade Großbritannien, wo „Medienarbeit zu Kriegsbeginn chaotischer“ (S. 115) sowie „zögernd und passiv“ (S. 130) verlief, endgültig die Führung auf diesem Bereich übernommen hat. Der Wandel im Medienkrieg seit 1916 war in Folge der Schlacht an der Somme deutlich geworden: Der britische Propagandafilm über die Schlacht wurde ein Kassenschlager; die deutsche Inszenierung „Bei unseren Helden an der Somme“ (diese wird leider nicht erwähnt) scheiterte dagegen. Die größte Ironie liegt vielleicht darin, dass in Folge der großen und strategisch unentschiedenen Schlachten zur See und Land von 1916, der Medienkrieg „nun aber immer mehr Befürworter“ (S. 165) gewann, obwohl sein Wirkung weiterhin vage blieb.

Interessanterweise hat das Militär die Medien auch in den Konflikten mit den Politikern benutzt, wie etwa in der deutschen Debatte um den verschärften U-Boot-Krieg. Diese Instrumentalisierung der Medien wurde auch in der Zeit der Weimarer Republik fortgesetzt, wo man versuchte gegen den Widerstand der Reichswehr, die militärische Medienarbeit unter zivile Kontrolle zu bringen.

Ein wichtiges Kapitel befasst sich mit der Entstehung der Dolchstoßlegende als Folge einer gezielten Medienstrategie. „Diese Interpretation [der Dolchstoßlegende, DU] war angesichts des im Krieg etablierten Narrativs nur folgenrichtig“ (S. 146), fasst Götter zusammen. Das wahrgenommene Scheitern der deutschen psychologischen Kriegsführung und der Zusammenbruch der Heimatfront prägte tief die Wirkungsannahme des Medienkrieges in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. In Großbritannien dagegen „war die Moral der Heimat kein großes Thema“ (S. 259), sogar während des dunklen Sommers von 1940.

Ironischerweise hat die Dolchstoßlegende endgültig die alte Debatte über die Kontrolle der Medienarbeit mit der Machtergreifung der NSDAP abgelöst. Die Wehrmacht ist im NS-Staat „zum ‚Instrument der Politik‘ geworden“ (S. 200). In Großbritannien gab es auch innere Konflikte um die Medienarbeit während des Ersten Weltkrieges, wie zum Beispiel während der „Shell Crisis“ von 1915. Im Gegensatz zu Deutschland wurde allerdings die Medienarbeit der Streitkräfte ohne nennenswerte Konflikte den Zivilisten

untergeordnet; „[s]ie entsprach der Selbstverortung der britischen Streitkräfte unterhalb der Regierungen“ (S. 214). Insbesondere interessant ist die angeführte Rolle der Medienarbeit im Überlebenskampf der jungen Royal Air Force als unabhängige Teilstreitkraft in der Zwischenkriegszeit.

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges war die Medienarbeit des Militärs in Großbritannien und Deutschland etabliert und vollkommen institutionalisiert. Angesichts deren Wirkungsannahmen ist es interessant die Medienkriegführung beider Länder im Zweiten Weltkrieg parallel zu folgen. Trotz institutioneller Ähnlichkeit waren die Wirkungsannahmen in Deutschland ganz anderes als in Großbritannien. Mit Rückblick auf die Heimatfront stellte die Wehrmachtspitze fest: „Die Propaganda ist ein Kriegsmittel, ein gefährliche Waffe“ (S. 262). Deshalb war im Medienkrieg die Wehrmacht strukturell und inhaltlich viel engagierter als die britischen Streitkräfte. Aber in Großbritannien wurde die Propaganda gegen den Gegner als wichtiger Bestandteil militärischer Operationen betrachtet. Dies zeigt sich besonders in der Zeit der Invasionsangst 1940.

Christian Götters Buch leistet zwei wichtige Beiträge zum Forschungsstand: Erstens zeigt gerade die vergleichende Betrachtung wie stark die Medienarbeit der Streitkräfte in der Kultur ihres Landes verankert war. Dieses vergleichende Vorgehen spielt seine Stärken besonders in den Kapiteln über die Medienarbeit gegen den Gegner im Zweiten Weltkrieg aus. Zweitens eröffnet die vorliegende Langzeitbetrachtung der Leserschaft eine breitere Perspektive, die in vielen spezifischeren Forschungen über dieses Thema fehlt. Beispielsweise wird die Kontinuität in der Verfolgung von Friedenszeitzielen des Militärs sowie etwas Ansehen und Ressourcen während des Zweiten Weltkrieges gezeigt und belegt. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist der kurze Blick auf die britischen Medienarbeit nach 1945 am Ende des Buches.

Schließlich verbleibt allerdings die Frage, ob sich in unserem Zeitalter von moderner Meinungsforschung die Wirkungsannahmen moderner Armeen geändert haben, oder die Wirkungsannahme auf einem anderen Paradigma unterstützt wird? Es ist zu wünschen, dass Götters Studie weitere Forschungen über dieses spannende und aktuelle Thema anregt.

Jerusalem

Daniel Uziel

Kriegskindheit

Stekl, Hannes/Hämmerle, Christa/Bruckmüller, Ernst (Hrsg.): Kindheit und Schule im Ersten Weltkrieg, 285 S., nap, Wien 2015.

Die Zeichnung auf dem Cover führt sinnbildlich in den Inhalt des hier zu besprechenden Sammelbandes ein: Die zwei Jungen mit Holzwaffen und ein Mädchen mit Rot-Kreuzfahne zierten bereits das Titelbild des Kinderbuchs „Wir spielen Weltkrieg. Ein zeitgemäßes Bilderbuch für unsere Kleinen“ von 1915. Den Herausgebern Hannes Stekl, Christa Hämmerle und Ernst Bruckmüller geht es allerdings nicht nur um eine an Kinder gerichtete Kriegspropaganda, sondern gerade auch um das Eindringen des Krieges in Alltag und Lebenswelt von Kindern. Die Beiträge gehen zurück auf eine Tagung, die vom Institut für Österreichkunde 2013 in St. Pölten veranstaltet wurde.

Der Sammelband rekurriert auf das – nicht erst seit dem Erinnerungsjahr 2014 – stetig zunehmende Forschungsinteresse an der spezifischen Weltkriegserfahrung von Kindern. Die von französischen Historikern konzeptionalisierte „culture de guerre“ betont das Wechselverhältnis zwischen Indoktrination von oben und Zustimmung von unten und fokussiert Identifikationsangebote, Werte, Denkmuster und Verhaltensnormen. Seit Anfang der 1990er Jahre intensiviert sich die Kindheitsforschung zum Ersten Weltkrieg mit dem Ansatz der „war time culture“ länderübergreifend in Frankreich, Großbritannien und Österreich. Die Einbeziehung von lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen und *oral history* verdeutlichen die Vielfalt von „war time experience“.

Hannes Stekl und Christa Hämmerle bieten in der Einleitung eine instruktive Zusammenfassung des Forschungsstandes über „Kindheiten/en im Ersten Weltkrieg“ und regen an, dem „Kaleidoskop“ der Vielzahl an unterschiedlicher Bedingungsfaktoren Beachtung zu schenken, die die individuellen Deutungen, Erfahrungen und Begegnungen mit dem Tod prägten. Des Weiteren solle die Forschung genauer berücksichtigen, ob es um Klein- oder Großstädte, Mädchen oder Jungen beziehungsweise frontnahe oder frontferne Regionen gehe. Es handle sich weder beim Bürgertum noch bei der Arbeiterschaft und den in der Landwirtschaft Beschäftigten um einheitliche Gruppen. Peter Urbanitsch beschreibt den Aufschwung im österreichischen Schulwesen mit dem flächendeckenden Ausbau

der Volksschulen, der Durchsetzung der Unterrichtspflicht und Differenzierung nach Schultypen zwischen 1848 und 1914. Die bestehende Diskrepanz zwischen normativen Vorgaben und dem tatsächlichen Schulbetrieb sollte sich im Verlauf des Krieges mit der Schließung beziehungsweise militärischen Verwendung von Schulgebäuden und dem allgemeinen Sinken des Unterrichtsniveaus weiter vergrößern.

Wie im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn Schule und kindliche Lebenswelt nach 1914 in den Dienst des Krieges gestellt wurden, beleuchten die weiteren Aufsätze aus je unterschiedlichen Blickwinkeln. Werner Auer zeigt für den italienischsprachigen Teil Tirols, dem ehemaligen Welsch- oder Südtirol und heutigen Trentino, wie sich zwischen deutschen und italienischen Schulkindern die Kluft vertiefte, in dem Maße wie Schul- und Militärbehörden gegen den italienischen Irredentismus vorgingen, mit dem Lehrer den Anschluss an die italienische Monarchie forderten. An den Südtiroler Schulen prägten pauschale Verdächtigungen, Misstrauen und Gesinnungsdruck das Klima; antipatriotischem Verhalten wurde mit Denunziationen bis hin zu Entlassungen und Internierungen geahndet.

Ernst Langthaler stellt mit der Schulchronik einer niederösterreichischen Volksschule eine bislang vernachlässigte Quelle vor, die Einblick gibt in die praktischen Schulaktivitäten zur Instrumentalisierung der Schule für den Krieg und ihrer Inszenierung als Patrioten- und Opfergemeinschaft. So ist für diese konkrete Schule zu erfahren, dass Lehrer als Vertrauensmänner für die Erhebung von Vorräten oder Sammelaktionen eingesetzt wurden. Schüler, die verfeindeten Staaten angehörten, wurden vom Unterricht ausgeschlossen. Christa Hämmerles Beitrag zeigt auf, wie auch in Österreich-Ungarn die Schule als „zweite Familie“ der Kinder als gewichtiger Teil der Heimatfront fungierte und mit der Indienstrahme der Kinder für Kriegsarbeiten das moderne Konzept von Kindheit als Lebensphase in einem kindzentrierten Schonraum aufgehoben war. Hämmerle arbeitet für die „gemeinnützigen Tätigkeiten“ der Schulkinder die geschlechtsspezifische Identifikationsangebote des Krieges heraus, die Jungen das Sammeln von Brombeerblättern und Beeren sowie Wach- und Botendienste und Mädchen Strick- und Näharbeiten als „Liebesgaben“ für die Soldaten im Feld zuwies.

Den Fächern und Prüfformaten, die wie Geschichte, Geografie, Deutsch beziehungsweise die Maturaarbeit als besonders geeignet für die

geistige Mobilisierung galten, wird je ein eigener Beitrag gewidmet (Alexander Pinwinkler, Elisabeth Grabenweger, Verena Gruber). Es wird betont, dass Patriotismus und „vaterländische“ Tugenden wie Opferbereitschaft, Unterordnungswillen, Kaiserstreue bereits vor 1914 eingeübt und mental abgespeichert wurden. Wie Erwachsene Kinder an eine „Kriegskultur“ heranführten, indem sie ihnen eine eigene vermeintlich kindgemäße Kultur schufen, die den Krieg als aufregendes Abenteuer erscheinen ließ, zeigen die Beiträge über Kinder- und Jugendliteratur sowie Spielzeug (Ernst Seibert, Manfred Zollinger). Einen überzeugenden Schlusspunkt setzt Reinhard Sieders Analyse der öffentlichen Debatten über Arbeiterkinder, die aufzeigt, wie Vorstellungen der traditionellen Armenpflege durch rassenhygienische Denkmuster einer paternalistischen und patriarchalen Familien- und Fürsorgepolitik im Krieg abgelöst wurden und der staatliche Zugriff „Straßenkinder“ kriminalisierte.

Der Band bietet für Österreich eine solide Bestandsaufnahme der Kindheits-, Schul- und Bildungsforschung zum Ersten Weltkrieg, wirft aber auch neue Fragen auf wie die nach der Auflösung der „Schulfront“ im weiteren Kriegsverlauf. Es ist zu wünschen, dass ihm neben der fachlichen Rezeption das wachsende öffentliche Interesse an „Kriegskindheit“ zu einer breiten Leserschaft verhilft.

Berlin

Monika Mattes

Kein Leichtgewicht unter politischen Verbrechern

Woller, Hans: Mussolini. Der erste Faschist. Eine Biographie, 397 S., Beck, München 2016.

In den vergangenen 20 Jahren haben zahlreiche Studien das lange vorherrschende Bild des faschistischen Italiens als einer letztlich harmlosen Diktatur, die für das unterentwickelte Land „viele gute Dinge“ bewirkt und die schwer zu regierenden Italiener bloß mit strenger Hand geführt habe, gründlich revidiert. So hat die neuere internationale Forschung das lange unterschätzte Gewalt- und Unterdrückungspotenzial des faschistischen Polizeistaats herausgearbeitet. Folgt man der Schätzung von Richard J.B. Bosworth, so raubte die faschistische Diktatur zwischen

1922 und 1945 immerhin einer Million Menschen das Leben. Inzwischen ist es auch keine Frage mehr, dass das Mussolini-Regime unerwünschten Minderheiten (wie den Slowenen, Kroaten und Südtirolern) gegenüber von Anfang an eine rassistisch inspirierte Politik der Zwangsitalianisierung betrieb, bevor es in den afrikanischen Kolonien ab 1936 einen „Apartheidrassismus“ (Wolfgang Schieder) zu praktizieren begann und schließlich auch ein System des Staatsantisemitismus ins Werk setzte.

Die fundierte Mussolini-Biographie aus der Feder von Hans Woller ist ganz in dieser neuen Forschungsrichtung zu verorten. Der Münchner Zeithistoriker, der sich durch zahlreiche Publikationen einen Namen als einer der führenden Italienexperten im deutschsprachigen Raum gemacht hat, deutet Benito Mussolini darin als einen starken, ja gewalttätigen Diktator, der das Kataklysmenzeitalter nach dem „Marsch auf Rom“ wie wenige andere Spitzenpolitiker seiner Zeit prägte. Gekonnt geschrieben und ohne Fachjargon auskommend, konzentriert sich diese Biographie auf das öffentliche Wirken dieser „Jahrhundertgestalt“ und thematisiert Privates nur dann, wenn es von politischer Bedeutung war. Sie baut auf einer intimen Kenntnis von Mussolinis Schriften und Reden auf und nutzt als erstrangige historische Quelle unter anderem auch die erst 2009 und 2011 edierten Tagebücher von Claretta Petacci, die für die Zeit von Herbst 1937 bis Ende 1940 ungeschminkte, zuweilen auch schockierende Einblicke in Mussolinis Machtphantasien und Herrschaftspraxis ermöglichen. Durch all dies gelingt es dem Autor, Mussolinis Lebensgeschichte immer wieder in neues Licht zu tauchen, ohne dass diese vollständig umgeschrieben würde.

Giorgio Fabres Studien folgend hebt Woller hervor, dass der „Duce“ schon 30 Jahre lang Antisemit und Rassist war, bevor das Regime 1938 auf sein Geheiß hin die berüchtigten ‚Rassengesetze‘ erließ. Denn schon als Sozialist hegte er starke antisemitische Ressentiments und bekannte sich 1908/09, nachdem er die Machwerke von Arthur de Gobineau und Houston Stewart Chamberlain gelesen hatte, zur Existenz einer ‚Rassenfrage‘. Zu einer geschlossenen Weltanschauung verdichtete sich diese Obsession vorerst nicht. Jedenfalls war schon der junge Berufsrevolutionär nicht vor einem ultranationalistischen Superioritäts-Denken gefeit, in dem er Italien eine besondere Weltmission zudachte. Seiner Verachtung gewiss war 1914/15 das liberale Italien, das nicht die Kraft aufbrachte, die

jenseits der Grenzen liegenden „terre irredente“ endlich heimzuholen. Es war der Erste Weltkrieg, der Mussolinis frühe chauvinistische Dispositionen vollends zur Entfaltung brachte.

Am meisten Raum nehmen in Wollers Biographie, mit der das Münchner Institut für Zeitgeschichte eine Reihe über die Diktatoren des 20. Jahrhunderts initiiert, naturgemäß die Kapitel über das „Ventennio nero“ (1922–1943) ein. In ihnen kommen viele der zentralen Aspekte der faschistischen Regimezeit solide zur Sprache. Mit Nachdruck wird betont, dass Benito Mussolini nach der „Matteotti“-Krise bis wenige Monate vor seinem ersten Sturz am 25. Juli 1943 stets Herr und Meister in Italien war. Im Unterschied zu etlichen bisherigen „Duce“-Biographien legt der Autor das Hauptaugenmerk auf die vom Diktator entfesselten Expansionskriege in Afrika und auf dem Balkan, die Ursprünge und Radikalisierung des faschistischen Staatsantisemitismus sowie auf das Achsen-Bündnis, das gerade am Anfang auch mit intensiven Kontakten mit Leben erfüllt wurde. Darüber bleiben die inneren Entwicklungen des Regimes zuweilen etwas unterbelichtet.

Kaum Regierungschef geworden, begann Mussolini davon zu reden, dass die Italiener ein „Volk ohne Raum“ seien und Expansion deshalb eine „Frage von Leben und Tod für die italienische Rasse“ sei. Während der 1930er Jahre schälte sich immer deutlicher heraus, dass Mussolini einen rassistisch-homogenen Volksstaat in Italien anstrebte und er zugleich ein Großreich zwischen Indischem Ozean und dem Atlantik erobern wollte. Unter Gewalt, Willkür und Diskriminierung hatten am stärksten die Menschen in Libyen, Äthiopien, Griechenland und den besetzten Gebieten Jugoslawiens zu leiden sowie die unerwünschten Minderheiten in Italien selber. Hunderttausende von ihnen verloren ihr Leben oder wurden wie die jüdischen Italiener verfolgt und aus dem Land vertrieben. Schon im Herbst 1938 ließ er seine Geliebten Claretta Petacci drohend wissen: „Diese ekelhaften Juden, man muss sie alle vernichten. Ich werde ein Blutbad anrichten [...]. Immerhin habe ich siebzigtausend Araber [in Libyen, AM] interniert, dann werde ich auch fünfzigtausend Juden internieren können. Ich werde eine Insel finden und alle dort einsperren“ (S. 167). Seit 1938 setzte das faschistische Regime eine antisemitische Gesetzgebung ins Werk, die gleich nach der deutschen als die weltweit härteste gelten muss. Mussolini wusste von der Shoah und nahm sie ungerührt hin. Und als Nord- und Mittelitalien seit

Herbst 1943 von Wehrmacht und SS besetzt war, lieferten die Schergen der Repubblica Sociale Italiana Tausende von Juden und Jüdinnen ans Messer.

Wenn man diese glänzend erzählte Biographie, die mit vielen neuen und ungeschönten Einsichten aufwartet, aus der Hand legt, wird einmal mehr klar, dass Benito Mussolini kein Leichtgewicht unter den politischen Verbrechern des 20. Jahrhunderts war.

Luzern

Aram Mattioli

Wiederbelebung der Stresemannforschung

Pohl, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, 352 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Zu Gustav Stresemann scheint alles gesagt. Die um die Jahrtausendwende erschienenen Biographien von Jonathan Wright (2004), John P. Birkelund (2003) und Eberhard Kolb (2003) haben das Leben Stresemanns ausführlich und endgültig vermessen – jedenfalls konnte dieser Eindruck in den letzten Jahren entstehen. Gegen eine solch finale Deutung des Stresemann'schen Lebens wendet sich nun der Kieler Historiker Karl-Heinrich Pohl mit seiner eigenen Stresemann-Biographie, die den Politiker – so der Untertitel – als Grenzgänger beschreibt und die momentan gültige „Erfolgsstory“ (S. 7) seines Lebens methodisch und inhaltlich hinterfragen möchte. Dabei liefert er wichtige Impulse für eine Biographieforschung im Rahmen der Weimarer Republik und für die Erinnerungskultur um den liberal-nationalen Politiker.

Zunächst erklärt Pohl seinen Ansatz. Er wolle den klassisch chronologischen Aufbau einer Biographie überwinden (S. 9) und mittels methodischer Vielfalt der „biographischen Fälle“ im Sinne Pierre Bourdieus entgegen, die einerseits in der Akzeptanz kontingenter Lebensläufe, andererseits im Zwang zum sinnhaften Schreiben bestehe. Wenig verwunderlich kommt Pohl in diesem Zusammenhang auf Bourdieus Kapitalarten zu sprechen. Er übernimmt diese zusammen mit der Skepsis des Franzosen gegenüber Biographien und macht sie zur Richtlinie seines Buches. Neben dem daraus resultierenden Fokus auf politische, soziale und kulturelle biographische

Momente geht es Pohl auch darum, Stresemann mit einem von ihm erstellten Idealtypus des „erwachsenen Menschen“ (S. 11) zu kontrastieren, also eine Art biographische Blaupause zu generieren, vor deren Hintergrund Stresemanns Leben beschreibbar wird. Dieser interessante methodische Ansatz wird zudem durch eine inhaltliche Schwerpunktsetzung auf Stresemanns sächsische Jahre von 1901 bis 1914 ergänzt; eine Fokussierung, die im Vergleich zur üblichen Fixierung auf die Weimarer Jahre durchaus reizvoll erscheint.

Nachdem Pohl in der Einleitung sein Vorgehen skizziert hat, geht es an die Empirie. Hier wird schnell klar, dass diese Biographie keine Einstiegs- oder Überblicksliteratur darstellt, sondern sich klar im Forschungsdiskurs positioniert und durch die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen tatsächlich keine chronologische, vollständige Darstellung anstrebt. Wer sich über Stresemanns Leben en détail informieren möchte, greift besser zu anderen Büchern.

Nach der Einleitung folgt das am wenigsten überzeugende Kapitel der Pohl'schen Studie, in dem eine Analyse der Physis und Physiognomie des Politikers im Mittelpunkt steht. Eine solche Analyse Stresemann'scher Körpersprache, die anhand von Fotografien durchgeführt wird, muss generell kritisiert werden, weil der Einsatz von Physiognomik in der Geschichtswissenschaft zweifelhaft bleiben muss. Doch auch auf der Ebene der dieser Analyse zugrundeliegenden Quellenarbeit bleibt anzumerken, dass die Künstlichkeit und der Inszenierungscharakter der fotografischen Zeugnisse nicht genügend reflektiert werden.

In den folgenden Kapiteln wird unter dem überzeugenden Leitmotiv des Dranges, als Bildungsbürger anerkannt zu werden, Stresemanns Aufstieg vom Kleinbürgersohn zum Industrilobbyisten in Dresden und schließlich zum Berliner Politiker gezeigt. Hier kann Pohl der Stresemannforschung tatsächlich neue Impulse geben, da es ihm gelingt, Abstand von der bisherigen Konzentration auf den Politiker Stresemann zu gewinnen und ihn auch als kulturell und sozial verwobenen Menschen zu zeichnen. Bisweilen wird dabei das Bild eines zeit lebens um Akzeptanz als Bildungsbürger bemühten, aber an den hohen kulturellen Standards des Bürgertums scheiternden Gustav Stresemanns etwas überzeichnet. Insbesondere da dieses vermeintliche Leitmotiv in späteren Passagen des Buches, in denen es um den taktisch agierenden Realpolitiker Stresemann geht,

kaum noch als analytisches Werkzeug herangezogen wird. Doch auch in jenen Abschnitten kann Pohl mit neuen Interpretationen aufwarten: Stresemann wird von ihm als weitaus weniger mit der Republik versöhnt gezeichnet und stattdessen als weitaus konservativ-monarchischer eingestellt porträtiert als das in anderen, jüngeren Biographen der Fall ist. Bedauerlicherweise greift Pohl in dieser überzeugenden Darstellung gerade nicht auf sein methodisches Gerüst zurück, sondern argumentiert sehr konventionell politikhistorisch.

Im letzten Kapitel der Studie beschäftigt sich Pohl unter dem Titel „Nachleben“ recht unvermittelt mit Stresemann als ideellen Träger einer liberalen Erinnerungskultur der Weimarer Republik. Pohl konstatiert, dass Stresemann trotz der theoretischen Voraussetzungen nie zu einer solchen Identifikationsfigur innerhalb liberaler Erinnerungskultur geworden sei. Hier hätte man sich eine detailliertere Begründung des Befundes gewünscht, die sowohl eine stärkere Auseinandersetzung mit der konstatierten Differenz zwischen Potential und Realität als auch eine stärkere Rückbindung an die Thesen des Autors zu biographischen Gegenentwürfen miteinschließt.

Dennoch gelingt es Pohl, neue Ansätze zur Auseinandersetzung um Stresemann und darüber hinaus zu Relevanz und Nutzen biographischer Forschung zu liefern. Nach aufmerksamer Lektüre des Buches lässt sich die bisher oft gezeichnete glatte Erfolgsbiographie des DVP-Politikers nicht aufrechterhalten. Vielmehr werden Brüche, Ambivalenzen und eine weitaus weniger republikanische, dafür kulturell bürgerliche, politisch konservativ-liberale Weltsicht deutlich, die Stresemann als typischen Vertreter Weimarer Politik zeichnen, ihn aber nicht als Rollenmodell für eine bundesrepublikanische, liberale Politikergeneration erscheinen lassen. Ob die am Ende wieder aufgegriffene Beschreibung Stresemanns als „Grenzgänger“ allerdings taugt, um diesen Befund prägnant festzuhalten, erscheint fraglich. Vielmehr wird bei Pohl Stresemann als Außenseiter kenntlich: Als ein Außenseiter, der in seinem stetigem Bemühen, einem von ihm selbst konstruierten bildungsbürgerlichen Idealtypus zu entsprechen, in sich die Sollbruchstellen des frühen 20. Jahrhunderts widerspiegelt. Dabei gelingt es Karl Heinrich Pohl mit seiner Methode, Brüche und Kontingenzen in Stresemanns Leben eindrucksvoll sichtbar zu machen.

Darmstadt

Volker Köhler

Dekonstruktion vs. Rekonstruktion?

Crăciun, Ioana: Die Dekonstruktion des Bürgerlichen im Stummfilm der Weimarer Republik, 337 S., UV Winter, Heidelberg 2015.

Der Titel von Ioana Crăciuns Monographie weist zu Recht darauf hin, dass zahlreiche Stummfilme der Weimarer Republik eine aus den Fugen geratene bürgerliche Welt darstellten. Georg Wilhelm Pabsts „Die freudlose Gasse“ (1925) zeigte, wie die Inflation dieser an Stabilität orientierten Welt den materiellen Boden entzog und eine luxuriöse Parallelwelt der Neureichen entstehen ließ. Andere Filme liefen darauf hinaus, dass die bürgerlich-männliche Subjektivität ihre Eindeutigkeit und Berechenbarkeit verloren hatte: Richard Oswalds „Anders als die Anderen (§ 175)“ (1919) klärte darüber auf, dass Männer auch legitimerweise homosexuell sein konnten, während Robert Wienes „Das Cabinet des Dr. Caligari“ (1920) erzählte, wie der zu den Kleinstadthonorationen gehörende Direktor einer psychiatrischen Anstalt einen somnambulen Mann Morde begehen lässt. Die Autorin bietet einen Durchgang durch diese und andere wichtige Stummfilme entlang zeitgenössischer Leitthemen, von der Großstadt über Homosexualität, Kindheit und Verbrechen bis zur Gestalt des Doppelgängers. Dabei führt sie auch weniger bekannte Beispiele an: Karlheinz Martins „Von morgens bis mitternachts“ (1920), in dem ein Kassierer einer mondänen Dame verfällt, für sie seine Bank plündert und sich am Ende erschießt, oder Rolf Randolfs „Der Bettler vom Kölner Dom“ (1927), in dem sich ein Kriegsversehrter als Haupt einer Verbrecherbande entpuppt, der von einem als Inder verkleideten Kriminalbeamten verfolgt wird.

Das alles macht das Buch zu einem nützlichen, klar gegliederten Kompendium mit zahlreichen interessanten Einzelbeobachtungen, das jedoch einen zwiespältigen Eindruck hinterlässt. Denn trotz der thematischen Anlage handelt es sich letztlich um einen enumerativen Durchgang durch den zeitgenössischen Stummfilm. Der Preis dafür ist, dass die an sich vielversprechende Problematik der Dekonstruktion des Bürgerlichen mit fortschreitender Lektüre aus dem Blick gerät. In der – sehr knappen – Schlussbetrachtung wird sie nicht noch einmal aufgegriffen und diskutiert; zudem haben die einzelnen Kapitel weder einleitende noch zusammenfassende Passagen. Es fehlt eine Auseinandersetzung mit der bestehenden Sekundärliteratur, soweit sie über Analysen einzelner Filme und Regisseure hinausgeht.

Das gilt besonders für englischsprachige Studien wie Patrice Petros „Joyless Streets“, das bereits 1989 die Bedeutung von an ein weibliches Publikum gerichteten melodramatischen Narrativen in der Weimarer Kultur herausgearbeitet hat. Es ließe sich fragen, warum dieses Erzählmuster so gut in ein Kino passte, das um die Fragilität bürgerlicher Lebensformen und Subjektivität kreiste.

Diese mangelnde Rahmung hat zur Folge, dass die Dekonstruktion des Bürgerlichen nicht in breitere Kontexte eingebettet wird. Man erfährt kaum etwas darüber, ob und wenn ja, wie sie seinerzeit von der Filmkritik wahrgenommen wurde. Die Autorin erläutert einleitend anhand weniger Beispiele, dass bürgerliche Betrachter der neuen Kunstform moralische Wertmaßstäbe absprachen. Doch gab es auch Stimmen, welche die Stummfilmerzählungen als adäquate Reflexion der „verkehrten Welt“ (Martin H. Geyer) nach 1918 anerkannten? Wenn ihnen vorgeworfen wurde, die bürgerliche Kultur noch weiter zu unterminieren, als es ohnehin schon der Fall war, welche Argumente wurden dann dafür angeführt? Und inwiefern lässt sich so etwas wie eine konstruktive Reaktion ausmachen? Hier wäre etwa zu fragen, was in den repräsentativen, am Theater orientierten Kinos gezeigt wurde, die trotz der bürgerlichen Vorbehalte gegenüber dem Film bald aufkamen. Und es gab auch gebildete Filmkonsumenten, die sich von den neuen Bildsequenzen und Narrativen eher anregen als wirklich verunsichern ließen. Victor Klemperer etwa hielt durchaus an den eigenen Qualitätsmaßstäben fest und bewertete auf dieser Grundlage einzelne Filme als „glänzende Phantasie“ („Ophir“, 1919), als wirres „Gedankenfluchtwerk“ („Nerven“, 1920) oder schlicht als „langweilig“ („Sumurun“, 1920). Schließlich hätte zumindest perspektivisch die Einführung des Tonfilms Ende der 1920er Jahre einbezogen werden können. Wie Corey Ross gezeigt hat, ging damit ein Aufschwung des deutschen Kinos gegenüber den – aufgrund der noch kaum entwickelten Synchronisationstechnik wenig zugänglichen – Hollywoodfilmen einher, was mehr Raum für nationalistische Stoffe schuf (z. B. für die Heroisierung Friedrichs des Großen in „Das Flötenkonzert von Sanssouci“, 1930). Insofern waren der Film und insgesamt die Kultur der Weimarer Republik nicht bloß von einer Dekonstruktion, sondern auch von einer Rekonstruktion des Bürgerlichen geprägt – und dieses Spannungsverhältnis hartet nach wie vor einer genauen Analyse.

Amsterdam

Moritz Föllmer

Filme als Seismographen der Gesellschaft

Nowak, Kai: Projektionen der Moral. Filmskandale in der Weimarer Republik, 527 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Für das neue Medium des Films war die Zwischenkriegszeit ein erstes Goldenes Zeitalter. Der abendfüllende Spielfilm setzte sich immer mehr durch, die Filminhalte differenzierten sich, mit der Filmindustrie entstand ein neuer, mächtiger Wirtschaftszweig. Parallel zu der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung stieg auch die öffentliche Aufmerksamkeit für das neue Medium – nicht zuletzt wegen der allgemeinen Überzeugung, dass die bewegten Bilder eine ungeheure manipulative Wirkung auf die Zuschauer entfalten würden. Den zahlreichen, zum Teil erbittert geführten Debatten und Kontroversen, die sich während der Weimarer Republik um einzelne Filme entwickelten, ist Kai Nowaks Untersuchung „Projektionen der Moral“ gewidmet, die überarbeitete Fassung seiner 2013 in Gießen im Rahmen des Graduiertenkollegs „Transnationale Medienereignisse“ fertiggestellten Dissertation. Was Nowak interessiert, sind diejenigen Filme, die – bewusst oder unbewusst – die Grenzen des bis dahin Zeigbaren missachteten und zu öffentlichen Aufregern wurden. Der Autor orientiert sich dabei an dem sozialwissenschaftlichen Skandalbegriff, der in der Einleitung kenntnisreich referiert und behutsam für die eigenen Bedürfnisse adaptiert wird; denn anders als bei den vielfach untersuchten Skandalen um Korruption, Sex oder Amtsmissbrauch geschieht das „Skandalon“ bei Filmskandalen (wie bei allen Kunstskandalen) nicht im Verborgenen, sondern vor aller Augen in der Öffentlichkeit. Der Skandal beginnt hier daher nicht durch das „Aufdecken“ eines Missstandes, sondern dadurch, dass ein bestimmter Film als Normverstoß verstanden und öffentlich kommuniziert wird (S. 18). Entsprechend interessiert sich Nowak nicht nur für die Skandalinhalte – also die den Konflikten zugrunde liegenden Normen und Werthaltungen –, sondern auch, wenn nicht vor allem für die „Funktionen und Funktionsweisen“ des Skandals, den „Akt des Skandalisierens“ (S. 14).

Nowaks Studie ist in vier große Kapitel gegliedert, die vier besonders umstrittenen und damit skandalträchtigen Themenkomplexen der Weimarer Republik gewidmet sind: Gewalt, Sexualität, Weltkriegserinnerung und politische

Weltanschauungen. Dabei folgt jedes Kapitel einem ähnlichen Schema: Nach einer ausführlichen, außerordentlich informativen Skizze der diskursiven und rechtlichen Hintergründe sowie der politisch-gesellschaftlichen Konfliktlagen der jeweiligen Filmthemen analysiert Nowak das eigentliche Skandalgeschehen – einmal in einer Art Gesamtschau des jeweiligen Genres, dann in einer Reihe ausgewählter Fallbeispiele, an denen Nowak sorgfältig die ganze Komplexität der Skandalabläufe demonstrieren kann: die beteiligten Akteure in Medien, Recht, Politik und (Film-)Wirtschaft und ihre Interaktionen, die Skandale „zweiter Ordnung“ (z. B. bei Zensurmaßnahmen), das Auf und Ab der Skandalkonjunktur.

Ein erster, etwas überraschender Befund dabei ist, dass Nowak in Bezug auf die Darstellung von Gewalt und Sexualität nur eine recht überschaubare Anzahl von Filmskandalen ausfindig machen konnte – obwohl gerade bei diesen Themen die Befürchtungen der bürgerlichen Kritiker besonders groß waren, die Darstellung krimineller oder moralisch fragwürdiger Verhaltensweisen auf der Leinwand könne Nachahmungseffekte haben und einem allgemeinen Sittenverfall der Gesellschaft Vorschub leisten. Die meisten Filmemacher hielten sich offensichtlich an die konventionellen Grenzen des Zeigbaren – einerseits, weil sie um die Sensibilität dieser Themen (und das Risiko eines Skandals) wussten, andererseits, weil eine wirksame Zensur hier dem Schaffen der Cineasten deutliche Grenzen setzte. Umso interessanter sind diejenigen Fälle, bei denen das stille Einverständnis gebrochen wurde: Im Falle des halbdokumentarischen Expeditionsfilms „Afrika spricht“ war es das (vermeintliche) Zeigen eines echten Todesfalls, in „Anders als die Anderen“ die Homosexualität und in „Wege zu Kraft und Schönheit“ die (gänzlich unerotische) Nacktheit, die zumindest Teile des Publikums so sehr empörten, dass sie die Skandalisierungsmaschine in Gang setzten und wütende Kampagnen gegen diese Filme initiierten.

„Deutschfeindliche Hetzfilme“ stehen im Zentrum des dritten Abschnitts der Arbeit: Ausländische Filmproduktionen über den Ersten Weltkrieg, die – ob tatsächlich oder vermeintlich – die deutsche Schuld am Krieg oder im Krieg thematisierten und damit die Kampagne der deutschen Reichsleitung gegen den Artikel 231 (und auch das Selbstverständnis der Mehrheit der deutschen Bevölkerung) infrage stellten. Akribisch zeichnet Nowak hier die diplomatischen Verwicklungen nach, die sich

aus dieser besonderen Konstellation ergaben – insbesondere nach 1925, als der durch die Locarno-Verträge besiegelte Versöhnungswille der deutschen Diplomatie ein Instrument in die Hand gab, bei den europäischen Partnern auf eine Unterdrückung der „Hetze“ zu drängen, und dies durchaus erfolgreich. Der innenpolitische Konsens, der in diesen Debatten bis Ende der 1920er Jahre noch erkennbar war, brach spätestens mit dem Aufstieg der NSDAP auf – filmpolitisch ablesbar am Skandal um die Verfilmung des Remarque'schen Antikriegsfilms „Im Westen nichts Neues“ – in Nowaks Sample vermutlich der heute noch bekannteste Film, dessen Rezeption bereits vielfach untersucht worden ist.

Von Beginn an fehlte der Wertekonsens hingegen bei den „politisch-weltanschaulichen Konflikten“, die Nowak im letzten Abschnitt seiner Studie untersucht hat, wobei sich insbesondere die Reihe der „Friedericus Rex“-Filme um den Preußenkönig Friedrich II. sowie der sowjetische Revolutionsfilm „Panzerkreuzer Potemkin“ von Sergej Eisenstein als ergiebig erwiesen haben. So sehr Nowaks Analyse auch hier in der Sache überzeugt, so sehr zeigt sich jedoch auch, dass die Übertragung des sozialwissenschaftlichen Skandalbegriffs auf die Filmdebatten der 1920er Jahre nicht unproblematisch ist. Nowak hat selbst erkannt, dass sich diese Konflikte durch eine „dualistische Struktur mit zwei großen entgegengesetzten Lagern“ und „Uneinigkeit bezüglich des Skandalons“ auszeichneten (S. 464). Mobilisierung war nun nur noch milieuintern möglich, weil es an der gemeinsamen Wertebasis mangelte, also an der (geschriebenen oder ungeschriebenen) Norm, die in der Gesellschaft als gegeben angenommen wird und die durch das skandalauslösende Objekt missachtet wird (etwa: Korruptionsverbot, sexuelle Tabus etc.). Nur: Was unterscheidet unter diesen Voraussetzungen einen „Skandal“ dann noch von einem einfachen „Konflikt“ oder einer „Debatte“? Allein der öffentliche Aufschrei und der moralisierende Ton erscheinen mir als Merkmal des „Skandals“ dann doch etwas wenig.

Diese etwas skeptischen Anmerkungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nowak mit „Projektionen der Moral“ ein ausgezeichnetes Stück politischer Kulturgeschichte gelungen ist: Er zeigt das ganze Potenzial, das in einer medien- und kommunikationstheoretisch informierten Filmgeschichte liegt. Gerade weil man dem Film (zu Unrecht) einen so hohen

Wirkungsgrad unterstellte, konnte er in den Nachkriegsjahrzehnten eine so große öffentliche Bedeutung gewinnen, dass sie in der Tat als „Seismographen gesellschaftlicher Werte und Normen“ (S. 468) fungierten. Das Ausschlagen dieses Seismographen hat Nowak in mustergültiger Weise aufgezeichnet.

München

Daniel Mollenhauer

Die Hochphase jüdischer Wohlfahrt

Lavaud, Simona: Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit? Jüdische Wohlfahrt in der Weimarer Republik zwischen privaten Initiativen und öffentlichem Engagement am Beispiel der Berliner Gemeinde, 297 S., Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2015.

Das Buch „Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit?“ von Simona Lavaud behandelt die jüdische Wohlfahrt in der Zeit der Weimarer Republik. Dabei gliedert es sich in drei Teile: In der Einleitung führt die Autorin in das Thema ein, begründet unter anderem die Wahl des Themas, die Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf Berlin als Lebensmittelpunkt vieler deutsch-jüdischer Menschen und diskutiert die Quellenlage. Im Hauptteil untersucht sie die Entwicklung des jüdischen Wohlfahrtswesens von den biblischen Wurzeln bis in die Zeit der Weimarer Republik, analysiert die äußeren Rahmenbedingungen für Wohltätigkeit und behandelt schließlich die vielfältigen Lebensbereiche, in denen die jüdische Wohlfahrtspflege tätig war. Der Schluss fasst die Ergebnisse zusammen und unternimmt einen Ausblick in die Zeit des Nationalsozialismus und die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Studie konzentriert sich in der Analyse jüdischer Wohltätigkeit auf jüdischen Vereine und klammert jüdische Stiftungen vollkommen aus, obwohl damit „die private jüdische Wohltätigkeit noch vollständiger“ (S. 23) hätte dargestellt werden können. Lavaud begründet diese Auslassung der Stiftungen mit deren inflationsbedingtem Bedeutungsrückgang in der Weimarer Republik. Schon während des Kaiserreiches erwiesen sich hingegen Vereine als wichtige Akteure, und das jüdische Wohlfahrtswesen entwickelte sich parallel zur neu entstehenden, institutionellen Wohlfahrt.

Sie wurden einerseits zur Befriedigung traditioneller Belange gegründet, andererseits zur Reaktion auf zeitgenössische Bedürfnisse: Sie konnten zum einen das talmudische Gebot der Anonymität zwischen Spendenden und Empfangenden erfüllen, gleichzeitig aber auch, das zeigte sich in den Jahren der Weimarer Republik, elastisch auf veränderte Bedürfnislagen reagieren. Daher kooperierten die Vereine auch erfolgreich mit der 1917 gegründeten Zentralwohlfahrtsstelle (ZWST).

Die Entwicklung in der Weimarer Republik war durch neue rechtliche Voraussetzungen geprägt. Durch die Verfassung waren Deutsche jüdischen Glaubens gleichberechtigte Staatsbürger_innen. Die öffentliche, zumeist kommunale, Wohltätigkeit entwickelte sich parallel zur neuen Sozialgesetzgebung und alle Deutschen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, waren ihr gegenüber leistungsberechtigt. Damit war die Assimilation in der Weimarer Republik am weitesten fortgeschritten. Dennoch entfaltete sich das jüdische Wohlfahrtsystem weiter und erreichte seine Hochphase; das Vereinswesen erstreckte sich nun auf alle Lebensphasen. Dies war zum einen nötig, um spezifisch jüdische Belange abzudecken, zum anderen, um sich um ausländische Jüdinnen und Juden zu kümmern, die keinen Anspruch auf die öffentliche Wohltätigkeit hatten. Die wiederkehrenden ökonomischen Krisen in den 1920er Jahren erforderten zudem insgesamt verstärkte Maßnahmen.

Viele Privatleute engagierten sich in diesen Vereinen oder bei den zahlreichen Sammelaktionen, um ihr eigenes, häufig stark assimiliertes Leben nicht einzuschränken. Ihr Ziel war es neben religiösen Motiven, die öffentliche Wohlfahrtspflege zu ergänzen, um jüdische Menschen besser in die Gesamtgesellschaft zu integrieren. Die Reaktionen auf die Ostjuden zeigte Deutschen jüdischen Glaubens schon seit der Jahrhundertwende, dass sie nicht wirklich gleich waren. Daher erfolgten viele Bestrebungen seit dieser Zeit und verstärkt in den 1920er Jahren auch als Reaktion auf den erstarkenden Antisemitismus. In der Weimarer Republik geschaffenen Strukturen bewährten sich dabei vielfach in der Zeit des Nationalsozialismus.

In Unterkapiteln wird eingehend, mit zahlreichen Beispielen die Entwicklung der unterschiedlichen Bereiche des jüdischen Wohlfahrtswesens beleuchtet und die Motivation, sich in diesen Feldern zu engagieren. Die Konzentration auf

die Berliner Gemeinde als Untersuchungsgegenstand hat den Vorteil, dass hier kleine wie große, liberale wie orthodox geprägte Vereine zu finden waren und überdies überregional tätige Organisationen ihre Zentrale in der deutschen Hauptstadt hatten. Sie führt jedoch dazu, dass die erzielten Ergebnisse sich nicht auf andere deutsche Städte und Regionen übertragen lassen, wo die Voraussetzungen andere waren.

Es gelingt Lavaud, die Weiterentwicklung und Partizipation der jüdischen Wohlfahrt in der Weimarer Republik facettenreich darzustellen. Das jüdische Wohlfahrtswesen konnte sowohl Traditionen bewahren als auch die Anpassung an neue gesellschaftliche Strukturen leisten und so einerseits „Hilfe für die Notleidenden“ bieten, andererseits aber auch „Schutz vor aufkeimender Judenfeindschaft“ gewähren (S. 270).

Für ihre Dissertation hat die Autorin vor allem die umfangreichen Schriften der ZWST ausgewertet. Viele Archive sind durch die Zeit des Nationalsozialismus zerstört oder zerstreut, so dass zum Beispiel die wirtschaftliche Größenordnung jüdischer Wohltätigkeit nur schwer greifbar ist. An manchen Stellen hätte die Arbeit trotz der verdienstvollen Aufarbeitung der Quellen und der Darstellung der vielfältigen Tätigkeitsfelder der jüdischen Wohlfahrt davon profitiert, wenn allgemeine Ausführungen aus den Schriften mit anderen Quellen korreliert oder kritischer reflektiert worden wären. Auch eine Einbindung der Befunde in geschichtswissenschaftliche Diskurse wäre von Vorteil gewesen, ohne die Innensicht zu zerstören, so beispielsweise bei den Ausführungen zur Tuberkulose (S. 169ff.) oder der Rolle der Frauen in Vereinen und Wohltätigkeit (S. 210–216). Wünschenswert wäre auch ein Vergleich mit anderen konfessionellen Wohltätigkeitsvereinen gewesen, um zu sehen, was allgemeine und was spezifisch jüdische Diskurse und Unternehmungen waren. So war zum Beispiel die Großstadtkritik nicht spezifisch jüdisch (vgl. S. 117, 227). Ärgerlich ist, dass manche Ausführungen trotz vorliegender Studien ohne Literaturverweis bleiben, so beispielsweise bei der Judenzählung im Ersten Weltkrieg (S. 63). Insgesamt ist die Arbeit gut lesbar, jedoch hätte der Verlag gut daran getan, in ein Lektorat zu investieren, um unschöne Fehler zu korrigieren.

Heidelberg

Gudrun-Christine Schimpf

„Exklusion aus der Vertrauensgemeinschaft“

Fischer, Stefanie: Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt. Jüdische Viehhändler in Mittelfranken 1919–1939, 368 S., Wallstein, Göttingen 2014.

Stefanie Fischer leitet ihre 2014 erschienene Dissertation „Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt“ mit einem Zitat ein: „Die Juden brauchen wir, weil ich noch heute mein Vieh ohne Juden nicht an den Mann bringen kann“ (S. 9), das habe ein Mitglied des Gemeinderats in dem kleinen Ort Gunzenhausen in der Nähe von Nürnberg im November 1934 eingeräumt. Die nichtjüdischen Viehhändler böten ihm einfach zu wenig für das Vieh.

In der kleinen Szene stecken zentrale Thesen, die Fischer in ihrer mehrfach ausgezeichneten Arbeit auf der Grundlage von vielfältigem Archivmaterial differenziert herausgearbeitet hat. Zwischen den vor allem in den Kleinstädten ansässigen jüdischen Viehhändlern und den Bauern in Mittelfranken habe ein „ökonomisches Vertrauen“ geherrscht, so die Autorin, dass auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft nach 1933 trotz der antisemitischen Angriffe zunächst Bestand gehabt habe. Die „Exklusion von Juden aus der propagierten ‚Volksgemeinschaft‘“ sei damit „asynchron zu der Exklusion aus der aus wirtschaftlichen Interessen entstandenen Vertrauensgemeinschaft“ verlaufen (S. 234). Erst mit dem Entzug der Handelserlaubnis 1938 seien die jüdischen Viehhändler endgültig aus der Wirtschaft ausgeschlossen worden. Fischer sieht damit die „hohe Bedeutung“ der jüdischen Viehhändler für die Wirtschaftsbeziehung im ländlichen Raum bestätigt, die die bisherige Forschung immer wieder behauptet, aber kaum untersucht habe. Sie betont die alltäglichen Ambivalenzen des Prozesses, der im Ausschluss der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer Vernichtung gipfelte.

Um die Beziehungen zwischen jüdischen Viehhändlern und nichtjüdischen Bauern analysieren zu können, nimmt Fischer nicht nur die ersten Jahre der NS-Herrschaft, sondern auch die Zwischenkriegszeit in den Blick. Sorgfältig ordnet sie im ersten Hauptkapitel ihres Buches die Viehhändler und ihre Familien in ihre soziale Umgebung während der 1920er Jahre ein. Sie wehrt sich gegen die häufig vorgenommene Kategorisierung der Viehhändler als „Landjuden“

und betont, dass sie gerade in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Teil hatten an den Modernisierungsprozessen auf dem Lande und als „klassische Mittelsmänner zwischen Stadt und Land“ (S. 10) eine zentrale Rolle für die Entwicklung agrarischer Regionen spielten.

Die überzeugende sozialgeschichtliche Darstellung ergänzt die Verfasserin im zweiten Teil der Arbeit durch einen Blick auf die Praktiken des Viehhandels, der ihrer Darstellung nach auf besondere Weise auf gegenseitigem Vertrauen von Händlern und Bauern beruhte. Die Beschreibung des Alltagsgeschäftes gehört sicherlich zu den Stärken des Buches: Fischer rekonstruiert die Bedeutung von Kleidung, von Gesten und Symbolen für die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen, beschreibt den typischen Handschlag und den Wirtshausbesuch als zentrale Institutionen des Handels und geht auf die Bedeutung der zur Sprachfamilie des „Jüdischdeutschen“ gehörenden „Viehhändlersprache“ ein, die von jüdischen und nichtjüdischen Viehhändlern, aber auch von Bauern genutzt wurde. Unterschiedliche, kaum erfolgreiche Versuche, während der Weimarer Krisenjahre das Vertrauen in die sich wandelnden Märkte durch neue Institutionen zu stärken, liest die Autorin als Beleg für die Relevanz der von ihr beschriebenen persönlichen Vertrauensbeziehungen.

Fischer beschreibt jedoch nicht nur die inkludierenden Momente eines auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Handels, sondern auch die aus der spezifischen Position der Viehhändler entstehenden sozialen Konflikte und die wachsende antisemitische Agitation. Das Verhältnis zwischen jüdischen Viehhändlern und Bauern begann schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu erodieren, und in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft änderte sich der Alltag in vielen Orten grundlegend. Lokale Boykottaktionen, Hetzkampagnen, Angriffe auf Einzelpersonen und der systematische Ausschluss von Viehmärkten stigmatisierten die jüdischen Händler und nahmen vielen die Geschäftsgrundlage. Einzelne Bauern und Kollegen nutzten die Gelegenheit, die Position jüdischer Konkurrenten und Gläubiger anzugreifen, aber auch die Gewalttätigkeit nationalsozialistischer Gruppierungen nahm zu. In Gunzenhausen etwa, wo ein Gemeinderatsmitglied 1934 das Handeln mit Juden verteidigte, spielten sich im selben Jahr pogromartige Szenen ab. Auch wenn Fischer nachweisen kann, dass sich jüdische Viehhändler bis ins Jahr 1938 halten konnten, deuten ihre eindrucksvollen Beispiele

insgesamt darauf hin, dass die Exklusion im täglichen Miteinander rasch voranschritt.

Beim Lesen der Studie kommen zumindest an einigen Stellen leise Zweifel auf, ob die Kategorie des „Vertrauens“ immer gut gewählt ist. Die Tatsache etwa, dass bestimmte als „jüdisch“ gebrandmarkte Praktiken wie die Kommunikation in der „Viehhändlersprache“ trotz eines Verbots auf den Märkten beibehalten wurden, während die jüdischen Viehhändler selbst schon ausgeschlossen worden waren, könnte vor allem als Beleg für die Beharrungskraft alltäglicher Praktiken gelesen werden und die Relevanz des „Vertrauens“ zwischen den beteiligten Personen eher revidieren. Immer wieder zeigen die von Fischer herangezogenen Beispiele auch, dass es in erster Linie der ökonomische Vorteil und spezifische Wirtschaftsstrukturen waren, die die nichtjüdischen Bauern an ihren Beziehungen zu jüdischen Händlern festhalten ließen. Und letztlich konnten die für die lokale Wirtschaft so wichtigen jüdischen Viehhändler trotz aller Ambivalenz in erstaunlich kurzer Zeit aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Fischers gelungene Studie führt insgesamt das „facettenreiche [...] Wechselspiel zwischen Gewalt und Vertrauen“ (S. 19) eindrucksvoll vor Augen und zwingt einmal mehr, über die komplexen, alltäglichen Mechanismen von Exklusion, Diskriminierung und sozialer Vernichtung inmitten der deutschen Gesellschaft nachzudenken.

Göttingen

Hannah Ahlheim

Die Massenmorde im Sommer 1941

Struve, Kai: Deutsche Herrschaft, ukrainischer Nationalismus, antijüdische Gewalt. Der Sommer 1941 in der Westukraine, 739 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

Zwei Jahrzehnte nach der meisterlichen Studie von Dieter Pohl über „Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944“ hat Kai Struve mit seiner Habilitationsschrift eine umfassende Darstellung über deren von Massenmorden geprägte Anfangsphase vorgelegt. Als Ergebnis jahrelanger Nachforschungen in den einschlägigen Archiven in Deutschland, Israel, Polen, den USA und in verschiedenen Städten der Ukraine sind die dortigen Geschehnisse nun erstmals auf außergewöhnlich breiter

Quellenbasis und mit nahezu all ihren Begleitumständen analysiert worden. Dabei ist es wichtig, dies verdeutlicht der Verfasser gleich am Anfang, dass die weitaus meisten Todesopfer dieser Tage den Morden vonseiten der deutschen Eroberer, darunter Angehörigen der Waffen-SS, zuzuschreiben sind.

Einleitend erkundet Struve das schwierige Terrain miteinander konkurrierender Forschungs- und Gedächtnisgeschichte und fasst sodann theoretische Ansätze über den Komplex Pogrom und Gewalt beim Vormarsch der deutschen Truppen im Sommer 1941 zusammen. Es folgt eine Kurzbeschreibung der benutzten Quellen(-gruppen).

Der Hauptteil setzt mit einer Schilderung der Voraussetzungen bis zum Jahr 1939 ein – zuerst auf deutscher Seite, danach aufseiten der Ukrainer. Als nächstes gerät die Lage „vor dem Krieg gegen die Sowjetunion“ in den Blick – in den deutschen Planungen und Erwartungen und in den Überlegungen ukrainischer Nationalisten – insbesondere der Führer und Angehörigen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die auf staatliche Unabhängigkeit hofften. Nicht wenige wünschten sich – und feierten dann – den Einmarsch der Deutschen.

Der Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion im Frühsommer 1941 verband sich einerseits mit einem ukrainischen Aufstand und andererseits mit Massenmorden an zahllosen Gefangenen, die Kräfte des sowjetischen Repressionsapparats bei ihrem Rückzug begangen. Die Verantwortung dafür wurde kurzerhand „den Juden“ kollektiv zugeschrieben. Schwer erträglich ist es, von den Gewaltexzessen zu lesen, die der Verfasser Ort für Ort fast lückenlos beschreibt und zum Teil mit Fotos illustriert, in welchen sich die Hilflosigkeit der gepeinigten jüdischen Männer und Frauen ausdrückt – aber ebenso die Skrupellosigkeit der Gaffer und jener Fotografen, deren „Kamera [...] selbst zu einem Teil der Verspottung und Erniedrigung der ihrer Kleidung beraubten Frauen“ (S. 342f.) wurde. Die Pogromausschreitungen in Lemberg Anfang Juli 1941 stehen zwar im Mittelpunkt, doch wird auch die verwickelte Gemengelage von diversen Tätergruppen, örtlichen Spezifika, Dynamiken, Anlässen und Motiven in mehr als 60 weiteren Orten in Ostgalizien – also der heutigen Westukraine – im Sommer 1941 in die Studie mit einbezogen. Dabei wird klar, dass die Geschehnisse keineswegs nach einem einmal festgelegten Drehbuch abliefen: „Einheitlich war jedoch“, so Struve, „dass sie mit der Gleichsetzung von

Juden mit den Trägern, Nutznießern und Unterstützern der sowjetischen Herrschaft verbunden waren“ (S. 557).

Wie andere Forscher vor ihm misst der Verfasser dem Massenmord an über 20.000 Häftlingen durch die sich zurückziehenden sowjetischen Besatzer große Bedeutung für die antijüdische Gewalt im Sommer 1941 zu: ein zur damaligen Zeit beispielloses, „enormes, grausames Verbrechen, das die Gesellschaft der Westukraine [...] zutiefst schockierte“ (S. 218). Die deutschen Eroberer begriffen sofort den propagandistischen Nutzen der Leichenfunde, die von Foto- und Filmkameras festgehalten wurden (S. 392).

Auf 70 Seiten befasst sich Struve ergänzend mit den „Verbrechen der Waffen-SS Division ‚Wiking‘“, die seinerzeit für die opferreichsten Massenmorde – mit mehreren tausend Toten – in der Westukraine verantwortlich war. Dem Überblick über die Opferzahlen ist zu entnehmen, dass in den untersuchten Orten in den ersten Julitagen zwischen 2.065 und 3.354 Juden umgebracht wurden. In den von ungarischen Truppen kontrollierten Gebieten sowie in von Struve nicht einbezogenen Ortschaften gab es schätzungsweise rund 1.000 Opfer.

Indem sie die Verbrechen „den Juden“ zuschrieben, instrumentalisierten die Nationalsozialisten antisemitische Einstellungen zu Beginn der Massenmorde an den Juden Ostgaliziens – unter den Angehörigen von Wehrmacht und Waffen-SS, aber auch unter den Einheimischen, nicht zuletzt den ukrainischen Hilfspolizisten. Antisemitismus konnte zudem an ein „in der christlich geprägten Volkskultur überliefertes Bild der Juden“ (S. 677) anknüpfen. Bei ukrainischen Nationalisten kam hinzu, dass sie einen ethnisch möglichst homogenen ukrainischen Nationalstaat errichten und sich dazu der Juden entledigen wollten. Freilich hätte es die Gewalttaten von einheimischer Seite nicht gegeben „ohne die mit dem deutschen Einmarsch verbundene Erwartung, dass Juden von nun an weitgehend recht- und schutzlos sein würden“ (S. 678).

Instruktiv ist der abschließende Vergleich der Befunde mit den Vorgängen in anderen Teilen der deutsch besetzten Gebiete – im Baltikum, in Wolhynien, der Bukowina und in Bessarabien. Auch für diesen Raum lasse sich feststellen, dass „Juden als Träger und Unterstützer der sowjetischen Herrschaft“ gesehen wurden und dass einheimischen Nationalisten die Gunst der Stunde nutzen wollten, um „im Zuge des

Herrschaftswechsels“ mit mörderischer Gewalt verbundene Versuche der Nationalstaatsbildung zu unternehmen (S. 691). Für die künftige vergleichende Forschung wird die (Vor-)Arbeit von Kai Struve unverzichtbar sein, beleuchtet er doch gewissenhaft die Hintergründe der Gewalt gegen Juden und zieht daraus sorgfältig abwägende Schlüsse. Seine über weite Strecken bedrückende Monografie bringt die Forschung über diese bis heute zutiefst verstörenden Grausamkeiten einen großen Schritt voran.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Ein neuer Ansatz für die Helfereforschung?

Düring, Marten: Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden, 215 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

Der Begriff Netzwerk ist derzeit sehr populär, innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft. Vielen Arbeiten zur Thematik mangelt es jedoch an klaren und differenzierten Begriffsdefinitionen, an einer Reflexion über die Fülle theoretischer Ansätze der Netzwerkforschung und die Verfahren zur Analyse von Beziehungen. Die Historische Netzwerkforschung ist ein recht neues Forschungsfeld, in dessen Kontext in den letzten Jahren einige Publikationen erschienen sind. Ziel ist hierbei meist die Beschreibung sozialer Beziehungen, die Visualisierung ihrer Muster und das Aufzeigen ihrer Wirkmechanismen.

Marten Düring, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centre virtuel de la connaissance sur l'Europe in Luxemburg, widmet sich in seiner Dissertation aus dem Jahre 2012 der Historischen Netzwerkforschung und legt mit dieser eine erste vergleichende Untersuchung von Hilfsnetzwerken auf dem Gebiet des Deutschen Reiches vor. Sein Ziel ist es, die Relevanz von Beziehungsstrukturen für die Entstehung und Praxis von Hilfsnetzwerken für während des Nationalsozialismus verfolgte Juden in Berlin zu erläutern. Grundlage der Arbeit sind sechs (mehr als 1.500 Akteure mit über 5.000 Beziehungen umfassende) Fallstudien. Durch deren Auswertung möchte Düring die These prüfen, „dass Hilfeverhalten nicht in erster Linie auf ein Persönlichkeitsmerkmal zurückzuführen ist,

sondern dass sich die Bereitschaft und die Fähigkeit zu helfen im Laufe teils mehrjähriger Prozesse in der Reaktion auf Hilfsgesuche von Verfolgten und anderen Helfern und aus der Praxis der Hilfsleistungen selbst“ (S. 10) entwickelten.

Das Einführungskapitel der Arbeit hält Düring kurz. Er erläutert seine Forschungsfrage, definiert die von ihm genutzten Begrifflichkeiten, berichtet über die Auswahl seiner Fallstudien sowie über seinen kritischen Umgang mit den oft nur fragmentarisch vorliegenden Quellen. Darüber hinaus gibt er einen kurzen Überblick zur Helfer- und Netzwerkforschung sowie zum historischen Kontext. Im zweiten Teil setzt sich Düring mit der Methodik der sozialen Netzwerkanalyse auseinander. Deren Nutzen sieht er vor allem „in einem Perspektivenwechsel auf das untersuchte Quellenmaterial“ (S. 73). Die Visualisierung der Beziehungsstrukturen dient ihm als „heuristisches Werkzeug“ (S. 67), welches ihm eine „zielgerichtete Reduktion und Rekombination von Informationen“ (S. 68) ermöglicht. Den Hauptteil seiner Arbeit widmet Düring der Erläuterung seiner sechs Fallstudien. Nacheinander schildert er drei Gesamt- und drei Ego-Netzwerke. Er beginnt mit dem etwa 400 Personen umfassenden, aus dem Milieu der Bekennenden Kirche hervorgehenden, Netzwerk um Franz Kaufmann. Dieses versorgte Verfolgte vor allem mit Ausweisungspapieren und Lebensmittelmarken. Es folgt die Analyse des circa 150 Personen zählenden Fluchthilfenetzwerks um Luise Meier. In seiner dritten Fallstudie berichtet Düring über die ‚Gruppe Onkel Emil‘ (etwa 150 Personen), welche um Ruth Andreas-Friedrich entstand und Kontakte bis hin zum Kreisauer Kreis pflegte. Hilfe leistete man hier durch die Bereitstellung von Unterkünften, Lebensmittelmarken und Dokumenten. Dürings vierte Fallstudie beschäftigt sich mit dem vor allem Unterkünfte organisierenden Netzwerk (etwa 150 Personen) um den Aktivistin Karl Deibel, welcher der anarchistisch-kommunistischen Widerstandsbewegung nahestand. Die fünfte Fallstudie beschreibt das Netzwerk um die untergetauchte Familie Segal, welches Verfolgte mit Unterkünften und Lebensmitteln versorgte (circa 80 Beteiligte). In seiner sechsten Fallstudie erläutert Düring das rund 50 Personen umfassende Netzwerk um den Passfälscher Cioma Schönhaus.

Im vierten und die Arbeit abschließenden Kapitel führt Düring die Ergebnisse der Fallstudien zusammen und gibt unter anderem einen Überblick über die Art beziehungsweise Intensität der Beziehungen und die unterschiedlichen Motive der Helfer. Er kommt zu dem Schluss, dass die

„sozialen Beziehungen von hoher Bedeutung für die Entscheidung zur Hilfe sowie für deren Praxis, Verstetigung und Ausweitung waren“ (S. 200). Er beschreibt „Hilfsleistungen als soziale Prozesse“ (ebd.), welche komplexe Systeme erschufen. Fürsprachen und eine Zunahme der Hilfsersuche (durch Verfolgte wie Helfer) bewirkten in gegenseitiger Wechselwirkung eine zunehmende Dynamik und sorgten für ihren Erhalt und den weiteren Ausbau der Netzwerke.

Marten Düring bietet mit seiner Monographie einen Einblick in die komplexen Prozesse der Entstehung und Aktivitäten von Berliner Hilfsnetzwerken – sehr anschaulich, kompakt und prägnant. Insgesamt überzeugt der sehr reflektierte Umgang Dürings mit der gewählten Methodik, vor allem in Bezug auf die Aussagekraft der kritisch zu hinterfragenden Codes. Übersichtlich gestaltete, kurze Kapitel mit Querverweisen und ein Namensindex erleichtern die Handhabung des Werkes. An manchen Stellen hätte man sich ein wenig mehr Ausführlichkeit gewünscht, so im Theorieteil oder (bei aller Fokussierung auf die Beziehungsstrukturen) in Bezug auf biographische Informationen zu den einzelnen Akteuren. Technische Aspekte werden hingegen erfreulich kurz gehalten, wenngleich die abgedruckten Visualisierungen der Netzwerke für mit der Methodik nicht vertraute Leser nur schwer zu entschlüsseln sind. Die Bibliographie fällt etwas übersichtlich aus. Eröffnet Dürings Ansatz neue Perspektiven für die Helfereforschung? Viele neue Erkenntnisse bietet die Arbeit nicht. Dennoch gelingt es ihm mit seinem methodischen Ansatz, durch die Beschreibung der Mikroebene der einzelnen Hilfsbeziehungen und der Makroebene der Netzwerke, ein sehr differenziertes Bild zum Thema Helfen zu zeichnen, welches ohne moralische Wertung auskommt und mögliche Handlungsspielräume im restriktiven System des ‚Dritten Reiches‘ aufzeigt.

Darmstadt

Anja Pinkowsky

„U-Boote“ in München

Schrafstetter, Susanna: Flucht und Versteck. Untergetauchte Juden in München – Verfolgungserfahrung und Nachkriegsalltag, 336 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Tausende Juden und Jüdinnen haben sich in Deutschland der nationalsozialistischen Verfolgung

durch Untertauchen entzogen oder zumindest zu entziehen versucht. Dieses Untertauchen erforderte meist ein Netzwerk von Helfern, die Lebensmittel, Kleidung, Verstecke und teilweise auch gefälschte Dokumente zur Verfügung stellten. Viele halfen aus Solidarität, einige wollten davon auch profitieren, wobei die Grenzen nicht immer klar erkennbar waren. Die größte Aufmerksamkeit der Forschung zu dieser spezifischen Überlebensstrategie galt dabei bisher – nicht zuletzt aufgrund der großen Zahl von „U-Booten“ – vor allem Berlin.

Susanna Schrafstetter, Professorin an der University of Vermont, richtet in ihrem kürzlich erschienen Buch den Blick auf untergetauchte Juden in München. Ihre Studie „versteht sich als Beitrag zur Sozialgeschichte der deutschen Juden während des Holocaust, zur Nachkriegsgeschichte der Überlebenden sowie zum Umgang mit Verfolgung und Verfolgten nach 1945“ (S. 13). Dabei bezieht sich die Autorin auf eine große Bandbreite von Quellen, die von persönlichen und autobiographischen Dokumenten wie Tagebücher, Memoiren und Erfahrungsberichte über Namenslisten und Nachkriegsprozesse bis hin zu Rückerstattungsakten reicht.

Präzise werden die unterschiedlichen Stufen von Diskriminierung, Ausgrenzung, Verfolgung und Deportation nachgezeichnet und die jeweiligen Bedingungen für Flucht und Überleben analysiert. Zahlreiche Münchner Juden und Jüdinnen versuchten sich durch Untertauchen den 1941 beginnenden Deportationen in die Ghettos und Vernichtungslager zu entziehen. Aber auch im Februar 1945 tauchten noch Menschen unter, um nicht deportiert zu werden, vor allem „Mischehepartner“. Die sich abzeichnende militärische Niederlage des ‚Dritten Reiches‘ und die zunehmenden alliierten Bombenangriffe erleichterten zwar teilweise die Flucht vor Verhaftung und Deportation, stellten bisweilen aber auch eine zusätzliche Gefahr für die Untergetauchten dar.

Schrafstetter rekonstruiert sorgfältig die Fluchtwege und individuellen Schicksale. Die meisten Untergetauchten blieben dabei nicht in der Stadt und nicht an einem Ort, sondern wechselten mehrmals die Unterkunft. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen endeten die meisten Fluchten tödlich. Selbstmord war oftmals der letzte Ausweg um der Verhaftung und Deportation zu entkommen. Manchmal wurde ein Selbstmord durch Abschiedsbrief auch fingiert, um die Spuren zu verwischen. Die größte Gefahr für die

untergetauchten Juden und Jüdinnen sowie ihre Helfer war die Denunziation. Anhand der vorliegenden Quellen für München ergab sich die Erkenntnis, dass „Juden von Menschen aus allen sozialen Schichten denunziert wurden“ (S. 160), unabhängig von Geschlecht und sozialem Status.

Ebenso divers war die Gruppe der Helfer. Obwohl nur eine kleine Minderheit flüchtigen Juden half, kommt Schrafstetter zu dem Ergebnis, dass mehr Menschen als bisher angenommen Kontakt mit den Untergetauchten hatten. Anders als in Berlin konnte sich in München aufgrund der geringeren Zahl von Untergetauchten keine Infrastruktur für Flüchtende entwickeln. Es gab keinen Markt für Lebensmittel, Unterkünfte und Papiere in München. Geld, so die Autorin, war daher weniger wichtig als spezifische Kontakte. Die meisten Untergetauchten waren assimilierte Juden.

In dem Band werden auch die Grauzonen zwischen Helfern, Zuschauern und Tätern sehr differenziert herausgearbeitet. Menschen halfen Juden nicht nur aus altruistischen Gründen beim Untertauchen. Sie stellten Bedingungen, erwarteten Gegenleistungen, benötigten manchmal auch Geld für die Versorgung der Untergetauchten selbst. Manche bereicherten sich am Leid der Juden, durch Beraubung, Erpressung und nicht zuletzt auch Drohung mit Denunziation.

Die Studie endet nicht mit dem Mai 1945, sondern erzählt auch die Geschichte der überlebenden Untergetauchten nach der Verfolgung. Die Autorin beleuchtet Nachkriegsprozesse gegen Täter, die Praxis der Wiedergutmachung und nicht zuletzt den Umgang der Stadt München mit diesem Aspekt der Geschichte, den Leistungen und Versäumnissen in der Gedenkpolitik sowie die seltenen Ehrungen der Helfer und Helferinnen.

Susanna Schrafstetter arbeitet mit diesem fundiert recherchiertem Buch einen wichtigen, bisher noch weniger beleuchteten Aspekt auf. Dabei überzeugt vor allem der multiperspektivische Ansatz, mit dem Schrafstetter sämtliche Aspekte des Gegenstandes in den Blick nimmt und untersucht. Die vergleichende Einordnung der Situation in München mit anderen lokalen und regionalen Räumen, insbesondere Berlin aber auch unter anderem Wien, macht die Studie zu einem Vorbild für weitere Untersuchungen.

Wien

Matthias Falter

Coming to Terms with the Past

Steiner, Barbara: Die Inszenierung des Jüdischen. Konversion von Deutschen zum Judentum nach 1945, 351 pp., Wallstein, Göttingen 2015.

The title of Barbara Steiner's excellent book is somewhat misleading. For most non-Jews who anticipated conversion to Judaism, the process was less about the staging of Jewishness than about coming to terms with the past, joining a Jewish family, or establishing a new identity. For most Jews who responded to (prospective) converts, the staging of Jewishness was secondary to questions of power, belonging, and authenticity. In the immediate post-war period, German Gentiles seeking *rite de passage* usually did so on account of their Jewish partners; today, most make this choice on their own accord. "Die Inszenierung des Jüdischen" deftly traces this development from a time when wives of Holocaust survivors wished to become members of the Jewish community to later periods when the motives were more diverse. The book is set to become the definitive volume on the subject for many years to come.

Steiner's central argument, which she borrows from sociologist Monika Wohlrab-Sahr, is as true as it is truistic: conversions, whether to Judaism or any other faith, solve biographical problems. The author is adamant that this view does not imply a "deficient personality structure", all the more since converting to Judaism requires "psychic stability" (p. 13). Indeed, Steiner herself is a convert (pp. 19f.), so that any insinuation regarding psychic dispositions would fall back on her. But the reader may wonder whether such a position is analytically useful: either becoming Jewish in Germany reveals something deeper about the convert, or else the "problem" that is being solved need not be defined theoretically as a "strategy" to deal with personal difficulties. To take an obvious example: a Russian immigrant with a Jewish father and a non-Jewish mother will want to convert if belonging to the Jewish community is only possible through conversion and if this kind of belonging is important to him. To call this "problem solving" is to belabour the point.

"Die Inszenierung des Jüdischen" contains five main sections, two of which are introductory (an historical overview of conversion in Jewish history as well as an outline of the interviewees

who are at the heart of this book), while the remaining three offer a detailed exposition of conversion as, first, *joining a Jewish partner* or *joining a Jewish community as an erstwhile "Vaterjude"*; second, *Vergangenheitsbewältigung*; and third, the quest for *Heimat* or identity. It is above all in these central chapters that we are moved to distinguish between, for want of better terms, "straightforward" conversions (the case of the Russian "Vaterjude" comes to mind) and "tortuous" conversions (abandoning a National Socialist family past by assimilating into the ultra-orthodox neighbourhood of Mea Shearim, for example).

Most post-war Jewish communities welcomed adult "Vaterjuden" in their midst. They also allowed children of Gentile mothers to become community members, as long as the parents demonstrated a willingness to raise their offspring in the Jewish faith. Those who had converted to Christianity in the late 1930s were often "taken on board" again. In some instances, non-Jewish partners were buried alongside their Jewish spouses. Conversions to Judaism were occasionally handled in a rather unorthodox manner, community leaders rather than rabbis deciding on whom to admit in the congregation. These examples of a "pragmatic" approach to the question of affiliation owed much to the situation after the Holocaust: Jewish communities appreciated the fact that many Jewish men had survived because their Gentile wives had refused to disown them; they also knew that leaving the Jewish faith (very much like in the Spanish case hundreds of years earlier) at a time of existential crisis did not necessarily reflect on one's fealty to Judaism. Only from 1957 on, with the establishment of West Germany's *Rabbinerkonferenz*, did a Beth Din (rabbinical court) adjudicate conversions. At the time, most of these involved spouses of Holocaust survivors or women who wished to marry Jewish men.

Steiner examines the psychologically more interesting types in her chapters on *Vergangenheitsbewältigung* and *Heimat*. The former is particularly important as she is one of the first historians to be able to access *Rabbinerkonferenz* documents on the subject and, in so doing, confirm widely held suspicions that an increasing number of prospective converts hoped to make amends morally and historically. In an attempt to dissociate themselves from the National Socialist past, they often uncritically idealized all things Jewish. As Steiner demonstrates, many applications mentioned the Shoah as the primary reason

for seeking *rite de passage*. The Jews were everything these Germans wanted to be, above of all innocent and unblemished victims. The author also discusses more unusual cases, such as former GDR citizens exchanging communism for traditional Judaism in an effort to yet again identify wholeheartedly with a specific cause.

Steiner concludes her work on an interesting note: given that a growing number of rabbis and community officials in Germany are converts, it is inevitable that they, together with the immigrants from the former Soviet Union, are bound heavily to influence Jewish communal life in the country. Even more importantly, because both groups do not share the historical background of the *Alteingesessene*, the role of Zionism, the Holocaust, and the German-Jewish legacy could very well give way to new forms of self-awareness and identification.

Keele

Anthony D. Kauders

„Letzten Zeugen‘ ein Gesicht und eine Stimme geben

Gigliotti, Simone/Tempian, Monica (Hrsg.): The Young Victims of the Nazi Regime. Migration, the Holocaust and Postwar Displacement, 368 S., Bloomsbury, London/New York 2016.

Millionen von Angehörigen der ‚Kriegskinder-generation‘ des Zweiten Weltkrieges, zumeist geboren zwischen 1926/28 und 1945/46, befanden sich während ihres Heranwachsens auf der Flucht, erlebten Bombenangriffe, Evakuierungen, Hunger, Armut, mangelnde Versorgung, Abwesenheit der Väter, Trennungen von Müttern, Geschwistern und den Verlust von weiteren Angehörigen. Seit rund 15 Jahren befassen sich Forscherinnen und Forscher aus unterschiedlichen Fachdisziplinen intensiv mit Kriegs- und Gewalteinwirkungen auf Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit der NS-Herrschaft und dem Zweiten Weltkrieg sowie den sich daraus individuell, gruppenspezifisch, generationell und transgenerational ergebenden Folgen. Als erkenntnisfördernd erweist sich nicht zuletzt der interdisziplinäre Austausch, der mit dazu beigetragen hat, ‚Traumata‘, die sich im Wiedererleben derselben in Träumen oder im Wachzustand und in der Wiederkehr von Ängsten in Situationen, in denen die Erlebnisse – als Gefühl von

Überwältigung, Entsetzen, Hilflosigkeit und Ohnmacht – unmittelbar wieder aufgerufen werden, angemessen psychologisch zu deuten. Vor allem hat sich auch die Unterscheidung von besonderen Erfahrungsgruppen als notwendig erwiesen, von Kinderlandverschickten, Flüchtlings-, Besatzungs- oder Wehrmachtskindern – um nur einige Beispiele zu nennen. Eine größere Zahl von Studien widmet sich nicht zuletzt den etwa 1,5 Millionen jüdischen Kindern und Jugendlichen, deren Verfolgung teilweise bereits Jahre vor Ausbruch des Krieges begonnen hatte. Sie sind dann in großer Zahl dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer gefallen, ihre Familien wurden in den Vernichtungslagern ermordet oder sie haben das Grauen der Lager durch Zufall oder Glück überlebt.

Mehrheitlich jüdischen *child survivors*, aber auch einigen weiteren oben genannten Erfahrungsgruppen widmet sich auch der von den beiden neuseeländischen Forscherinnen Simone Gigliotti und Monica Tempian herausgegebene Sammelband mit dem Titel „The Young Victims of the Nazi Regime“, in dem 16 Beiträge versammelt sind, die sich unter den Stichworten „Migration“, „Holocaust“ und „Postwar displacement“ in drei chronologisch und inhaltlich zusammengefügte Blöcke gliedern. Bei der Lektüre des ersten Teils wird deutlich, dass eine ganze Reihe jüdischer Kinder Deutschland schon bald nach dem Beginn der NS-Herrschaft verlassen hatte. Ihre weiteren, höchst unterschiedlichen Schicksale lassen sich ansatzweise in den USA, Kanada, Brasilien, Australien, Neuseeland und Kenia nachverfolgen. Damit wird der Blick auf die gleichsam globale Geographie kindlicher Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsstaates gerichtet, eine von den Herausgeberinnen einleitend betonte Perspektiverweiterung und Differenzierung des nach wie vor weiten wissenschaftlichen Feldes der ‚Kriegskinderforschung‘.

Es kann nicht auf alle Beiträge in dem hier vorgestellten Band, auf ihre wissenschaftlichen Fragestellungen und Quellengrundlage eingegangen werden; im Folgenden seien lediglich einige wenige stellvertretend ausführlicher erwähnt. So widmet sich im zweiten Teil des Sammelbandes, in dem Ghetto-, Arbeits- und Vernichtungslagererfahrungen Heranwachsender – unter anderem in Krakau, Majdanek und Auschwitz im Mittelpunkt stehen – und in dem auch polnische, sowjetische und weißrussische Minderjährige Berücksichtigung finden, Avinoam J. Patt Angehörigen einer zionistischen Jugendgruppe in Polen,

denen es gelang, nach Israel auszuwandern. Sie entwickelten dort in Erinnerungsdiskursen im Rückblick ‚Lebenserzählungen‘, denen der Autor nachgeht. Patt, der sich über den hier publizierten Beitrag hinaus eingehend mit der Geschichte der jüdischen Jugendbewegung beschäftigt hat, fügt seinem Beitrag zahlreiche Fußnoten mit detaillierten Quellen- und Literaturhinweisen an, in denen maßgebliche deutsche und einschlägige weitere aktuelle europäische Literatur jedoch kaum zitiert wird. Diese Beobachtung gilt nicht nur für die in dem vorgelegten Band thematisierte Auswanderungsgeschichte junger Juden aus Deutschland, sondern etwa auch für den darin besonders akzentuierten Aspekt der transgenerationalen Weitergabe traumatischer beziehungsweise belastender Erfahrungen. Eine breitere Kontextualisierung wäre außerdem auch der Beschäftigung mit Transporten jüdischer Kinder nach England 1938/39 zu wünschen gewesen, ein Thema, das Andrea Hammel in ihrem Aufsatz durchaus überzeugend darlegt, ohne jedoch zum Beispiel das wichtige Buch von Martin Gilbert „The Boys. The Story of 732 Young Concentration Camp Survivors“ (1998) zu nennen.

So enthält der Band insgesamt gesehen eine Fülle interessanter, in dieser Weise noch nicht bearbeiteter Einzelbeispiele, wie auch die erinnerungskulturell zweifellos wichtige Berücksichtigung von literarischen und filmischen Bearbeitungen in Roger Hillmans abschließendem Aufsatz „Europe’s Children Across the Borders of Memory“ zeigt. Eine breitere Auseinandersetzung der Herausgeberinnen mit international bereits vorliegenden Untersuchungen in der Einleitung wäre vielleicht sinnvoll gewesen; so hätte sich der Eindruck vermeiden lassen, es handele sich hier in grundlegender Weise weitgehend um wissenschaftliches Neuland.

Auf jeden Fall jedoch enthält dieser Sammelband vielfältige zusätzliche sorgfältig erarbeitete Detail-Aspekte, die sich in ein Gesamtbild einfügen, das nach wie vor Lücken aufweist. Die Lektüre sei deshalb ausdrücklich empfohlen, denn schon bald werden die ‚letzten Zeugen‘ verstummt sein. Nicht zuletzt bleibt wohl für die kommenden Jahre eine Aufgabe vorrangig: den Schicksalen und lebenslangen Fragen einstiger Kriegskinder eine Stimme und ein Gesicht zu geben und sich dabei stärker noch als bislang interdisziplinär und transnational zu vernetzen.

Paderborn

Barbara Stambolis

Nachlese zu Hitler

Plöckinger, Othmar (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur Geschichte von „Mein Kampf“ 1924–1945, 695 S., Steiner, Stuttgart 2016.

Kaum jemand hat schon so viel zur Erschließung von Quellen zur frühen Biographie von Adolf Hitler beigetragen wie Othmar Plöckinger. Nun lässt er seinen drei Büchern und zahlreichen Aufsätzen eine Art Nachlese folgen. In dem stattlichen Band von knapp 700 Seiten werden von ihm „Quellen und Dokumente zur Geschichte von ‚Mein Kampf‘“ gesammelt, welche der Entstehungsgeschichte und vor allem der Rezeption von „Mein Kampf“ neue Konturen geben sollen. Mit der Veröffentlichung dieser zwar etwas disparaten, aber ein erstaunlich weites Spektrum abdeckenden Quellen will Plöckinger seine These weiter untermauern, dass „‚Mein Kampf‘ intensiver rezipiert wurde, als es nach Kriegsende kolportiert“ (S. 15) worden sei.

Die insgesamt 171, meist publizistischen Dokumente unterschiedlicher Länge werden in dem Band in fünf Abschnitte untergliedert wiedergegeben. Im Abschnitt A werden alle erhaltenen Dokumente zur Entstehungsgeschichte von „Mein Kampf“ publiziert. Diese Zusammenstellung ist für die Hitlerforschung zweifellos sehr nützlich, auch wenn die wichtigsten Stücke schon entweder von Eberhard Jäckel (Fragment der Denkschrift Hitlers vom März 1924, Zeitschriftenaufsatz Hitlers vom April 1924) oder von Plöckinger selbst (Konzeptblätter zu „Mein Kampf“ vom Juni 1924) veröffentlicht worden sind. Ganz unbekannt waren bisher nur ein Brief von Rudolf Heß, der im Staatlichen Militärarchiv in Moskau gelandet ist, sowie einige nicht besonders aufschlussreiche Erinnerungen von Mitgefangenen und Gefängniswärtern Hitlers in Landsberg. Es ist schön, dass man dies nun alles zusammen hat – in editorischer Hinsicht ist dieser Befund allerdings nicht sensationell.

Eine editorische Tat ist dagegen das in Abschnitt B erstmals publizierte Honorarbuch des Eher-Verlags für „Mein Kampf“ von 1925–1933, das im Bundesarchiv jahrzehntelang unauffindbar war. Sven Felix Kellerhoff hat daraus schon den verlegerischen Misserfolg von Hitlers Kampfschrift bis 1933 herleiten können, die peniblen Abrechnungen bieten jedoch die Grundlage für weitere Forschungen.

Im Abschnitt C hat Plöckinger mehr als 50 Rezensionen zusammengetragen, die erkennen lassen, dass das Buch keineswegs, wie häufig behauptet wird, über die NSDAP hinaus kein großes Interesse gefunden hat. Das Buch wurde tatsächlich bis in kleine Provinzzeitungen hinein rezensiert. Plöckingers intensive Quellensuche hat sich hier ausgezahlt. An dem von ihm gesammelten Korpus an Rezensionen wird man künftig nicht mehr vorbeigehen können. Es überrascht nicht, dass sich völkische Zeitungen durchweg negativ aussprachen. Auffällig ist jedoch, dass es in katholischen Organen offensichtlich kaum Rezensionen gab; erstaunlicherweise, was man kaum glauben möchte, auch nicht in kommunistischen oder sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften.

Im Abschnitt D bringt der Herausgeber über 40 Dokumente unter, die nur teilweise „Mein Kampf“ betreffen, aber „einen Querschnitt durch die umfangreiche Literatur über Hitler und den Nationalsozialismus vor 1933“ (S. 17) geben. Hier finden sich einige wirkliche Trouvaillen, die Plöckinger der Verborgenheit entrissen hat. Als Dokument 103 wird etwa ein unbekannter Text von Theodor Heuss über die NSDAP abgedruckt, der 1930 seinem wichtigen Buch über Hitler von 1932 vorausging (S. 343–350). Ebenso interessant ist ein Text von Karl August Wittfogel, der 1932 in einer zum kommunistischen Münzenberg-Konzern gehörenden Zeitschrift erschienen ist (Dok. 128, S. 533–542). Besonders hinzuweisen ist auch auf den Auszug aus einer im Bundesarchiv Berlin erhaltenen Denkschrift des Preußischen Innenministeriums über die NSDAP vom März 1932, die zeigt, wie ernst Hitler zu diesem Zeitpunkt – entgegen der landläufigen Meinung seiner Unterschätzung – in der preußischen Verwaltung genommen wurde (Dok. 119, S. 492–496).

Im Abschnitt E hat Plöckinger schließlich Dokumente zur Wirkungsgeschichte von „Mein Kampf“ während des ‚Dritten Reiches‘ gesammelt. Auch wenn das verständlicherweise etwas fragmentarisch bleibt, finden sich hier nochmals einige interessante Dokumente. So sticht ein Brief von Ernst von Weizsäcker vom 30. März 1933 hervor, in dem er betont, dass Hitler „kein Reaktionsär“ sei und man deshalb die „neue Ära“ unterstützen könne (Dok. 132, S. 555). Wichtig ist auch ein Brief des damaligen Leipziger Oberbürgermeisters Carl Goerdeler vom 25. Juli 1936, in dem er es auf geschickte Weise ablehnt, einem Erlass des Innenministeriums zu folgen und „Mein

Kampf“ automatisch an Neuvermählte zu überreichen (Dok. 147, S. 617).

Trotz der angedeuteten Redundanzen kommen der Edition insgesamt große Verdienste zu. Wenn künftig über die historische Bedeutung von „Mein Kampf“ diskutiert wird, wird sie zweifellos als wissenschaftliche Referenz dienen. Man darf gespannt sein, ob der Herausgeber seine so erfolgreiche Spurensuche eventuell fortsetzen und mit weiteren editorischen Überraschungen aufwarten wird.

Köln

Wolfgang Schieder

Kultur im NS – in neuer Perspektive

Föllmer, Moritz: „Ein Leben wie im Traum“. Kultur im Dritten Reich, 288 S., Beck, München 2016.

Wie wird das Verschwinden der Zeitgenossen die Erinnerung der Deutschen an den Nationalsozialismus beeinflussen? Wird sie dünner und löcheriger werden, oder eröffnen sich auch Möglichkeiten? Könnten vielleicht Darstellungen, in deren Zentrum ‚Menschen wie du und ich‘ ein relativ ‚normales‘, mit heutigen Gefühlen und Wünschen nachvollziehbares Leben führten, eine Gesellschaft von Ausgrenzung, Brutalität und Massenmord auf eine Weise nahe bringen, die dem Vergessen entgegenwirkt?

Moritz Föllmers Darstellung der „Kultur im Dritten Reich“ versucht das. Sie ist Teil einer von Norbert Frei herausgegebenen Reihe zur „Erfahrungsgeschichte“ des NS mit dem Anspruch, „die Lebensrealität unter dem Hakenkreuz begreiflich“ zu machen (so der Klappentext). Kultur wird von Föllmer sehr breit verstanden; neben ‚Hoch‘- und ‚Unterhaltungskultur‘ und der darauf gerichteten Politik nimmt er auch Freizeit und Reisen, Medien und Propaganda, Resistenz in den Lagern, Kunstraub, die Erfahrungen der intellektuellen Emigration und viele weitere Aspekte in den Blick. Zentral erscheint immer wieder die (vor allem in bürgerlichen Schichten und nationalistischen Milieus starke) Überzeugung von Größe und Überlegenheit deutscher Kultur; sie wird als wesentliches Moment von Unterstützung und Hinnahme der NS-Herrschaft wie als Legitimation aggressiven Herrenmenschentums herausgearbeitet.

Die Breite der angesprochenen Themen und politischen Aspekte von Kultur macht den Band nicht allein zu einem (bisher fehlenden) Kompendium; sie wirkt innovativ durch die analytische Intensität, mit der Kultur als dynamisches Element von Zustimmung und Beteiligung der meisten ‚Volksgenoss_innen‘ herausgearbeitet wird. Föllmer erzählt das weniger als Ereignis- denn als Wahrnehmungs- und Bewusstseinsgeschichte; und so steht im Zentrum letztlich die Frage, wie und wieso der „nationalsozialistische Umbruch [...] [v]on weiten Teilen der deutschen Bevölkerung [...] als grundstürzende Entscheidung begrüßt und auch mitgestaltet“ (S. 58) wurde, inwiefern man die NS-Gesellschaft „weithin als moralisch akzeptabel und auf harmonische Weise modern“ (S. 84) empfand und wie sich das Verhältnis bis 1945 fortentwickelte.

Eine Grundlage des Arrangements, dessen Generalbass Gewaltandrohung und das Gefühl bildeten, an heikle Themen besser nicht zu rühren, war laut Föllmer die Tatsache, dass die attraktive „kulturelle Synthese“ des NS (S. 61) keine besondere ‚nationalsozialistische Kultur‘ darstellte, sondern als flexible, immer wieder ausgehandelte Mischung „völkische, bürgerliche und populäre Strömungen“ (S. 63) verband. Während die Repräsentativkunst „überwiegend dem bürgerlichen Kanon des 19. Jahrhunderts“ entstammte und „eher konservativ als radikal“ war (S. 9), erreichte der „Primat der Unterhaltung“ (S. 85) den Großteil der Bevölkerung. Dem entsprach eine programmatische uneindeutige Politik. Relativ wenige offene Zensureingriffe genügten, um mit Willkürentscheidungen den Kreativen Ungewissheit, Anpassung und Selbstzensur naheulegen; zugleich zeigte das System eine Flexibilität, die viele ein gutes Auskommen und Karrieren erhoffen (nicht selten auch erreichen) ließ. Im Ergebnis konnten die nicht dissidenten Deutschen „sich in einer Gesellschaft wähen, die weitgehend freie Wahlmöglichkeiten aus einem breiten kulturellen Angebot bereithielt“ (S. 86).

Der Band ist chronologisch aufgebaut. Föllmer verfolgt die Wandlungen der kulturelle Synthese des NS: von der Weimarer Republik über die spezifischen Unentschiedenheiten der Zeit bis circa 1936/37, die wachsende Tendenz zu rassistisch-völkischer Reinheit und imperialem Anspruch, die Bedeutsamkeit bunter Unterhaltung in den ersten Kriegsjahren bis zum Bröckeln der Synthese unter Bomben und Einschränkungen und deren Auflösung in einer „Kultur der Zerstörung“ (S. 215, *passim*), die die Feier von Opfer

und Untergang mit fatalistischem Kunstgenuss verband. Zunehmend tritt die Perspektive der Alliierten und der emigrierten Antifaschist_innen nach vorne, die sich fragten, ob Verbrechen und Gewalt des NS sowie seine Verteidigung durch die Bevölkerung in spezifischen Traditionen der ‚deutschen Kultur‘ gründeten, die deshalb durch Umerziehung gebrochen werden müssten.

Föllmers Darstellung schließt wichtige transnationale Bezüge und Aktivitäten der zunehmend ghettoisierten jüdischen Deutschen, von Dissidenten und Antifaschisten ein; sie liefert eine ausgesprochen eindrucksvolle Syntheseleistung auf leserfreundlich begrenztem Raum. Selbstverständlich bleiben Fragen zur Akzentsetzung nicht aus. Während die Bedeutung bürgerlicher Kulturvorstellungen und -praktiken für die Selbsteingliederung in den NS sehr dicht entwickelt wird, bleiben entsprechende Überlegungen zu den Arbeitermilieus blasser als der Forschungsstand (Alf Lüdtkes Studien seien hier stellvertretend erwähnt) es nötig macht. Und beim Lesen der eindrucksvollen persönlichen Quellen aus weiblicher Feder kommt die Frage auf, ob ein erfahrungsgeschichtlicher Blick nicht der Geschlechterdifferenzierung etwas mehr Aufmerksamkeit widmen sollte. Schließlich mag der Rezensent nicht verhehlen, dass ihn das ‚Motto‘ des Bandes nicht überzeugt hat. Das Goebbels-Zitat „Ein Leben wie im Traum“ will selbst für die ‚guten Jahre‘ nicht recht zur dargestellten Alltagsrealität der vom NS inkludierten Deutschen passen.

Das Motto wie das farbige (!) Foto einer Alltagssituation auf dem Umschlag gehören zur Ausrichtung der Reihe auf ein nichtprofessionelles Publikum. Die ist – für eine Darstellung von derartiger Spannweite – sehr gut gelungen. Fotos und deren alltagsbezogene Interpretation führen in die Kapitel ein; systematisch werden eindrucksvolles und klug interpretiertes *oral history*-Material sowie symptomatische Episoden aus dem Handeln ‚Prominenter‘ verwendet. Sprache und Argumentation setzen wenig historisches Wissen voraus und beziehen sich doch präzise auf verbreitete Bilder und Deutungen des ‚Dritten Reiches‘ (um sie zu erweitern und zu korrigieren). Aus breiter Kenntnis vorliegender Studien gearbeitet, verzichtet Föllmers historisches Sachbuch auf Forschungsgeschichte und -kontroversen. Literatur wird nur zum Nachweis von Quellen und Daten eingesetzt; neben einem Personenregister gibt es eine hilfreiche, knappe Auswahlbibliographie.

Die Charakterisierung als Sachbuch meint nicht, Fachhistoriker_innen könnten nicht

profitieren. Im Gegenteil: Moritz Föllmers immer wieder überraschende Darlegung politischer Aspekte von Kultur im ‚Dritten Reich‘ und sein Akzent auf der Instrumentalisierung deutscher Kultur-Überheblichkeit liefern Anregungen, die von der Forschung weiter zu bearbeiten sind. Insgesamt: ein ebenso notwendiges wie gut geschriebenes Buch, das der Erinnerung an den Nationalsozialismus wichtige Impulse gibt – ein großer Wurf!

Tübingen

Kaspar Maase

Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg

Bell, Falko: Britische Feindaufklärung im Zweiten Weltkrieg. Stellenwert und Wirkung der „Human Intelligence“ in der britischen Kriegführung 1939–1945, 410 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2016.

Die 2014 an den Universitäten Glasgow und Mainz angenommene und nun vorliegende Dissertationsschrift von Falko Bell über den Stellenwert von *human intelligence* (HUMINT) innerhalb der britischen Kriegsanstrengungen während des Zweiten Weltkrieges könnte man, verknüpft auf die Frage bringen: Wie wurden welche Informationen von wem, warum und wie gesammelt, aufbereitet, verteilt und entsprechend genutzt? Bells Arbeit, an der Schnittstelle zwischen Militär- und Institutionengeschichte, fragt mit Blick auf einen nicht unerheblichen Teil des geheimdienstlichen Apparates Großbritanniens nach dessen Organisation, den Vorgängen der Informationsaneignung und die Verwendung derselben in der Kriegführung. Speziell die *human intelligence*, also von und durch Menschen gewonnene geheimdienstlich relevante Informationen, wird einerseits als Gegenstand, andererseits als spezifische Quellengattung verstanden. Die Quellenbasis bildet das zum überwiegenden Teil im Britischen Nationalarchiv in Kew (UK) lagernde Material der verschiedenen Organe und Apparate, gewonnen aus Kriegsflüchtlingsbefragungen, Protokollen belauschter Gespräche von Kriegsgefangenen (die sogenannten „Abhörprotokolle“) sowie Berichte von Spionen, Agenten und Attachés.

Nach einer knappen Einleitung legt Bell in einem Methodenkapitel ein Modell zum Verständnis geheimdienstlicher Informationsverarbeitung dar, welches seine Analyse bestimmt. Statt von

linearen Prozessen auszugehen, berücksichtigt er die unterschiedlichen Ebenen und Akteure der *intelligence community* und ihre diversen Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten auf die Entstehung des *intelligence*-Produkts. Das dritte Kapitel liefert vor allem strukturgeschichtliche Informationen, die das Dickicht verschiedener Geheimdienste mit ihren militärischen, zivilen und politischen Protagonisten entflechten und ihre unterschiedlichen Arbeitsweisen zur Informationsgewinnung sichtbar werden lassen.

Der Hauptteil des Buches gliedert sich in Fallbeispiele, die Geheimdienstarbeit auf drei Ebenen und mit unterschiedlichen Zeitverläufen beleuchten sollen. Anhand der Luftschlacht von England (taktische Ebene), der Bekämpfung der sogenannten „Vergeltungs-Waffen“ (operative Ebene) sowie der Auslotung der deutschen Kriegsmoral (strategisch-politische Ebene) analysiert Bell das Zusammenspiel der verschiedenen Stellen und die Genese politisch-militärischen handlungsrelevanten Wissens. Im ersten Fall oblag der HUMINT die Aufgabe die Fähigkeiten und Ausrüstung der deutschen Luftwaffe zu erfassen, um der akuten Bedrohung aus der Luft zu begegnen. Bell zeichnet sehr kleinteilig nach, welche zum Teil minimalen Veränderungen beispielsweise an deutscher Flugzeugtechnik und Angriffstaktik durch das Ineinandergreifen verschiedener Organe in nutzbares Wissen auf britischer Seite transformiert wurden. Allerdings schreibt der Autor keine reine Erfolgsgeschichte, sondern zeigt am Beispiel Coventry auch auf, welche Entscheidungen eine Prävention des Angriffs verhindert haben. Anders verhielt es sich mit den deutschen Fernwaffen. Noch bevor diese überhaupt zum Einsatz kamen, galt es zunächst diese als Bedrohung überhaupt zu erkennen und zu entscheiden, welche geheimdienstlichen Verfahren Information zu liefern im Stande waren. Die sukzessive Verdichtung von Wissen um die V-Waffen verhinderte zwar deren Einsatz von deutscher Seite nicht; dieser konnte aber durch gezieltes Bombardement der Produktionsstätten und ihrer Abschussbasen sowie Möglichkeiten des Abfangens (V1-Flugbombe) eingegrenzt werden. HUMINT trug dazu essenziell bei. Das dritte Fallbeispiel ist vielleicht das interessanteste: die britischen Bemühungen um die Erfassung der Moral der deutschen Zivilbevölkerung zur Abschätzung ihres Durchhaltenswillens. Diese langfristige wie auch langwierige Aufgabe ließ sozialwissenschaftliche definitorische Begriffsbestimmungen und -verschiebungen nötig werden

(„Moral“ vs. „Haltung“) und die Analysten nutzten diverse historische interpretatorische Bezüge wie das Erlebnis über das Kriegsende von 1918 zur Abschätzung der Wahrscheinlichkeit einer vorzeitigen deutschen Kapitulation. Bell gelingt das Nachzeichnen von Paradigmen quasi-soziologischer Analysen, der verschiedenen Einflussfaktoren zur Generierung eines deutschen Meinungsbildes und das Einwirken unterschiedlicher Stellen und Hierarchien innerhalb des Apparates. Obwohl die Geheimdienste im Laufe des Krieges sehr wohl zwischen der deutschen Kriegsmüdigkeit und dem Durchhaltewillen der Zivilbevölkerung zu unterscheiden wussten, begriff man erst nach den Flächenbombardements auf deutsche Städte, dass sie nicht im Stande waren, eine Wende herbeizuführen.

Die Arbeit hinterlässt einen soliden Eindruck, ist nüchtern, bisweilen etwas technisch geschrieben, dabei aber sehr gut strukturiert. Trotz großer Detailfülle geizt der Autor zwar mit Zusatzinformation zu bestimmten Personen oder Vorgängen, was dem Lesefluss aber keinen Abbruch tut. Die im Wortsinne dichte Beschreibung der Informationsgewinnung und Wissenserzeugung bietet einen mehr als nur informativen Einblick in die Sachverhalte von Luftkrieg, V-Waffen und Kriegsmoral, die inhaltlich nur bedingt Neuland betreten. Falko Bell zeichnet allerdings mit seinen Fällen den enormen Aufwand der Briten zur Informationsgewinnung nach, wirft ein Licht auf Entscheidungsprozesse und erhellt dadurch die Komplexität des geheimdienstlichen Vorgehens im Zweiten Weltkrieg. Letztlich steht dabei weniger der Erfolg beziehungsweise Misserfolg geheimdienstlicher Wissensproduktion und Prognostik auf dem Prüfstand, sondern das Freilegen von genutzten Möglichkeiten und Grenzen damaliger *intelligence*-Arbeit im Rahmen der britischen Kriegsführung. HUMINT bediente sich, teilweise in rechtlichen Grauzonen, einer Vielzahl an Techniken der Informationsgewinnung und leistete dadurch einen nicht unerheblichen Beitrag zum Kriegsgeschehen.

Paris

Byron Schirbock

Zum Katyń-Komplex

Weber, Claudia: Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyń, 471 S., Hamburger Edition, Hamburg 2015.

Im April 1940 erschoss der NKWD über 20.000 polnische Offiziere und Generäle an verschiedenen Orten im Westen der Sowjetunion. Katyń ist der bekannteste unter ihnen und heute zentraler Erinnerungsort für stalinistische Verbrechen am polnischen Volk.

„Keine historische Symbolanalyse“ will Claudia Weber in ihrer Katyń-Monographie betreiben, sondern sich auf „historische Entwicklungen und Ereignisse“ konzentrieren (S. 14) (zu Katyń als polnischer Erinnerungsort siehe Cordula Kalmbach „Das Massaker erinnern: Katyń als lieu de mémoire der polnischen Erinnerungskultur“, 2015). Weber tut aber mehr als dies: Auf Grundlage der mittlerweile nahezu unüberschaubaren Katyń-Literatur rekonstruiert sie akribisch die Fakten. Dann zeichnet sie nach, wie seit dem Geschehen mit diesen Fakten umgegangen wurde, und liefert damit ein Lehrstück zu Techniken des *historical engineering* während des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges. Das Ergebnis ist eine ebenso lesbare wie differenzierte Darstellung des Katyń-Komplexes.

In der Beschreibung der Ereignisse von 1940 belegt die Autorin, dass man in einem so intensiv bestellten Feld auch notfalls mit Übersetzungen von Büchern und Quellen arbeiten kann. Obwohl sie relativ wenig polnischsprachige Literatur berücksichtigt, beschreibt sie einen Lageralltag vor den Massenmorden, in dem die polnischen Kriegsgefangenen als Akteure auftreten, die – kurzfristig sogar erfolgreich – ihre Behandlung nach internationalen Konventionen einfordern und damit eine Lagerleitung überraschen, die aus dem sowjetischen Gulag-System anderes gewohnt ist. Der Bevölkerungsaustausch zwischen der Sowjetunion und dem ‚Dritten Reich‘, eine direkte Folge des Hitler-Stalin-Paktes, wird ebenso kenntnisreich beschrieben wie die in der Rückschau befremdlich wirkenden Treffen und Absprachen zwischen NKWD und Gestapo im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete. In der Verfolgung von „Klassen-“ beziehungsweise „Rassenfeinden“ waren beide Systeme einander damals so ähnlich, dass der NKWD seine in Orël und Katyń angewandte Hinrichtungsmethode per Genickschuss später als scheinbaren Beleg dafür anführte, die Morde seien von der Gestapo durchgeführt worden. Tausende polnische Offiziere und Generäle hätten vermutlich überlebt, wenn die deutsche Seite deren Übernahme nicht abgelehnt hätte: „Liquidiert sie selbst“, so folgert Weber, „war der Subtext“ (S. 23). Die sowjetische Entschlussfassung zur Ermordung datiert sie

überzeugend und im Einklang mit der russischen Katyń-Expertin Natalja Lebedewa auf die ersten Märztag 1940.

Die kurzlebige deutsch-russische Waffenbrüderschaft macht aus Katyń in der Folge ein Vexierspiel mit globalen Dimensionen. Die polnische Exilregierung in London erfährt durch den polnischen Untergrund Ende 1940 von den Massengräbern, hält aber still, um die Anti-Hitler-Koalition nicht zu gefährden. Weber rekonstruiert klug den Informationsweg der Nachricht zu den Deutschen, die dann Untersuchungen an den nunmehr in ihrem Besatzungsgebiet gelegenen Tatorten durchführen, um einen Keil in die Alliierte Front zu treiben und angesichts des wachsenden Widerstandes Boden bei der polnischen Zivilbevölkerung im Generalgouvernement zu gewinnen. Nachdem die Deutschen die Existenz der „Polengräber“ publik machen, setzt ein Wettstreit mit Russland um die Deutungshoheit ein. Beide Seiten schicken Untersuchungskommissionen zu den Fundorten, die ab 1943 wieder in sowjetischem Hoheitsgebiet liegen, und laden internationale Experten und Besuchergruppen ein, um ihre jeweilige Version der Ereignisse zu verbreiten. Polen wird in der Folge durch ein Ultimatum Stalins in der Anti-Hitler-Koalition isoliert, die durch die deutschen Veröffentlichungen in ihre erste ernste Krise gerät.

Der Fall Katyń vor dem Nürnberger Militärtribunal steht dann aber nicht, wie oftmals postuliert, für einen Kotau der westlichen Alliierten vor dem sowjetischen Verbündeten. Einblicke in die Arbeitsweise und Vernetzung alliierter Juristen aus West und Ost bilden einen der Höhepunkte des Buches. Dass der Fall Katyń den sowjetischen Anklägern als Bumerang um die Ohren flog, war letztendlich ein Ergebnis der Hartnäckigkeit der angelsächsischen Seite (hier geraten der Autorin bisweilen Chefankläger und deren Vertreter durcheinander), der die Gepflogenheiten sowjetischer Schauprozesse noch kulturell fremd war. In der McCarthy-Ära, in der Nordkoreanische Kriegsverbrechen die Einberufung einer Katyń-Kommission begünstigten, sah das dann, wie Weber gut belegen kann, ganz anders aus.

Der Titel „Krieg der Täter“ wirkt vielleicht etwas irreführend, denn nach 1945, also in der zweiten Hälfte des Buches, sind die Deutschen nicht mehr *global player* im Katyń-Poker, sehr wohl aber Amerikaner und Exil-Polen, die man hier ja wohl kaum unter dem Rubrum

„Täter“ verortet sehen möchte. Vielmehr besteht die große Leistung von Claudia Weber darin, den Schwarz-Weiß-Malereien von Krieg und Nachkrieg ein differenziertes Tableau der unterschiedlichen Involviertheit vor allem von Russen, Deutschen, Amerikanern und Polen in den Katyń-Komplex entgegenzustellen. Dabei hat sie spannend und quellengesättigt ihr Hauptaugenmerk auf die mittlere Handlungsebene – Lagerleitung in Westrussland, Anklagevertreter in Nürnberg, Katyń-Aktivistinnen in den USA – gerichtet. Tagebücher und Korrespondenzen beleuchten eine Dynamik jenseits dessen, was über die Positionen Stalins und Goebbels' schon hinlänglich bekannt ist. Das macht das Buch auch für Kenner zu einem wichtigen Beitrag zur Geschichte Katyńs, deren Paradoxien deutlich zutage treten: ‚Drittes Reich‘ und Sowjetunion werden zu Verbündeten und ermöglichen so erst die Massaker, besetzte Polen und deutsche Besatzer arbeiten einander zu, um sie an den Tag zu bringen, nationalsozialistische Vernichtungskrieger werden zu Anklägern, um von eigenen Verbrechen abzulenken, Russen und Amerikaner geben vor, gemeinsam ein Verbrechen aufzuklären, von dem sie bereits wissen oder ahnen, wer es in Wirklichkeit begangen hat.

Jena

Jochen Boehler

Detlev Peukert und die dunkle Seite der Moderne

Hachtmann, Rüdiger/Reichardt, Sven (Hrsg.): Detlev Peukert und die NS-Forschung, 223 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Es gibt Historiker, deren Einfluss auf ihr Fach unmittelbar durch ihr Werk erfolgt, durch eine zum Klassiker gewordene Studie etwa oder durch jahrelange Bearbeitung eines Spezialthemas. Es gibt aber auch solche, deren Einfluss mittelbarer und verschlungener, bisweilen aber umso nachhaltiger sich auswirkt. Detlev Peukert hat sicher bekannte und wichtige Studien verfasst, doch seine Bedeutung ist weniger an diese einzelnen Bücher als an das vielfältige Gesamtwerk und vor allem an seine besondere Rolle in einer Umbruchphase der Geschichtswissenschaft geknüpft. Eben dieser Rolle widmet sich das jetzt von Rüdiger Hachtmann und Sven Reichardt unter dem Titel „Detlev Peukert und die NS-Forschung“

herausgegebene Heft 31 der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“.

Sein Titelbild zeigt neben einem Porträtfoto Peukerts auch noch ein Gruppenfoto aus dem Jahr 1982: Zu sehen sind, neben Peukert, Alexander von Plato, Siegfried Gehrmann, Dirk Blasius, Gerhard Weidenfeller, Rainer Walz, Justus Cobet, Ulrich Herbert, Alexander Schölch und Reinhold Kaiser. Im Bild abwesend, aber gut vorstellbar, gehört sicher noch Lutz Niethammer in diese Gruppe. Unabhängig von der heutigen Prominenz dieser Namen, führt das Foto den Betrachter zunächst zurück in die wilden 1980er Jahre: Frisuren, Bärte, T-Shirts, Jacken und Körperhaltung bezeugen die Ablehnung akademischer Etikette und Konformität – und zugleich den Willen, mitzumischen, den engagierten ‚Marsch durch die Institutionen‘.

Dem entsprach nicht zuletzt Peukerts eigener Weg: Von der Dissertation, die er als DKP-Mitglied über die KPD im Widerstand bei Hans Mommsen schrieb, über die (jetzt als SPD-Mitglied) bei Niethammer entstandene Habilitation zur deutschen Jugendfürsorge und die Suhrkamp-Gesamtdarstellung der Weimarer Republik bis zur Neuinterpretation Max Webers, um nur einige Marksteine seiner wissenschaftlichen Karriere zu nennen. Von radikal-linken Positionen ausgehend arbeitete er sich an der linksliberalen Sozialgeschichte seiner Lehrer ab, um sie mithilfe anderer Perspektiven, des Alltags und der Kultur, zu erneuern. Was ihn in seiner Generation heraushob, war sein ausgesprochenes Theorieinteresse. Wo andere die Kultur- und Alltagsgeschichte nur als eine Vervollständigung der Gesellschaftsgeschichte verstanden, zeigten sich für Peukert Zusammenhänge, die ihn von der linksliberalen Konsensformel, dass Moderne immer Fortschritt bedeute, abrücken ließen.

Dieses Plädoyer für eine „Entkopplung von Moderne und Fortschritt“ ist dann auch im Band von Hachtmann und Reichardt der meistzitierte Satz seines Protagonisten. In direktester und zugleich kritischster Form setzen sich vor allem Michael Wildt, Thomas Etzemüller und Frank Bajohr mit Peukerts Konzept einer rückschrittlichen, dunklen, irrationalen, barbarischen und selbstzerstörerischen Seite der Moderne auseinander. Und obgleich sie sich dem Problem auf drei sehr unterschiedliche Weisen nähern, kommen sie zu einem ähnlichen Ergebnis: So viel Ehre Peukert gebührt, in der Geschichtswissenschaft als einer der ersten auf diese ‚andere‘ Seite der Moderne hingewiesen zu haben, so wenig war er in der

Lage oder willens, sie auch mal nicht vom Nationalsozialismus her und als etwas anderes als eine pathologische Abweichung zu denken. Aus der Entkopplung von Moderne und Fortschritt ergab sich für Peukert fast automatisch die Verknüpfung von Moderne und Rückschritt als Zauberformel zur Entschlüsselung des Nationalsozialismus. Seine Kritik am Modernisierungsparadigma ebenso wie seine Kritik am bis dahin einseitig gelesenen Weber blieben selbst modernisierungstheoretisch und weberianisch. Peukert hielt an den Kategorien von Fortschritt und Rückschritt sowie am Bild vom Januskopf der Moderne fest, statt ihre damit markierte Ambivalenz und Dialektik theoretisch zu durchdenken und historiographisch zu entfalten. Das taten wenig später andere: Zygmunt Baumann etwa oder auch, auf je eigene Weise, Wildt, Bajohr und Etzemüller.

Auch die Beiträge von Nikolaus Wachsmann zum Widerstandsthema und Anthony McElligott zur Jugend in Weimar zeigen, an welchen Stellen die Forschung inzwischen über Peukert hinaus und wie viel Dank sie ihm zugleich schuldig ist. McElligott etwa macht deutlich, auf welche Weise Peukerts bekannte These von der ‚Krise der klassischen Moderne‘ vor einer Teleologie warnt, der sie selber noch verpflichtet bleibt. Den betonten Chancen der Weimarer Demokratie stellte Peukert am Ende die Kosten ihrer tragischen Entwicklung schlicht entgegen, statt ihren Zusammenhang in den Blick zu nehmen. Dazu passt, wie Wachsmann zeigt, dass Peukert sich stets auf die deutsche Erfahrung von Demokratie und Diktatur konzentrierte, während er die jüdischen oder osteuropäischen Gewalterfahrungen kaum zum Thema machte.

Elizabeth Harvey, Ulrike Jureit und Ulrich Hebert gehen etwas anders vor. Ihre Beiträge bilanzieren Peukerts Werk nicht, sondern werfen die Frage auf, wie sich mit ihm weiterarbeiten und weiterdenken lässt. Herbert setzt sich dabei kritisch mit den Konzepten Gemeinschaft, Gesellschaft, Fremde und Rassismus bei Peukert auseinander, um in einem kurzen, aber präzisen Abriss das Grundproblem des Verhältnisses zwischen imaginierter oder realer sozialer Einheit und imaginierter oder realer sozialer Zerrissenheit im Deutschland der 1930er Jahre zu skizzieren. Auch Harvey verweist mit Blick auf Peukerts Studien zur Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus auf heute noch offene Problemhorizonte, wie etwa das prekäre Verhältnis zwischen der ideologischen und der realen Funktion familiärer Häuslichkeit im totalen Krieg. Ulrike Jureit

schließlich überprüft Nutzen und Nachteil der Generationengeschichte anhand des Peukert'schen Vorschlags, die ‚Krise der klassischen Moderne‘ in einem Vier-Generationen-Modell zu fassen. Aus der Kritik an diesem Modell, das Peukert als übergreifendes Analyse-Schema entwarf, entwickelt Jureit Kriterien und Perspektiven eines alternativen, stärker erfahrungsgeschichtlichen Generationenbegriffes.

Eingeleitet wird der Band von den Herausgebern mit einem längeren Essay zur „historiographischen Einordnung“ Peukerts, der vor allem aber den Stand der Zeitgeschichte in den 1980er Jahren skizziert. Hier wie im Rest des Bandes wird erkennbar, dass Peukert und sein Werk zwar gewürdigt werden sollen, es aber nicht darum geht, ihn zum Klassiker zu erheben. Und obgleich sich mancher Leser vielleicht mehr biographische Informationen zum Protagonisten gewünscht hätte, entspricht der hier vorgelegte Rückblick der Rolle, die Peukerts schon zu Lebzeiten in der Zunft einnahm: Weniger in der Übernahme oder Anwendung seiner Thesen als im Medium der kritischen Auseinandersetzung mit ihnen prägten sie das Feld der Zeitgeschichte – und das durchaus bis heute. In diesem Sinne lehrt der Band nicht zuletzt, dass Peukert ganz sicher noch zu einigen grundlegenden und vielleicht auch ganz neuen Einsichten in die Probleme der Zeitgeschichte und der Moderne gelangt wäre, hätte der Virus ihm mehr Lebenszeit gelassen.

Koblenz

Christian Geulen

Geschichte der Eigentümerfamilie

Kißener, Michael: Boehringer Ingelheim im Nationalsozialismus. Studien zur Geschichte eines mittelständischen chemisch-pharmazeutischen Unternehmens, 291 S., Steiner, Stuttgart 2015.

Seine Monographie über das mittelständische Familienunternehmen Boehringer Ingelheim sieht der Autor Michael Kißener, wie er in der Einführung schreibt, „in wesentlichen Teilen auch als landesgeschichtliche Arbeit“ (S. 13). Nicht zuletzt aufgrund der Konflikte zwischen Wirtschafts- und Zeithistorikern über das Schreiben von Unternehmensgeschichte im ‚Dritten Reich‘ wählt er diese Perspektive (ebd.). In der Einführung legt er auch die Ziele seiner Arbeit in sechs Fragenkomplexen

dar, die er „in Form von fünf Einzelstudien und einem Exkurs“ (S. 16ff.) abarbeiten möchte.

Die erste Einzelstudie behandelt die Vorgeschichte der zu behandelnden Thematik, also die Gründung von Boehringer Ingelheim im Kaiserreich, die Entwicklungen im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik. Er betont für diese Zeit eine besonders nationale Einstellung der Familie Boehringer, die jedoch nicht nationalsozialistisch gewesen sei.

Um das Werk und die Eigentümerfamilie während der NS-Zeit geht es in der folgenden Einzelstudie. Auch hier betont der Autor eine dem Nationalsozialismus gegenüber zurückhaltende Einstellung: Widerstandskämpfer seien die Boehringer nicht gewesen, aber überzeugte Nationalsozialisten auch nicht. So hätten sie den Antisemitismus des NS-Regimes nicht geteilt, und man habe sich kaum an „Arisierungsmaßnahmen“ beteiligt, nur den Kauf einer Immobilie sieht Kißener kritisch. Zu einer starken Nazifizierung des Werks sei es jedenfalls damals nicht gekommen.

Die dritte Einzelstudie ist der Produktion des Unternehmens während des Nationalsozialismus gewidmet. Allerdings erfährt man insgesamt recht wenig über die Produktion und Forschung bei Boehringer Ingelheim. So hätte man gerne mehr über die Kooperation in der Forschung mit renommierten Forschern wie Heinrich Wieland erfahren. Auch über die Produktion von Opiaten und anderen Pharmazeutika hätte man ausführlicher berichten können. Und von der Rezeption wichtiger wirtschaftshistorischer Arbeiten [wie Jonas Scherner und Jochen Streb „Das Ende eines Mythos? Albert Speer und das so genannte Rüstungswunder“, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 93 (2006), S. 172–196, oder Adam Tooze „Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus“, 2007] hätte Kißener sicherlich profitiert, nicht zuletzt wegen seines Festhaltens am Speer-Mythos um die Kriegsproduktion (vgl. S. 108, 117).

Eine vierte Einzelstudie widmet Kißener der Zwangsarbeit im Werk. Kißener unterscheidet dabei drei Phasen des Verhaltens gegenüber den vergleichsweise wenigen „Fremdarbeitern“, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Für eine erste Phase bis 1941 könne man laut dem Autor von einer relativ anständigen Behandlung sprechen, ab 1942 sei es problematischer für die Betroffenen geworden, und von 1943 an waren auch in diesem Unternehmen die Ernährung unzureichend und die Unterkünfte überbelegt.

Immerhin konnten offensichtlich erkrankte Zwangsarbeiter von der Produktion der Pharmazeutika profitieren – wenn sie nicht bei schwerer Erkrankung aufgrund einer Weisung von Gauleiter Sprenger ermordet wurden (S. 167f.).

Mit der Nachkriegszeit befasst sich die fünfte Einzelstudie. Hier geht Kißener auf die französische Besatzung ein, als länger unklar war, wie es mit dem Werk weitergehen würde. So wurden im Zuge der Entnazifizierung die Eigentümer zunächst zu hohen Geldstrafen verurteilt, die dann aber stark reduziert wurden. 1948 kam es zu einem Prozess wegen schlechter Behandlung von Zwangsarbeitern. Auch hier gelang es den Eigentümern von Boehringer Ingelheim die Vorwürfe erfolgreich abzuwehren. Das Unternehmen wurde schließlich von der Demontageliste gestrichen und die Eigentümerfamilie konnte wieder frei über die Geschicke des Unternehmens bestimmen. Spannend liest sich der Abschnitt über Ernst Boehringer und seine engen Kontakte zum sehr konservativen Milieu. Boehringer lehnte die Nürnberger Prozesse nicht nur vehement ab, er setzte sich auch für seinen Freund Ernst von Weizsäcker und andere verurteilte Kriegsverbrecher sehr ein – beispielsweise auch für Edmund Veessenmayer, der an der Organisation des Holocausts in Ungarn maßgeblich beteiligt war. Zudem engagierte Boehringer einige hoch belastete und auch verurteilte Personen als Mitarbeiter. Diesem Engagement für Kriegsverbrecher stellt Kißener am Ende dieser Einzelstudie Boehringers späteres Engagement für eine europäische Verständigung gegenüber, um dessen weiteren persönlichen Entwicklung gerecht zu werden – es ist die Stelle im Buch, die am stärksten exkulperierend wirkt.

Dem schließt sich ein Exkurs über das von Kißener so titulierte „unsichtbare“ Mitglied der Firmenleitung, Robert Boehringer, an. Als Kriegsuntauglicher hatte er im Ersten Weltkrieg das Werk geleitet. Mit einer jüdischen Frau verheiratet und als enger Weggefährte und dann Nachlassverwalter des Dichters Stefan George lehnte er den Nationalsozialismus ab, war nach dem Krieg aber dann genauso kritisch gegenüber den Nürnberger Prozessen wie sein Vetter Ernst. Abgerundet wird das Buch durch „vergleichende Beobachtungen“. Hier betrachtet Kißener nochmals konzipiert die wichtigsten seiner Fragen im Vergleich mit anderen Chemiewerken in der Region – und er kommt dabei zu einem für Boehringer Ingelheim und seine Leitung recht positiven Resultat.

Letztendlich ist das gut recherchierte und in der Regel ausgewogen argumentierende Buch

vielmehr eine Geschichte der Eigentümerfamilie im regionalhistorischen Kontext als eine klassische Unternehmensgeschichte. Dennoch ist das Buch ein willkommener Beitrag zur Geschichte mittelständischer Unternehmen und ihrer Eigentümer im NS-Staat.

München

Stephan H. Lindner

Stadtplanung als *res publica*

Kändler, Ulrike: Entdeckung des Urbanen. Die Sozialforschungsstelle Dortmund und die soziologische Stadtforschung in Deutschland, 1930 bis 1960, 412 S., transcript, Bielefeld 2016.

Um den Wandel und die Bedeutung soziologischer Stadtforschung zu verdeutlichen, soll hier zu Beginn ein Zitat aus dem Buch von Ulrike Kändler stehen. Bei einer Tagung, die 1955 auf Anregung von Gunther Ipsen von der Sozialforschungsstelle Dortmund veranstaltet wurde und die den provokanten Titel „Der Stadtplan geht uns alle an“ trug, kam es zu heftigen Diskussionen angesichts der Vorträge dreier Schweizer Gäste: „Mit verständnislosen bis entrüsteten, spitzen bis rustikalen Kommentaren verteidigten die anwesenden Fachleute die Autonomie der Planung, die sie als objektive unpolitische Aufgabe verstanden wissen wollten: zur Hälfte Kunst, zur Hälfte Wissenschaft – nimmer jedoch politische Angelegenheit im Sinne einer *res publica*“ (S. 337).

Stadtplanung als *res publica* – in Zeiten eines „Recht auf Stadt“, vielfachen Auseinandersetzungen über urbane Planungs- und Erneuerungsprojekte oder einer partizipativen Stadtplanung ist das nichts Ungewöhnliches. Die demokratische Legitimation gehört heute zum Standardrepertoire der Stadtplanung und auch in der soziologischen Stadtforschung hat sich eine Menge getan. Und genau deshalb ist das Buch von Ulrike Kändler so wertvoll. Es widmet sich der Entstehung stadtsoziologischen Denkens in der deutschen Soziologie und das auf sehr verschiedenen Ebenen, die auch für Nicht-Stadtsoziologen von Interesse sein dürften – insbesondere was Kontinuität und Bruch in der deutschen Soziologie nach 1945 angeht. Dabei ist es kein soziologisches Buch, sondern liefert dem Leser eine historische Perspektive, in der Wissenschaftsgeschichte, die Entstehung der Stadtsoziologie als Fach und Fokus von

Forschung sowie ein Stück auch die Geschichte der BRD nach 1945 erzählt wird. Und das sollte vor allem für junge Soziologen wichtig sein, denn gerade für die hiesige Fachlandschaft hat der Bielefelder Kollege Stefan Kühl (2013) festgestellt, dass sich das Fach nicht besonders um die eigene Geschichte bemüht fühlt. Kändlers Buch könnte ein Anlass sein, sich auf sehr angenehme und lesenswerte Weise mit der Geschichte auseinanderzusetzen und darüber hinaus auch ein anderes Verständnis für die Stadtsoziologie zu entwickeln.

Insgesamt entwickelt die Autorin ihre Geschichte anhand der Institution Sozialforschungsstelle Dortmund einerseits und einzelnen maßgeblichen Persönlichkeiten darin andererseits. Der Anfang beschäftigt sich umfangreich mit der Soziologie im Nationalsozialismus und den ersten Studien zu Stadt und Raum. Es folgt ein kurzer Abriss zum Wandel nach 1945, insbesondere die Aktivitäten der Rockefeller Foundation, die mit ihren Programmen und Forschungsgeldern bei einem Neubeginn geholfen hat. Dass der Neubeginn dabei auch mit altem Personal vollzogen wurde und es einen radikalen Schnitt nie gegeben hat, wird deutlich. Offenkundig wird aber auch, welche Spannungen dieser Import von Methoden und Theorien auslöste, die auch im gerade besiegten Deutschland, das nach einem Neubeginn dürstete, nicht nur willkommen geheißen wurden. Die Entstehung der Sozialforschungsstelle Dortmund (SFD) wird eingebettet in diese Entwicklung erzählt, von der das Institut zu Beginn maßgeblich abhing. Die Arbeit und Fortentwicklung wird dann an einzelnen Studien (z. B. der sogenannten ‚Datteln-Studie‘) aufgezeigt. Mit jedem Kapitel zeigt sich nicht nur der oftmals schwierige Prozess der Neukonstitution der deutschen Soziologie, sondern auch die Hinwendung zum Urbanen. Denn die Anfänge der Forschung liegen auch bei der SFD in der Erforschung des ländlichen Raumes beziehungsweise seines Wandels unter den Bedingungen der Industrialisierung, wie sie im Ruhrgebiet vorstättenging. Und hier handelte es sich eben nicht um genuin urbane Räume, wie Berlin oder Hamburg, sondern um sich wandelnde Räume, die unter dem Druck der Kohle- und Stahlindustrie erst urban wurden. Die Hinwendung der Forscher zur Stadt jenseits von Planung und Neuordnung fand langsam, aber beharrlich statt. Die Geschichten, die Kändler dazu erzählt, ihre Analysen und die vielen Details machen die Prozesse sehr anschaulich. Insbesondere das Kapitel „Der Stadtplan geht Euch gar nichts an“ (eine angebliche Aussage

des Dortmunder Bürgermeisters zum Titel der Tagung s. o.) ist hierzu sehr lesenswert, weil sie die Spannungen zwischen traditioneller Stadtplanung und den Behauptungsversuchen einer auf Stadt fokussierten Soziologie sehr schön darstellt. Diese Spannung existiert so heute nicht mehr, dafür hat sich das Fach mittlerweile mit eigenen Lehrstühlen und einer soliden Tradition etabliert. Die Deutungskämpfe um den „Stadtplan“ allerdings gibt es auch weiterhin, bis heute – und die Stadtsoziologie tut gut daran, diese Auseinandersetzung auch weiterhin zu führen.

Ulrike Kändler hat ein interessantes, informatives und gut erzähltes Buch geschrieben, das vielen gegenwärtigen Entwicklungen ein Fundament gibt. Geschichte ist immer wichtig, noch dazu in einem Fach, dass diese allzu oft nur illustrativ verwendet. Auch wenn viele Namen von damals heute keine prominente Bedeutung für das Fach mehr spielen, so ist die Sozialforschungsstelle mehr als nur von lokaler Bedeutung, gingen aus ihr doch Soziologen hervor, die nach 1960 wichtige Impulse in die deutsche Soziologie brachten, vor allem in eine empirisch geprägte Variante. So lässt sich das Buch als Gesamtwerk lesen, aber auch in den Teilen gut verstehen und nutzen. Wünschenswert wäre eine Art Glossar der Hauptbeteiligten gewesen, denn gerade wenn die Namen nicht so geläufig sind, hätte es geholfen, sich zu orientieren.

Hamburg

Nils Zurawski

Jugend im Äther

Hilgert, Christoph: Die unerhörte Generation. Jugend im westdeutschen und britischen Hörfunk, 1945–1963, 388 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Historisch vergleichend angelegte Arbeiten sind in der (deutschsprachigen) Mediengeschichte immer noch eine Rarität. Umso begrüßenswerter ist eine solche Studie wie die von Christoph Hilgert, die komparatistisch die Repräsentationen von „Jugend“ im britischen und westdeutschen Hörfunk im – nicht näher definierten – Zeitraum von 1945 bis 1963 in den Blick nimmt. Hilgerts Erkenntnisinteresse speist sich einerseits aus der noch stark unterbelichteten Forschung zum Leitmedium Hörfunk in der Nachkriegszeit generell. Andererseits soll am Beispiel des

Radios und seiner Konstruktion von „Jugend“ die Rolle von Massenmedien als „Aushandlungsinstanzen von gesellschaftlichen Selbstverständigungsdiskursen“ (S. 13f.), als ästhetische und programmspezifische Innovations- und Weiterentwicklungsmomente (S. 17) sowie Motoren zur Ausdifferenzierung und Ausbildung eigenständiger Jugendkulturen (S. 18) herausgearbeitet werden.

In einem ersten Kapitel zeigt Hilgert ausführlich die Strukturen, Programmformate und Akteure der ausgewählten Rundfunkstationen in Großbritannien (BBC) und Westdeutschland (NWDR bzw. NDR und WDR, SWF, SDR) auf. Die Beschränkung auf Westdeutschland und die Auswahl der jeweils größten Rundfunkanstalten in den einzelnen Besatzungszonen (mit Ausnahme der sowjetischen) erscheint durchaus sinnvoll, wenngleich ein Blick auf die kleinsten Sendeanstalten der ARD – Radio Bremen oder der Saarländische Rundfunk – im Einzelfall durchaus interessante Zusatzkenntnisse gebracht hätten. Als ‚Randfiguren‘ im großen öffentlich-rechtlichen Dachverband standen diese Rundfunkanstalten mitunter weniger stark unter der Beobachtung der zentralen Programmverantwortlichen, wodurch sich experimentelle Spielräume ergaben, die gerade für die Implementierung von populärkulturellen Inhalten und Formaten nicht zu überschätzen sind. So gelang es beispielsweise Radio Bremen mit der Etablierung des „Beat-Club“ 1965 oder dem Saarländischen Rundfunk mit der Einrichtung der „Europawelle“ als eigenem Sender für Popmusik im Jahr 1964 weitaus früher als den größeren Mitbewerbern, die Wünsche ihres jugendlichen Publikums nach zeitgemäßer Beat- und Popmusik tatsächlich zu berücksichtigen.

Nach ersten institutionell und personell gelagerten Befunden westdeutscher und britischer Hörfunkgeschichte zeigt Hilgert in seinem Hauptkapitel sehr nachvollziehbar in insgesamt vier Phasen, die er als „Deutungskonjunkturen“ (S. 157) bezeichnet, die Entwicklung und Ausdifferenzierung der Inhalte und Diskurse sowohl in den Musik- als auch Wortprogrammen der Sender rund um das Konstrukt „Jugend“ in beiden Ländern auf. Dabei gelingt es dem Autor, zeitgenössische Debatten um Jugendliche sinnvoll mit den sozioökonomischen und -politischen Rahmenbedingungen ihrer Zeit zu verknüpfen und derart einmal nicht aus einer sozial-, sondern medienhistorischen Perspektive gängige zeitgeschichtliche Zäsuren zu überprüfen. So

zeichnet er nach, wie in einer ersten Phase von 1945 bis zur Überwindung der unmittelbaren Nachkriegsnot 1948 „Jugend“ zunächst in einem sorgenvollen Diskurs als „Strandgut des Krieges“ (ebd.) charakterisiert, in einer anschließenden Phase wirtschaftlichen Aufschwungs von 1948 bis 1954/55 als „Garant einer besseren Zukunft“ (S. 199) stilisiert, dann von 1955 bis 1957/58 in einer „moral panic“ als Störenfried der öffentlichen Ruhe diffamiert und schließlich in einer vierten Phase von 1958 bis 1963 wieder rehabilitiert wird (S. 276).

Hilgert stützt seine Interpretationen auf einen gleichermaßen umfangreichen wie heterogenen Quellenkorpus, der neben bewährter historischer Heuristik auch methodische Zugriffe aus empirisch arbeitenden Nachbardisziplinen wie den Kultur-, Medien- und Sozialwissenschaften erfordert. So untersucht der Autor sowohl gedruckte Überlieferungen wie Sendemanuskripte und anderes archivalisches Begleitmaterial (z. B. Ergebnisse von Hörerbefragungen) als auch – sofern überliefert – die Tondokumente selbst. Hilgerts eindrückliche Analyse auch der auditiven Dimension jener Quellen verweist darauf, wie sehr nicht nur die Medien-, sondern die Zeitgeschichte generell, die nach Einschätzung der meisten Historiker_innen nicht mehr ohne audiovisuelle Quellen geschrieben werden könne, auf weitere Selbstreflexionen ihres methodischen Instrumentariums angewiesen ist und wie fruchtbar solche Ansätze von Gerhard Paul und seiner „visual history“ als auch insbesondere die Ideen von Daniel Morat zu einer „sound history“ für eine Historiographie des 20. Jahrhunderts sind.

Aufgrund einer offensichtlich disparaten Quellenlage in den beiden Untersuchungsländern, gewichtet Hilgert die Ausführungen über den westdeutschen Kontext insgesamt deutlich stärker. Als medienhistorische Studie, die in Anlehnung an aktuelle Trends der Forschung eine Reziprozität von medialer und sozialer ‚Wirklichkeit‘ veranschlagt, ordnet er seine Befunde der Medienanalyse stimmig in zeitgenössische Debatten um „Jugend“ in primär bundesdeutsche Tages- und Wochenpublizistik sowie sozialwissenschaftliche Analysen ein. Auf Zeitzeugeninterviews im Sinne einer *oral history* mit den Akteuren, deren Repräsentationen er im Hörfunk untersucht – den Jugendlichen selbst –, verzichtet Hilgert allerdings, was bei einem Zwei-Länder-Vergleich vollkommen verständlich ist, würde eine zusätzliche tiefgreifende Rezeptionsstudie doch den Rahmen einer solchen Arbeit definitiv sprengen.

Zusammengefasst ist Christoph Hilgert eine äußerst überzeugende Pionierstudie geglückt, die nicht nur stringent und nachvollziehbar mediale Diskurse über und Repräsentationen von „Jugend“ mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen der 1950er und frühen 1960er Jahre verknüpft, sondern die gleichsam durch ihren transnationalen und komparatistischen Zugriff auf das Massenmedium Hörfunk mittlerweile überkommene zeitgeschichtliche Konzepte wie „Westernisierung“ oder „Amerikanisierung“ zugunsten der Annahme „kontingenter Hybridisierungsprozesse“ (S. 325) zurückweist, indem sie deutlich macht, dass nicht nur gesellschafts-, sondern auch mediengeschichtlich 1945 keine ‚Stunde Null‘ war, sondern vielmehr eine „Amalgamierung deutscher Traditionen und neuer, vorwiegend angloamerikanischer Journalismusideale und -praktiken“ (S. 51) vorherrschte.

Saarbrücken

Aline Maldener

Zur Geschichte der Werbung in Afrika

Finsterhölzl, Regina: Kommerzielle Werbung im kolonialen Afrika. Die Werbebranche und der politische Wandel in Ghana 1930–1970, 399 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

Regina Finsterhölzl betritt mit ihrer an der Humboldt-Universität zu Berlin verteidigten Promotionsschrift Neuland. Am Beispiel von Ghana nimmt sie die Geschichte und Anfänge von kommerzieller Werbung in den Kolonien Westafrikas unter die Lupe und wirft dabei eine Reihe von Fragen auf, vor allem zur Funktion, Entwicklung und Rezeption von Werbung im Kontext (post-)kolonialer Gesellschaften. Im Mittelpunkt ihrer Monographie steht die Werbeagentur „West Africa Publicity Limited“ (WAP), gegründet im Jahre 1928 als Tochterunternehmen des britischen Import-Export-Unternehmens „United Africa Company Limited“ und die erste ihrer Art in den britischen Kolonien im westlichen Afrika. Die Autorin fragt nicht nur nach dem Aufbau und der organisatorischen Entwicklung dieser Agentur und ihrer Nachfolger, sondern sie beleuchtet auch die Professionalisierung der Werbebranche in Ghana vor dem Hintergrund politischer und gesellschaftlicher Umbrüche sowie die Veränderungen der Werbebotschaften in einem Zeitraum von rund 40 Jahren.

Nach einem einleitenden Kapitel, in dem die Fragestellungen, das Quellenmaterial (Archivalien und Zeitzeugen) und die Analysemethoden vorgestellt werden, geht es im zweiten Kapitel zunächst um allgemeine Aspekte des Importhandels und der Marktforschung in der britischen Kolonie „Gold Coast“, die 1957 zum unabhängigen Staat Ghana wurde. Ab Kapitel 3 kommt die Werbung ins Spiel: Im chronologischen Zeitablauf werden die Anfänge der kommerziellen Werbung skizziert, beginnend mit der Gründung der Agentur WAP vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre bis hin zur Rolle der lokalen Printmedien bei der Verbreitung von gedruckter Werbung. Im vierten Teil wird auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geblickt. Es folgt eine detaillierte Beschreibung neuer Werbepraktiken und -methoden; die Anfänge des afrikanischen Werbedesigns werden diskutiert und auch die Werbewirkungsforschung bekommt hier einen Platz. In Kapitel 5 wird der Fokus auf die Zeit nach der Unabhängigkeit Ghanas gerichtet. Neue Akteure betreten nun die Werbebühne – die Rede ist von der „ersten Generation afrikanischer Werbefachleute“ (S. 295) – und es wird gezeigt, wie sich die Werbestrukturen und die Marktforschung in der jungen Postkolonie allmählich professionalisierten. Im letzten Teil fasst die Autorin die wichtigsten Ergebnisse zusammen und ordnet diese in den Kontext des derzeitigen Forschungsstandes ein.

Zunächst sei betont, dass hier ein neues Forschungsfeld erschlossen wurde. Die Autorin zeichnet nicht nur auf sehr anschauliche Weise den Wandel einer von kolonialer Tradition geprägten (und nicht selten rassistischen) Werbung nach, die sich im Laufe der Jahrzehnte immer stärker an den Bedürfnissen und Wünschen der afrikanischen Konsumenten orientierte. Sie verdeutlicht auch, wie die Hegemonie britischer Interessenlagen in der Branche durch den Vormarsch afrikanischer Werbefachleute (bis hinauf in die Chefetagen) zusehends erodierte. Die Dissertation besticht dabei vor allem durch die Dichte an Informationen. Das wissenschaftliche Vorgehen wirkt sehr reflektiert, die Arbeit ist gut lesbar, enthält viele Abbildungen von Original-Werbeanzeigen und auch die Zusammenfassungen am Ende der einzelnen Kapitel erleichtern die Lektüre. Durch die große Detailgenauigkeit, zum Beispiel die ausführlichen Erläuterungen zu den administrativen und personellen Strukturen der Werbeagentur WAP, geraten die Ausführungen allerdings zum Teil etwas langatmig.

Wichtiger als solche Detailkritik: Dem Buch fehlt es an einer theoretischen Klammer, mit deren Hilfe die Analyse des Materials und die Ergebnisse in einem größeren Gesamtzusammenhang hätten verortet werden können. Eine theoretische Perspektive wird einleitend zwar angedeutet (Michel Foucault und Ansätze aus den *visual studies*), aber im Großen und Ganzen bleibt die Arbeit sehr stark auf einer deskriptiven Ebene verhaftet. So beschreibt die Autorin sehr plastisch, welches Bild von der afrikanischen Gesellschaft in der (post-)kolonialen Werbung gezeichnet wurde (vom ‚Afrikaner am Katzentisch‘ zum gleichberechtigten Partner der weißen Europäer). Dass Werbung an sich aber schon für eine bestimmte gesellschaftliche Idee steht (etwa: Materialismus, Individualismus, Distinktion), unabhängig vom jeweiligen soziokulturellen Kontext, wird nur implizit mitgedacht. Dabei wäre es gerade vor dem Hintergrund des *nation building*-Prozesses im kolonialen Afrika interessant gewesen, stärker über das Zusammenspiel von Öffentlichkeit, Werbung und Identitätskonstruktion nachzudenken. Was macht das mit einer traditionellen Gesellschaft, wenn im öffentlichen Raum plötzlich meterhohe Stellwände mit Werbeplakaten von Gillette oder Nestlé stehen?

Diese Frage wird von der Autorin so nicht gestellt, aber letztlich liefert sie in ihrer Schlussbetrachtung doch eine Antwort darauf: Am Ende scheint sich die Werbelogik bestätigt zu haben. Eine Gleichberechtigung zwischen Europäern und Afrikanern, wie ab Mitte der 1930er Jahre von der Werbebranche suggeriert, hat es in der Realität zwischen der Kolonialmacht und der Bevölkerung Ghanas nicht gegeben. Darüber hinaus konnten sich nur Wenige die beworbenen Produkte tatsächlich leisten. Die Diskrepanz zwischen Werbefiktion und gelebter afrikanischer Wirklichkeit dürfte aber den sozialen Wandel in der Kolonie beschleunigt haben. Denn die Zielgruppe, die über die Werbung erreicht werden sollte (vor allem die städtische Bildungsschicht), war es später, aus deren Reihen sich die Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung rekrutierten. Regina Finsterhölzl untertreibt, wenn sie ihre Arbeit als einen Baustein der „Geschichte des afrikanischen Konsums“ (S. 366) versteht, denn mit ihrer Dissertation hat sie auch einen wichtigen Beitrag zur historischen Elitenforschung und noch ungeschriebenen Mediengeschichte Afrikas geleistet.

Brüssel

Anke Fiedler

Machtkonsolidierung durch Musik

Kelly, Elaine: Composing the Canon in the German Democratic Republic. Narratives of Nineteenth-Century Music, 264 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.

Forschungen zur Musik und ihr Funktionalisierung zu ideologischen Zwecken durch politische, vorrangig totalitäre Systeme gelten als ebenso relevantes wie schwieriges Unterfangen. Rasch sehen sich Autoren mit dem Problem konfrontiert, dass die ihr immanente Ambivalenz der Musik zu Schlüssen führt, die durch die Konditionierung durch den Forschungsansatz zu unscharfen Ergebnissen führen kann. Ähnliches ist im Rahmen zur Aufarbeitung der Rolle der Musik als staatskonsolidierendes Element in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu beobachten. In der englisch- wie deutschsprachigen Forschung liegen bislang gleichwohl einige einschlägige Studien dazu vor, die allerdings erst im Verlauf der letzten 15 Jahren publiziert wurden.

Die Musikwissenschaftlerin Elaine Kelly (University of Edinburgh) gilt als ausgewiesene Expertin auf dem Forschungsfeld zu Kultur, Ästhetik und Musik in der DDR. Im vorliegenden Band liefert sie eine Erklärung zur Positionierung und Selbstdarstellung des ost-deutschen Staates durch Musik auf der Basis von Historiographie und deren Uminterpretation zu gleichermaßen selbstreferenziellen wie -existenziellen Zwecken. Aus dieser retrospektiven Haltung der Partei-oberen heraus erklärt sich gleichermaßen der Ansatz Kellys, eine auf Kanonisierung beruhende Musikgeschichte als Grundlage der damals gegenwärtigen DDR-Kultur zu untersuchen. Die Decodierung dieses Kanons dient dabei der Entzifferung der einzelnen Gründungsmythen der DDR. Der Kanon an Musik wurde dabei sowohl der Kontrolle der kulturellen Aktivitäten als auch der Stärkung der sozialen wie kollektiven Identität der Bevölkerung genutzt. Konsequenterweise richtet sich die Leitfrage der Studie daran aus, was das Verhältnis einer Gesellschaft in Hinblick auf ihr kulturelles Erbe über sie selbst aussagt. Historizität bedeutete eine Grundsäule im Selbstverständnis der DDR, auf der die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) den zweiten deutschen Staat errichtete. Nicht als Novum, sondern als logische Konsequenz aus den Entwicklungen der deutschen Geschichte – einzig und allein den positiven, wohlgerk-

wozu insbesondere das musikalische Erbe des 19. Jahrhunderts zählte.

Kellys Studie reicht von der Gründung der DDR bis zum Fall der Berliner Mauer. In zwei Großteilen („Constructing the Canon“ und „Critiquing the Canon“) umreißt die Autorin die Konstruktion der Nation unter anderem durch das Zutun der Musikwissenschaft sowie durch solche Bilder von Bürgerpflicht und Heldentum (Beethoven) und legt einen besonderen auf den „Fall Wagner“ („A Case of Wagner“). Die Kritik und Neuausrichtung des Kanons wird bei der Gegenüberstellung der Verbindungslinien zwischen dem späten Beethoven und den jüngeren Ausprägungen des Sozialismus wie der Wiederentdeckung der Romantik und ihr Beitrag zur Ausformung einer Utopie herausgestellt. Ein letzter Fokus liegt auf Ruth Berghaus und der Tradition der deutschen Oper und deren Wirkmächtigkeit für den Sozialismus der späten DDR. Der abschließende Epilog („Art after Socialism“) wartet mit der bemerkenswert desperaten Einsicht auf, dass das Scheitern der DDR nicht allein das Versagen des Sozialismus, sondern auch das Versagen der Künste bedeutete (S. 211f.).

Wesentlich für Kellys Studie ist die Basierung auf dem Narrativ der Vergangenheit als unveränderliche Bestandteile des Bildes von Werten der Gegenwart. Diese Konstruktion tritt besonders in Erscheinung, sobald der kulturelle Kanon davon berührt wird. In diesem Zusammenhang stützt sich Kelly auf Marcia Citrons Feststellung („Gender and the Musical Canon“, 2000, S. 19), dass ein kultureller Kanon Ideologien codieren kann, die im Folgenden dadurch legitimiert werden, dass sie kanonisiert wurden beziehungsweise kanonisierbar sind. Als Resultat daraus werden ästhetische Kriterien privilegiert, die aus zeitgenössischen Normen entspringen und so dazu beitragen den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten. Welche Namen und Traditionen aber gehörten nun zum Musikkanon der DDR? In erster Linie waren es bestimmte Ereignisse in den Biographien von Komponisten, die sich die Parteiobere zu Nutzen machten, indem Autoren solcher Publikationen vom Staat subventioniert („state-sponsored“, S. 42) wurden. Insbesondere die Darstellung eines imaginären Kulturkampfes sollte solchen Schriften zugrunde liegen. Über den Kampf zum Held aufzusteigen wurde Komponisten wie Ludwig van Beethoven, Robert Schumann oder Frédéric Chopin gleichermaßen angedichtet und diese Entwicklungen mit den Grundzügen des Sozialismus und

des sozialistischen Menschen gleichermaßen versucht in Deckungsgleichheit zu bringen. Besonders Beethoven wurde als der „Prototyp“ des Sozialisten dargestellt, dessen Schaffen lediglich im Kontext seines (marxistisch-leninistischen) Weltbildes nachvollziehbar sei.

Richard Wagner ließ sich auf dieser Folie weniger „leicht“ einverleiben. Seine revolutionäre Art in jungen Jahren kam hier zunächst noch zupass. Gleichwohl stellte seine zunehmend nationalistische Attitüde ein Problem dar, das kaum zu kompensieren war, wie die Überlegungen zur Ausrichtung der Dessauer Wagner-Festspiele, die in Anlehnung an die Bayreuther gegründet wurden, zeigen. Immerhin trug die Figur des „Arbeiters“ Hans Sachs in den „Meistersingern von Nürnberg“ zu einer gewissen Verträglichkeit bei. Der unverhohlenen vorgetragene Nationalismus Wagner war jedoch der Anlass, dass die Planungen für seinen 150. Geburtstag 1963 nach einiger Vorbereitungszeit doch aufgegeben wurden.

Die Existenz der DDR stützte sich unter anderem auf die Künste und Kultur: Ihre beginnende Auflösung kündigte sich auch damit an, dass zunehmend führende Künstler ins westdeutsche Exil gingen oder ausgewiesen wurden. Die öffentliche Verbannung, das heißt Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 legt dafür ein beredtes Zeugnis ab.

Zusammenfassend ist Kellys „Composing“ als eine gelungene Synthese historischer und musikwissenschaftlicher Ansätze zu lesen, die dem Zugang zum Thema nicht nur einen enormen Mehrwert zuführen, sondern zum Verständnis des Gesamtkomplexes Musik und Politik unabdingbar sind.

Düsseldorf

Yvonne Wasserloos

Historische Dimension von Zwangsarbeit

Weberling, Johannes (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR. Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung. Symposium der Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), 99 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Im September 2014 fand an der Universität Frankfurt an der Oder eine Tagung der dort

angesiedelten Arbeitsgruppe „Aufarbeitung und Recht“ und der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. als öffentliches Symposium zum Thema „Zwangsarbeit in der DDR“ statt, der dieser Band gewidmet ist. In seinem Mittelpunkt steht ein Beitrag von Christian Sachse, der bereits mit einer Buchveröffentlichung (2014) zum Thema „Zwangsarbeit in der DDR“ hervorgetreten ist. Sachses Beitrag zu „Historischen Dimensionen der Zwangsarbeit“ nimmt ein Drittel des Bandes ein. Weitere vier Beiträge zur Thematik und ein zusammenfassender Konferenzbericht folgen.

Sachses Beitrag ist nicht nur der bei weitem umfangreichste, sondern auch der für den wissenschaftlich an dem hochpolitischen Thema Interessierten der bei weitem ergiebigste. Er beginnt mit einem Rückblick auf die Geschichte der Zwangsarbeit seit den 1820er Jahren. Sachse verweist für das 19. und beginnende 20. Jahrhundert als Beispiele auf die zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschickten Einwohner Russlands und auf das von der deutschen Kolonialmacht in Südwestafrika geschaffene System von Zwangsarbeitslagern. Ihren Höhepunkt erlebte die Zwangsarbeit in Deutschland in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener in großem Umfang in Lagern Ost- und auch Westeuropas. Sachse behandelt auch den bereits im 19. Jahrhundert einsetzenden Widerstand gegen die Anwendung der Zwangsarbeit und die Bemühungen des Völkerbundes und der Vereinten Nationen, insbesondere der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Mitgliedsstaaten dazu zu bewegen, auf jegliche Form erzwungener Häftlingsarbeit zu verzichten.

Mit diesen Schilderungen hat Sachse ein Hintergrundwissen vermittelt, das den Leser auf das Thema einstimmt und ihm hilft, die Zwangsarbeit in der DDR einzuordnen und sich ein Urteil über ihr Ausmaß und ihre Intensität zu bilden. Sachse nimmt eine „gewisse Periodisierung“ der Rolle, die die Zwangsarbeit in der DDR spielte, vor. Sie macht die unterschiedliche Rolle und Intensität der Integration der Häftlinge in die Planwirtschaft deutlich. In den ersten Nachkriegsjahren unternommene Versuche, Häftlingsarbeit systematisch in die Produktion zu integrieren, scheiterten zunächst. Die – in Zusammenhang mit einer 1948 in Angriff genommenen Reform des Gefängniswesens – durchgeführte Integration der Häftlinge in die Betriebe, die auch der (teilweisen)

Umsetzung sowjetischer Vorgaben gedient hat, stieß angesichts dessen, dass die volkseigenen Betriebe auf zivile Arbeitskräftereserven – auf Arbeitslose, darunter viele Flüchtlinge – zurückgreifen konnten, in der Industrie auf wenig Resonanz. Bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre blieb es den einzelnen Betrieben überlassen, Häftlinge zu beschäftigen. Erst ab 1958, als die Arbeitskräfteknappheit in der DDR allgemein geworden war, wurde die Zwangsarbeit von Häftlingen in der Wirtschaft einer strengen zentralen Steuerung unterworfen. Eine Antwort auf die auch nach der Schließung der Grenze 1961 weiterhin zunehmende Arbeitskräfteknappheit war die Erweiterung der Ressource ‚Arbeitspflichtige‘ durch den Ausbau der ‚Arbeitserziehung‘. Ab 1971 war die Häftlingsarbeit Bestandteil der zentralen Arbeitskräftebilanz des Volkswirtschaftsplanes. Unter dem Eindruck des Helsinki-Prozesses und der Tatsache, dass die DDR, inzwischen Mitglied der UN, deren gegen Zwangsarbeit gerichteten Beschlüsse unterschrieben hat, wurde die Häftlingsarbeit bis 1986 „trotz heftiger schriftlicher Einwände aus der Industrie“ (S. 44) knapp um die Hälfte reduziert. Auch wurden die Haftbedingungen, so Sachse, leicht verbessert, „wobei von westlichen Standards nicht die Rede sein kann“ (S. 45).

Den folgenden vier Beiträgen zu einzelnen Aspekten der Zwangsarbeit in der DDR fehlt grundsätzlich die Einordnung in die von Sachse hervorragend herausgearbeitete historische Dimension. Auch spielen internationale Vergleiche, die dem Leser helfen könnten, sich selbst ein Urteil zu bilden, fast keine Rolle. Tobias Wunschik beschäftigt sich mit der Frage, warum die Westfirmen – auch viele bundesdeutsche, allen voran aber das schwedische IKEA-Unternehmen –, die in Zeiten zunehmender West-Ost-Wirtschaftskooperation in der DDR produzieren ließen, sich sehr zurückhaltend verhielten, als sie lernten, dass die von ihnen bestellten Erzeugnisse teilweise von Häftlingen gefertigt wurden. Für die Beurteilung der Haltung der Unternehmen durch den Leser wäre es wünschenswert gewesen, wenn Wunschik sich zur Häftlingsarbeit in den Bestellerländern geäußert hätte.

Stefanie Knorr beschreibt in ihrem Beitrag „Haftzwangsarbeit als Folterinstrument“ in der DDR. Wenn sie allerdings als „sadistische Methoden des Wachpersonals“ unter anderem die Arbeit an „uralten Pressen und Stanzen“ benennt, offenbart sie weniger Kenntnis der Arbeitsbedingungen in der Industrie der DDR als für das

gewählte Thema wünschenswert. Mit veralteter Technik „gefoltert“ wurden auch zivile Beschäftigte in von Investitionskürzungen betroffenen Zweigen der DDR-Industrie. In einem weiteren Beitrag wird von Brigitte Selke, die in der Hohen-ecker Haftanstalt anderthalb Jahre „für ein Stück Brot und ein Bett“ arbeiten musste, ihr Bildzyklus „Hoheneck“ vorgestellt. Im abschließenden Beitrag beschäftigt sich der Jurist Johannes Weberling mit den Möglichkeiten der Entschädigung für DDR-Häftlinge entsprechend den Rehabilitierungsmöglichkeiten, die die bundesdeutsche Gesetzgebung bietet.

Berlin

Jörg Roesler

Die Ideologie des Humanitarismus und ihre Folgen in Ost und West

Hong, Young-sun: *Cold War Germany, the Third World, and the Global Humanitarian Regime*, 439 S., Cambridge UP, Cambridge 2015.

Im Jahr 2003 legte William Gray ein innovatives Buch über die Konkurrenz der beiden deutschen Staaten im globalen Süden vor. Im Zuge der Hallstein-Doktrin suchte die BRD bis 1969/70 mit abnehmendem Erfolg die Anerkennung der DDR als unerwünschten Akt zu brandmarken, der den Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach sich ziehen sollte („Germany's Cold War“, 2003). In diesem Rahmen bewegt sich auch Young-sun Hong. Doch ist ihr Ansatz ein Dutzend Jahre später in mehrfacher Hinsicht ungleich weiter gefasst. Sie bettet diese Auseinandersetzung in das seit dem Zweiten Weltkrieg entstehende *global humanitarian system* ein, legt großen Wert auf transnationale Beziehungen und bezieht dazu vor allem auch die lokalen Akteure, ihre Berichte und Bildquellen ein.

Angesichts der Zunahme von Studien zu Humanitarismus ist dessen Anwendung durch Hong höchst willkommen. Zumeist geht es ja bei diesem Thema um kurzfristige Krisenintervention etwa nach (Natur-)Katastrophen, hier werden jedoch langfristige Prozesse abgehandelt. Hong wendet sich gegen eine scharfe Trennung von einer stärker politisch akzentuierten und damit für einige Zeit hinweg gewährten Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe in akuten Krisen; über weite Strecken scheint die Autorin gerade die humanitäre Begründung von Entwicklungs- und

anderer Aufbauhilfe zum Thema zu machen und in ihren Implikationen zu entlarven; *humanitarian aid* wird so zu einer Art ideologischem Überbau zu der ohne sie nicht ganz so wirkungsvollen Politik der Menschenrechte und Entwicklung. Bereits für die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg heißt es: „[This] threat forced the West to engage in a complex process of ideological labor to stabilize its cultural and political hegemony“ (S. 16).

Westliche Entwicklungstheorien hätten die Probleme des Südens immer nur als Reaktion auf unmittelbar aufkommende Mangelsituationen angesehen. „This assumption rendered the West incapable of understanding the structural causes of dependency and inequality with demands for political self-determination, and thus recognizing the claims and aspirations of national liberation movements“ (S. 22f.). Auch wenn dem so war, dass von beiden Seiten, also auch von Seiten des „Südens“, spiegelbildlich dieselbe Argumentation gebraucht wurde, ist dieser postkoloniale Adlerblick dennoch weiterführend und von erheblicher, auch gegenwartspolitischer Bedeutung.

Doch es geht weiter: Es sei westlichem Denken und Handeln letztlich begrifflich um die biopolitische Kopplung von Unterentwicklung mit Kommunismus gegangen, sodass die Krisen Afrikas und Asiens als Gefahr für die Sicherheit des Westens wahrgenommen wurden (S. 25). In diesem Rahmen erhielt auch die World Health Organization (WHO) Sinn zugesprochen, die im US-Begriff Entwicklung und Demokratie miteinander verbinden sollte und so zu einem Modell für die Ost-West-Auseinandersetzung werden konnte. Zumal im UN-Rahmen (man wird hinzufügen: nur für die ersten anderthalb Jahrzehnten nach 1945 abgehandelt) entfaltete sie so ihre Wirkung. Ein spezifisch sowjetisches Modell breitete sich langsamer aus und setzte vor allem auf „economic technicians“ und andere Studenten, die zumeist in der Sowjetunion ausgebildet wurden. Nach Bandung 1955 kam auch der Sowjetblock stärker zum Zuge, der hoffte, die sozialistische Moderne durch langfristige Infrastrukturprojekte und Planung zur Geltung bringen zu können. Dass auch dies technizistisch und ethnozentrisch aus einer anderen Richtung des globalen Nordens klang und durchgeführt wurde, wird von Hong eher am Rande angedeutet. Im Süden wurden so nicht nur Stellvertreterkriege dieser Art geführt, sondern für die Autorin gilt: „It was the battlefield on which the Cold War culture wars were fought“ (S. 47).

Vor diesem weitgespannten, ausführlich entfalten Hintergrund reiht Hong einerseits Fallstudien zur deutsch-deutschen Konkurrenz und ganz gelegentlichen Kooperation, und andererseits Fallstudien, die als Parallelgeschichten von krachenden Misserfolgen und wenigen geglücktem Engagement gesehen werden können. Sie reichen fast immer darüber hinaus und stellen den globalen Kontext her.

Das ist innovativ, reich aus Quellen gearbeitet und narrativ anschaulich eingebettet, sodass neben der Mikroebene immer wieder der „bipolar (dis)order“ durchscheint. Den Anfang macht Korea: Hier leistete die junge DDR nach dem Ende des Krieges 1953 Aufbauhilfe der Stadt Hamhung. Sie errichtete dort ganze Siedlungen („Metropolis Berlin in the land of ruins“, S. 59), geriet jedoch bald aufgrund der Kostenstruktur und von Leitbildern, aber auch der letztlich doch schwierigen Kommunikation auf allen Ebenen in Probleme der „competing visions of socialist modernity“ (S. 77) zumal mit dem Regime Kim Il-Sungs, aber auch auf der alltäglichen Ebene des Zusammenlebens; „[i]t is astonishing to see the many different levels – the local, the national, the global and the human – intersected in the story of East German assistance to Hamhung“ (S. 82).

Noch schlimmer war in Hongs Sicht das westdeutsche Engagement in Korea. Hier behandelt sie vor allem das Krankenhaus in Pusan, in dem Ärzte mit starker NS-Belastung auch im Nachkriegsdenken rassistische Attitüden gegenüber Asiaten erkennen ließen, eher an Forschung über ihnen unbekanntes Tropenkrankheiten interessiert waren und Strukturen in Richtung auf Bordellbetriebe zuließen. In Nordvietnam versuchte die Sowjetunion und ihre Verbündeten nach 1954 Krankenhäuser nach sowjetischen Stil aufzubauen, so auch die DDR in einem Freundschafts-Krankenhaus. Doch hier konkurrierten sie mit ihrer westlichen Medizin mit östlichen Praktiken, die zumal von chinesischer Seite gefördert wurden. Auch hier gewannen die DDR-Mediziner Kenntnisse von tropischen Krankheiten, die sie später in Afrika gewinnbringend verwenden konnten. Den entsprechenden westdeutschen Erwerb von Kenntnissen zu Tropenmedizin in Korea hatte sich Hong zuvor demgegenüber deutlich kritischer geäußert. Jedenfalls gelang auch den typisch europäischen sanitären Ostblockaktivitäten in Vietnam nicht, die Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Besonders spannend ist das Kapitel zu Nordafrika, insbesondere zu Algerien und zur medizinischen Hilfe, wo es während des (Bürger-)

Krieges bis 1962 unter anderem eine Konkurrenz der beiden deutschen Staaten gab, während nach der Unabhängigkeit von Kuba bis China andere sozialistische Staaten wichtiger wurden. Ähnliches gilt für den Kongo (heute Zaire) seit 1960.

Hong erweitert ihren Fokus noch einmal, wenn sie auf die Rolle des Dresdner Hygienemuseums, des von ihm erstellten gläsernen Menschen (dann auch einer ebensolchen Kuh) und der damit einhergehenden bildlichen Werbung für den gesunden sozialistischen Menschen als Leitbild in anderen Teilen des globalen Südens, wie etwa in Indien, eingeht. Rückständigkeit war auch hier das Stichwort, das in der Umsetzung nur begrenzte Erfolge aufweisen konnte.

An dieser Stelle geht es auch um die Ausbildung etwa von Pflegepersonal in der DDR, die dafür kaum eine menschlich angemessene Atmosphäre herstellen konnte. Sehr viel ausführlicher noch wird das „Eurasian global care system“ für den gesamten Westen und zumal für die BRD entfaltet. Hier geht es vor allem um Pflegepersonal aus Korea, Philippinen und Indien, das in Westdeutschland mitnichten wie versprochen zur Aus- und Fortbildung angeworben wurden, sondern oft trotz vorhandener Qualifikation (zunächst) niedere Arbeiten verrichten musste. Das letzte Kapitel ist der Konkurrenz beider deutschen Staaten in unterschiedlichen subsaharischen Staaten gewidmet, in denen sich erneut die Volksrepublik China seit den 1960er Jahren stärker durchsetzen konnte. Neben Medizin und Entwicklungsdienst stehen die medial-propagandistischen Ansätze des Scheiterns beider deutscher Staaten im Vordergrund.

Hong gelingt es in ihrem Buch, durchgängig die Ebenen der globalen Politik, die der beiden deutschen Staaten in ihren jeweiligen Bündnissen mit den lokalen Entwicklungen des globalen Südens, wie in beiden Staaten zu verbinden. Sie findet dieses Engagement letztlich als Surrogat für den Rassediskurs (S. 320) in beiden deutschen Staaten, der für sie über den Untersuchungszeitraum bis etwa 1970 hinaus andauert. „The history of Germany’s Third World [...] has hinted at the alternate spatialities, temporalities, and topographies that can be made visible through a transnational history of postwar Europe“ (S. 318f.). Das ist ein methodisch geglückt umgesetzter Anspruch, der auch politisch einige Herausforderung an die künftige Geschichtsschreibung zum *global south* bietet.

Köln

Jost Dülffer

Geteilte Geschichte

Bösch, Frank (Hrsg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, 491 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Das Anliegen des Sammelbandes sei es, eine „geteilte Vorgeschichte unserer gesamtdeutschen Gegenwart“ (S. 21) zu schreiben. Mit dieser Formulierung plädiert Frank Bösch zugleich für die Profilierung einer grenzübergreifenden und verflechtenden Perspektive auf die deutsch-deutsche Geschichte. Anhand verschiedener thematischer Felder fragt der Band entsprechend nach Ähnlichkeiten, Unterschieden und Interaktionen zwischen Ost und West und stellt damit Christoph Kleßmanns Postulat einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ (2005) der beiden deutschen Staaten für die Zeit von 1970 bis 2000 zur Diskussion. Zugleich erhebt er den Anspruch, bestehende Konzepte – wie Individualisierung, Wertewandel, Krisenbewusstsein oder Konsumgesellschaft – auf ihre Eignung für eine deutsch-deutsche Geschichte hin zu überprüfen.

Den einzelnen Autor_innen, mehrheitlich aus dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, gelingt es in unterschiedlichem Maße, diesen parallelen Ansprüchen gerecht zu werden. Einigen Themen liegt die explizit verflechtende Perspektive offensichtlich von vornherein nahe. Frank Uekötter, der sich einer grünen Zeitgeschichte annähert, betont, „ökologisch war die Mauer stets durchlässig“ (S. 119), was er für Flussverschmutzungen, (Atom-)Kraftwerke, Schadstoffe, aber auch für den Austausch zwischen der west- und ostdeutschen Umweltbewegung zeigt. Maren Möhring begreift das Thema Mobilität und Migration als „Verflechtungsthematik par excellence“ (S. 369) und vermag das mit Blick auf Arbeitsmigration und Tourismus ebenso wie Flucht, Freikäufe oder Familienzusammenführungen eindrücklich vorzuführen.

Viele der Beiträge bieten eher klassische Vergleiche, die insbesondere dann inspirierende Momente hervorbringen, wenn sich sozial- mit kulturgeschichtlichen Aspekten mischen. So werden immer wieder analoge Visionen und Ängste beleuchtet – etwa von Ralf Ahrens und André Steiner, die in ihrem Beitrag zum Themenfeld Wirtschaft unter anderem nach der jeweiligen Wahrnehmung von Krisen und Strukturwandel fragen, oder von Rüdiger Hachtmann, der grenzüberschreitende Visionen von computerisierten,

automatisierten Arbeitswelten vorführt. Auch das Unterfangen, bestehende soziologische Deutungskonzepte kritisch auf ihre Reichweite zu prüfen, entfaltet sein (wenngleich begrenztes) Potenzial auf dieser vergleichenden Ebene. Christopher Neumaier und Andreas Ludwig etwa hinterfragen in ihrem Beitrag zur Individualisierung von Lebenswelten das Konzept des umfassenden Wertewandels seit den 1970er Jahren – auch für die Bundesrepublik. Winfried Süß diskutiert, inwiefern Kategoriensysteme sozialer Ungleichheit, die für marktwirtschaftliche Systeme entwickelt wurden, sinnvoll auf die DDR zu übertragen seien.

Neben dem konsequenten Vergleich verkümmert der verflechtende Ansatz leider bei einigen Beiträgen zum Appendix, zum Beispiel wenn Emmanuel Droit und Wilfried Rudloff cursorisch auf den letzten beiden Seiten ihres Beitrages gemeinsame Restbestände, wechselseitige Beobachtungen und systemübergreifende Herausforderungen im Bereich Bildung erwähnen oder wenn Neumaier/Ludwig in Bezug auf Konsum und Familienvorstellungen im Fazit zwar von einer „gegenseitigen Aufmerksamkeit und Kenntnisnahme“ (S. 281) sprechen, diese im Artikel aber nirgends vorführen.

Hier deuten sich (ungenutzte) Potenziale einer verflechtenden Perspektive an, die in ihrer Anwendung auf die deutsch-deutsche Geschichte bekanntermaßen kontrovers diskutiert wird. Weiterführend wäre es in Zukunft wohl vor allem, die verschiedenen Ebenen von Verflechtungen systematischer zu differenzieren. So ist in den Beiträgen neben gleichsam zwangsläufig grenzüberschreitenden Phänomenen von gegenseitigen Reaktionen und Rezeptionen in Abhängigkeit von der Systemkonkurrenz, von aktivem Wettstreit, vom Austausch von Erfahrungen und Wissen, von Akteursnetzwerken, aber auch von übergreifenden Bedürfnis- und Problemlagen die Rede. Zuweilen wäre eine klarere Trennung zwischen Verflechtungseffekten auf struktur- und erfahrungsgeschichtlicher Ebene hilfreich. Spannend für eine Vertiefung des Verflechtungsansatzes sind zudem Beschreibungen gegenläufiger Tendenzen. Einerseits fällt der Begriff der „Entflechtung“ (S. 322), andererseits vermuten Jürgen Danyel und Annette Schuhmann etwa, dass die deutsch-deutschen Sonderbeziehungen auf ökonomischer Ebene einen „begrenzten Verflechtungsrahmen“ (S. 285) für Computerisierung und Digitalisierung bildeten.

Die eigentliche Stärke des Bandes liegt sicherlich darin, die Langzeitwirkung geteilter Prägungen (im doppelten Wortsinne) von 1970 bis 2000 in den Blick zu nehmen. Der Blick über den Bruch 1989/90 hinweg spielt beispielsweise bei Frank Bösch und Jens Gieseke eine wichtige Rolle, die in ihrem Beitrag zum Wandel des Politischen Erklärungsansätze für die gesellschaftliche Entpolitisierung in den 1990er Jahren bieten. Jutta Braun zeigt in ihrem Beitrag zum deutsch-deutschen Sport, inwiefern etwa die Vernachlässigung des Breitensports in der DDR bis in die Gegenwart ihre Spuren hinterlassen hat. Frank Bösch und Christoph Classen führen die Unterschiede in Mediennutzung und Medieninhalten nach 1989 auf weiter zurückreichende, differierende Erwartungshaltungen unter den Rezipient_innen und auf abweichende Selbstverständnisse unter Journalist_innen zurück.

Insgesamt liegen mit dem Band recht umfangreiche, fakten gesättigte Einführungstexte in einzelne sozial- und kulturgeschichtliche Felder der Zeitgeschichte ab 1970 vor, die nicht nur einen Überblick über bestehende Forschungen geben, sondern auch Lücken aufzeigen. Gerade wegen des konsequent verfolgten deutsch-deutschen Vergleichs und des Blickes über den Bruch 1989/90 hinweg gehen sie über eine reine Ergänzung zu klassischen Übersichtswerken zur Geschichte der Bundesrepublik oder Geschichte der DDR hinaus. Fraglich bleibt, inwiefern es dafür der Betonung des Verflechtungsansatzes in diesem Umfang bedurfte.

Hamburg

Yvonne Robel

Bundesweite Erinnerungskultur

Funkenberg, Merle: Zeugenbetreuung von Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfern bei NS-Prozessen (1964–1985). Zeitgeschichtlicher Hintergrund und emotionales Erleben, 371 S., Psychosozial, Gießen 2016.

„Die Verbrechen lassen sich, scheint mir, juristisch nicht mehr fassen, und das macht gerade ihre Ungeheuerlichkeit aus“ schrieb Hannah Arendt an Karl Jaspers im Zusammenhang mit dem Auschwitzprozess (vgl. S. 102). Als sich seinerzeit Widerstandskämpfer und Holocaust-Überlebenden als Zeugen in die BRD

begaben, stand die Psychotraumatologie noch in ihren Anfängen. Bevor diese Problematik von professioneller Seite aufgegriffen wurde, begannen ehrenamtliche Helfer sich in der Zeugenbetreuung zu engagieren. Im vorliegenden Buch untersucht Merle Funkenberg die Betreuung von Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfern, die als Zeugen in NS-Prozessen vernommen wurden. Neben dem zeitgeschichtlichen Hintergrund beleuchtet sie insbesondere die Motivation der Helfenden, das emotionale Erleben der Betreuungsarbeit und die psychische Verfassung der Zeugen in einem von einer von Mitläuferpsychologie und Schlussstrichmentalität geprägten Nachkriegsgesellschaft (S. 22). Damit richtet die Autorin ihren Blick auf ein „bisher von der Forschung völlig unbeachtete Feld“ (S. 38).

Nach einem grundlegenden Teil zu Fragestellung, Forschungsstand, Quellenlage und Methoden des qualitativen Forschungsprojekts nähert sich die Verfasserin in einem Kapitel der Zeugenbetreuung in ihrer Zeit, der „als Reflexionsrahmen für die darauffolgenden Auswertungen des Archivmaterials und der narrativen Interviews dienen soll“ (S. 38). Dazu fokussiert sie auf den historischen Kontext sowie die seinerzeit vorherrschende Lehrmeinung zu Spätfolgen von Konzentrationslagerhaft, den Opferschutz und die juristischen Grundprinzipien der Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. In viergliedrigem Vorgehen stellt sie die Betreuung der Zeugen in den größeren Kontext der „Vergangenheitsbewältigung“ und präsentiert damit für die vorliegende Studie einen Referenzrahmen (S. 42). Die kursorische Darstellung des Forschungsgegenstands orientiert sich nach drei Aspekten: Der Gruppe der NS-Verfolgten, den Konjunkturen der Prozesse gegen nationalsozialistische Verbrechen sowie das Engagement von Initiativen und Einzelpersonen im Erinnerungsprozess. Dabei richtet die Verfasserin ihr Interesse darauf, inwiefern das politische und gesamtgesellschaftliche Klima der 1950er bis frühen 1980er Jahre die juristische Aufarbeitung beeinflusste und umgekehrt (S. 49).

Funkenberg schließt, dass in den Jahren der NS-Prozesse nicht nur die „gesamtgesellschaftliche Verfasstheit eine andere als heute“ war, sondern auch „die Wahrnehmung der ehemals Verfolgten seitens der Vertreter der klassischen Psychiatrie [...] sich stark von aktuellen Einschätzungen“ unterschied (S. 56). Beispielhaft führt sie hier die Feststellung des österreichstämmigen Emigranten und Psychoanalytiker

Kurt Eissler einer „Einfühlungsverweigerung“ vieler Psychiater in die Leiden der Überlebenden der Konzentrationslagerhaft an (S. 63). Vor diesem Hintergrund betrachtet die Verfasserin den Opferschutz und die Spezifik der NS-Verfahren (S. 74).

Im Kapitel zum institutionellen Rahmen der Betreuung wird zunächst die Gründung der ersten Helferkreise in Frankfurt, dann die Entstehung eines bundesdeutschen Netzwerks beleuchtet. Darüber hinaus untersucht Funkenberg exemplarisch weitere Helferkreise, insbesondere in Darmstadt, Bremen, Hamburg und Hagen. Dazu wertete die Autorin Quellenmaterial zur formalen Organisation und zum formalen Ablauf der Zeugenbetreuung aus. Das Ziel lag darin, typische Abläufe, organisatorische Probleme sowie Lösungen, die sich im Spannungsfeld der extremen psychischen und physischen Belastungen, die sich aus dem juristischen Vorgehen im Rahmen der Einhaltung einer korrekten Einhaltung der Strafprozessordnung ergaben, darzustellen (S. 105). Wegen des eher informellen Charakters der Helferkreise vermutet die Autorin, dass die Betreuungsarbeit bundesweit weitaus in mehr Städten stattfand als in den in den Quellen gezählten 22 Städten (S. 161).

Im Abschnitt zu emotionalen Aspekten von Zeugenschaft und Betreuung stehen die geführten Zeitzugengespräche im Mittelpunkt. Nach einer kritischen Reflexion der Spezifik der Methode „Oral History“ geht die Autorin auf das konkrete Erhebungs- und Auswertungsverfahren im Rahmen der vorliegenden Studie ein. Anschließend folgen die Kurzbiografien der Interviewpartner.

Die eigentliche Interviewauswertung folgt nach inhaltlichen Kategorien mit dem Ziel, einen Überblick zu vergleichbaren sowie divergierenden Erfahrungen von Betreuern und Zeugen zu schaffen. Die detailreiche Gesprächsanalyse zeichnet ein Bild einer äußerst intensiven und nachhaltigen Initiative: „Was als ‚Lotsenfunktion‘ in der fremden Großstadt begann, wurde vielfach zu einem äußerst facettenreichen wie nachhaltigen Kontakt“ (S. 302). Dieser habe neben der praktischen auch auf persönlicher Ebene bestanden.

Als Teil der sich entwickelnden bundesdeutschen Erinnerungskultur analysiert Funkenberg die Frage der öffentlichen Wahrnehmung der Zeugenbetreuung insbesondere in den Massenmedien Presse, Rundfunk, Fernsehen sowie öffentliche Auftritte von Opferzeugen im Rahmen von „Zeitzeugenveranstaltungen“. Auch der Frage der Rezeption der NS-Prozesse in den

bundesdeutschen Medien geht die Autorin nach. Abschließend betrachtet die Verfasserin die Weiterentwicklung und Professionalisierung sowie die aktuelle Situation der Opferzeugenbetreuung in der Bundesrepublik und im internationalen Rahmen.

Der Autorin gelingt es anhand von Interviews, Briefen und Berichten die Einzigartigkeit der Begegnungen von Zeugenbetreuern mit Holocaust-Überlebenden und Widerstandskämpfern nachzuzeichnen und einzuordnen. Sie zeigt auf, dass das Engagement der Betreuer sowohl quantitativ als auch qualitativ in weitaus größerem Umfang stattfand, als im Vorfeld angenommen (S. 337). Insbesondere die Gespräche macht sie als zentralen Bestandteil der Betreuungsarbeit jenseits der Prozesse aus: „Sie bildeten die Basis für die erfolgreiche Umsetzung [...] [einer] Leitidee Zeugenbetreuung, welche neben der Begleitung zum Gericht und dem Beistand bei formalen Fragen primär auf die persönliche Begegnung abhob“ (ebd.). Funkenberg zeigt auf, dass die Betreuer Ängste, Probleme und Hoffnungen der Überlebenden direkt erlebten und oft die Funktion des ersten und wichtigsten Gesprächspartners einnahmen (ebd.).

Zwar kann die vorliegende Untersuchung keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben, da es sich um eine qualitative Erhebung handelt, doch traf die Autorin die Wahl ihrer historischen und empirischen Quellen im Sinne einer theoretischen Sättigung. Mit möglichen Schwachstellen aufgrund des Materials oder der Methoden setzt sich die Verfasserin kritisch auseinander. Vielmehr beweisen die äußerst dünne Quellenlage sowie ungünstige Ausgangslage in der Recherche, dass Merle Funkenberg in diesem Projekt wertvolle Pionierarbeit in Sachen Vergangenheitsbearbeitung geleistet hat.

Mit ihrem interdisziplinären Ansatz bietet die vorliegende Arbeit wertvolle Ansätze, Hintergründe und Informationen für eine breite Leserschaft – nicht nur aus dem Bereich der Rechtswissenschaft, Politologie, Geschichte oder Soziologie. Damit schließt dieser Band eine Forschungslücke im Zusammenhang mit den Prozessen gegen nationalsozialistische Gewaltverbrechen und leistet einen wertvollen Beitrag sowohl zu einer bundesweiten Erinnerungskultur als auch zum transnationalen Dialog mit den Opfern.

Ulm

Felicitas Söhner

Genderprofessorinnen „der ersten Stunde“ erzählen

Bock, Ulla: Pionierarbeit. Die ersten Professorinnen für Frauen- und Geschlechterforschung an deutschsprachigen Hochschulen, 1984–2014, 325 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Das Recht auf Abtreibung, der Kampf um Selbstbestimmung und die Abschaffung geschlechtsspezifischer Diskriminierung waren die Eckpfeiler der Neuen Frauenbewegung, der auch viele Studentinnen angehörten. Ab Mitte der 1970er Jahre drangen die Forderungen dieser sozialen Bewegung zunehmend in das gesellschaftliche Bewusstsein vor, bis hin zu ihrer institutionellen Verankerung in Parteien, Verbänden und staatlichen Institutionen. Die im Zuge dieser Entwicklung erkämpften Lehrstühle für Frauen- und Geschlechterforschung sind der Ausgangspunkt der Untersuchung von Ulla Bock. Die Autorin ergründet im Sinne der Wissenschaftsgeschichte die Entstehung der Genderprofessuren, in welchem Umfeld sie sich entwickelten und welche Themen sie berührten. Sie analysiert dafür die Anzahl der Lehrstühle und untersucht die verschiedenen theoretischen Bezüge. Insbesondere aber fragt Bock danach, wer die „akademischen Kämpferinnen der ersten Stunde“ waren und was die einstigen Akteurinnen zu berichten haben. Diese Berichte machen die Untersuchung besonders lebendig und die Lektüre des Buches so interessant.

Die Autorin gehörte in den 1970er Jahren selbst zu jenen Kämpferinnen, deren Geschichte sie präsentiert. Als Soziologiestudentin an der neu gegründeten Reformuniversität Bielefeld engagierte sie sich für die Errichtung der (ersten) „Geschäftsstelle Frauenforschung“, die 1980 zunächst befristet und ab 1987 dauerhaft an der dortigen Universität eingerichtet wurde. Lange Jahre war sie Geschäftsführerin der „Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin“, die 2016 in „Margherita-von-Brentano-Zentrum“ umbenannt wurde. In dieser Funktion war Bock in den verschiedensten akademischen Frauennetzwerken gut eingebunden. Auch die im Rahmen ihrer Studie befragten Gesprächspartnerinnen kannte die Autorin lange Jahre, sodass eine vertraute Begegnung stattfand. Dass dies nicht unbedingt von Vorteil ist, problematisiert sie selbstkritisch zu Beginn der Arbeit, wissenschaftliche Distanz

schaffte sie sich durch Reflexivität ihres Vorgehens. Die Studie kann gleichwohl von dieser Vertrautheit profitieren, denn die damaligen Professorinnen erlaubten der Autorin gründliche Einblicke in ihre Werdegänge.

Zunächst steckt Bock ihr Untersuchungsfeld ab: Hauptdatenquelle ist die „Berliner Datenbank für Professuren mit einer Voll- und Teil-Denomination für Frauen- und Geschlechterforschung an deutschsprachigen Hochschulen“, die Informationen zu den Professuren, deren Stelleninhaberinnen in Deutschland, Schweiz und Österreich bündelt. Aus diesem Datenpool ermittelte die Autorin 63 Professorinnen „der ersten Stunde“, von denen sie wiederum 38 Frauen der Jahrgänge 1934 bis 1949 anhand eines Leitfadens interviewte. Fast alle von ihnen waren inzwischen im Ruhestand. Weniger als ein Drittel der 64 Genderprofessuren hatte eine Volldenomination für Frauen- und Geschlechterforschung; 46 Lehrstühle wiederum hatten eine Teildenomination, wiesen den Genderaspekt folglich als Zusatz aus. Waren die ersten Lehrstühle noch ausschließlich von Professorinnen besetzt, so finden sich seit 2002 unter den 25 wiederbesetzten Professuren inzwischen drei männliche Kollegen. 37 Professuren, und demnach mehr als die Hälfte, wurden nach der Emeritierung der Stelleninhaberin gar nicht mehr ausgeschrieben.

In dichter Abfolge schildert Bock fachkundig die „Zeiten des Um- und Aufbruchs“ (S. 32), die Anfänge der Neuen Frauenbewegung, die in den Hochschulen Widerhall fanden. Frauenforschung wurde betrieben, oft nach amerikanischem Vorbild, die feministischen Aktivistinnen organisierten Frauenkongresse, Sommeruniversitäten. Studentinnen und Dozentinnen boten Frauenseminare an. Mit Zunahme der Frauen an den Hochschulen verstärkte sich der (Geschlechter-)Kampf um die raren Stellen, aber auch um Inhalte. Bock präsentiert eine Auswertung kommentierter Vorlesungsverzeichnisse der Geschichtswissenschaft an verschiedenen Universitäten, die eine kleine Überraschung zutage fördert: Für den Zeitraum von den 1970er bis Mitte der 1980er Jahren ist eine erhebliche Beteiligung männlicher Lehrender an frauenspezifischen Inhalten zu konstatieren (S. 41); unerforscht und unklar bleibt freilich, inwiefern sich dieser Befund auch auf andere Disziplinen übertragen lässt.

Im zweiten, umfangreicheren Teil der Untersuchung kommen die Professorinnen „der ersten Stunde“ gründlich zu Wort. Anhand unterschiedlicher Topoi wie beispielsweise „Bedeutung der

Frauenbewegung“, „Vorbilder“ oder „Bedeutung von Frauennetzwerken“ und „Rückblicke auf die eigene Hochschultätigkeit“ klopft sie die Gespräche mit den Genderforscherinnen auf berufsbiografische Aspekte hin ab. Da Bock die Interviewauszüge passagenweise hintereinander aufreihet, die Frauen erzählen, sich ergänzen oder widersprechen lässt, kommt es leider immer wieder zu Redundanzen. Die Vorstellungen, Entscheidungen und Lebensverläufe der einzelnen Erzählerinnen werden, einzelnen Statements gleich, aneinandergereiht, sodass sie sich eher als eine Art „Erinnerungssteppich“ präsentieren. Hier wäre eine klarere Positionierung der Autorin hilfreich gewesen. Die Frauen schildern die Schwierigkeiten, im männlich dominierten akademischen Betrieb Fuß zu fassen, beschreiben die empfundene Fremdheit. Viele erwähnen die Zufälligkeiten ihrer wissenschaftlichen Laufbahn, betonen die Bedeutung der Frauenbewegung und der akademischen Frauennetzwerke. Interessanterweise thematisiert Bock in diesem Zusammenhang nur selten biografische Besonderheiten jenseits sozialer Bezugspunkte. Die Erfahrungswelten weiblicher Akademikerinnen erscheinen dadurch unabhängig von nationalen beziehungsweise politischen Kontexten. Ob jemand in den 1980er Jahren oder späterhin in der Schweiz, in Österreich oder in Deutschland Frauenforschung betrieb, wird nicht differenziert. Dass eine der Interviewten, Irene Dölling, ihre Karriere in der ehemaligen DDR begonnen hatte, geht in dieser Kollektivbiografie leider nahezu unter. Obwohl sie ihre Karriere als Professorin erst nach dem Ende des sozialistischen Staates begann, entwickelte sie ihr Forschungsinteresse bereits in der DDR. Darüber wären weitere Ausführungen seitens der Autorin wünschenswert gewesen. Zwar werden die Erzählerinnen anhand des im Anhang befindlichen Personenregisters und der Kurzporträts sichtbar, dennoch könnten die Selbstreflexionen von Ilona Ostner, als erster Genderprofessorin, oder die von Carol Hagemann-White, die zwei Professuren der Frauen- und Geschlechtergeschichte innehatte, weitere Eindrücke der damaligen Realitäten vermitteln, wenn sie stärker an konkrete Zusammenhänge gekoppelt wären. Hier hätte Bock ihr Wissen auch mit den Fragen nach der Zukunft dieser Lehrstühle verbinden können.

Neben berufsbiografischen Themen widmet sich Bock in ihrer Untersuchung dezidiert auch der wissenschaftlichen und politischen Perspektive der Genderforschung. Die retrospektiven Einschätzungen, die sie dabei präsentiert, ernüchtern – biografisch sind sie sicherlich

nachvollziehbar. Denn die Mehrzahl der Gesprächspartnerinnen hat ein ambivalentes Verhältnis zu den Genderprofessuren: Manch einer gelang zwar damit der Karriereanstieg, doch bewerten viele diese Professur in der Rückschau als Sackgasse im herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb. Die Frage nach der Zukunft der Frauen- und Geschlechterforschung als eigenständige Disziplin beantworten die Interviewten zurückhaltend. Ein zweigleisiger Weg wird vorgeschlagen, wie ihn viele, oftmals nicht freiwillig, schon immer gegangen waren: „interdisziplinäre Perspektive und Integration in die Fachdisziplinen“ (S. 193). Auch Verbindungen zu anderen „Ungleichheitslinien“ wie zum Beispiel der *diversity*-Forschung oder den *postcolonial studies* scheinen nach Einschätzung der Genderprofessorinnen nur sinnvoll, solange diese nicht zu einer Verdrängung der Geschlechterfragen führen. Kommentare wie diese zeigen, dass hier politische Strategien mit der Realität kollidieren und statt Zukunftsvorstellungen Pragmatismus gefragt ist. Aufgrund von Einsparaufträgen an den Universitäten werden wenig geschätzte Professuren, leidige Forschungsschwerpunkte gestrichen beziehungsweise Forschungsprojekte der Frauen- und Geschlechterforschung durch zeitlich befristete Stellen marginalisiert. Zwar zeigen Hochschulen heute die Bereitschaft, den Anteil von Frauen auch auf der Professorebene zu erhöhen, doch bleiben die Hürden für Akademikerinnen offenbar weiterhin hoch – und die Konkurrenz schläft nicht. Im Einklang mit den interviewten Genderprofessorinnen appelliert Bock schließlich, zumindest den Verlust des Erfahrungswissens der Frauen- und Geschlechterforschung zu verhindern. Mit ihrem Buch hat sie diesbezüglich einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen. Es bleibt abzuwarten, wie viele mit ihr gehen werden.

Münster

Sabine Kittel

POLITIKWISSENSCHAFT

Ist der Mensch fähig zum In-der-Welt-Sein?

Sloterdijk, Peter: Was geschah im 20. Jahrhundert? Unterwegs zu einer Kritik der extremistischen Vernunft, 348 S., Suhrkamp, Berlin 2016.

Der Mensch ist eine invasive, wahrscheinlich sogar destruktive Lebensform. Um das zu verstehen, ist es gar nicht nötig auf Krieg und Völkermord zu verweisen. Vielmehr sind Umweltverschmutzung, eine ungesunde oder kurzsichtige Lebensweise in den Wohlfahrtsgesellschaften sowie Armut und Hunger in der restlichen Welt eindeutige Belege. Wie zu anderen historischen Zeitpunkten stellt sich die Frage: Was tun? Peter Sloterdijk legt mit seinem Buch „Was geschah im 20. Jahrhundert?“ etwas vor, was als eine Antwort, in jedem Fall aber als Reflexion von dem was falsch lief und zum Teil noch läuft, verstanden werden kann – ein sprachlich elaborierter, philosophisch gekleideter, erhobener Zeigefinger.

Das Buch umfasst zwölf Beiträge, die auf orale Performanzen und Texte aus den Jahren 2005 bis 2015 zurückgehen. Der Autor verzichtet auf ein Vorwort und gibt dem Leser nur eine editorische Notiz an die Hand. Diese klärt zwar den Anlass der Textgenese und bemerkt, dass alle Teile „einer Revision unterzogen“ (S. 347) wurden, es bleibt aber ungeklärt welcher Logik die Kompilation folgt. Dies kulminiert im Negativen darin, dass drei Beiträge gar nicht zugeordnet werden.

Die Klammer, die beim Lesen deutlich wird, ist die Beschreibung des Menschen in der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Sloterdijk tangiert in der Folge, mit seinen an Neologismen reichen Ausführungen, die wesentlichen Herausforderungen des In-der-Welt-Seins. Im Einzelnen beginnt der Band mit einem Aufsatz zum „Anthropozän“, der den Grundtenor der Publikation wiedergibt. Der Begriff beinhaltet eine Beschreibung des gegenwärtigen Erdzeitalters, die davon ausgeht, dass der Mensch, um Arthur Schopenhauer zu paraphrasieren, nicht mehr nur „als flüchtiger Schimmelpilz an der Oberfläche des Planeten Erde“ zu betrachten ist (S. 9). Vielmehr ist die durch uns bewohnte Kugel zu einem Raumschiff geworden, dass wir selbst bedienen müssen (S. 23). Das Leben stellt sich damit abweichend von der Sichtweise der Philosophie im 20. Jahrhundert „als ein An-Bord-Sein auf einem störungsanfällig kosmischen Fahrzeug“ (S. 25) dar. Die richtigen „Schaltungen“, sprich die Frage der Lebensweise, erweisen sich somit als Chance zum Leben oder als Weg in den Tod (S. 41). In die gleiche Richtung argumentiert der Beitrag „Starke Beobachtung. Für eine Philosophie der Raumstation“. Der titelgebende Aufsatz „Was geschah im 20. Jahrhundert? Unterwegs zu einer Kritik der extremistischen Vernunft“ hebt ebenfalls die Eskalation des menschlichen Einflusses auf seine Mitmenschen

– etwa über ausschließende Gruppenlogiken – sowie auf seine Umwelt hervor und regt letztlich zur Frage nach dem Sinn des Lebens an (S. 136).

Den zweiten Schwerpunkt bilden differenzierte Betrachtungen zur Globalisierung in ihrer historischen Dimension und ihrer gegenwärtigen Auswirkungen. In den Beiträgen „Das Experiment Ozean“, „Die synchronisierte Welt“, „Die permanente Renaissance. Die italienische Novelle und die Nachrichten der Moderne“ und indirekt „Odysseus der Sophist“ wird mehr oder weniger dicht die Argumentation aus „Im Weltinnenraum des Kapitals“ von 2005 – jeweils anlassabhängig – reproduziert.

Im Bereich der Auswirkungen der vollständigen Erschließung der Welt finden sich die für Europa aktualitätsschwangeren Bezüge zur Frage von Geflüchteten und Zuwanderung. Der Autor führt aus: „Die Europäer können sich nicht aus der Verantwortung in Globalisierungsfragen herausargumentieren. Sie dürfen heute nicht die Wehleidigen spielen, nachdem sie sich 500 Jahre lang in der Rolle der Robusten gefielen. Eine solche defensive und ausweichende Haltung wäre nicht nur unwürdig, sondern auch falsch, und zwar in historischer wie in politischer und ökonomischer Hinsicht“ (S. 89). Die Entwicklung der Möglichkeit, dass das Hin- und Herreisen nun keine rein europäische Domäne mehr ist, führe zu einer „Krise der Lebensformen“ (S. 90). Es trete eine Veränderung von eher abgegrenzten dickwandigen (Container-)Gesellschaften, zu durchlässigen, daher dünnwandigen (Container-)Gesellschaften (S. 91), auf. Weiterhin beschäftigt sich der Aufsatz „Von der Domestikation des Menschen zur Zivilisierung der Kulturen“ mit der Frage des Ungleichgewichtes von Geburtenraten in beispielsweise Afrika und Europa und den hieraus ableitbaren Dynamiken für globale Migrationsströme respektive möglichen Konflikten: „Die Kulturen mögen in ihren internen Solidarsystemen häusliche Ordnungen respektieren, in ihren Außenverhältnissen jedoch bleibt die Häuslichkeit unvollendet, weil sich die Einzelkulturen oft keineswegs unter ein gemeinsames Dach begeben, sondern füreinander fremde, nicht selten feindliche Umwelt bilden“ (S. 51; Huntingtons „Clash of Civilizations“ lässt grüßen).

Darüber hinaus finden sich stärker ideengeschichtliche Abhandlungen etwa zu „Der Denker im Spukschloß. Über Derridas Traumdeutung“, „Heideggers Politik: Das Ende der Geschichte vertagen“ und „Der andere Logos oder: Die Vernunft der List“.

Es entsteht der Eindruck, dass es lediglich um eine Sammlung weit verstreuter Aufsätze an einem Ort ging. Dazu wäre eine weitere inhaltliche Verbindung, die das Werk eigenständig wertvoll gemacht hätte, wünschenswert gewesen. Allerdings ist durchaus zu erkennen, dass im Rahmen der Bearbeitung der Beiträge gewisse Aktualitätsbezüge eingeflochten wurden. Gleichwohl stößt die Lesefreude in dem Moment an Grenzen, wo beispielsweise die Globalisierung zum wiederholten Male auf die gleiche Weise erklärt wird. Gerade im Anschluss an die „Schrecklichen Kinder der Neuzeit“, war der Titel vielversprechend. Doch ohne Einleitung beziehungsweise ein Vorwort bleibt der Band hinter diesen Erwartungen zurück. Lesenswert ist er indes nicht nur für Exegeten, sondern in seinen Einzelteilen als relativ einfacher Zugang zu Aspekten von Sloterdijks Werk.

Rostock

Christian Nestler

Existentialistische Staatsverständnisse?

Schönherr-Mann, Hans-Martin: Gewalt, Macht, individueller Widerstand. Staatsverständnisse im Existentialismus, 250 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Existentialistische Staatsverständnisse?, ließe sich mit Verwunderung fragen, steht die mit den großen Figuren französischer Intellektualität verbundene Philosophierichtung doch für einen Individualismus par excellence, der sich vornehmlich in Gegnerschaft zu Gesellschaft und staatlicher Herrschaft verortet. Die Monographie Hans-Martin Schönherr-Manns will jedoch zeigen, dass sich die existentialistische Haltung zu Staat und Politik nicht in einer rein negativen oder gar nihilistischen Pose erschöpft.

Die Darstellung sechzehn existentialistischer Autor_innen gliedert sich in fünf Teile. Im ersten werden der Marquis de Sade, Søren Kierkegaard und Max Stirner als „Wegbereiter“, im zweiten Teil Friedrich Nietzsche, Henri Bergson sowie der vermutlich eher unbekanntere Carlo Michelstaedter als „Vorläufer“ existentialistischer Ansätze vorgestellt. Im dritten Teil widmet sich der Autor den „metaphysischen“ Konzeptionen des Existentialismus bei Gabriel Marcel, Karl Jaspers und Emil Cioran, um nach dem vierten Teil mit den „Randgängern“ Martin Heidegger, Hannah Arendt und Georges Bataille schließlich im fünften unter dem

Titel „emanzipativer Existentialismus“ zu dem berühmten „Dreigestirn“ zu kommen: Albert Camus, Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir, zu denen Schönherr-Mann, was sicherlich streitbar ist, außerdem Maurice Merleau-Ponty gesellt.

Die im Titel genannten Begriffe „Gewalt“, „Macht“, „Widerstand“ werden dabei in den meisten Einzelportraits nur gestreift, eine zuspitzendere Darstellung, inwiefern überhaupt, und wenn ja, welches Verhältnis genau die jeweiligen Autor_innen zu diesen zentralen Begriffen des Politischen einnehmen, wäre hilfreich gewesen, um die originär *politische* Dimension der verschiedenen Existentialismus-Konzeptionen noch stärker herauszuarbeiten. Mit diesem Kunstgriff hätten deren Gemeinsamkeiten, vor allem aber die Unterschiede deutlicher hervorgehoben werden können. So vermag die eher schematisch verbleibende Zuordnung jedoch nicht restlos plausibel zu machen, ob sich die Rubriken „Wegbereiter“ oder „Vorläufer“ überhaupt auf eine mögliche politische Dimension des Existentialismus beziehen und inwiefern die ihnen jeweils zugeordneten Autor_innen wiederum von „Randgängern“ zu differenzieren sind, zumal diese Zuschreibungen innerhalb der entsprechenden Kapitel auch verwechselt werden und somit für Verwirrung stiften. Eventuell sind die ideengeschichtlichen Bezüge untereinander auch zu lose. Hinweise auf antizipierende Gedankengänge von Autoren wie etwa Michelstadter, der in der heutigen Forschung als „esistenzialista ante litteram“ (S. 85) gilt, oder auf Rezeptionslinien von de Sade zu de Beauvoir, von Heidegger zu Arendt oder von Bergson zu Sartre werden zwar hie und da eingestreut. Doch wie heterogen die verschiedenen Existentialismus-Ansätze schon für sich genommen, umso mehr aber hinsichtlich ihrer Staats- und Politikkonzeptionen sind, erschließt sich aus der Aneinanderreihung von Portraits erst auf den zweiten Blick.

Die in der Einleitung unternommene viel entscheidendere Unterscheidung zwischen einem metaphysisch beziehungsweise religiös orientierten Existentialismus à la Jaspers oder Marcel auf der einen Seite und dem emanzipatorischen Existentialismus unter anderem von Sartre auf der anderen erhellt hingegen durchaus den eminenten Stellenwert des Politischen bei den emanzipatorischen Existentialist_innen, der sich von der zuweilen nebulösen Heilserwartung an charismatische Führungspersönlichkeiten (Bergson, Cioran, Heidegger) oder philosophischer Vernunft (Jaspers) abhebt. Insbesondere die religiös motivierte

Skepsis gegenüber Weltlichkeit, die sich zuweilen zu Weltschmerz, Kulturpessimismus und Selbstentfremdungsempfindung steigert (Kierkegaard, Nietzsche, Michelstaedter) ist als Gegensatz zum *homme révolté* bei Camus, Sartre und de Beauvoir – aber auch bei Arendt – zu sehen. Bei den letztgenannten Autor_innen geht es tatsächlich um eine politische Position, die sich explizit aus einer radikal individualistischen Perspektive ergibt und vor allem im „engagierten Bürger“ (S. 236) ihr Paradebeispiel findet. Wenngleich sich die Ansätze des „Dreigestirns“ im Einzelnen noch einmal stark voneinander unterscheiden, eint sie, dass aus der existentiellen Erfahrung der Vereinzelung und der Einsamkeit des Menschen weder eine resignative noch eine religiöse Weltabkehr resultieren muss, sondern genau das Gegenteil eintreten kann: die Hingabe an die Welt, an das Miteinander mit anderen Menschen und an die individuelle Verantwortung, gemeinsam zu handeln und für dieses Handeln einzustehen. In diesen Taten entstehe dann fürwahr eine politische Sphäre – und zwar eine, die aus dem Widerstand gegen ungerechte, militärische, koloniale oder totalitäre Herrschaft (Camus, Sartre) entspringt oder aus der pluralistischen Kollektivität von Individuen, die sich gemeinsam mit dem Ziel demokratischer Partizipation ermächtigen (Arendt). Maßgeblich ist dabei für Sartre oder de Beauvoir die individuelle Entscheidung, das heißt eine Angelegenheit des Bewusstseins, die sich in der subjektiven Erkenntnis der Freiheit ausdrückt.

Im fünften Teil der Monographie gelingt es Schönherr-Mann dann auch, den originär existentialistischen Freiheitsbegriff aus der oftmals als rein schöngeistig wahrgenommenen Ecke zu holen und seine zentrale Bedeutung für eine Theorie des modernen Individuums im industriellen Zeitalter zu betonen. Dass dieses Individuum trotz kapitalistischer Entfremdung, gesellschaftlichem Zwang und historischem Traditionsbruch – freiwillig – die Rolle der politischen Akteur_in, und zwar sowohl als Mit- als auch als Gegenspieler_in demokratisch verfasster Staaten, zu wählen habe, wird zum Beispiel anhand von de Beauvoirs Konzeption feministischer Emanzipation verdeutlicht (vgl. Kap. 16). Der Staat, der aus der Perspektive von Frauen der patriarchale Feind ist, enthebe diese nicht der Verantwortung, das Leben in die eigene Hand zu nehmen und selbst zu gestalten. Dies führe im besten Falle, durch die kollektive Verknüpfung der Einzelentscheidungen, zu einem revolutionären Staat im Sinne Sartres. Damit mag noch keine normative, verallgemeinerbare

Staatstheorie vorliegen, aber eine zu Unrecht bislang (zu) wenig beachtete Konzeption politischer Widerständigkeit, die sich durchaus zu entdecken lohnt.

Hannover

Franziska Martinsen

Spuren der Gewalt im Begriff des Politischen

Liebsch, Burkhard: Unaufhebbare Gewalt. Umriss einer Anti-Geschichte des Politischen, 518 S., Velbrück, Weilerswist 2015.

„Was zeichnet im globalen Horizont, in dem wir füreinander Fremde sind, überhaupt das Politische aus“ (S. 22, Hervorhebung im Original)? Was meint der Begriff des Politischen und in welchem Verhältnis steht er zur Gewalt? Burkhard Liebsch geht diesen Fragen in einer Sammlung von Untersuchungen nach, die aus einer Vorlesung zur Geschichte des Politischen in der Perspektive einer Theorie der Gewalt hervorgegangen ist. In 15 Kapiteln will er einen „bislang vielfach vernachlässigten Akzent“ (S. 18) setzen, indem er die Ideengeschichte nach der unauflösbaren Gewalt befragt, sie verortet, reinterpretiert, in Teilen revidiert und so fortsetzt.

Der Autor sucht hierzu bei zentrale Theoretiker_innen nach Spuren des Verhältnisses des Politischen zur Gewalt, die in den führenden Narrativen überlesen werden: von Platon und Aristoteles, über Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes, Immanuel Kant, Carl Schmitt und Martin Heidegger, zu Jean-Paul Sartre, Hannah Arendt, Jacques Rancière, Chantal Mouffe und Avishai Margalit, Jacques Derrida, Jean-Luc Nancy, bis Paul Ricoeur – um nur die Hauptreferenzautor_innen zu nennen, zwischen denen weitere „Zwischenstationen“ liegen. Diese Untersuchungen auf über 500 Seiten können hier im Detail nicht nachvollzogen werden. So greife ich im Folgenden lediglich zentrale Punkte heraus.

Liebsch betrachtet seine Untersuchungen als eine Art „Anti-Geschichte des Politischen“, in der er „diese Geschichte gewissermaßen gegen den Strich“ (S. 17) liest. „Gegen den Strich“ heißt etwa bei Aristoteles, der „eine durchgängig positive Aufgabe“ (S. 82) verfolge, Spuren der Gewalt zu ergründen, oder den als „Ästhet der Gewalt-samkeit“ (S. 120) bezeichneten Machiavelli auf der Suche nach Gewaltvermeidung zu betrachten;

oder aber bei Schmitt nicht souveräne politische Subjekte, die darauf zielen, ihre Feinde zu vernichten, an den Anfang zu stellen, sondern „die Angst eines um sein Leben besorgten Subjekts“ (S. 197, Hervorhebung im Original).

Im Fokus steht dabei das Verhältnis des Politischen zur Gewalt; beide sind für Liebsch unaufhebbar miteinander verbunden. Von der Negativität der Gewalt ausgehend – die sich in Formen der vernichtenden Gewalt, aber auch in struktureller oder subtiler Gewalt zeige – fragt Liebsch nach dem Sinn des Politischen. Dabei schreibt er gegen das Narrativ der Einhegung der Gewalt durch Recht im Staat an (S. 52); das Potenzial der Gewalt werde im Staat vielmehr ins Maßlose gesteigert. Ob wir mit anderen politisch existieren, hänge davon ab, ob wir Ansprüche Anderer achten, ob wir auf sie hören und sie anerkennen, was „kein Recht der Welt“ (S. 454) verbürgen könne. Der existenzielle Moment des Politischen liege in der „Einbeziehung Anderer“ (S. 196; Hervorhebung im Original), nicht wie Schmitt meine in der Vernichtung des Feindes. „Menschen stiften (und zerstören) eine menschliche Welt allein durch das, was zwischen ihnen geschieht“ (S. 271, Hervorhebung im Original); und sie können Anderen darin einen Platz einräumen, sie verstoßen, oder gar vernichten. Entsprechend ist der/die Andere dem Politischen immer wieder zentral: als Koexistierende_r, mit der/dem man sich auseinandersetzt; als Feind_in, die/den man vernichten muss; oder als Mithandelnde_r in einer gemeinsamen politischen Lebensform.

Die Antwort auf die Frage nach dem Politischen könne immer nur eine zwischenzeitliche sein. Eine letztgültige Begründung des Politischen sei unmöglich. Wenn die Frage nach dem Politischen heute gestellt werde, dann sei es der globale Horizont, vor dem sie beantwortet werden müsse, mittels einer retrograden Befragung der Ideengeschichte. Das Politische müsse „aus dieser Wirklichkeit hervorgehen und ihrerseits in diese Wirklichkeit wieder einfließen“ (S. 130). Dabei gerieten jeweils Aspekte des Politischen in den Hintergrund. Auch von daher könne es keine endgültige Antwort auf die Frage nach dem Politischen geben. So unterscheiden sich auch die Antworten, die die Referenzautor_innen anbieten, die vom guten Leben, der Aufhebung der Gewalt bis zur Bedrohung des nackten Überlebens reichen.

Die Geschichte des politischen Denkens erscheint in Liebschs Werk als eine Geschichte der Auseinandersetzung mit der Welt und mit den

Anderen, die dem Wandel der Zeit unterworfen ist. Dies macht das Politische als zentralen Begriff der Politikwissenschaft zu einem umstrittenen, umkämpften Begriff, der dem Fach die Auseinandersetzung darüber, was das Politische ausmacht, zugrunde legt.

Dennoch scheint es Konstanten zu geben. Wir sind dem Politischen „ausgesetzt; setzen uns ihm aber auch aus und müssen das tun, wollen wir nicht die Welt im Stich lassen, die es als politische nur durch uns gibt, die wir einander fremd sind und bleiben, aber durchaus die Wahl haben, wie wir uns dazu verhalten wollen“ (S. 467, Hervorhebung im Original). Denn Menschen leben und überleben nicht nur, sie koexistieren und begegnen einander. Und: Das Politische ist unaufhebbar mit der Gewalt verbunden; es kann die Gewalt nicht überwinden. Es scheint bei Liebsch weder einen Ausweg aus dem Politischen zu geben (angesichts des zur Koexistenz gezwungenen Menschen), noch aus der Gewalt. Dabei ist unklar, ob es sich um Festschreibungen des Politischen handelt oder um eine Gegenwartsbeschreibung, die aus der Befragung der Ideengeschichte des Politischen vor diesem Hintergrund hervorgeht und in deren Folge der Begriff des Politischen immer wieder neu zu bestimmen wäre. Es mag die Aufgabe zukünftiger Theoretiker_innen sein, dies über die Neuverortung, Interpretation und Revision politischen Denkens zu klären. Hierzu legt Liebsch einen beeindruckenden Beitrag vor, der ebenso zur Hinterfragung dominanter Narrative der politischen Ideengeschichte einlädt wie zu einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit dem Politischen in einer globalisierten Welt.

Moon Township, PA

Annette Förster

Segen und Fluch der Emotionen

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, 350 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Seit längerer Zeit schon sind Emotionen Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung. In vielen Disziplinen wurde ein „emotional turn“ verkündet, der, so die Annahme, neue Sichtweisen, neue Deutungsmuster und auch neue

Methodologien nach sich ziehen sollte. Wie immer, wenn es um wissenschaftlicher „turns“ geht, sind viele der Ankündigungen maßlos übertrieben, geht Wissenschaft in Wissenschaftskommunikation über, die am Ende wichtiger zu sein scheint als substanzielle Ergebnisse. Wer die Arbeit mancher deutscher Exzellenzcluster von innen verfolgen darf, kennt das Problem gut, gerade auch, wenn zur Programmatik des Clusters Interdisziplinarität gehört, die bekanntermaßen lieber angekündigt als tatsächlich umgesetzt wird.

Auffällig ist nun aber, dass die Politikwissenschaft sich mit der Aufnahme des Emotionsthemas Zeit gelassen hat, obgleich doch die scheinbar spektakulären Ergebnisse der ja immer auch an Affekten interessierten Neurowissenschaften schon seit Langem die öffentlichen Diskussionen beherrschen und entsprechend in vielen Disziplinen Unruhe gestiftet haben. Neuroökonomie, Neurophilosophie, Neuropsychologie – wann endlich, so durfte man fragen, kommt die Neuropolitik? Nun, nach Durchsicht des von Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Sammelbandes „Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung“ kann man sagen: Sie kommt nicht. Und, es sei salopp hinzugefügt: Danke! Was der Sammelband nämlich eindrücklich zeigt, ist, dass es zwar gute Gründe gibt, Emotionen politikwissenschaftlich ernster zu nehmen, aber kaum gute Gründe zu meinen, man könne die bisweilen unfassliche Komplexität der Emotionen auf neuronale Prozesse reduzieren. Es sind eher die traditionellen politikwissenschaftlichen Zugänge, die im Band dominieren, also Analysen zu Phänomenen wie Macht, Parteien, Bewegungen, Ideologien, Bildern oder Theorien. Flankiert werden diese Analysen von sogenannten „Fallstudien“, die sich etwa mit der Europawahl von 2014 oder dem Aufstieg der AfD in Deutschland beschäftigen. Schließlich befassen sich einige der Texte mit konkreten Emotionen, wobei vor allem das Ressentiment im Mittelpunkt des Interesses steht.

Nimmt man den Band in seiner Gesamtheit, so zeigt sich, dass viele der Aufsätze einen tastenden Charakter haben. Man ist sich der Sache noch nicht sicher, vermutet zwar, Emotionen seien in der Disziplin eher vernachlässigt worden – Korte spricht in seiner Einleitung vom „Fremdeln“ der Politikwissenschaft mit Blick auf Emotionen –, aber es ist eben auch nicht so, dass man schon über hinreichend validierte Instrumentarien verfügte, um neben den überkommenen

Untersuchungsmustern nun emotionssensibilisierte neue Muster zur Hand zu haben. So weist Reinhard Wolf in seinem sehr hilfreichen Aufsatz über „Emotionen in den internationalen Beziehungen: Das Beispiel des Ressentiments“ darauf hin, dass sich der Einfluss von Emotionen im Bereich der internationalen Beziehungen „mit herkömmlichen Methoden“ (S. 195) nur schwer bewerkstelligen lässt. Selbst wenn man die bekannte Frage beiseite lässt, ob es denn sinnvoll ist, kollektiven Akteuren wie Nationen oder politischen Großgruppen überhaupt Emotionen zuzuschreiben, und sich auf den Bereich der relevanten Entscheidungsträger konzentriert, bleibt es schwer, hier beispielsweise direkt Ressentiment nachzuweisen. „Die direkte Beobachtung anhand von Mimik oder Stimmlage ist nur bei öffentlichen Auftritten von Entscheidungsträgern möglich und setzt eine Expertise voraus, über die nur wenige Psychologen verfügen. Selbstauskünfte von Entscheidungsträgern helfen [...] nur bedingt weiter – zum einen weil sie taktisch motiviert sein mögen, zum anderen weil auch Politiker sich über ihre wahren Beweggründe [...] täuschen können“ (ebd.). Wolf möchte stattdessen „Diskurse“ untersuchen, in denen sich seiner Auffassung nach Ressentiment leichter nachweisen lässt, was methodisch nur heißt, dass man bestimmte Äußerungen relevanter politischer Entscheidungsträger im Lichte einer bestimmten Definition von Ressentiment deutet. So können wir sagen, wenn Wolf Recht hat, Griechenland empfinde ein Ressentiment gegen Deutschland (Stichwort „Austeritäts-Diktat“), während Russland auf den Verlust seiner Einflussphäre in Osteuropa mit Abneigung gegen das westliche Europa reagiere.

Derartige Deutungen scheinen auf einer Ebene banal zu sein, auf einer anderen Ebene aber durchbrechen sie rationalistische Modelle der Politik, in deren Augen einzig kühle Interessenkalkulationen das politische Handeln bestimmen. So bemühen sich viele Beiträge darum, einfach nur zu zeigen, dass Emotionen auf ganz verschiedenen Ebenen politischen Handelns Einfluss haben. Andere Ansätze erweitern die Perspektive auf kollektive Stimmungen und auf deren medialen Repräsentationen. So zeigt Lisa Katharina Bogerts etwa in ihrem Beitrag „Emotionen und Bilder in der Protest- und Bewegungsforschung“ einerseits, wie wichtig bestimmte kollektiv geteilte Ungerechtigkeitsempfindungen für die Mobilisierung sozialer Proteste sein können und thematisiert instruktiv, welche Rolle Bilder in diesem Zusammenhang

spielen; sie verweist aber auch auf das Dilemma, dass Protestbewegungen, die etwa hegemoniale Wahrnehmungen durchbrechen wollen, oft auf eine Bildersprache angewiesen bleiben, die „gesellschaftliche Aufmerksamkeit wahrscheinlicher“ (S. 242) macht. Im Rahmen massenmedial gesteuerter Wahrnehmungsmuster gegen etablierte Sichtweisen ankämpfen – das ist gleichsam der schwierige Spagat, den Protestbewegungen bewerkstelligen müssen.

Bemerkenswert ist noch, dass die an die Disziplin gerichtete Forderung, Emotionen doch bitte ernster zu nehmen, nicht begleitet wird von der weiteren Forderung, ihre Rolle insgesamt positiver zu sehen. Wenn Claus Leggewie den Populismus der Gegenwart ebenfalls mithilfe des Ressentimentbegriffes entschlüsselt, wird sofort klar, dass Emotionen in der Politik negative und positive Implikationen haben können, je nachdem, wer in welchem Zusammenhang wofür kämpft. In keinem der Beiträge dankt die Vernunft schlicht ab; eine blinde Emotionalisierung der Politik, wie sie zum Teil ja schon üblich ist, schafft eher Probleme als dass sie Probleme löst, darauf weist Felix Heidenreich zu Recht hin. Emotionalisierende Ereignisse, so Heidenreich, sollten als „Ausgangspunkt zur kognitiven Bearbeitung“ (S. 59) dienen und nicht das letzte „Wort“ haben. Freilich darf man nicht davon ausgehen, dass eine derartige Bearbeitung die Emotionen gleichsam vollständig durchdringt. Ihnen wohnt ein Rest an Fremdheit inne, die sich schwerlich beheben lässt. In seiner poststrukturalistisch orientierten Analyse der Emotionen sieht Benjamin C. Seyd ihre Rolle entsprechend im Be- und Verarbeiten von „Unentscheidbarkeit“ (S. 131) und sieht den Kern des Politischen gerade im Entscheiden des Unentscheidbaren. So gesehen übernehmen Emotionen eine wesentliche Rolle in Entscheidungsprozessen, weil sie gleichsam Tendenzen vorgeben, die rational nicht immer eingeholt werden können. Das ist – wenn man so will – ihr Segen und ihr Fluch zugleich.

Luzern

Martin Hartmann

Verschörungstheorien aus philosophischer Sicht

Hepfer, Karl: Verschörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft, 189 S., transcript, Bielefeld 2015.

Verschörungstheorien sind in aller Munde. Lange schon keine flüsternd weitergegebenen Geheimnisse mehr, sind sie heute grundlegende Elemente der Popkultur. Natürlich sind diese Theorien nicht neu: Antisemitische Theorien über angebliche jüdische Verschörungen beispielsweise gibt es seit Jahrtausenden. Dennoch gibt es auch in den Sozialwissenschaften in letzter Zeit einen gewissen „Boom“, mit einer ganzen Menge neuer Forschung zu sozialpsychologischen oder politologischen Ursachen und Auswirkungen der Verbreitung von Verschörungstheorien.

Karl Hepfer legt hierzu eine dezidiert philosophische Untersuchung vor: Im ersten Teil des Buches beleuchtet er die Charakteristika von Verschörungstheorien aus erkenntnis- und wissenschaftstheoretischer Perspektive; im zweiten Teil findet sich dann auch eine philosophische Analyse von Ursachen und Auswirkungen dieses Phänomens. Das Buch ist äußerst unterhaltsam und von Stil und Tiefgang her für eine allgemeine Leserschaft geschrieben. Amüsant ist etwa, dass nach jedem der kurzen analytischen Kapitel eine „echte“ Verschörungstheorie folgt, wobei der Leserschaft überlassen wird, wie diese zu bewerten ist.

Quasi im Vorbeigehen gibt das Buch einen Überblick über einige wichtige Konzepte und Fragen der Epistemologie, wozu sich das Thema Verschörungstheorien als Aufhänger hervorragend eignet. Auch wenn der Autor auf Allgemeinverständlichkeit abzielt, werden die konkreten Fragen hier jedoch fast zu knapp abgehandelt; zumindest eine Liste mit der aktuellen weiterführenden Literatur wäre wünschenswert gewesen sowohl in Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie als auch zur sozialwissenschaftlichen Forschung zum Thema.

Was macht eine Verschörungstheorie aus? Die Antwort, so der Autor, ist eine charakteristische Abweichung von den grundlegenden Prinzipien der Erkenntnistheorie. Wie alle wissenschaftlichen Theorien auch sind Verschörungstheorien eigentlich bloß vereinfachende, erklärende Modelle der Wirklichkeit, die der Realität entsprechen können oder nicht. Sie unterscheiden sie jedoch von wissenschaftlichen Modellen durch (scheinbar) extreme Vereinfachung, durch das Stützen auf ein zirkuläres kohärentistisches Wahrheitsmodell sowie einen äußerst selektiven und inkonsistenten Umgang mit Begründungen und Beweisen (oftmals wird etwa die Abwesenheit von Beweisen selbst als

Beweis für die Existenz einer verschleiernenden Macht gedeutet).

Dabei ist die Einfachheit nur eine Illusion, denn die Existenzbehauptung einer Verschwörung erfordert häufig immer weiter ausufernde Ergänzungen (beispielsweise warum die Verschwörung noch nicht aufgedeckt wurde, oder warum keine Beweise zu finden sind), welche am Ende fast immer in einer extrem komplizierten und wenig überzeugenden Theorie münden.

Diese erkenntnistheoretische Darstellung der Charakteristika von Verschwörungstheorien ist plausibel und schlüssig, auch wenn die genannten Elemente häufig keine Alleinstellungsmerkmale von Verschwörungstheorien sind, sondern sich zum Beispiel ebenso in diversen religiösen oder esoterischen Theorien wiederfinden. Auch bei diesen werden häufig Verschwörungsbehauptungen hinzugezogen, um zu erklären, warum es keine Belege für ihre Theorien gibt. Andererseits gibt und gab es durchaus tatsächliche Verschwörungen – es wäre eine interessante Frage, ob die epistemologischen Charakteristika auch auf Theorien zutreffen, die sich im Nachhinein als wahr herausstellen.

Der zweite Teil diskutiert auf psychologisch-sozialtheoretischer Ebene die Ursachen und Auswirkungen der Verbreitung von Verschwörungstheorien. Auch dieser Teil enthält einige interessante Ideen, etwa zum Verhältnis von Verschwörungstheorien zu „urban myths“. Bei der grundsätzlichen Frage nach den Ursachen ist es jedoch problematisch, sich auf die Philosophie zu beschränken. Der Autor sieht den Hauptgrund für die Popularität von Verschwörungstheorien in der „Krise des modernen Subjekts“ in der „entzauberten“ Welt von heute. Diese verursacht allenthalben den Wunsch nach einfachen, sinnstiftenden Erklärungen, welcher durch Verschwörungstheorien bedient wird. Hierbei gibt es zwei Probleme: Zum einen wird nicht überzeugend belegt, dass diese psychologische Krise der Moderne wirklich existiert. In einer bestimmten Theorietradition wird dies zwar gerne und häufig behauptet, aber selten einer wirklichen Prüfung unterzogen. Zweitens impliziert diese Theorie, Verschwörungstheorien seien charakteristische Phänomene der Moderne, was gerade auf der Basis der Definition im ersten Teil nicht plausibel erscheint. Die erkenntnistheoretischen Normen, die tatsächliche wissenschaftliche Theorien von Verschwörungstheorien unterscheiden, sind selbst Produkte der Moderne. Vor der Entwicklung der Stochastik und der experimentellen Wissenschaft

war es nahezu unmöglich, komplexe Phänomene ohne Bezug auf verborgenen, mit eigenem Willen ausgestatteten Akteur (z. B. Götter, Kabale) zu erklären. Verschwörungstheorien sind also nicht unbedingt funktional als Sinnstifter in einer neuerlich sinnentleerten Welt zu deuten; eine fundamentale Ursache liegt auch in den begrenzten kognitiven Kapazitäten mit denen wir Menschen ausgestattet sind. In Wahrscheinlichkeiten und Kontingenzen zu denken, fällt niemandem leicht, oft ist es deswegen weniger kognitiv anspruchsvoll auf narrative Erklärungen auszuweichen (die aber, wie oben bereits erwähnt, nur scheinbar einfacher sind).

Schließlich fehlt in dieser Darstellung auch die „Angebots“-Dimension: Verschwörungstheorien werden häufig von Personen aktiv verbreitet, die sich davon einen handfesten Vorteil versprechen, sei es persönlicher Reichtum, Wählerstimmen oder Zusammenhalt für die eigene Gruppe. Die „Nachfrage“ für die Theorien kann also auch nur eine Seite der Erklärung sein.

Karl Heffers Buch ist eine kurzweilige und leichtgängige philosophische Betrachtung des Phänomens der Verschwörungstheorien. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Thema sollte jedoch die aktuelle Fachliteratur herangezogen werden.

Hamburg

Felix Gertsbeck

Neoliberalismus als hegemoniale Ideologie

Crouch, Colin: Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht. Postdemokratie III, 250 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Nach seiner vieldiskutierten „Postdemokratie“ von 2004 und nach seinem Band „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ von 2011 hat Colin Crouch erneut einen Band auf den Markt politischer Sachbücher geworfen – nämlich „Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht“. Es trägt zurecht den weiteren Untertitel „Postdemokratie III“, da es dasselbe Leitmotiv der früheren Bücher erneut intoniert und nur vielfach variiert.

Seine Grundthese geht weiterhin davon aus, dass der Neoliberalismus als hegemoniale Ideologie Politik, Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft

bestimmt und insofern auch zunehmend im öffentlichen Dienst dominiert – zumindest in Großbritannien; dazu später mehr. Jedenfalls trifft der englische Originaltitel die Sache besser als die deutsche Übersetzung: „The Knowledge Corrupters. Hidden Consequences of the Financial Takeover of Public Life“. Von einem wissenssoziologischen Ansatz, wie der deutsche Titel suggeriert, kann jedenfalls nicht im Geringsten die Rede sein.

In einem ersten Kapitel entwickelt er seine zentrale These, der Neoliberalismus sei der Feind des Wissens. Die Unterwerfung des öffentlichen Dienstes unter die Maximen des Neoliberalismus führe dazu, dass Kompetenzen und Qualifikationen des öffentlichen Dienstpersonals entwertet würden. Wissenschaftliche Fachkompetenzen würden durch die Allmacht des Marktes, durch seine Ratingagenturen und allgegenwärtigen Leistungsrankings untergraben. Die dominierende *rational-choice*-Theorie prämiere die Verfälschung und Verzerrung des Wissens, statt moralische Integrität zu belohnen. Der Markt heute sei auch nicht mehr durch Wettbewerb der Vielen, sondern oligopolartige Marktkatelle der Wenigen gekennzeichnet: „Es ist ein Neoliberalismus der Konzerne“ (S. 14). Dies verlange, dass wir uns alle in egozentrische und amoralische Rechenmaschinen verwandeln müssten, um den Imperativen des Marktes zu genügen.

Im zweiten Kapitel wendet er seine Thesen auf den privaten Sektor an, wo er aufzeigt, zu welchen Katastrophen kurzsichtiges Gewinndenken führen könne, wie am Beispiel der Ölverschmutzung durch „Deepwater Horizon“ 2010 oder dem atomaren GAU von Fukushima 2011 deutlich würde. Aber auch die Manipulationen der Finanzwirtschaft „Libor“ und „Euribor“ werden angesprochen, die europäische Finanzkrise und der Fall Griechenlands oder die „Privatisierung der Wissensalmende“ am Beispiel der Gentechnik durch Monsanto verurteilt.

Im dritten Kapitel wird der „Verfall der Moral im öffentlichen Dienst“ thematisiert, denn hier habe Outsourcing, Privatisierung und das *new public management* zur Umwandlung der Staatsbürger zu „Kunden“ geführt. Die Gleichheit der Staatsbürger sei dadurch massiv bedroht, denn Kunden würden nie gleich, sondern gemäß ihrer Kaufkraft und ihrem Geldbeutel bedient.

Das vierte Kapitel „Wissen für Bürger, Konsumenten oder Objekte“ spricht insbesondere das britische Gesundheitswesen und das Bildungssystem an sowie die Tendenzen, dort mit

finanziellen Anreizen Pseudomärkte zu schaffen, um die Ärzte, Schulpolitiker oder Universitätskanzler zu effektivem ökonomischem Handeln zu motivieren. Das ginge soweit, dass Altersheime und Waisenhäuser zunehmend von Privat Equity-Unternehmen aufgekauft würden, um einen wertvollen Grundbesitz zu erlangen, den Service aber drastisch einzuschränken.

Im fünften und letzten Kapitel werden einige Vorschläge entwickelt, um neue Formen zwischen Bürgern, Fachkräften und Behörden zu ermöglichen, die besser in eine Demokratie passen. Hier muss allerdings eingewandt werden, dass die Vorschläge entweder zu allgemein und vage oder aber zu kleinteilig und wenig vielversprechend bleiben.

Das Versprechen des Titels, allgemeine Erkenntnisse zu liefern, kann der Band indes nicht erfüllen, da der Inhalt allein auf Großbritannien fixiert ist. Dass der Neoliberalismus im kontinentalen Europa nirgends so Fuß fassen konnte wie dort und sich seit einem Jahrzehnt eher im Rückzug befindet, wird nicht thematisiert. Gerade in Deutschland und Frankreich hat er sich nie so breit entfaltet. In Deutschland redet man sogar über eine allgemeine Sozialdemokratisierung fast aller Parteien und der Politik – Auszug aus der Kernenergie, Rückbau der Privatisierung von Energie durch Stadtwerke, Abbau von Studiengebühren, Einführung von Mindestlöhnen et cetera. Gegenteilend zum Neoliberalismus scheint es für Crouch nicht zu geben. Die Beispiele sind nicht systematisch, empirisch erhoben, sondern anekdotisch ausgesucht, damit sie in das Leitmotiv hineinpassen. Nichts gegen die politische Polemik, aber dann sollte man ein Werk nicht als wissenschaftliche Analyse tarnen und die Leserschaft somit enttäuschen.

Düsseldorf

Ulrich von Alemann

Das individualisierte Gemeinwohl

Butzlaff, Felix: Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder, 303 S., transcript, Bielefeld 2016.

Entgegen dem Lamento von politischer Apathie und Postdemokratie verzeichnet die Bundesrepublik in diesem Jahrzehnt eine wahre Welle von Protesten. Unabhängig davon, wie man die

„Wutbürger“ (Dirk Kurbjuweit) beurteilt, ist festzuhalten, dass es kaum noch ein Politikfeld gibt, das nicht von Protesten begleitet wird, und dass die Protestierenden sich zu einem auffallend großen Teil aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ rekrutieren. Allen, die sich für das Selbstverständnis der Protestierenden, deren Auffassung von Demokratie und von einer besseren Gesellschaft interessieren, sei Felix Butzlaffs Dissertation „Die neuen Bürgerproteste in Deutschland“ nahegelegt.

Für seine Untersuchung konnte er auf das reichhaltige Material zurückgreifen, dass er 2012 zusammen mit seinen Kolleg_innen am Göttinger Institut für Demokratieforschung für die Studie „Die neue Macht der Bürger“ erhoben hat. Der qualitative Forschungsansatz (teilnehmende Beobachtungen, Einzel- und Gruppeninterviews) ist von Vorteil für die Ziele der vorliegenden Studie. Die gegenüber quantitativen Studien vergleichsweise geringe Zahl an Fällen wird mehr als wettgemacht durch tiefe Einblicke in das politische Denken der Aktivist_innen, die keine Erhebung mit Fragebögen erzielen kann. Während die Göttinger Studie ein Panorama rezenter Proteste in der Bundesrepublik von Stuttgart 21 über Occupy bis zu den Anti-Euro-Protesten liefert, fragt Butzlaff hier nach dem Typischen, das die Beteiligten dieser disparaten Protesterscheinungen gemein haben. Es lohnt sich deshalb, beide Studien zusammen zu lesen.

Die Analyse konzentriert sich auf eine Auswahl der Protestfelder aus der vorangegangenen Studie: Stadtentwicklung und Infrastruktur, Bildung und Schulreform sowie Anti-EU- respektive Anti-Euro-Kampagnen. In drei Kapiteln – zur Biographie der Akteure, zur Krisenwahrnehmung und zum Demokratieverständnis sowie zu „Utopien des Zusammenlebens“ – gelingt Butzlaff ein überaus lebendiges, faszinierendes Porträt der Protestierenden. Er zeichnet ein differenziertes Bild, das auch die Widersprüche im politischen Denken der Protestierenden zutage treten lässt:

Die Mehrzahl der befragten Protagonist_innen der Proteste ist über 45 Jahre alt, in der Regel materiell abgesichert. Sie verfügen über eine überdurchschnittliche Bildung, reiche Berufserfahrung und ausgewiesene Expertise auf bestimmten Fachgebieten. Nicht selten können sie zudem auf Erfahrungen in früheren Protesten zurückblicken. Sie sind der Auffassung, drängende Probleme und das Gemeinwohl klarer als ihre Mitbürger_innen identifizieren zu können und das System durchschaut zu haben. Parteien meiden sie, da sie sich keiner Parteiführung und keiner Ideologie unterordnen wollen.

Die Krise besteht darin, dass die etablierte Politik einerseits effiziente Lösungen missen lasse und sich andererseits gegenüber den Anliegen der Bürger_innen weitgehend abgeschottet habe. Die wahre Demokratie besteht darin, dass die aufgeklärten Bürger_innen in ihrem Nahfeld auf Missstände hinweisen, sachgerechte Alternativen unterbreiten und die Politik diese umsetzt. Demgegenüber wird alles beargwöhnt, was diese geradlinige Programmierung der Politik im Sinne einer einmal erkannten besten Lösung verwässert. Dazu gehört in erster Linie das Aushandeln von Kompromissen zwischen widerstreitenden Interessen, das im Verdacht des Betrugs und des Klientelismus steht. Weil diese Vermittlung abgelehnt wird, haben wir es hier in der Konsequenz mit einer problematischen „Individualisierung von Gemeinwohldefinitionen“ (S. 281) zu tun. Weiter wird zwar mehr direkter Einfluss der Bürger_innen gefordert; Volksentscheide werden ob ihres ungewissen Ausgangs jedoch nicht unbedingt befürwortet. Schließlich wird nicht reflektiert, dass die Ausweitung der Mitsprachemöglichkeiten der Bürger_innen effektiv zu einer geringeren Wirksamkeit der einzelnen Bürger_innen führt.

In der Parteien- und Staatskritik, der Ablehnung pluralistischen Interessenausgleichs und der Bevorzugung technischer Lösungen sieht Butzlaff das Wirken neoliberaler Gesellschaftsvorstellungen, während die Protestakteure zugleich den Vorrang von Wirtschaftsinteressen in der Gesellschaft anprangern. Hinzu kommt, dass dem ausgeprägten Individualismus die Sehnsucht nach Einigkeit und Harmonie in einer Gruppe von Gleichgesinnten zur Seite steht, die in den Protestgruppen Befriedigung findet. Nicht zu Unrecht fürchtet Butzlaff, diese im Grunde unpolitische „Utopie des Zusammenlebens“ sei eher dazu geeignet, die Entfremdung von den Institutionen und die Entsolidarisierung in der Gesellschaft zu verstärken.

Ziel der Untersuchung ist keine „abgeschlossene Theoriebildung“ (S. 77); dennoch wäre es aufschlussreich gewesen, die Untersuchungsergebnisse in zweierlei Hinsicht eingehender zu kontextualisieren. Erstens ist die Spannung zwischen ausgeprägtem Individualismus und der Sehnsucht nach einer unproblematischen Gemeinschaft auch bei anderen Protesten prominent, bei denen die politischen und biographischen Hintergründe anders gelagert sind. Anschauungsmaterial könnten hier etwa die in Manuel Castells „Networks of Outrage and Hope“ (2012) analysierten Fälle liefern. Zweitens wäre eine Diskussion vor dem Hintergrund

aktueller Demokratietheorien vielversprechend. Aus gutem Grund wird Ingolfur Blühdorns Variante der Postdemokratie-These als wenig hilfreich verworfen (S. 167f.). Ergiebiger hingegen wäre womöglich eine Auseinandersetzung mit Pierre Rosanvillons „La contre-démocratie“ (2006) gewesen. Geradezu idealtypisch porträtiert Butzlaff Akteure der „contre-démocratie“, die Demokratie einseitig als Überwachen, Be-/Verurteilen sowie Blockieren der etablierten Politik begreifen und Gefahr laufen, sich auf ein unpolitisches „Dagegen“ zu versteifen.

Ungeachtet dessen ist „Die neuen Bürgerproteste in Deutschland“ eine uneingeschränkt zu empfehlende Lektüre für alle, die sich mit der gegenwärtigen Protestwelle in Deutschland auseinandersetzen.

Rostock

Jan Rohgalf

Kein Abschiedsgesang

Derviş, Kemal/Mistral, Jacques (Hrsg.): Europe's Crisis, Europe's Future, 144 S., Brookings Institution Press, Washington, DC 2014.

Im Zuge der vielen Krisen, die dem EU-Europa seit einigen Jahren widerfahren, ist die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen enorm angewachsen, die sich der Beschreibung und Analyse von Tendenzen zur Desintegration, zur Renationalisierung und zur Rückkehr zum Intergovernmentalismus annehmen. Man hat sich von den integrationspolitischen Fortschrittsperspektiven verabschiedet. Mit diesem Buch verhält es sich anders. Es stimmt nicht in den verbreiteten Chor der Abschiedsgesänge ein, die auf eine 50 Jahre währende, integrationsfreudige EU-Dynamik gesungen werden, sondern hält mit seinem Tenor der nüchternen Analyse ökonomischer Fehlentwicklungen und der Präsentation von Lösungsvorschlägen, die auf den Weg des Integrationsfortschritts zurückführen, tapfer dagegen. Die im Buch versammelten Autoren von Politikfeld- und Länderanalysen gehören allerdings auch nicht dem bekannten Kreis der ausgewiesenen Europaforscher an, sondern sind „Analysten“ verschiedener Nationalitäten, die im Umkreis der Washingtoner „Brookings Institution“ tätig sind, einer Art Beratungsagentur für internationale politische Fragen. Alle Befunde werden im nüchternen Ton und im Stil der schnörkellosen

Lagebeschreibung der Wirtschaftsberater dargeboten, unterstützt und untermauert durch ein umfangreiches Zahlenwerk. Politische Bewertungen findet man im Buch kaum. Das kann man als wohlthuende Konzentration auf die integrationspolitische Problemwahrnehmung und die Erarbeitung der Problemlösungen empfinden; aber dieses Verfahren geht auch mit einem gehörigen Defizit einher, denn es fehlt der Blick auf all jene politisch-strategischen, soziokulturellen, historischen und auch rechtspolitischen Rahmenbedingungen, die das wirtschaftspolitische Geschehen erheblich beeinflussen. Außerdem sind die Buchbeiträge vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 abgeschlossen worden. Der eigentlich geringe Abstand zur aktuellen Gegenwart mag epochal gering erscheinen; aber die drei Jahre Differenz sind doch groß genug, um manche Lagebeschreibung als veraltet, manche Befunde als überholt und manchen Lösungsvorschlag als längst vollzogen oder als auf absehbare Zeit undurchführbar klassifizieren zu müssen. In Zeiten der Krise sinkt eben die Halbwertszeit wissenschaftlicher Erkenntnisse über aktuelle politische Entwicklungen erheblich.

Im Mittelpunkt der Buchbeiträge steht die Krise der Eurozone und ihrer Mitgliedstaaten, insbesondere die Rolle der währungspolitischen Akteure der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission sowie die Verlaufsformen und Auswirkungen der Eurokrise in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten. Der Entwicklung in Griechenland ist selbstverständlich ein Beitrag gewidmet, aber auch Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland werden wirtschaftspolitisch analysiert und in den Bezug zum Krisenverlauf gesetzt. Die seit langem beobachtbaren wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Griechenland werden ausgiebig rekapituliert, die rigiden Sparauflagen und Reformvorschläge zur Steuer-, Währungs-, Preis-, Handels-, Kredit-, Renten- und Privatisierungspolitik seitens der „Troika“ aus EZB, IWF und Europäischer Kommission werden nicht als Maßnahmen zur Beendigung, sondern als Mittel der Verschärfung bestehender Fehlentwicklungen bewertet. Für Spanien und Italien werden Wachstumsprogramme angemahnt, die von einer staatlichen Ausgabenkürzung im Bereich von Verwaltung und öffentlicher Dienstleistung, einer intensiveren Arbeitsmarktpolitik und einer vorausschauenden staatlichen Finanzpolitik angestoßen werden sollen. Wachstum muss her – die Produktion exportfähiger Handelsgüter müsse daher

Priorität gewinnen und brauche entsprechende Unterstützung seitens der EU. Auch in Hinblick auf die wirtschaftspolitische Lage in Frankreich werden ähnliche Befunde und Empfehlungen formuliert, wobei den Franzosen eine mindestens zehn Jahre währende Vernachlässigung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit vorgehalten wird. Deutschland wird dagegen wirtschaftliche Prosperität bescheinigt, aber auf Kosten anderer EU-Mitgliedstaaten und in mangelnder Sensibilität gegenüber den wirtschaftspolitischen Problemlagen der übrigen Länder, deren Bedürfnisse ganz andere wirtschaftspolitische Maßnahmen nahelegen. Die deutsche Ablehnung von „Eurobonds“ als währungspolitischen Garantien für strauchelnde Mitgliedstaaten wird beispielsweise heftig kritisiert. Hier wird deutlich, dass den Autoren der Eindruck jener Verschärfung nationalspezifischer Divergenzen und Alleingänge fehlt, der erst nach der Erstellung ihrer Beiträge einsetzt und in eine enorme Ernüchterung hinsichtlich der Solidaritätsbereitschaft innerhalb des EU-Europa mündete, wodurch das integrationspolitische Krisenszenario noch einmal heftig verstärkt wurde.

In einigen politikfeldbezogenen Beiträgen werden strukturelle Probleme erörtert. Ein Beitrag widmet sich dem Plan einer europäischen „Bankenunion“, die Verpflichtungskataloge, Kontrollinstrumente und Aufsichtsgremien für die Banken in Europa vorsieht. Hier ist tatsächlich einiges in Gang gekommen – aber erst, nachdem der Artikel, der all das befürwortet, geschrieben worden ist. Ein weiterer Beitrag widmet sich der europäischen Sozialpolitik, die als Desiderat einer engen wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit begriffen wird – aber keine Aussicht auf Verwirklichung genießt, weil sie Kernbereiche nationalstaatlicher Entscheidungshoheit berührt, wie Arbeitsmarkt-, Finanz-, Steuer- und Rentenpolitik. Auch die Demokratie-Frage kommt zur Sprache, fällt aber im Blickwinkel des wirtschaftspolitischen Analytikers, des Brookings-Vizepräsidenten und Mitherausgeber des Buches Kemal Derviş, auffallend blass aus. Im Grunde wird den Bürgerinnen und Bürgern Europas eine Mischung aus fehlendem Durchblick, mangelndem Interesse und zu geringer europapolitischer Mitsprache bescheinigt. Derviş träumt reichlich naiv von einer neuen „europäischen Vision“, die alle Europäer ergreift und ihnen plötzlich verdeutlicht, dass Europa nur durch das Zusammenwachsen zu einer engeren Solidargemeinschaft reüssieren, aber auch dadurch auf breite öffentliche Zustimmung hoffen und

bauen könne. Statt genauer nach Ursachen für demokratische Entfremdungserscheinungen zu fragen, setzt er – wie viele europäische Funktionselementen – unverdrossen und geradezu unbelehrbar auf mitreißende Appelle in Richtung jener Integrationsdynamik, deren demokratische Aushöhlung es doch gerade zu beklagen gilt.

Dabei hätte es doch nahegelegen, insbesondere aus den länderbezogenen Fallanalysen, die das Buch enthält, demokratietheoretische Schlüsse zu ziehen: Denn in allen Einzelstudien stellt sich immer wieder heraus, dass die hohen wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Anpassungszwänge im Rahmen der Eurogruppe zu rigide ausfallen – es fehlt der flexible Handlungsspielraum für die Nationalökonomien, die gerade im Vergleich zwischen nördlichen und südlichen EU-Mitgliedstaaten extrem unterschiedliche Profile, Dynamiken und Problemstellungen, aber eben auch politische Kulturen aufweisen. Insofern deutet sich die Lösung nicht in Richtung einer erneuerten Homogenitätsvision an, sondern allenfalls in Richtung einer Diversifikation, Flexibilisierung, Entflechtung und subsidiären Gestaltungsfreiheit, die neue, kontextspezifische Handlungsspielräume erschließt – wirtschaftspolitisch, wie vielleicht auch demokratisch. Jenseits seiner gründlichen und plausiblen wirtschaftspolitischen Lagebeschreibungen und Empfehlungen wagt sich dieses Buch bedauerlicher Weise zu solchen Überlegungen nicht vor.

Aachen

Emanuel Richter

State of the Art der quantitativen Korruptionsforschung

Kubbe, Ina: Corruption in Europe. Is It All About Democracy?, 220 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Ein zentrales Thema der sozialwissenschaftlichen Korruptionsforschung ist die Suche nach den Ursachen von Korruption. Ina Kubbes in gut lesbarem Englisch verfasste Monographie – die Veröffentlichung ihrer an der Universität Lüneburg angenommenen politikwissenschaftlichen Dissertation – reiht sich nahtlos in die quantitative Schule dieses Forschungszweiges ein. Ihre primäre Forschungsfrage lautet: „*What affects (perceived) corruption in European states over time and across and within countries?*“ (S. 26,

Hervorhebung im Original). Außerdem fragt sie: „*Is it all about democracy?*“ (ebd.). Die Arbeit ist nachvollziehbar und übersichtlich in vier große Teile gegliedert. Im ersten Kapitel erläutert Kubbe unter anderem die Relevanz ihrer Untersuchung und gibt einen Überblick über die Forschung hinsichtlich der Ursachen von Korruption.

Der zweite Teil beschreibt das theoretische und methodische Vorgehen. Ausgehend von der Annahme, es müsse ein Mittelweg zwischen hochaggregierten *large-n*-Studien und qualitativen Einzelfallanalysen gefunden werden, entwickelt Kubbe in Anlehnung an die „Coleman'sche Badewanne“ ein „Bathtub Model of Corruption“ (S. 56), das Korruptionsphänomene auf der Makroebene mikrofundiert erklären soll. Aus Sicht der Autorin kombiniert dieses Modell „economic and sociological approaches into an interdisciplinary framework and offers an integration and analysis of certain variables at different levels that may influence the extent of corruption“ (S. 58). Im Anschluss diskutiert die Autorin die Brauchbarkeit unterschiedlicher Korruptionsindizes. Merkwürdigerweise arbeitet sie weder mit dem Global Corruption Barometer, noch mit den einschlägigen Befragungen des Eurobarometers.

Es folgt die Herausarbeitung von wirtschaftlichen, politischen, sozio-kulturellen und historischen Faktoren (Makroebene) beziehungsweise sozio-demographischen, werte- und einstellungsbezogenen Merkmalen (Mikroebene), die sich vermutlich auf das Korruptionsniveau in einem Land auswirken. Diese theoretischen Variablen sind aus der Literatur übernommen oder abgeleitet und daher einleuchtend, aber nicht überraschend. Anstelle oder ergänzend zum Faktor „EU-Mitgliedschaft“ wäre vielleicht das Merkmal „Mitgliedschaft im Europarat“ interessant gewesen, da der Europarat seit Jahren eine deutlich stärker fokussierte Antikorruptionspolitik betreibt als die EU. Es wird auch nicht ganz klar, warum sich die Autorin auf den Anteil von Frauen im Parlament beschränkt und andere politische oder gesellschaftliche Führungspositionen relativ unberücksichtigt lässt. Der Grad an Rechtsstaatlichkeit wird leider unter das Demokratieniveau subsumiert, was mit hohen Korrelationswerten bei Voruntersuchungen begründet wird.

Im dritten Kapitel werden die empirischen Ergebnisse der quantitativen Analyse präsentiert, geordnet nach den zuvor erläuterten Faktoren. Kubbe hat 37 europäische Länder auf der Makroebene und 20 Staaten auf der Mikroebene untersucht – für einen Zeitraum von jeweils deutlich

mehr als 10 Jahren ab Mitte der 1990er Jahre. Die Türkei und Russland werden als Ausreißer ohne größere Begründung nicht untersucht, andere eher stark korruptionsbelastete Länder hingegen schon. Der vierte Teil des Werks fasst die Ergebnisse zusammen und diskutiert sie. Für die Makroebene folgert die Autorin: „Whereas a country's percentage of Orthodox, Catholics, Muslims and communist past enhance corruption over time, a high economic development, the integration in the European Union, a country's degree of democracy, the percentage of women in parliaments, and a high number of democratic years, in contrast, significantly decrease corruption levels for the period of 1995–2013“ (S. 177). Im Hinblick auf die Mikroebene wird unter anderem folgendes Fazit gezogen: „While interpersonal trust and an individual's satisfaction with the financial situation decrease the extent of perceived corruption, an individual's (un)employment status and the justification of bribery increase its perception“ (S. 178).

Die Ergebnisse der Studie sind solide und überzeugend, aber größtenteils eher wenig überraschend oder neu, auch wenn sie wohl für die europäischen Länder in dieser Form bisher nicht vorlagen. So bestätigt die Autorin häufig frühere Arbeiten hinsichtlich der Wirkungskraft verschiedener ausgewählter Faktoren. Ein wenig irritierend wirkt, dass Kubbe eine Reihe von Variablen ausschließt, weil sich deren fehlende Brauchbarkeit in einer im Text häufig zitierten eigenen Vorstudie herausgestellt habe. Am Ende beschleicht zumindest den Rezensenten das dumpfe Gefühl, dass die Inhalte dieser ausgelagerten Untersuchung vielleicht Teil des Buches hätten sein sollen. Das „Bathtub Model of Corruption“ als heuristisches Instrument ist innovativ und schlüssig (wenn auch vermutlich nicht falsifizierbar). Sehr positiv ist herauszustellen, dass die Autorin zu verschiedenen Zeitpunkten auf die Grenzen ihrer Untersuchung hinweist, etwa hinsichtlich der Aussagekraft des nicht unumstrittenen Corruption Perceptions Index. Trotz ihres oben skizzierten Anspruchs, einen interdisziplinären Mittelweg aus theoretischer und methodischer Perspektive zu beschreiten, dürfte es Kubbe kaum gelingen, Kritiker einer quantifizierenden Korruptionsforschung zu überzeugen. Aus Sicht der quantitativen Sozialwissenschaft hingegen hat sie ein bemerkenswertes State of the Art-Buch vorgelegt, an dem sich künftige einschlägige Forschungsarbeiten orientieren sollten.

Konstanz

Sebastian Wolf

Korruption in Diktaturen

Yadav, Vineeta/Mukherjee, *Bumba: The Politics of Corruption in Dictatorships*, 323 S., Cambridge UP, Cambridge 2015.

Mancur Olson („Dictatorship, Democracy, and Development“, 1993) hatte Diktatoreneliten ehemals als „roving bandits“ bezeichnet, die wirtschaftliche Anreize zur Produktion und Investition zerstören und die Bevölkerung ausplündern würden. Diesem schlechtesten Fall setzte Olson die Idee der „stationary bandits“ gegenüber, die über Steuern ausbeuten würden, dabei aber stets im Blick hätten, dass die wirtschaftliche Steuergrundlage nicht geschädigt werde. Bei seiner theoretischen Analyse ist eine grundlegende Annahme, dass Diktatoren nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Korruption als Form der Ausbeutung wurde dabei nicht mitgedacht. Es ist aber gerade die Annahme der fehlenden Rechenschaftslegung, die es aus ökonomischer Sicht nahelegt, warum Autokratien meist mit korrupten Staaten gleichgesetzt werden: Da es in autokratischen Staaten schwieriger ist, politische Machteliten für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen, besteht für diese ein größerer Anreiz, sich wirtschaftliche Vorteile aus ihrer Macht zu erkaufen. In der Folge sollten Antikorruptionsmaßnahmen in autokratischen Staaten entweder gering ausgeprägt sein oder gar nicht vorkommen.

Vineeta Yadav und Bumba Mukherjee versuchen in ihrem Buch, diese klassische ökonomische Vorstellung durch ein differenziertes Bild zu ersetzen. Sie beginnen ihre Analyse mit der empirischen Beobachtung, das Korruptionsniveau sei in fast der Hälfte von 68 als autokratisch klassifizierten Staaten in den Jahren 1995 bis 2010 *gesunken*. Für die andere Hälfte mag durchaus gelten, dass Autokratien ein relativ hohes Maß an Korruption beibehalten, weil eine effektive Weise des Ausplünderns über das Zulassen von korrupten Institutionen und Bürokraten vollzogen werden kann. Es stellen sich aber trotzdem die Fragen, warum das Korruptionsniveau in einigen Autokratien über die Zeit hinweg niedriger geworden ist oder warum Autokraten bestimmte Antikorruptionsmaßnahmen initiieren – kurz: was die politisch wirksamen Einflussfaktoren auf die Korruption in einem autokratisch regierten Land sind.

Es sind nach der Auffassung von Yadav/Mukherjee nur teilweise die politischen Kräfte, die effektive Antikorruptionsmaßnahmen

etablieren, sondern vor allem die ökonomisch wirkenden Akteure der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Diese aus ihrer Sicht bisher zu wenig berücksichtigte gesellschaftliche Kraft erwirtschaftet in Autokratien fast zwei Drittel des Einkommens und setzt in Verbindung mit legislativen Angeboten die notwendigen Akzente, um das Korruptionsniveau in einem Land zu verringern oder niedrig zu halten. Zur Untermauerung ihrer Hypothesen greifen die Autoren auf quantitative Analysen mit einer selbst erstellten Stichprobe aus autokratisch eingestuftem Ländern zurück. Neben ihren ökonometrischen Analysen untermauern sie ihre zentralen Aussagen und Hypothesen auch mit Fallstudien über Jordanien, Malaysia und Uganda. Ihre Ergebnisse sind eine Bestätigung der inzwischen zuhauf vorliegenden ökonometrischen Studien, die das Korruptionsniveau mit ökonomischen Variablen wie dem Bruttosozialprodukt, den Auslandsinvestitionen oder politischen Indikatoren wie etwa zur Parteienvielfalt erklären. Als neuer Aspekt zeigt sich in ihren Analysen lediglich der solide Einfluss der kleineren und mittelständischen Unternehmen, den die Autoren über deren Zusammenwirken mit Oppositionsparteien erklären. Erst wenn es Vereinigungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen gibt, die in Mehrparteienstaaten oppositionelle Gruppierungen politisches Gewicht verleihen können, kann Druck auf die herrschenden Autokraten ausgeübt werden, um Korruption einzudämmen. Die Freiheit der Bildung von Vereinigungen und der Organisation von Gruppen ist dabei in Autokratien das Haupthindernis (illustriert etwa am Beispiel Ugandas), um diese Verbindung von ökonomischen und politischen Einfluss zu realisieren. Korruptionsvorwürfe an die Machteliten gelten in diesem Zusammenhang immerhin als Möglichkeit, eine breite Bevölkerungsmasse zu empören und zu aktivieren. Gerade wegen dieser Öffentlichkeitswirksamkeit machen sich oppositionelle Parteien daher Korruptionskampagnen als politische Strategien zu eigen. Die Allianz aus der ökonomischen Vereinigung der kleineren und mittelständischen Unternehmen und der politischen Opposition lässt Autokraten nun ihrerseits Maßnahmen ergreifen, um ihre Macht zu erhalten. Die „bandits“ initiieren selbst Antikorruptionskampagnen und räumen in ihren Behörden auf. Sie ziehen sich im übertragenden Sinne „weiße Westen“ über, um gegenüber der Öffentlichkeit als Saubermänner zu erscheinen, die das erreicht haben, was die Opposition und die kleinen und mittelständischen Unternehmen fordern.

Die Analyse von Yadav/Mukherjee rückt die Lobbying-Aktivitäten von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Umfeld autokratischer Regierungsbedingungen in den Vordergrund und beleuchtet damit eine bisher vernachlässigte Komponente in der Korruptionsforschung. Einige Aspekte, die in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielen können, wie etwa das Kooptieren politischer Gegner durch die Machteliten, werden aber nur am Rande erörtert. Die Stärke des Buches liegt weniger in der theoretischen Argumentation und Erörterung machtpolitischer Mechanismen, sondern vielmehr in der Beschreibung bestehender Verhältnisse in zeitgenössischen Autokratien und der ökonometrischen Überprüfung einzelner Hypothesen. Zukünftige Studien können auf den überzeugenden und stabilen Ergebnisse von Yadav/Mukherjee aufbauen und diese in eine breitere Forschungsperspektive einbauen, in der auch andere gesellschaftliche Einflüsse (wie beispielsweise das Misstrauens- oder Kriminalitätsniveau in der Bevölkerung) oder andere makropolitische Determinanten (wie politischer Reformdruck durch ausländische Staaten) eine Rolle spielen. Insbesondere die Qualität der Anti-Korruptionsmaßnahmen sollte genauer untersucht werden. Hier bemängeln Yadav/Mukherjee selbst, dass sie an dieser Stelle aus pragmatischen Gründen eher vereinfachend vorgegangen sind. Der Verdacht, dass viele von Autokraten begonnene Anti-Korruptionskampagnen lediglich einen guten Eindruck anstatt einer tatsächlichen Wirkung hervorrufen sollen, wird im Buch nicht ausgeräumt. Das Bild von den Diktatoren als „bandits“ will einem daher auch nach dem Lesen der interessanten Studie nicht aus dem Kopf gehen.

Kiel

Peter Graeff

Disruptive power als Machtform des 21. Jahrhunderts

Owen, Taylor: *Disruptive Power. The Crisis of the State in the Digital Age*, 264 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Offenkundig beeindruckt durch die Veröffentlichungen Edward Snowdens und die so bekannt gewordenen Überwachungspraktiken (inter-)nationaler Geheimdienste hat der amerikanische Politik- und Kommunikationswissenschaftler Taylor Owen soeben im Rahmen der „Oxford

Studies in Digital Politics“ ein Buch über mögliche Auswirkungen der digitalen Revolution für das internationale politische System vorgelegt: „Disruptive Power“ – schon der Titel signalisiert, dass es hier nicht mehr nur um ein vorsichtiges Abwägen von Vor- und Nachteilen geht, sondern um eine pointierte Auseinandersetzung mit den zwar innovativen, vorwiegend aber wohl eher unangenehmen Folgen. In der Art, wie weltweit vernetzte staatliche und nicht-staatliche Akteure auf allen Gebieten internationaler Politik verstärkt digitale Kommunikationstechniken nutzen, so die zentrale These des Buches, seien sie auf dem Weg, die bisher üblichen Formen von Gewaltenteilung und Machtbalance zu untergraben; unkontrollierbare, die etablierten Institutionen destabilisierende Machtausübung („disruptive power“) werde so zur typischen Machtform des 21. Jahrhunderts.

Doch was heißt hier „disruptive power“? An den zunächst wirtschaftswissenschaftlich geprägten Begriff anknüpfend, versteht der Autor unter „disruptive power“ eine Form der Machtausübung, die auf dezentrale Politikmuster setzt und digital vernetzte, kollaborative Kommunikation bevorzugt. Gerade weil sie nicht allzu viel Rücksicht auf etablierte Institutionen und Verfahren nimmt, scheint „disruptive power“ ihr Innovationspotenzial offensiv ausspielen zu können.

In neun Kapiteln entfaltet das Buch nun verschiedene Varianten der „disruptive power“. Als exemplarische Akteure stellt das erste Kapitel (S. 1–21) mit „Anonymous“ und „Occupy“ zunächst zwei weltweit vernetzte, dezentral und ad hoc agierende Initiativen vor, die über herkömmliche Protestformen hinaus das Internet offensiv zur politischen Mobilisierung nutzen – sei es um etablierte Demokratien, sei es um autoritäre Machtregime herauszufordern. Das zweite Kapitel (S. 22–47) liefert nach einem historischen Rückblick auf das internationale (Staaten-)System seit 1648 einen Vorschlag zur theoretischen Fundierung einer „disruptive theory“. An vier ausgewählten Beispielen macht das Buch die Veränderungen der digitalen Revolution dann anschaulich (S. 48–147). Hier erfahren wir etwa, wie die internationale Hacker-Szene operiert, wie sich die Einführung einer digitalen Währung („Bitcoins“) auswirkt, wie eine in Echtzeit publizierte Reportage unseren Blick auf kriegerische Konflikte verändert oder wie ein digital vernetzter Aktivismus das Feld der Entwicklungszusammenarbeit umgestaltet. Die nächsten Kapitel (S. 148–188) konzentrieren sich darauf, die staatliche Antwort auf die Herausforderung

durch die neuen global vernetzten „disruptiven“ Akteure zu problematisieren.

Im Ergebnis (S. 189–210) sieht das Buch eine digital erzeugte „Krise des Staates“ sich abzeichnen, und zwar auf mehrfache Weise: *Erstens*, erweise sich beim digital vernetzten Aktivismus das Problem der demokratischen Legitimität als ungeklärt. *Zweitens*, gelte es darüber nachzudenken, wie die Tendenz der westlichen demokratischen Staaten, insbesondere Netzwerkaktivisten als gefährliche Gegner zu betrachten und die gesamte globale Internet-Kommunikation zu überwachen, revidiert und ein digital vernetzter Überwachungsstaat verhindert werden könne. *Drittens*, müsse bei computergesteuerten, statistisch operierenden Entscheidungsverfahren vor fehlender Zurechenbarkeit („algorithmic accountability“), mangelnder Neutralität und diskriminierenden Folgen gewarnt werden.

Insgesamt bietet das Buch einen gut lesbaren Einblick in die aktuelle Internet-Debatte. Zu seinen Stärken gehört zweifellos, dass Probleme eines ausufernden Überwachungsstaats („surveillance state“) oder die fehlende Neutralität automatisierter Entscheidungsprogramme („algorithmic accountability“) offen angesprochen und kritisch reflektiert werden.

Andererseits wirkt der Blick auf Begriff und Geschichte des modernen „Staates“ phasenweise (etwa S. 22–29, 36) allzu schlicht. Fast formelhaft wird „Hierarchie“ als vermeintlich übergreifendes Kennzeichen traditionaler Staatlichkeit identifiziert, möglicherweise um davon die neuen informellen, instabilen und kollaborativen Formen (digital) vernetzter politischer Kommunikation umso schärfer als „nicht-hierarchisch“ abgrenzen

zu können. Das ist nicht nur eine Argumentation, die wir aus der Netzwerk- und *governance*-Forschung der beiden letzten Jahrzehnte hinlänglich kennen. Es bleibt auch unklar, ob und in welchem Umfang darüber hinaus gerade die Digitalisierung zur konstatierten „Krise des Staates“ beiträgt. Nicht zuletzt wirft die Pointe des Buches Fragen auf: Lässt sich Gegensätzliches, wie staatliche Repression und zivilgesellschaftlicher Protest, ausufernde geheimdienstliche Überwachung und deren Kritik, tatsächlich unter einem Schlagwort zusammenfassen und als Varianten einer übergreifenden „disruptive power“ begreifen? Möglicherweise birgt eine solche Sichtweise die Gefahr, dass vieles an Kontur verliert.

Am Ende spricht die Studie noch einmal die positiven Zukunftschancen des Internets an: etwa die Möglichkeit, ortsungebunden zu kommunizieren oder grenzüberschreitend zu lernen. Auch wenn angesichts der Brisanz der Probleme kaum fertige Lösungen erwartet werden können, so bemüht sich der Autor doch darum, zumindest eine Richtung anzugeben: Letztendlich ließen sich die schwer kontrollierbaren Kräfte der „disruptive power“ nur dann demokratisch einhegen, wenn engagierten Internet-Aktivisten Raum gegeben werde, sich für erweiterte Internet-Rechte, einen offenen Internet-Zugang („open access“), den Schutz der Privatheit vor Überwachung („privacy“) und verbesserten Datenschutz („online security“) einzusetzen (S. 201–210). Damit aber wäre zumindest ein Teil der eingangs eher skeptisch vorgestellten digital vernetzten nicht-staatlichen Akteure wieder rehabilitiert.

Berlin

Brigitte Kerchner